

**perspektiven des demokratischen  
sozialismus**

Zeitschrift für Gesellschaftsanalyse  
und Reformpolitik  
27. Jahrgang 2010 Heft 1  
ISBN 978-3-89472-583-9  
ISSN 0939-3013

Herausgegeben im Auftrag des Vorstandes  
der HDS von Nils Diederich, Iring Fetscher,  
Helga Grebing, Leo Kiffler und Karl Theodor  
Schuon

**Redaktion:** Bernhard Claußen, Walter  
Euchner, Klaus Faber, Thomas Goger, Horst  
Heimann, Arne Heise, Ulrich Heyder, Jens  
Kreibaum, Thomas Meyer, Thomas Noetzel,  
Roland Popp, Walter Reese-Schäfer, Hans-  
Joachim Schabedoth, Klaus-Jürgen Scherer,  
Joachim Spangenberg,

**Redaktionsleitung:**

Roland Popp  
eMail: [rpopp-perspektiven@email.de](mailto:rpopp-perspektiven@email.de)

**HDS-Geschäftsstelle:**

c/o Kulturforum  
WBH, Wilhelmstr. 141  
10963 Berlin

Weitere Informationen unter:

[www.hds-perspektiven.de](http://www.hds-perspektiven.de)  
[www.perspektiven-ds.de](http://www.perspektiven-ds.de)

**Verlag und Abo-Vertrieb:**

Schüren Verlag GmbH,  
Universitätsstr. 55, D-35037 Marburg  
Informationen zu *perspektiven ds* und zum  
Verlagsprogramm des Schüren Verlags finden  
Sie im Internet: [www.schueren-verlag.de](http://www.schueren-verlag.de)  
Die *perspektiven ds* erscheinen zweimal im  
Jahr. Einzelpreis 9,90 €, Jahresabo 16,90 €  
incl. Versand. Der Bezugspreis für HDS-  
Mitglieder ist im Mitgliedsbeitrag enthalten.  
© Schüren Verlag GmbH  
Alle Rechte vorbehalten.  
Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben  
nicht unbedingt die Meinung der Redaktion  
wieder. Für unverlangt eingesandte Manu-  
skripte wird keine Haftung übernommen.  
Anzeigenverwaltung: Schüren Verlag  
Druck: Gruner-Druck, Erlangen

*Der demokratische Sozialismus bleibt für uns  
die Vision einer freien, gerechten und solidari-  
schen Gesellschaft, deren Verwirklichung für  
uns eine dauernde Aufgabe ist. Das Prinzip  
unseres Handelns ist die soziale Demokratie.*

*Hamburger Grundsatzprogramm der SPD*

# Perspektiven einer solidarischen Gesellschaft

***perspektivends***  
**1/10**

# Inhalt

Editorial	4	<i>Christian Zimmermann</i> Perspektiven für eine solidarische Gesellschaft. Sozialphilosophie und politische Theorie nach Charles Taylor	40
<b>Aktuelle Beiträge zum Programm der „Linken“</b>			
<i>Helga Grebing</i> Vorwärts zurück ins 20. Jahrhundert	6	<i>Arne Heise</i> Finanz- und Steuerpolitik nach der Krise – sind die Weichen richtig gestellt?	53
<i>Karsten D. Voigt</i> Zwischen rhetorischem Internationalismus und faktischem Provinzialismus: Zur Europa- und Außenpolitik der „Linken“	9	<i>Walter Euchner</i> Die unvermeidliche Sozialdemokratisierung der Unionsparteien unter Führung der Bundeskanzlerin Angela Merkel und ihre Konsequenz: Westerwelles Abstieg in die Bedeutungslosigkeit	63
<i>Klaus-Jürgen Scherer</i> Volksfront <i>reloaded</i> ? Vereinnahmung, alte Fronten, bekannte Irrwege	13	<i>Hartmut Elsenhans</i> Globalisierung und Sozialdemokratie	70
<i>Nils Diederich</i> (Heils-)Versprechen im Programm der „Linken“?	17	<i>Andrea Wicklein</i> Bildung in der solidarischen Gesellschaft	85
<b>Themenschwerpunkt: Perspektiven einer solidarischen Gesellschaft</b>			
<i>Jens Böhrnsen</i> Politik für eine soziale Stadtgesellschaft	21	<i>Ulrich Büchler</i> Kehren der Gerechtigkeit – Spuren einer haltlosen Tugend. Ein Zwischenruf zur Sozialstaatsdebatte	91
<i>Hans-Jachim Schabedoth</i> Politische Notwendigkeiten und gewerkschaftliche Handlungschancen	28	<i>Hagen Weiler</i> Die Gerechtigkeit gleicher Rechte und Pflichten zum gemeinsamen Wohl aller Menschen nach dem Ende des globalen Finanzkapitalismus	98

**Beiträge und Diskussionen**

*Horst Heimann*

Wo bleibt der Demokratische Sozialismus? – Bei den Jusos!? 111

*Franziska Drohsel*

Zum demokratischen Sozialismus bei den Jusos. Eine kurze Replik auf Horst Heimann 126

*Jiri Kosta*

Die ökonomischen Reformideen des Prager Frühlings von 1968 im Rückblick 129

*Klaus Faber*

Rezension zu „Jeffrey Herf: Nazipropaganda for the Arab World“ 145

*Hans-Joachim Schabedoth*

Zum Gedenken an Prof. Dr. Michael Strübel (1955–2009) 148

*Roland Popp*

Aspekte der Netzwerkökonomie  
 Rezension zu „Gabriele Wagner/  
 Philipp Hessinger (Hrsg.):  
 Ein neuer Geist des Kapitalismus?  
 Paradoxien und Ambivalenzen  
 der Netzwerkökonomie.“ 150

**Berichte und Rezensionen**

*Nils Diederich*

„Ich hab’s gewagt“. Hans Matthöfer – Demokratischer Sozialist, Mann der Tat (1925–2009) 141

Autorinnen und Autoren 154

## Editorial

Deutschland muß sich von einer Illusion verabschieden- der Illusion, daß die exzessiven Spreizungen zwischen Arm und Reich in einer sozialen Marktwirtschaft zusehends aufgehoben werden. Hatte man diese exzessiven Unterschiede eher in die USA oder meinetwegen Mexiko verortet, hatte man eher Großbritannien, Frankreich oder Italien im Auge, wenn es um ärmliche Verhältnisse und protzigen Reichtum ging, so muß dies nun auch für Deutschland gelten: Die soziale Frage stellt sich neu. Oder radikaler formuliert: Die klassen- und schichtengesellschaftlichen Unterschiede nehmen zu, werden sichtbar und scheinen sich auch noch zu zementieren. Die Klassengesellschaft kehrt in gewandelter Form zurück ins wirkliche Leben. Natürlich gibt es auch Durchlässigkeit, Offenheit, Lebensverbesserungen und Wohlstandssteigerung für viele Menschen. Das ist die eine Seite. Die andere Seite, die Menschen erfahren, sind Lebensblockaden. Ihre Verhältnisse zementieren sich und nicht selten geht es für viele darum, einigermäßen durchs Leben zu kommen – ohne Aussicht auf Verbesserung.

Was „aufgehoben“ ist, um mit Hegel zu sprechen, ist das Versprechen von beständiger Wohlfahrtssteigerung. Was zunehmend erkennbarer wird, sind die neuen klassengesellschaftlichen Schichtungen. Die Verhältnisse tanzen und wirbeln. Bisher geglaubte Lebenssicherheiten brechen weg, die Geländer einer einigermäßen langfristigen Lebensplanung stürzen für viele Menschen ein. Die Schere zwischen Arm und Reich wächst. Das ist keine exklusive Einsicht

der politischen Linken, sondern gehört mittlerweile zum unabweisbaren Wissensgut aller politischen Richtungen.

In unserem Themenschwerpunkt geht es um die zentrale Frage, was unter einer solidarischen Gesellschaft zu verstehen ist und wie diesen neuen Spaltungen politisch entgegenzuwirken ist. Ist solidarische Gesellschaft ein tragfähiges Konzept oder eine schon mal gehörte Neuauflage der Debatten um die Zivilgesellschaft in den 1990er Jahren? Bleibt der Begriff und die damit verbundenen politischen Konzeptionen gefällig, aber neblig? Oder kann die Debatte darüber politische Positionen innerhalb der Sozialdemokratie schärfen, zur Orientierung beitragen und (hoffentlich) auch politische Brisanz und Auseinandersetzungen entfachen?

Linke sozialdemokratische Politik braucht natürlich eine Skizze. Sie muß aber auch die Menschen für parlamentarische Mehrheiten gewinnen, damit die Debatte um die solidarische Gesellschaft nicht nur in das Programm, sondern auch in die politische Entscheidungswirklichkeit einzieht.

Jens Böhrnsen thematisiert als Bürgermeister und Regierungschef des Bundeslandes Bremen, wie eine Stadtgesellschaft – sozusagen unter verschärften Bedingungen – die Probleme einer Industriegesellschaft erfährt. Was heißt solidarische (Stadt)-Gesellschaft? Er reflektiert die Handlungsspielräume sozialdemokratischer Politik, die aufgrund von haushaltspolitischen Notwendigkeiten nur begrenzte „Gestaltungsmacht“ erwirken kann.

An diesem Beispiel wird deutlich, daß die Rede vom Ende der Ideologi-

en zwischen den beiden Volksparteien selbst die letzte Ideologie ist, und daß solidarische Gesellschaft doch von deutlichen Unterschieden im Denken und Handeln aller Parteien geprägt ist.

Der Themenschwerpunkt „Solidarische Gesellschaft“ wird in diesem Heft breit aufgefächert: Aus gewerkschaftlicher, sozialphilosophischer, ökonomischer und bildungspolitischer Sicht nähern sich unsere Autorinnen und Autoren diesem so schillernden Begriff.

Im Herbst 2009 hat sich in Leipzig ein politisches Forum gegründet, das sich „Solidarische Moderne“ nennt. Eine verquere-undurchdachte Namensgebung: Solidarisch kann sich doch keine Moderne verhalten. Solidarisch können sich Menschen verhalten, Vereine, Institutionen, auch Staaten. Aber eine Moderne? Was steckt hinter dieser „Solidarischen Moderne“? Sicher ist, daß nicht wenige Versatzstücke der „Linken“ mit eingeflossen sind.

In unserer Rubrik „Aktuelle Beiträge“ behandeln Helga Grebing, Klaus-Jürgen Scherer, Nils Diederich und Karsten D. Voigt die Unzulänglichkeiten,

Verdrehungen und Rückwärtsgewandtheiten, die im Programm der „Linken“ zu lesen und zu kritisieren sind.

Thematisch schließt sich hier die Debatte zwischen Horst Heimann und Franziska Drohsel an. Sie diskutieren die Perspektiven einer angemessenen Kapitalismuskritik und die Frage, welche Perspektiven ein demokratischer Sozialismus bieten müßte.

Nachträglich möchte ich im Namen der Redaktion, des Vorstandes und der Herausgeber Helga Grebing herzlich zum 80. Geburtstag, den sie am 27. Februar 2010 feiern konnte, gratulieren. Ihre unzähligen Veröffentlichungen zur sozialdemokratischen Arbeiterbewegung, zur Revolution von 1918/19, zur Politik und zum Wirken von Willy Brandt, um nur einiges zu nennen, bleiben wissenschaftliche Schlaglichter und politische Wegmarken. Als langjährige Herausgeberin, Autorin und als HDS-Vorstandsmitglied bereichert sie unsere *perspektiven* ds. Wir hoffen, daß dies noch lange Zeit anhalten möge.

*Roland Popp*

# Aktuelle Beiträge zum Programm der „Linken“

---

Helga Grebing

## Vorwärts zurück ins 20. Jahrhundert

Mit dem 1. Entwurf für ein Programm ist die Partei DIE LINKE in der Mitte des 20. Jahrhunderts, wohl bemerkt: des 20. Jahrhunderts angekommen. Natürlich beschwört sie Werte wie Freiheit, Gleichheit, Gerechtigkeit, Solidarität, Demokratie, Frieden, Bewahrung der Natur, Emanzipation immer wieder auf den 1963 Zeilen oder 42 Seiten. Aber das tun andere Parteien und teilweise sogar die CDU/CSU auch. Denn es sind Werte, die sich aus der europäischen Geschichte seit der Aufklärung begründen lassen. Und wer außer den Rechtsradikalen will schon dahinter zurückfallen. So kommt es eben darauf an, mit welchen Inhalten die Wertvorstellungen gefüllt werden.

Dazu gebraucht DIE LINKE massenhaft durch Tradition aufgeladene Anleihen bei den klassischen Arbeiterbewegungen in Europa, die heute noch sozialdemokratisch bzw. sozialistisch heißen. Sogar aus der kommunistischen Arbeiterbewegung vermag der Entwurf Honig zu saugen, indem diese entweder weiß gewaschen oder von historisch so fatal gescheiterten Elementen kategorisch befreit wird. Die historischen Helden heißen dann auch, nicht verwunderlich, Karl Marx und Friedrich Engels,

Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht; sogar Willy Brandt wird die Ehre zuteil, in der Ahnenreihe aufgeführt zu werden.

Jedoch unterlaufen der Linken bei der Aufzählung des von ihr reklamierten historischen Erbes zahlreiche gravierende Fehlbeurteilungen, ohne die die Reihung keinen linksparteilichen Schliff bekommen hätte. Da wird behauptet, dass die SPD-Führung 1914 eine „Politik der nationalistischen Abgrenzung“ befürwortet hätte, aber nicht gesagt, dass sich für eine solche Politik zum Entsetzen von Rosa Luxemburg alle europäischen Parteien der Zweiten Internationale entschieden haben. Die Behauptung, dass die Revolution 1918/19 „mit Hilfe der sozialdemokratischen Führung niedergeschlagen“ wurde, ist in dieser zugespitzten Form falsch und unterschlägt die strategisch defizitäre Rolle der von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht angeführten linksradikalen Minderheit in der Revolution. Es stimmt zwar, dass die Spaltung der Arbeiterbewegung den gemeinsamen Widerstand gegen die Machtübernahme der NSDAP verhindert hat, aber es wird verschwiegen, dass dies vor allem

daran gelegen hat, dass die von Moskau abhängige KPD die SPD und nicht etwa die NSDAP als ihren Hauptfeind betrachtete.

Es ist zutreffend, dass nach dem Zusammenbruch der NS-Diktatur (nicht einfach nur wie im Entwurf „nach dem Krieg“) nicht nur in Deutschland, sondern in ganz Europa „sozialistische Neuordnungsbestrebungen“ „erfolglos“ blieben und die KPD „schwach“ war wie die sozialistische Linke nicht minder, aber warum dies so war, wird nicht gesagt. Das lag nicht nur an Repression und Verbot, sondern auch daran, dass die verheerende Entwicklung des Sozialismus-Projektes in der SU und dann auch in der DDR eine bis heute nachwirkende abschreckende Wirkung hatte und es der SPD und den Gewerkschaften außerdem gelang, einen großen Teil der Linken links von ihr zu integrieren. Dass die SPD „ab 1959“, also mit dem Godesberger Programm, „Zug um Zug ihre Vorstellungen einer über den Kapitalismus hinausweisenden Neuordnung von Wirtschaft und Gesellschaft“ aufgegeben habe, ist eine aus SED- bzw. DDR-Zeiten sehr wohl bekannte igno-rante Fälschung der historischen Vorgänge und der sozialdemokratischen Programm-Debatten und -Inhalte: Bis heute hat die SPD nichts aufgegeben, allerdings zeitbedingt modifiziert.

Der „Sozialismusversuch“ in der SU und der DDR wird scharf kritisiert in einer Weise, die man sich viel früher gewünscht hätte: Es wird vom „unwider-ruflichen Bruch mit dem Stalinismus“ gesprochen und davon, dass Sozialismus und Demokratie „untrennbar“ sind, was eine Einsicht ist, die in der sozialdemo-

kratischen Arbeiterbewegung spätestens seit dem Ende der 1930er Jahre tiefste Überzeugung geworden war. Aber die Distanzierung vom Stalinismus bleibt verkürzt, wenn und weil er nur als Herrschaftssystem in den Blick genommen und nicht begriffen wird als ein in dieser Konsequenz einmaliger historischer Bruch mit den Ursprüngen der sozialen Befreiungsbewegung des Proletariats im 19. Jahrhundert. Daraus folgt, dass jeder Sozialismus sich neu begründen muss – der europäischen Sozialdemokratie gelang dies bereits in den 1920er Jahren, so dass das „lange“ 20. Jahrhundert auch ein sozialdemokratisches genannt werden konnte.

Es ist im Kontext des Versuchs, historisch falsche Orientierungen abzulegen, die Rede vom „Zusammenschluss“ von SPD und KPD im Jahre 1946; dabei wird sogar zugegeben, dass dieser „unter Druck“ erfolgte, und auch eingeräumt, dass „viele“ Sozialdemokraten verfolgt wurden. Aber die „große Mehrheit“ der KPD und „zahlreiche Mitglieder und Funktionäre der SPD“ hätten „die Vereinigung“ unterstützt, was den Prozess der Zwangsvereinigung dann doch wieder verharmlost.

Angesichts der Feststellung, dass der DDR-Sozialismusversuch aus Mangel an Demokratie scheiterte, ja scheitern musste, bleibt ungesagt, „welche „Errungenschaften“ und „Erfahrungen“ der „Ostdeutschen“ nach der deutschen Vereinigung hätten genutzt werden können. Betont wird das hohe Maß der sozialen Gleichheit in der DDR, aber verschwiegen wird, dass es diese nur um den Preis der permanenten ökonomischen Instabilität gegeben hat.

Auffallend ist, dass in dem ganzen Programm-Entwurf mit kaum einem Wort auf den Wandel der Arbeiterklasse seit dem Ende der 1950er Jahre eingegangen wird, der zu einer Vielzahl von sozial offenen pluralistischen Segmenten auf dem durchaus noch klassenstrukturell gekennzeichneten gesellschaftlichen Hintergrund geführt hat. Dieser analytische Mangel determiniert dann die Bemühungen zu erklären, wie denn nach dem Scheitern des „ersten großen Versuchs im 20. Jahrhundert, eine nicht-kapitalistische Gesellschaft“ aufzubauen wäre. Man findet lauter plakative, sattem weltbekannte Losungen: So z.B.: „Wir wollen eine Gesellschaft des demokratischen Sozialismus aufbauen, in der die Freiheit und Gleichheit jeder und jedes Einzelnen zur Bedingung der solidarischen Entwicklung Aller wird“ (Zeile 55). Oder (Zeile 742): „Demokratischer Sozialismus orientiert sich an den Werten der Freiheit, Gleichheit, Solidarität, an Frieden und sozialökologischer Nachhaltigkeit. Diese bestimmen auch die Mittel auf dem Weg zu einer demokratisch-sozialistischen Gesellschaft.“

Die Frage nach dem Bild des Menschen, der diesen Weg gehen soll, wird nicht gestellt. Will der Mensch denn all das und so, wie es sich seine ‚Beglückter‘ vorstellen? Will er so leben, wie der ‚reine‘ Kommunismus des 19. Jahrhunderts es ihm verhieß? Das 20. Jahrhundert belehrte alle Welt- und Menschen-Verbesserer, dass das permanent Gute im Menschen nicht so einfach und schon gar nicht auf Dauer herzustellen ist und wir mit erratisch wirkenden Ambivalenzen rechnen müssen – beim einzelnen Menschen und bei der Gattung Mensch.

So bleiben denn die Aussagen darüber, wie man das, was man will, zu erreichen glaubt, letztlich unbeholfen: wie man „Systemwechsel“, „Richtungswechsel“ erreichen und die gesellschaftliche Hegemonie des Kapitals durch „die Vorherrschaft demokratischer Kräfte“ überwinden will, damit eine „bessere Welt“ entsteht, eine „Gesellschaft ohne Ausbeutung und Unterdrückung“, eben eine „Gesellschaft der Freien und Gleichen“. Nichts gegen einen utopischen Überschuss, der zur Tat beflügelt, aber man möchte doch bei solchen transformatorischen Zielen gerne wissen, wie es gehen soll.

Man „kämpft“ für den „demokratischen Sozialismus des 21. Jahrhunderts“ (Zeile 753), seine Verwirklichung wird jedoch in einem „längeren emanzipatorischen Prozess“ ablaufen (Zeile 75). Deshalb will man, muss man, fordert man, erstrebt man, ringt man, ermutigt man, verlangt man. Dazu braucht man ein „breites gesellschaftliches Bündnis“, starke aktive kämpferische Gewerkschaften, die bis zum politischen Streik, ja Generalstreik zu gehen bereit sind, und „andere linke Kräfte“. Eine Regierungsbeteiligung ist nur dann vorgesehen, „wenn wir hierdurch eine Verbesserung der Lebensbedingungen der Menschen erreichen können“ (Zeile 1887ff.)

Das ist ja nun alles – und nicht zum ersten Mal – leicht gesagt und schwer getan, und es wird immer schwerer, wenn man es auf der Grundlage der Erfahrungen der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts tun will. Aber diese Erfahrungen nimmt der Programmentwurf ja gar nicht erst zu Kenntnis.



## Zwischen rhetorischem Internationalismus und faktischem Provinzialismus

### Zur Europa- und Außenpolitik der „Linken“

Anfang der 1980er Jahre waren für viele Sozialdemokraten Koalitionen auf Bundesebene mit den Grünen unvorstellbar. CDU/CSU, die heute die Grünen für Koalitionen zu gewinnen suchen, verteufelten sie damals als Verfassungsfeinde. Die maoistische, trotzkistische oder anarchistische Vergangenheit vieler ihrer Führungsfiguren diente dabei ebenso als Argument wie heute die kommunistische bei Vertretern der Partei „Die Linke“.

Und tatsächlich vertraten die Grünen damals ebenso wie heute „Die Linke“ in der Außen-, Sicherheits- und Europapolitik völlig inakzeptable Konzepte. Deshalb eröffnen aktuelle Debatten über Koalitionen mit der „Linken“ auf Bundesebene – genau wie einst mit den Grünen – erst dann Handlungsperspektiven für die politische Praxis, wenn bei den „Linken“ eine Bereitschaft zum Umdenken erkennbar wird. Zur Zeit wird dort in der Außen-, Sicherheits- und Europapolitik aber leider noch als Prinzipientreue gepriesen, was in Wahrheit Ausdruck von Realitätsverweigerung ist. Das war bei den Grünen zu Beginn aber nicht viel besser.

#### **Die frühen Grünen und die Außenpolitik**

Nach dem Einzug der Grünen in den Bundestag gehörte ich einer kleinen Gruppe von Mitgliedern der SPD und „Grünen“ an, die die Möglichkeit einer künftigen rot-grünen Zusammenarbeit in der Bundesregierung auszuloten versuchte. Einer der schwierigsten Komplexe unserer Beratungen waren die Themen Außen-, Sicherheits- und Europapolitik. Aus meiner Sicht waren die aus friedenspolitischen Basisgruppen entstandenen „Grünen“ damals nicht imstande und zum Teil – wegen der bei einer Kurskorrektur befürchteten innerparteilichen Auseinandersetzungen – auch nicht willens, die internationalen Rahmenbedingungen einer bundesdeutschen Außenpolitik rational zu reflektieren.

1983 schrieb ich in diesem Zusammenhang einen Artikel in der „Neuen Gesellschaft – Frankfurter Hefte“, in dem es u.a. hieß: „[Die Grünen] verkennen dabei, dass die Bundesrepublik Deutschland aufgrund ihrer Geschichte, ihrer Lage und insbesondere der Lage Berlins ein sehr großes Interesse daran hat, ihre Sicherheitsbedürfnisse im internationalen Verbund zu befriedigen. Aufgrund ihrer Geschichte deshalb, weil unsere europäischen Nachbarn unter

nationalen Alleingängen der deutschen Sicherheitspolitik und des deutschen Militarismus im Laufe der letzten hundert Jahre mehrfach leiden mussten...“

Die Lage Berlins hat sich grundlegend geändert, Deutschland ist wieder vereinigt, der Ost-West-Konflikt überwunden. Das Interesse aller unserer Nachbarn an einer international eingebetteten und eingebundenen Politik Deutschlands aber ist geblieben. Wer dieses Interesse missachtet, wird für unsere Nachbarn zu einem sicherheitspolitischen Problem. Das hat sehr praktische Konsequenzen:

### **Deutschlands Nachbarn wollen keine Experimente**

Alle unsere Nachbarn, auch diejenigen, die nicht der Europäischen Union angehören, haben ein Interesse an einem Deutschland, das nicht nur Mitglied der EU bleibt, sondern das Kompromisse zwischen den Mitgliedstaaten fördert und natürlich auch für sich selbst akzeptiert. Das „Nein“ der „Linken“ zu dem als Kompromiss ausgehandelten Lissabon-Vertrag widerspricht diesen Erwartungen an Deutschland. Es wird zu Recht als Beitrag einer Re-Nationalisierung deutscher Politik wahrgenommen, selbst wenn die Kritik am Vertrag von den „Linken“ internationalistisch begründet wird.

Alle unsere Nachbarn, selbst die, die nicht der NATO angehören, sind für eine Mitgliedschaft Deutschlands in diesem Bündnis. Die Sorge vor einem sicherheitspolitisch nationalstaatlich organisierten, neutralen Deutschland war 1990 selbst in der Sowjetunion so groß, dass sie einer Mitgliedschaft des

vereinigten Deutschlands in der NATO schließlich zustimmte. Die 1990 auch von Teilen der SPD gegenüber einer NATO-Mitgliedschaft bevorzugte Mitgliedschaft in einem neuen, ganz Europa umspannenden, kollektiven Sicherheitssystem, ist heute illusionärer denn je, da fast alle Nachbarn Deutschlands der NATO angehören und weit davon entfernt sind diese Mitgliedschaft aufzugeben.

Aber auch diejenigen Nachbarn, wie die Schweiz, die nicht der NATO angehören, wären nicht bereit, ihre nationale Sicherheitspolitik auf ein neues kollektives gesamteuropäisches System zu übertragen. Zwar ist es wichtig die OSZE zu stärken, das Ansinnen aber, die OSZE in ein auch bei militärischen Konflikten handlungsfähiges kollektives Sicherheitssystem weiterzuentwickeln, das die NATO ersetzen könnte, widerspricht den Auffassungen und Interessen der meisten unserer Nachbarstaaten. Ein derartiges Ziel ist deshalb keine positive Vision, sondern eine politisch irrealle Träumerei, beziehungsweise für viele unserer Nachbarn sogar ein Albtraum.

### **Die Zeit der deutschen Alleingänge ist vorbei**

Deutschland ist der EU-Mitgliedsstaat mit der größten Einwohnerzahl, es hat die meisten direkten Nachbarn und besitzt größeren Einfluss als seine kleineren Nachbarstaaten. In einem 2009 von einem ausländischen Beobachter der „Stiftung Wissenschaft und Politik“ verfassten Arbeitspapier zum Verhältnis von großen und kleinen Staaten in Europa heißt es: „Germany is the biggest member of the EU. Moreover, it is

the most central state located in the very heart of Europe. Its history is the history of Europe. The contemporary history of Europe has determined no other state's fate like that of Germany's. Conversely, whatever has happened in Germany had a visible effect on whole Europe.“

Wenn Deutschland nicht zur Ursache von Krisen in der EU und NATO werden will, kann es sich deshalb nationale Alleingänge noch weniger als seine kleineren Nachbarn leisten. Das bedeutet zum Beispiel, dass Deutschland *innerhalb* der NATO auf andere Strategien oder sogar – obwohl ich dies für die nahe Zukunft für falsch hielte – auf einen Abzug aus Afghanistan drängen könnte. Ein Alleingang in seiner Strategie und ein nicht mit der NATO und den europäischen Partnern abgestimmter Rückzug der deutschen Truppen aus Afghanistan wären aber destruktiv.

### **„Die Linke“ ist noch nicht regierungsfähig**

In allen drei Punkten verfolgt „Die Linke“ heute konzeptionell und im Detail eine andere Politik. Deshalb ist „Die Linke“ auf Bundesebene – also dort, wo Fragen der Außen-, Sicherheits- und Europapolitik entschieden werden – noch kein geeigneter Koalitionspartner für die SPD.

Ich bin kein grundsätzlicher Gegner von Koalitionen mit der „Linken“, auch nicht auf Bundesebene. Aber eine solche Koalition muss dazu beitragen, dass internationale Probleme gehört werden und nicht dazu, dass Deutschland wieder zu einem internationalen Problem wird. Deshalb müssen diejenigen Sozialdemokraten, die den Weg für künftige Koali-

tionen mit der „Linken“ öffnen wollen, besonders hartnäckig auf die Veränderung der Außen-, Sicherheits- und Europapolitik dieser Partei drängen. Es geht in diesen Politikfeldern, anders als bei vielen innenpolitischen Fragen, nicht nur darum, ob die deutsche Bevölkerung einen radikalen Richtungswandel unterstützen würde oder ob zwischen künftigen Koalitionspartnern ein Kompromiss gefunden werden kann – so wichtig dies in einer Demokratie auch ist.

### **Die europaweite Re-Nationalisierung der Außenpolitik muss verhindert werden**

Entscheidend dafür, ob deutsche Politik zur Lösung von Problemen beitragen kann oder diese Politik selbst als Problem wahrgenommen wird, ist vielmehr der Wille und die Fähigkeit einer Bundesregierung, eigene Vorstellungen und Interessen so in die europäischen und internationalen Prozesse einzubringen, dass auch die Sichtweisen und Interessen der Partner Deutschlands ausreichend berücksichtigt werden. Jede andere Politik würde aus der Sicht unserer Nachbarn dazu führen, dass die nach mehreren Jahrhunderten durch die Integration des vereinigten Deutschlands in die EU und NATO endlich gelöste deutsche Frage erneut virulent würde.

Es gibt in Europa, nicht nur auf der Rechten, sondern auch auf der Linken Parteien, deren politische Konzepte faktisch auf eine Re-Nationalisierung der Außen-, Sicherheits- und Europapolitik hinauslaufen. Dies ist in jedem Fall bedauerlich und besorgniserregend. Für Deutschland aber gefährdete eine solche Richtungsänderung die außen-, sicher-

heits- und europapolitischen Grundlagen, auf denen unser heutiges gutes Verhältnis zu allen unseren Nachbarn beruht. Deshalb eröffnen Koalitionsspekulationen für die Bundesebene erst dann praktische Handlungsperspektiven, wenn im Bereich der Außen-, Sicherheits- und Europapolitik bei den „Linken“ eine konzeptionelle Klärung und eine anschließende Neuorientierung erfolgt.

Im 2010 veröffentlichten Entwurf für ein künftiges Programm der „Linken“ ist eine solche Klärung und Neuorientierung nicht zu erkennen. Im Gegenteil! An der negativen Haltung gegenüber der NATO und allen die EU bisher konstituierenden Verträgen wird festgehalten. Diese konkreten Vorbehalte gegen die die Außen-, Sicherheits- und Europapolitik der Bundesrepublik Deutschland prägenden Vertragssysteme versucht die „Linke“ durch ein Bekenntnis zur Forderung nach völlig neuen sicherheits- und europapolitischen Verträgen zu kompensieren. Dieses Bekenntnis zum Internationalismus bleibt aber völlig abstrakt und unglaubwürdig, wenn es nicht mit einer Bereitschaft zum Kompromiss mit den europa- und sicherheitspolitischen Vorstellungen der Nachbarn und Partner Deutschlands verbunden ist. Eine Partei, die – genau wie in ihrer Politik nach Innen – in ihrer Europa- und Außenpo-

litik die eigenen Vorstellungen als nicht verhandelbares Prinzip und nicht als die eigene programmatische Basis für Verhandlungen begreift, hat ein wichtiges demokratisches Grundprinzip in einer parlamentarischen Demokratie entweder nicht begriffen oder noch nicht akzeptiert. Von unseren Nachbarn und Partnern wird eine solche Verweigerung der Berücksichtigung ihrer Interessen und Sichtweisen als eine „linke“ Variante eines deutschen Nationalismus wahrgenommen. Dies widerspricht der Selbstwahrnehmung und der Ideologie der „Linken“. Diese kritische Wahrnehmung der Europa- und Außenpolitik der „Linken“ ist aber verständlich, wenn man nicht die ideologischen Motive, sondern die praktischen Konsequenzen ihrer Politik analysiert.

Im Übrigen gilt dieser kritische Einwand nicht nur für die Außen- und Europapolitik der „Linken“, sondern auch für viele ihrer programmatischen Forderungen zur Innen- und Gesellschaftspolitik. Nirgends in ihrem Programm ist die Tatsache reflektiert, dass viele ihrer Forderungen nicht zu verwirklichen sind, ohne die geltenden gemeinsamen Vereinbarungen und Regeln in der EU in Frage zu stellen und somit auch in diesen Bereichen faktisch zu seiner Re-Nationalisierung deutscher Politik beizutragen.

## Volksfront *reloaded*?

### Vereinnahmung, alte Fronten, bekannte Irrwege

Vielleicht sollte man nicht jedes Wort des ersten Programmentwurfs der Partei DIE LINKE auf die Goldwaage legen, besteht sein funktionaler Sinn doch darin, die verschiedenen innerparteilichen Strömungen zu integrieren. Doch haben sich in dem seit März 2010 vorliegenden Text offensichtlich viele Signale westdeutscher Renegaten, Linksradikaler und Sektierer sowie die Lafontaine'sche Fundamentalopposition durchgesetzt. So wiesen eine Reihe von Kommentatoren, sogar altgediente SED/PDS-Genossen, darauf hin, dass der „fundamentalistische Antikapitalismus“ (Horst Dietzel) des Programmentwurfs für die praktische Durchsetzung eines Politikwechsels in Deutschland wenig taugt. Wenn sich das gesamtdeutsche Parteiprogramm gegen DIE LINKE als regierungsfähige und mitregierende (mittelgroße regionale) Volkspartei des Ostens richtet, kann dies der SPD nicht egal sein.

Der gleichberechtigte offene Diskussions- und Lernprozess hin zu einer neuen Regierungsmehrheit von SPD-GRÜNEN-LINKEN wird als Ziel *nicht* benannt. Wohl aber ist davon die Rede, dass DIE LINKE mit „anderen linken Parteien“ (DKP? MLPD? trotzkistischen Splittergruppen?) kooperieren will. Zugleich wird die SPD in toto abgeschrieben, wie sonst ließe sich der folgende Satz verstehen: „Ab 1959 gab sie Zug um

Zug ihre Vorstellungen einer über den Kapitalismus hinausweisenden Neuordnung von Wirtschaft und Gesellschaft auf.“ Oder: „Die ‚neue Sozialdemokratie‘ stand für den Abbau des Sozialstaats und Umverteilung von unten nach oben“ – also auf der gegnerischen Seite.

Doch nicht nur tagesaktuell, auch auf einer grundsätzlich-programmatischen Ebene ist der Entwurf höchst ärgerlich, fällt er doch hinter entscheidende Klärungsprozesse des linken Spektrums in den beiden Jahrzehnten vor dem Zusammenbruch des Kommunismus sowjetischen Typs zurück. Der Text liest sich streckenweise wie aus der Zeit der realsozialistisch orientierten Linken, die mit „breiten linken Bündnissen“ aus der Gesellschaft – damals war von der Aktionseinheit aller fortschrittlichen Kräfte die Rede – ihren Führungsanspruch durchzusetzen versuchte. Dies wirkt heute natürlich eher als Farce (wenigstens diese Tragödie liegt hinter uns), da es die alten Auftraggeber SED und Stasi bekanntlich nicht mehr gibt. Und diejenigen, die sich weigern, da mitzumachen, können (anders als noch zu poststalinistischen Zeiten) nicht mehr existenziell bedroht werden.

Die historische Erfahrung unserer westdeutschen innerlinken Auseinandersetzung, gerade diejenigen meiner Generation seit Mitte der siebziger Jah-

re bis 1989, wird in diesem Programm-entwurf bewusst verdrängt. So heißt ein Schlüsselsatz: „DIE LINKE knüpft an linksdemokratischen Positionen und Traditionen aus der sozialistischen, sozialdemokratischen und kommunistischen Arbeiterbewegung und aus anderen emanzipatorischen Bewegungen an. Wir bündeln politische Erfahrungen aus der Deutschen Demokratischen Republik und der Bundesrepublik Deutschland.“

Das klingt wie vieles zunächst sehr *sophisticated*, die Autoren können sich auch auf das Demokratische und eben auch auf negative DDR-Erfahrungen herausreden. Doch gleichzeitig werden hiermit die entscheidenden Differenzen vernebelt. Kommunismus und DDR gehören wie selbstverständlich dazu, als ob auch sie emanzipatorisch und demokratisch gewesen wären. Das erinnert an die kommunistische Strategie der Volksfront: Alles, was „fortschrittlich“ ist (außer die innerlinken Kritiker der Kommunisten!), soll gleichberechtigt nebeneinander stehen. Spaltung ist schlecht, Einheit ist gut. Doch dass es da welche gibt, die meinen, die Wahrheit gepachtet zu haben, die andere dominieren wollen, denen Freiheit ein nachrangiger Wert gegenüber einer wissenschaftlichen (in Wirklichkeit: quasi-religiösen) Weltanschauung ist, fällt unter den Tisch. Die Volksfront in diesem Verständnis bedarf eben der kommunistischen Führung. Nun wird noch ein falsches Etikett übergeklebt, „nationale Front“, „Aktionseinheit“, „demokratisches Bündnis“, „fortschrittliche Kräfte“, oder wie es auch immer hieß: und jetzt eben Demokratischer Sozialismus. Da-

bei war dieser ja eigentlich der Kampfbegriff gegen den diktatorischen Sozialismus. Der Demokratische Sozialismus brachte schließlich die Gründe, sich gegen die Einheitsparolen der leninistisch-autoritären Sozialismustradition zu wehren, auf den Punkt.

Überall gab es in den siebziger und achtziger Jahren in sozialen Bewegungen, Initiativen, Verbänden und Gewerkschaften sowie quer durch die linken Parteiflügel von SPD und GRÜNEN diese prinzipielle Auseinandersetzung zwischen Sympathisanten des Realsozialismus und den eigentlichen Demokratischen Sozialisten. Für letztere konnte es eben nie dieses zweifache Maß geben, diese Blindheit gegenüber zentralstaatlicher Mangelverwaltung, fehlender Reise- und Meinungsfreiheit, Mauer und Knastwillkür. Für uns war die DDR eben nicht bereits „objektiv“, bloß wegen eines verkürzten, an der Eigentumsform festgemachten Sozialismusbegriffes, eine Gesellschaftsformation der Zukunft. Wir suchten hingegen einen „Dritten Weg“. Glaubwürdigkeit hing damit zusammen, den Kapitalismus im Westen wie den Staatssozialismus im Osten gleichermaßen zu kritisieren. So suchten wir auch früh nach einer gesamteuropäischen Einigungsperspektive (so z.B. die vor allem von Johano Strasser edierte Zeitschrift L'80 oder unser Westberliner „Arbeitskreis Atomwaffenfreies Europa“), während sich die autoritären Staatssozialisten jegliche Form innerer Einmischung verbot und in Ostberlin plakatierten: „Der Friede muss bewaffnet sein!“

Im Programmentwurf DER LINKEN heißt es: „Die Friedensbewegung

forderte Abrüstung und vor allem die Beseitigung von Massenvernichtungswaffen.“ Das stimmt so nicht. Es standen sich zwei Strömungen unversöhnlich gegenüber: diejenigen, denen es wie dem „Krefelder Appell“ im Rahmen der DKP/SED-Bündnispolitik allein um die NATO-Nachrüstung ging; und diejenigen, die – wie Günter Grass auf Schriftstellertreffen mit DDR-Kollegen – darauf insistierten, dass die atomare Rüstungsspirale auf beiden Seiten des Eisernen Vorhangs das Problem darstelle: die amerikanischen Pershings/Cruise Missiles ebenso wie die sowjetische SS 20, die eben gleichermaßen mit ihren extrem verkürzten Vorwarnzeiten einen Atomkrieg in Europa wahrscheinlicher machten.

Mein Vorwurf lautet, dass eine Lesart des Programmtextes möglich ist, in der man die bekannte Melodie der autoritären Linken wiedererkennen kann – alte Argumentationsmuster, als ob die Schulungsmaterialien des Marxistischen Studentenbundes (MSB) oder des Sozialistischen Hochschulbundes (SHB) wieder hervorgekramt worden wären:

(1) Die führende Rolle der Organisation, die ihre historische Mission erkannt hat, wurde auch vor 1989 getarnt durch eine Bewegungs- und Demokratierhetorik, um über die eigenen Kader hinaus – gewisse Naivität ausnutzend – unter linken Demokraten anziehend zu wirken. Wieweit Konzepte von Gegenmacht, „Runden Tischen oder Wirtschafts- und Sozialräten auf allen Ebenen“ und von Klassenkampf („Generalstreik“) dem Parlamentarismus, der Meinungsfrei-

heit, dem Rechtsstaat und den Menschenrechten entgegenstehen können, wird nicht reflektiert. Der Gegensatz von parlamentarischer Demokratie/ Rechtsstaatlichkeit und nichtlegitimierter Herrschaft/Diktatur wird eben verunklart durch ein solches parteiisches Lob von Räten, Direktdemokratie und „demokratischer Vergesellschaftung“. Sind diese ein Projekt der den Parlamentarismus ergänzenden „Demokratisierung aller Lebensbereiche“? Oder sind sie ein Mittel zum Zweck, die parlamentarische Demokratie unter Druck zu setzen, um die eigene Durchsetzungsmacht zu stärken? Arbeiterräte, Volksbefragungen, propagandistisch verengte Öffentlichkeit usw. können auch autoritäre Einparteienherrschaft und Führerkult gebären. Die Solidaritätsadresse des Programmtextes an den Sozialismus des 21. Jahrhunderts „mehrerer lateinamerikanischer Länder“ legt letzteres nahe.

(2) Die Prinzipien von Freiheit, Menschenrechten und Rechtsstaatlichkeit können leicht weniger wichtig erscheinen, wenn der „Systemwechsel vom Kapitalismus zum Sozialismus“ zum entscheidenden Maßstab wird. Dieses alte Dilemma des Denkens in Systemalternativen ist unauflösbar, denn hat man „die Notwendigkeit einer gesellschaftlichen Alternative“ erkannt, will man diese letztlich auch durchsetzen wollen. Natürlich versichert man, den revolutionären Schritt von A nach B möglichst demokratisch gestalten zu wollen. Doch wer definiert, was und wer demokratisch ist, oder wer sich als Feind des Volkes und der Umgestaltung erweist?

(3) Anhand der „Eigentumsfrage“, die ganz traditionell als nationale Verstaatlichung verbunden mit „Wirtschaftsdemokratie“ verstanden wird, soll sich „Systemüberwindung“ definieren. Unter den Bedingungen der globalisierten Welt sind sicher andere, kompliziertere und transnationale Lösungen erforderlich; bereits das Godesberger Programm kannte einen anderen Sozialismusbegriff. Für Demokratische Sozialisten sind Eigentumsfragen kein Dogma, sondern müssen unter den jeweiligen gesellschaftlichen Bedingungen Teil einer ergebnisoffenen Instrumentendebatte sein. Demokratischer Sozialismus wird eben nicht als ein in seinen Institutionen planbares Gesellschaftskonstrukt verstanden, sondern als „dauernde Aufgabe“, mehr Freiheit, Gleichheit und Demokratie mit dem Ziel einer solidarischen Gesellschaft zu verwirklichen. Wodurch dies am besten zu realisieren sei, darum wird eine kritische Öffentlichkeit stets aufs Neue ringen müssen.

(4) Schließlich werden diese drei Punkte, die eben auch dogmatisch marxistische, ja gar leninistische Avantgarde-Konnotationen nicht ausschließen, mit der entschiedenen Ablehnung der „SPD-Führung“ verbunden. Zurückgegriffen wird auf die – ewig gleichen – Legenden von Verrat und Anpassung. Entlarvend, wenn 1918/19 die Durchsetzung der parlamentarischen Demokratie durch die SPD verschwiegen wird, wenn stattdessen die DDR als „Sozialismusversuch“ des besseren Deutschland geadelt wird.

Nach Lektüre des Programmtextes könnte man meinen, die Sozialdemokratisierung DER LINKEN sei erst einmal stecken geblieben. Auf jeden Fall bedarf es weiterhin, wie hier skizziert, zugespitzter Kritik, um 20 Jahre nach der Deutschen Einheit den Irrweg der kommunistischen Arbeiterbewegung endgültig abzusperrern und alte Fronten durchlässiger zu machen.



## (Heils-)Versprechen im Programm der „Linken“?

Parteiprogramme dienen einerseits der Selbstverständigung einer Partei, sollen andererseits ein Angebot an die Wähler sein. Die Halbwertszeit kann unterschiedlich sein, manche unterliegen dem V2-Prinzip: Verabschieden und Vergessen. Oder das Programm ist nach der Verabschiedung bereits überholt, weil die Zeitläufte anders sind, als sich die Programmgestalter, die doch eigentlich in die Zukunft schauen sollten, es sich vorgestellt haben. So ist es der Sozialdemokratie mit dem Berliner Programm gegangen, als die Vereinigung beider deutscher Staaten anstand.

So mag es letztlich auch mit dem Programm der „Linken“ gehen. Der Entwurf ist offenkundig auch ein politisches Testament des Parteigründers Oskar Lafontaine, der sich nun wieder einmal zurückzieht.

Denn Parteiprogramme haben oftmals wenig mit dem täglichen Handeln zu tun. Die Realität ist stets stärker, als das, was über sie gedacht wird. Sie ist wie sie ist, und nicht, wie sie sein soll.

### **Programm der linken Splittergruppen**

Also bleibt die Selbstverständigung. Sie ist notwendig für eine neue Formation, die aus dem Zusammenschluss vieler in sich widersprüchlicher und oftmals sektiererischer bunter linker Splittergruppen, unter denen sich ehemalige Sozialdemokraten, Gewerkschafter, antikommunistische Kommunisten, Alt-

maoisten und Neutrotzkisten befinden, mit der etablierten Ost-Regionalpartei PDS entstand. Zusammen gebunden hat diese Partei vor allem die Ablehnung von „Hartz IV“, der Hass auf Schröders Modernisierungspolitik und die Ablehnung der Großen Koalition. Der Aufstieg zur bundesweiten Fünften Partei ist also vornehmlich ein Beitrag zur Niederlage der Sozialdemokratie in den letzten Wahlen zum Bundestag.

### **Aneignung sozialdemokratischer Geschichte**

Der Programmentwurf ist in seinem historisierenden Teil ein Versuch, sich die passenden Teile sozialdemokratischer Geschichte anzueignen. Alte politische Strategie ist die Umdeutung bekannter Vorgänge und die Besetzung von Begriffen. Die Sozialdemokratie hat es hingegenommen, dass die SED den Begriff „demokratischer Sozialismus“ usurpierte und sich flugs in „PDS“ umbenannte. Für die Sozialdemokratie beruhte Sozialismus immer auf (parlamentarischer) Demokratie; erst der Leninismus und seine pervertierte Umformung im Stalinismus mit dem Führungsprinzip des „demokratischen Zentralismus“ („die Partei hat immer recht“) hat Sozialdemokraten veranlasst, ihren Sozialismus als „Demokratischen Sozialismus“ gegen den Stalinismus abzugrenzen, der besonders Sozialdemokraten mit Hass verfolgte. Die Berufung im Program-

mentwurf auf Willy Brandt ist Heuchelei und blanker Hohn.

### **Lebenslügen der Gewalt**

Insoweit gehört es zur Lebenslüge der Linkspartei, zu behaupten, die Mehrheit der Sozialdemokraten in der damaligen sowjetischen Besatzungszone sei aus freien Stücken in die SED marschiert. So, wie Alt-SEDler mit der Verniedlichung der DDR-Geschichte durch Gleichstellung der Entwicklung in der DDR mit negativen Entwicklungen in der alten Bundesrepublik besänftigt werden sollen, wird für die Utopisten aus den radikalen Splittergruppen das Utopia einer sozialistischen Gesellschaft jenseits des Kapitalismus entworfen.

Es sei daran erinnert, dass der Kapitalismus im Marxschen Denken durch die inneren Widersprüche in sich selbst zerbrechen würde. Diese Prognose ist aber nicht eingetreten. Die Arbeiterbewegung – Gewerkschaften und Sozialdemokratie – haben Strukturreformen durchgesetzt und einen Wandel zu einem Staatswesen schrittweise möglich gemacht, das nicht mehr nur Instrument einer herrschenden Klasse der Kapitalbesitzer – Bourgeoisie – ist. Sozialdemokraten haben früh erkannt, dass der reformierende Weg der parlamentarischen Demokratie zwar mühselig sein mag, aber relativ gewaltfreie Übergänge möglich macht. Kommunisten dagegen wollten diesen Weg nicht akzeptieren und haben dafür Gewalt und Unterdrückung geerntet. Das einzig noch überlebende Regime unter einer kommunistischen Einheitspartei, die VR China, geht nun genau den Weg, den die Linkspartei ideologisch verteufelt: sie öffnet sich

dem Kapitalismus. Und dies insbesondere auf dem Weltmarkt!

### **Verfehltes Katastrophenveltbild**

Deshalb ist die im Programmwurf ausgebreitete Katastrophentheorie verfehlt. Die Krise der Finanzmärkte von 2008 wird mit der Krise von 1929 verglichen und in den Konsequenzen gleich gestellt. Das globale Modell, das die Entwicklung des Kapitalismus in den vergangenen Jahrzehnten geprägt habe, sei an seine Grenzen gelangt. Nur Verblendete können übersehen, dass der Staatsinterventionismus, auch ein Verdienst der Arbeit von Gewerkschaften und Sozialdemokratie ist, und die internationale Kooperation Maßnahmen möglich macht, die nach 1929 nicht zustande kamen. Dass Korrekturen, vor allem in dem Funktionieren der internationalen Finanzmärkte durch die Einführung neuer Regeln notwendig sind, ist unbestritten. Dass alles sehr langsam geht, ist offenkundig. Die Lösungen aber, die die Linkspartei anbieten will, sind wenig überzeugend und auf nationaler Ebene wohl kaum zu schaffen. Besonders problematisch ist die Forderung nach Verstaatlichung der Banken. Es würde eine rigide Abschottung gegen die Aussenwelt erfordern, wo doch gerade die Finanzmärkte international verflochten sind.

### **Wirtschaftspolitischer Rückfall**

Die Auseinandersetzungen mit dem ökonomischen Ansatz des Programmwurfes erforderten eine ausführlichere Darstellung. Hier nur soviel: Die Forderung nach einer absoluten Priorität für Staatswirtschaft und öffentliches Eigen-

tum an Banken und großen Unternehmen ist fragwürdig und ein Rückfall um ein halbes Jahrhundert. In der verharmlosenden Darstellung der DDR als Republik der gutwilligen Führung, die hier und da bei den Freiheitsrechten – zeitbedingt – kleine Fehler gemacht hat, fehlt typischerweise der kritische ökonomische Ansatz. Denn der Zusammenbruch der kommunistischen Staatenwelt, vornehmlich der DDR hatte vor allem auch ökonomische Gründe, die hauptsächlich in den von der Staatsbürokratie gesteuerten Entscheidungen in der Wirtschaft begründet war. Es ist kein Zufall, dass gerade öffentliche Banken zu den Opfern der Finanzkrise gehören, häufig durch die falschen Entscheidungen des Managements verursacht. Das Risiko soll nun dem Steuerzahler aufgebürdet werden.

### **Haltlose Versprechen**

Ein weiterer Mangel im Programmentwurf ist das hemmungslose und verantwortungslose Versprechen sozialer Wohltaten, die über die Bedürftigen ausgeschüttet werden sollten. Es sind ja Wünsche und Versprechungen, die sich auch in sozialdemokratischen, grünen, ja sogar christdemokratischen Programmen finden. Die Antwort aber, wie das finanziert werden soll, wer das zahlen soll, fehlt. Denn die Schröpfung der Reichen und Vermögenden, die Progression in der Steuerskala dienen zwar der Herstellung von Gerechtigkeitsempfinden, erbringen aber in der Regel nicht die Beiträge, die für die Umverteilung benötigt werden. Die einfache Grundtatsache, dass jeder Euro nur einmal ausgegeben werden kann, haben die Programmma-

cher wohl aus Bequemlichkeit ignoriert. Natürlich gibt es ja noch Kredite, mit denen sich die DDR mit Hilfe von Vertretern der westdeutschen Bourgeoisie und des Großkapitals – man erinnere sich an Franz-Josef Strauß – zeitweilig über Wasser halten konnte. Aber jeder kennt das Ende der Geschichte.

### **Die Mythologisierung der „herrschenden Klasse“**

Rätselhaft bleibt die Verwendung zentraler Begriffe. Es wird der Begriff Klassengesellschaft eingeführt, ohne dass genau erkennbar ist, was das ist. Für die auf marxischen Ideen gegründete traditionelle Sozialdemokratie war das der Grundwiderspruch zwischen Kapital und Arbeit. Der Programmentwurf aber spricht von „globalen Herrschaftseliten“, von Vermögenden, Reichen, Spekulanten usw. Aber was ist die „herrschende Klasse“? Und im Programm wird auch darauf verwiesen, dass es eine „Krise der Demokratie und der gesellschaftlichen Regulation“ gibt. Die Demokratie werde „durch Vorherrschaft einer globalen Oligarchie untergraben“. Konkreter wird es nicht; aber sehr dienlich für den Aufbau von Verschwörungstheorien und Feindbildern! Sicher: Interessengruppen, Lobbyisten in Berlin, Brüssel oder Washington und Moskau versuchen Einfluss zu nehmen. Aber letztlich steuern auch Wählerentscheidungen staatliches Handeln.

### **Pseudoreligiöse Heilsversprechen**

Letztlich bleibt im Programmentwurf der Linkspartei ein Hauptwiderspruch. Die Setzung eines unbedingten, visionären und utopischen Endziels mit dem

Versprechen auf konsequente Durchsetzung, gleicht – ganz undialektisch und anti-marxistisch – einem pseudoreligiösen Heilsversprechen und steht in unauflösbarem Widerspruch zu den vehement erhobenen Forderungen nach Vorrang des Parlaments und der Durchsetzung der „partizipativen“ Demokratie. An der Glaubwürdigkeit dieses Strebens aber muss gezweifelt werden, denn die Durchsetzung der Endziele verträgt sich wenig mit Demokratie, die auf Interessenausgleich aus ist. Der Programmentwurf enthüllt deutlich, was die Verfasser wollen. Der Volksentscheid etwa dient letztlich nur der Durchsetzung der „Veränderung der Eigentumsverhältnisse“. Das alte leninistische Prinzip der Führung: die Partei weiß wo es

langgeht, das Volk darf „demokratisch“ „abnicken“ – wie der schöne ironische Ausdruck für widerspruchslöse Akzeptanz aus dem überlieferten Wortschatz DDR-Deutsch lautet. Um so schlimmer für das Volk, wenn es nicht folgt!

### **Programm für die Sonntagsandacht**

Neugierig schauen wir, was aus diesem Entwurf wird. Meiner Einschätzung nach wird er schon bald an dem Widerspruch zwischen Ideologen und Pragmatikern zerbröseln. Denn wie soll künftig Regierungsbeteiligung – wie in Brandenburg oder Berlin – stattfinden, wenn nicht durch pragmatische Kompromisse. Da wird dann das Programm eher der Sonntagsandacht, denn als Leitfaden für den Werktag dienen.

# Themenschwerpunkt: Perspektiven einer solidarischen Gesellschaft

---

Jens Böhrnsen

## Politik für eine soziale Stadtgesellschaft

### Einleitung

Die soziale Spaltung unserer Gesellschaft hat sich in den vergangenen Jahren verschärft. Die Möglichkeiten zur politischen Gegensteuerung auf kommunaler oder Landes-Ebene sind angesichts knapper öffentlicher Mittel in Folge der in den letzten Jahren von jedweder Bundesregierung systematisch betriebenen Absenkung der Staatsquote begrenzter denn je. Die Polarisierung zwischen Arm und Reich, zwischen „Gestaltern“ und von der Mitgestaltung ausgegrenzten, zwischen bildungsnahen und bildungsfernen Bevölkerungsgruppen zeigt sich dabei nirgendwo deutlicher als in den großen Städten. Sie sind gewissermaßen das Labor, in dem Entwicklungen beobachtet und Gegensteuerungen erprobt werden können, bevor diese in ihrer vollen Tragweite die gesamte Gesellschaft erfassen. Wir setzen uns daher in Bremen und Bremerhaven mit den grundsätzlichen gesellschaftlichen Fragen auseinander,

- wie kann die moderne Stadtgesellschaft sozial und demokratisch gestaltet werden?

- was stärkt den sozialen Zusammenhalt der (Stadt-)Gesellschaft, was fördert und sichert die gesellschaftliche Integration?
- wie soll ein zukunftsfähiger und nachhaltiger Sozialstaat aussehen, welche Strukturen prägen ihn?

### Schleichender Zerfall der Stadtgesellschaft

Die Sicherung des sozialen Zusammenhaltes in der Stadt und ihren Quartieren ist eine der größten stadtpolitischen Herausforderungen. Generell sind Großstädte in Deutschland zunehmend geprägt durch eine Gleichzeitigkeit von zunehmender Armut und wachsendem Reichtum. Dies gilt auch für Bremen und Bremerhaven. Der seit der Jahrtausendwende spürbare Aufwärtstrend der bremischen Wirtschaft hat längst nicht alle Menschen erreicht. Er konnte das soziale Gefälle zwischen den Menschen, die im Armutsrisiko und denen, die im Wohlstand leben, nicht vermindern.

Der vom Bremer Senat im Jahr 2009 vorgelegte Armuts- und Reichtumsbe-

richt<sup>1</sup> zeigt: Die Polarisierung der Einkommen hat in vergangenen Jahren ebenso zugenommen wie die Überschuldung vieler Haushalte. Etwa 110.000 Bremerinnen und Bremer lebten im Jahr 2007 von „Transfereinkommen“ und fast 1/3 aller Kinder leben an der Armutsschwelle. Gleichzeitig ist erkennbar, dass die Zahl der Personen in den höchsten Einkommensgruppen zunimmt und die Vermögenseinkünfte in den Jahren 2000 – 2006 um mehr als 23 % gestiegen sind, während die Höhe des empfangenen Arbeitsentgelts im gleichen Zeitraum um fast 1 % zurückging.

Ein hohes Wachstum der Anzahl von Leiharbeiterinnen und Leiharbeitern und geringfügig entlohnter Arbeitskräfte bei gleichzeitigem Rückgang der Anzahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten ist Ausdruck der zunehmenden Verdrängung regulärer durch prekäre Beschäftigungsverhältnisse. Wichtigste Herausforderungen für eine Teilhabe am gesellschaftlichen Leben und Wohlstand ist die Ermöglichung von ausreichendem Einkommen und angemessener, oder, um den vom DGB geprägten Begriff zu verwenden, *guter Arbeit*. Ressortübergreifende Strategien zur Sicherung und Schaffung von guter Arbeit und zur sozialen Entwicklung von Quartieren sind daher unverzichtbar.

Die Lebenslagen von Menschen differieren in verschiedenen Ortsteilen und Quartieren Bremens erheblich. Dabei werden drei grundlegende Segregationstendenzen beschrieben: die Wohn-

standorte von Armen und Reichen, von Einheimischen und Zugewanderten sowie von Haushalten mit und ohne Kindern. Weitgehend überlagern sich diese Aspekte, da in den Stadtquartieren, in denen die Anteile von Menschen mit Migrationshintergrund hoch sind, auch die meisten Kinder und Transfereinkommensbezieher leben. Durch die räumlichen Konzentrationen dieser Bevölkerungsgruppen nehmen soziale Ungleichheiten zwischen armen und wohlhabenden Stadtquartieren zu. Sozialräumlich konzentrieren sich einkommensschwache Haushalte vor allem im Geschosswohnungsbau der Stadtrandgebiete und in Wohngebieten nahe den „alt-industriellen“ Standorten. Hier finden sich verstärkt Mängel an Gebäuden, im Wohnumfeld und in den Grünbereichen. In benachteiligten Quartieren ist die Kindergesundheit deutlich schlechter. Die Lebenserwartung der Bewohnerinnen und Bewohner ist in ärmeren Stadtteilen geringer: bei Männern differiert sie gegenüber reicheren Stadtteilen um bis zu acht Jahre.

### **Zur Rolle der staatlichen Ebenen und zum Verhältnis von öffentlicher Hand und privatem Engagement**

Sozialer Zusammenhalt bedeutet gesellschaftliche Solidarität, ein Füreinander-Einstehen, Toleranz und Rücksichtnahme und wird letztlich von den Menschen – individuell und als Gruppen – aufgebracht. Bürgerschaftliches Engagement, Selbstorganisation und Selbsthilfe, Aktivierung der eigenen Potenziale und Ressourcen sind elementare Bestandteile, aus denen sozialer Zusammenhalt entsteht. Ohne sie geht es nicht.

1 <http://www.soziales.bremen.de/sixcms/detail.php?gsid=bremen69.c.6072.de>

Aber der Staat kann die Bedingungen dafür, dass sozialer Zusammenhalt entstehen kann, schaffen, indem er über die Sozialgesetze für eine ausreichende Absicherung der existentiellen Risiken wie Krankheit, Unfall, Behinderung, Arbeitslosigkeit und Pflegebedürftigkeit sorgt. Öffentliche Programme können zudem die Integration der verschiedenen Gruppen der Bevölkerung fördern.

Betont werden muss aber die *Strukturverantwortung der Bundesebene*. Nur sie hat maßgeblichen Einfluss auf die Existenzsicherung der Menschen. Länder und Kommunen können sich nur im Rahmen ihrer Möglichkeiten für Existenzverbesserungen und -sicherungen einsetzen.

Im Zusammenwirken von Wirtschafts-, Sozial- und Finanzpolitik hat der Staat die Möglichkeit, Arbeitsplätze zu schaffen, ein Mindesteinkommen zu sichern, auskömmliche Einkommen zu gewährleisten und für einen Ausgleich zwischen niedrigen und hohen Einkommen zu sorgen.

Der Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung<sup>2</sup> belegt, dass der deutsche Sozialstaat wirkt: er reduziert das aus der unausgeglichenen Primärverteilung der Einkommen resultierende Armutsrisiko durch Steuern und Transferleistungen um die Hälfte. Doch das gegenwärtige Niveau der Umverteilung reicht bei weitem noch nicht aus, die dem kapitalistischen Wirtschaftssystem immanenten, gesellschaftlichen Fliehkräfte zu kompensieren. Notwendig wären zusätzlich ein flächendecken-

der, armutsfester gesetzlicher Mindestlohn, Mindestsicherungsmechanismen in den Sozialversicherungen, ausreichende Sozialhilfe- bzw. Hartz-IV-Regelsätze für Erwachsene und Minderjährige, eine Re-Regulierung der Leih- und Zeitarbeitsverhältnisse sowie eine sozial gerechte Steuerpolitik, auch zur Stabilisierung der öffentlichen Haushalte.

Grundelemente einer solchen Steuerpolitik sind die Absenkung des Einkommenssteuersatzes in der Einkommenssteuer auf 12% und die Beibehaltung (eigentlich: die Wiedereinführung) des linear-progressiven Tarifs auf der einen Seite und auf der anderen Seite sozial verträgliche Steuererhöhungen wie z.B. die Erhöhung des Spitzensteuersatzes der Einkommensteuer auf über 50%, die Wiedereinführung der Vermögenssteuer, die Wiedereinführung der Gewerbesteuer, die Erhöhung der Körperschaftsteuer, die Streichung der Steuerfreiheit für Gewinne beim Verkauf von Unternehmen und Unternehmensanteilen, die Aufhebung der Steuerfreiheit im Bereich der Finanzdienstleistungen, eine wirksame Erbschaftbesteuerung statt der weiteren Lockerung, die Wiedereinführung der Börsenumsatzsteuer und die Angleichung der Steuersätze für Zins- und Vermögenseinkünfte an die Steuersätze der Einkommensteuer.

### **Lokale Strategien gegen die zunehmende Segregation**

Wie lässt sich auf die Auseinanderentwicklung der Lebenslagen in den Quartieren reagieren? Segregation ist vorrangig die Folge von Wohnstandortsentscheidungen bzw. -möglichkeiten. Die Wohnortwahl von Menschen ist

2 [http://www.edrucksachen.de/pdf/Wikipedia\\_1609915.pdf](http://www.edrucksachen.de/pdf/Wikipedia_1609915.pdf)

aber in einer Demokratie nicht staatlich steuerbar. Segregation kann daher nicht „abgeschafft“, soziale Mischung kann daher nicht politisch „verordnet“ werden. Die oft formulierte Forderung nach einer besseren „Durchmischung“ von Quartieren findet hier ihre Begrenzung. Allerdings: Die Segregation sollte nicht durch politische oder Verwaltungsentscheidungen noch weiter befördert werden.

### **Neuausrichtung des Sozialen Wohnungsbaus**

Es sollte vermieden werden, die soziale Segregation durch die räumliche Konzentration von Sozialem Wohnungsbau noch zu verstärken. Aufgrund dieser Überlegungen wird der Soziale Wohnungsbau im Land Bremen seit Mitte der 90er Jahre des 20. Jahrhunderts nicht mehr konzentriert in größeren neuen Baugebieten gefördert, sondern es wird seitdem nur noch eine kleinteilige Förderung vorgenommen. Sozialer Segregation kann auch auf der Ebene der Stadtplanung und bei der Schaffung von Planungsrecht entgegengewirkt werden, indem z.B. Familienhausbebauung, preisgünstiger Geschosswohnungsbau und Flächen für Gemeinschaftseinrichtungen bzw. Gewerbe kombiniert vorgesehen und auf diesem Wege „soziale Monostrukturen“ vermieden werden. Bei der Gestaltung der sog. Richtwerte für Mieten, die nach dem SGB II und SGB XII von der Kommune akzeptiert werden, sind höhere Werte für Stadtteile und Ortsteile mit höherem Mietniveau vorgesehen, sodass hier der weiteren Segregation zumindest kein Vorschub geleistet wird.

### **Kommunale Arbeitsmarktpolitik**

Neben dem Wohnungsmarkt spielt auch die Arbeitsmarktsituation eine bedeutende Rolle für Armut und Reichtum in den Ortsteilen. Die Entwicklung lokaler Beschäftigungsförderung wurde durch das Programm „Bremen produktiv und integrativ“ positiv beeinflusst. Das Programm verknüpft die arbeitsmarktpolitischen Angebote mit den kommunalen Strategien der sozialen Stadtentwicklung. Sozialräumliche Potenziale und lokale Ökonomie sollen dadurch genutzt und gestärkt werden. Eine ähnliche Zielsetzung hat das Programm „Lokales Kapital für Soziale Zwecke“, das seit 2003 in Bremen erfolgreich durchgeführt wird.

Die Verbesserung der alltäglichen Wohn- und Lebensbedingungen in benachteiligten Quartieren ist seit 1999 Zielsetzung des Programms „Wohnen in Nachbarschaften/Soziale Stadt (WiN)“, mit dem elf der am stärksten benachteiligten Gebiete in Bremen und Bremerhaven durch direkte Förderungen erreicht werden und in weiteren vier Gebieten Stabilisierungsmaßnahmen durchgeführt werden können. Die Partizipation der Menschen ist dabei der Schlüssel zur nachhaltigen Wirkung von Quartiersentwicklung. Partizipation entsteht nicht von selbst. Armut zu erleben und daraus subjektiv keine Ausstiegsoptionen in ein Existenzsicherndes eigenständiges Leben finden zu können, erzeugt bei vielen Passivität und Entmutigung. Für Kinder und Jugendliche, die in derartigen soziokulturellen Milieus groß werden, fehlen oftmals aktivitätsfördernde Impulse in Familien und Nachbarschaften. Das im



Programm WiN erprobte und bewährte Quartiersmanagement ist eine wesentliche Option, um diese Abstiegs- und Ausgrenzungsspiralen zu durchbrechen. Es soll als Mittler zwischen Bewohnerschaft, Wirtschaft, Politik und Verwaltung ansetzen und ggf. als Impulsgeber von Projekten, Diensten und selbstständigen Aktivitäten tätig werden. Quartiersmanagement schafft lokale Rahmenbedingungen für sozial und ökonomisch nachhaltige, kleinräumige Entwicklungsprozesse.

Neben WiN sind die „Häuser der Familie“ besonders zu erwähnen. Häuser der Familie sind Orte der Begegnung, die zugleich vielfältige Beratungsangebote und Hilfestellungen anbieten. Auch sie sind ein wesentliches Mittel zur Einbindung von Bewohnerinnen und Bewohnern. Es gibt in Bremen solche Häuser in fast allen sozial benachteiligten Stadtteilen. Zwei Häuser der Familie haben bundesweite Auszeichnungen erhalten. Sie werden noch durch Quartiersbildungszentren ergänzt, die insbesondere Schulen in die soziale Verantwortung für den Stadtteil einbinden. Es handelt sich jeweils um eine institutionalisierte Zusammenarbeit von Schulen, z. T. auch KiTas und sozialen Diensten und Gesundheitsdiensten.

### **Sozialer Zusammenhalt als Klammer der Bremer Landes- und Kommunalpolitik**

Die Stärkung des sozialen Zusammenhaltes in unseren beiden Städten ist ein zentraler Schwerpunkt der Arbeit des rot-grünen Senats in Bremen. In den letzten beiden Jahren hat der Senat eine Reihe von Maßnahmen in verschiedens-

ten Handlungsfeldern auf den Weg gebracht.

### **Arbeit und Ausbildung**

Die Bremer Wirtschaftsförderung zielt auf die Schaffung und Sicherung Existenz sichernder Arbeitsplätze ab. Dies wird unterstützt durch die Arbeitsmarktpolitik, die durch entsprechende Qualifizierungs- und Beratungsprojekte darauf abzielt, die Beschäftigungsfähigkeit von Arbeitslosen zu erhalten bzw. wieder herzustellen, um damit deren Integration in den ersten Arbeitsmarkt zu unterstützen. Gleichzeitig wird die Qualifizierungsförderung – für Arbeitslose wie auch für Beschäftigte in Unternehmen – gezielt zur Verbesserung der Standortqualitäten der Arbeitsmarktregionen Bremen und Bremerhaven und damit deren Wettbewerbsfähigkeit eingesetzt. In den letzten Jahren hat sich die Langzeitarbeitslosigkeit auch im Lande Bremen verfestigt. Auf absehbare Zeit wird es nicht gelingen, einen erheblichen Teil dieser Langzeitarbeitslosen in den ersten Arbeitsmarkt zu integrieren. Im Rahmen der Landesarbeitsmarktpolitik werden gezielte Maßnahmen für Langzeitarbeitslose gebündelt. So ist die Mehrzahl der Förderprogramme vorrangig auf diese Zielgruppen zugeschnitten.

Ohne Berufsausbildung steigen die Risiken für prekäre Beschäftigung, Arbeitslosigkeit und Armut zukünftig extrem. Alle jungen Menschen sollen daher einen Ausbildungsplatz erhalten können. Alle wichtigen Akteure auf dem Bremer Ausbildungsmarkt sind an einem Tisch zusammengekommen, um einen regionalen Ausbildungspakt

zu schließen. Die Allianz, die sich aus beiden Sozialpartnern, den Kammern, den Agenturen und den Arbeitsgemeinschaften zusammensetzt, hat sich selbst zu konkreten Zielzahlen verpflichtet und diese bisher immer erreicht bzw. sogar übertroffen. Trotz der wirtschaftlichen Einbrüche aufgrund der anhaltenden Krise stellen die Unternehmen und das Land über 7.500 Ausbildungsplätze zur Verfügung. Jedem Jugendlichen, der an der Nachvermittlungsaktion der Agenturen und Kammern teilnahm, konnte mindestens ein Ausbildungsplatz angeboten werden.

Das schulische System und das Berufsausbildungssystem müssen einen besseren Übergang an der Schwelle Schule-Beruf gewährleisten. Beratungsangebote sind darauf zu überprüfen, inwieweit Personen mit besonderen Risiken, wie z. B. Migranten und Migrantinnen, beim Übergang Schule-Beruf tatsächlich erreicht werden. Der Bremer Schulentwicklungsplan und das Bremer Schulgesetz nehmen dies auf und sehen eine Verstärkung der Sprachförderung vor. Einen wesentlichen Meilenstein bildet die Einführung von Werkschulen, die sich durch eine stärkere Verzahnung von theoretischem Lernen, der Aneignung von praktischen Fertigkeiten sowie der betrieblichen Praxis auszeichnen.

### **Kinderbetreuung, Erziehung und Bildung**

2008/2009 wurden wichtige Schritte zur Verbesserung der Personalausstattung und zur Ausweitung der Betreuungszeiten für Kindergartenkinder und Unter-Dreijährige eingeleitet. Dabei lag ein Schwerpunkt auf der Verbesserung

des Angebots für Kinder aus sozial benachteiligten Verhältnissen. Das kostenlose Mittagessen für Geringverdienende ist dabei ein Meilenstein. Als nächster Schritt soll die Betreuungsquote der unter Dreijährigen bis 2013 auf 35 % ausgeweitet werden, um den Rechtsanspruch auf Betreuung für alle Kinder ab dem ersten Geburtstag zu gewährleisten. Darüber hinaus stehen die schrittweise Erhöhung wie auch Flexibilisierung der Betreuungszeiten in der Kindertagesbetreuung, die Ausweitung der Sprachförderung und die bedarfsbezogene Aufstockung des Betreuungspersonals im Mittelpunkt der Bemühungen, die auch weiterhin besonders an Kinder aus sozial benachteiligten Verhältnissen gerichtet sein werden.

Die Verbesserung der Qualität von Schule und Unterricht sowie die Entkoppelung von sozialer Herkunft und Schulerfolg sind Ziele für die Weiterentwicklung des stark zersplitterten bremischen Schulsystems. Mit dem Schulentwicklungsplan 2008 soll erreicht werden, dass ausreichende schulische Bildung als wesentliche Schlüsselgröße für den Zugang zu Erwerbseinkommen und damit einer wesentlichen Dimension von Chancengleichheit von jedem Kind unabhängig von sozialer Herkunft und Wohnortteil erreicht werden kann. Dazu gehören auch der Ausbau von Ganztagschulen und Werkschulen, die Errichtung von Quartiersbildungszentren / Familienzentren und spezifische Fördermaßnahmen für Kinder und Jugendliche aus eher bildungsfernen Familien. Soziales Lernen in Quartieren soll durch eine verstärkte Zusammenarbeit aller am Bildungssystem beteiligten

Gruppen weiter entwickelt werden. Die Quote derjenigen, die allgemeinbildende Schulen ohne Hauptschulabschluss verlassen (derzeit 9 %), soll bis 2012 möglichst halbiert werden.

### **Politische und kulturelle Teilhabe**

Sozialer Zusammenhalt entsteht nicht allein durch staatliche Politik, sondern erfordert eine umfassende Einbeziehung und Aktivierung der Bevölkerung für ihre Belange. Deswegen wird der Bremer Senat Bürgerbeteiligung weiterhin in allen Bereichen fördern und stärken. Die frühzeitige Information und breitere Beteiligung der Bevölkerung in vielfältigen Formen (Anhörungsbeteiligung, Entscheidungsbeteiligung, Verfahrensbeteiligung, Gestaltungsbeteiligung) soll z. B. durch Foren, Bürgergutachten, Runde Tische sowie das Modell „Bürgerhaushalt“ erfolgen. Eine besondere Bedeutung haben die neu geschaffenen Mitwirkungsmöglichkeiten der Stadtteil-Beiräte (eine Bremensie; vergleichbar mit den Bezirks(verordneten)versammlungen in Hamburg oder Berlin) mit dem Instrument der Planungskonferenzen in den Stadtteilen. Sie ermöglichen zukünftig eine gute Koordinierung der verschiedenen politischen und sozialen Aktivitäten im Stadtteil.

Alle Bürgerinnen und Bürger sollen unabhängig von Alter und Einkommen Zugang zu kulturellen Angeboten haben. Der Senat hat in Zusammenarbeit mit zahlreichen Kultureinrichtungen zusätzlich zu den bereits bestehenden, erheblichen Vergünstigungen der Eintrittspreise für kulturelle Veranstaltungen ein sog. 3-Euro-Ticket für Bedürftige eingeführt.

### **Resümee**

Sozialer Zusammenhalt, das ist eine gute KiTa, in der Kinder optimal gefördert werden. Das ist die Werkstatt, in der Menschen mit Behinderungen gern arbeiten. Das ist die Wohnanlage für alte Menschen, die ganz selbstverständlich auch eine Kindergruppe beherbergt und einen Mittagstisch für die Nachbarn anbietet. Das ist das freiwillige Engagement von Männern und Frauen in Sportvereinen und Selbsthilfegruppen, in den Feuerwehren und Hilfsorganisationen, in den Kirchen und in vielen anderen Gruppen.

Der Staat kann und muss auf den Ebenen von Bund, Länder und Kommunen die Bedingungen dafür schaffen, dass sozialer Zusammenhalt entstehen kann. Nur ein aktiver Sozialstaat, der sich auszeichnet

- durch die gesetzliche Absicherung existentieller biographischer Risiken,
- durch öffentliche Daseinsvorsorge,
- durch eine gerechte Steuergesetzgebung,
- durch eine aktive Arbeitsmarktpolitik,
- durch Schwerpunktprogramme wie die „Soziale Stadt“,
- durch die Förderung bürgerschaftlichen Engagements,
- durch Bildung für alle und
- durch die Sicherstellung ausreichender Kinderbetreuungsangebote

ist die Gewähr dafür, dass die Gesellschaft nicht auseinanderfällt, sondern dass die Menschen füreinander eintreten.

## Politische Notwendigkeiten und gewerkschaftliche Handlungschancen

Die Weltwirtschaft steckt in einer ihrer tiefsten Krisen. Auf den Finanzmärkten wurden große Räder gedreht und nebenbei auch viel Geld der kleinen Leute verzockt. Der Staat musste den Kapitalismus retten und wird damit nicht froh. Schwarz-Gelb regiert, weiß aber auch nicht weiter. In einer solchen Situation mag Innehalten, Tempo-Rausnehmen – manche sprechen vom „Aussetzen“ – vielleicht doch angebrachter sein als bloßes Rumjammern oder politisches Hyperventilieren. Doch auf diese Weise könnte man vielleicht Regierungsmehrheiten verteidigen, aber kaum Probleme wirklich lösen. Klimawandel, Schuldenberge, Infrastrukturversäumnisse, Modernisierungsrückstände, soziale Schieflagen, Arbeitsplatzdefizite und Politikverdrossen verschwinden nicht, wenn sich daran nur noch eingeschränkt öffentliche Empörung entzündet und die Politik darauf vertraut, Katastrophen doch noch irgendwie aufhalten zu können. Was genau sind die Herausforderungen? Kann es eine solidarische Gesellschaft geben, wenn die Basis für solidarisches Handeln erodiert? Und sind zivilgesellschaftliche Akteure wie die Gewerkschaften nicht strukturell überfordert, wenn sie immer wieder neu die Politik zum Jagen tragen sollen? Es lohnt sich, genauer hinzuschauen, auch wenn das noch nicht alle Fragen beantwortet.

### Eisbergspitzen

Alle Probleme – mindestens die wichtigsten – sind bekannt, trotz wachsender „Seichtgebiete“ (Michael Jürgs). Dazu zählen in unvollständiger Reihung: Die FDP hat es zwar nie gerne gehört, aber auch nicht verheimlicht, dass sie sich den Besserverdienenden besonders verbunden fühlt. Das wird zum Problem, weil sie nunmehr Regierungsverantwortung trägt und nicht mehr nur parlamentarische Speerspitze des Marktradikalismus sein kann. Und ebenso ist eigentlich offenkundig, dass man in der Union entschiedener für ein Verlängern der Laufzeiten von Atomkraftwerken als für das Verlängern des Elternurlaubs eintritt. Und Lohndumpingprozesse dürften in den Regierungsparteien wohl auf höhere Sympathie stoßen als Prozesse gegen Steuerhinterzieher. Wer es nicht selbst erlebt, kann immer häufiger nachlesen, wo und wie die öffentliche Infrastruktur bereits auf den Hund gekommen ist. Ein Beispiel: „Die Ludwig-Erhard-Berufsschule am Kieler Westring ist ein unwirtlicher Ort, zumal bei Regen, wenn das Wasser von der Decke tropft. Durch die Klassenräume heult der Wind. Von Zeit zu Zeit drückt eine Bö ein Fenster aus dem morschen Rahmen. In den oberen Etagen hat der Hausmeister Bretter vor die Scheiben genagelt.“ (Neubacher 2010: 44).

Griechenland steht vor dem Bankrott. Italien, Spanien und Irland sind weitere Sorgenkinder der Europäischen Union. Doch der DAX hatte schon wieder die Sechstausender-Marke überschritten. Bedenkliche Botschaften finden sich in bunter Mischung der Schlagzeilen sogar in einer einzigen Zeitungsausgabe, zum Beispiel in der Frankfurter Rundschau vom 17. März 2010. Wir lesen auf der Titelseite die Headline: „Es geht bergauf. 9,9 Millionen Euro erhält Josef Ackermann, Chef der Deutschen Bank, für seine Arbeit im Jahr 2009. Er ist der höchstbezahlte Vorstand eines DAX-Unternehmens. Seine Bank peilt 2011 einen Gewinn von 10 Milliarden Euro an.“ Beim Durchblättern der Folgeseiten stößt man auf Überschriften wie: „Flexible Beschäftigte, starre Renditeziele“, „Lebensplanung wird unmöglich“, „Auch die Kopfpause light ist unsozial“, „Bundespräsident Horst Köhler findet seit dem Regierungswechsel keine Worte mehr“, „In der Haushaltsdebatte beschreibt Wolfgang Schäuble den Ernst der Lage und mahnt zum Sparen“. „Höhere Löhne helfen auch Europa“, „Wie weit geht die Partnerschaft?“, „Konjunktur liegt in der Reha“, „Inflation? Fehlanzeige!“. Und nochmals die Überschrift: „Schwere Vorwürfe gegen Deutsche Bank“. Selbst im Sportteil finden sich Überschriften, die zur politischen Dramatik passen: „Politisches Spiel“, „Ein gewaltiges Problem“, „Der Kampf gegen die Zeit“, „Mit gesenktem Blick“ und schließlich: „Den Tiefschlag wegstecken“ und „Gegen höhere Prämien“. Selbst die Feuilleton-Überschriften suggerieren Problemlagen: „Wir wollen nicht wissen“,

„Zu Guttenberg zum ‚Sprachwahrer‘ erklärt“, „Ein Abend voller Demütigungen“ und „Nostra Culpa oder Die Komplizengemeinschaft“. Gesagt und geschrieben ist eine ganze Menge Gewichtiges auch hinter den Headlines. Seit Guido Westerwelle als Vizekanzler und Außenminister amtiert, haben selbst früher harmlose Worte wie „Hotelloobby“ oder „Klassenausflug“ jenen Beigeschmack gewonnen, den Begriffe wie „Futtertröge der Macht“ und „Vetlerleswirtschaft“ schon immer hatten. Doch die Regierungs-Titanic hält Kurs. Mutti passt auf. Die als Bordkapelle verpflichtete Ministerriege ist voll ausgelastet mit dem Stimmen der schriller klingenden Instrumente. Oppositionsparteien und die zivilgesellschaftlichen Akteure streiten sich über das Umsortieren der Liegestühle.

### **Probleme? Welche Probleme?**

Was sollte nicht alles besser gemacht werden, als zum Jahresende 2008 die Empörung über die Verursacher und Verharmloser der Finanzmarktkrise hohe Wellen schlug? Selbst Hans-Werner Sinn, einer der Tatkräftigsten beim Drehen der neoliberalen Gebetsmühlen, gewann Geschmack an regulierten Finanzmärkten. Was zu dieser Zeit schon Mainstream schien, geriet schnell wieder zum Stoff für Feinschmeckerdebatten in den Expertenzirkeln. Es ist bislang nichts geworden mit der Finanztransaktionssteuer, für die jetzt sogar Angela Merkel das Wort ergriff, um sich in der EU nicht weiter zu isolieren, Dirk Niebel, in die Parade fuhr. Die Debatten um die originären Funktionen der Landesbanken sind verstummt. Das Emittie-

ren von „Toxischen Papieren“, mit denen tausendfach ahnungslose Rentner betrogen worden sind, darf weitergehen und ist zu einem Anliegen des Verbraucherschutzes herabgesunken. Völlig verdrängt wurde, dass die Krise auf den Finanzmärkten auch etwas zu tun hatte mit Strategien der Deregulierung und Entstaatlichung. Erst die massive Umverteilung zu Lasten der Masseneinkommen und zugunsten von Gewinnen und großen Vermögen konnte die Kassen der Teilnehmer am großen Finanzmarkttroulette füllen. Bis heute hat das Umsetzen von neoliberalen Wunschvorstellungen in konkrete Politik deutliche Spuren hinterlassen. Der Finanzmarkt wurde von Risikohaftungen weitgehend befreit. Es gab die Privatisierung bei den Leistungen der öffentlichen Daseinsvorsorge. Ein deregulierter Arbeitsmarkt setzte das Lohnniveau massiv unter Druck. Der Abbau staatlicher Leistungen und die Privatisierung der Lebensrisiken führten zu wachsender Ungleichheit. Und die Steuerpolitik hat durch Steuersenkungen für Unternehmen und Empfänger hoher Einkommen die Einnahmehasis des Staates massiv verringert. Das Dogma, der Markt könne besser regulieren als der Staat, hat durch die Finanzmarktkrise an Zugkraft verloren, ohne dass bislang daraus hinreichende Konsequenzen gezogen worden sind. Zwar hat die neoliberale Politik ihre Verheißungen auf mehr Wohlfahrt und Freiheit für alle nicht eingehalten, doch die Partei, die sich diesem Dogma besonders verpflichtet hatte, trägt nach elf Jahren Oppositionszeit wieder Regierungsverantwortung. Wer wie die Gewerkschaften im Wettstreit des Neo-

liberalismus um möglichst billige Arbeit „Besser statt billiger“ als Leitorientierung propagierte, wurde häufig als „Geisterfahrer auf der Autobahn“ abqualifiziert. Inzwischen sollte man besser wissen, dass sich nicht die Boten von Mahnungen disqualifiziert haben, sondern jene Ignoranten, denen gesicherte Einkommen und Arbeitsplätze als freche Anmaßung des Proletariats dünken. In öffentlichen Debatten dieser Tage scheinen Schuldeingeständnisse offenbar nur dann angebracht, wenn es wie bei einer Kirchenoberen um Alkohol am Steuer oder – wie bei ihren Kollegen mit dem anderen Gesangbuch – um sexuelle Übergriffe auf Kinder geht. Auf die Entschuldigungen der neoliberalen Ideologen und ihrer politischen Lautsprecher und Mittäter für ihren Anteil an der gegenwärtigen Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise wartet man bis heute vergeblich. Ihre Politik und das Verharmlosen und Falschdeuten der Krisenerscheinungen hat die Problemlagen verschärft und nationale wie internationale soziale Verwüstung verschuldet. Der von sozialen Bindungen gelöste Kapitalismus muss jetzt wieder neu in die Grenzen des Dienstes für das Allgemeinwohl gezwungen werden. Es gibt großen Umbaubedarf, nicht nur in unserem Land, sondern in der Weltgesellschaft. Noch hält sich eine Art Erschrecken, aber es hat nicht zu einem Gegenlenken geführt. Das gilt besonders für die deutsche Bundesregierung. Über 80 Prüfaufträge und Finanzierungsvorbehalte im Koalitionsvertrag verschleiern die falschen Weichenstellungen hin zu mehr Eigenverantwortung statt zur gemeinsamen Gestaltung, zu mehr Pri-

vatisierungen statt zur Stärkung von Solidarität. Bevorzugt werden mehr Regulierung und Liberalisierung statt klare Regeln für soziale Bindungen. Der Staat will seine Einnahmehasis offenbar nicht verbessern, verzichtet auf Vermögenssteuer und Börsenumsatzsteuer. Unter dem Diktat einer ohne Not zum Verfassungsrang erklärten Schuldenbremse ist der Weg für Sozialabbau und ein fortgesetztes Ausbluten bei öffentlicher Infrastruktur und Bildung vorgezeichnet. Die praktischen Antworten der Regierung auf die Krise sind bisher nicht geeignet, künftige Krisen zu verhindern. Noch wird ignoriert, dass sich viele Menschen durch die wirtschaftliche Entwicklung der letzten Monate und Jahre verunsichert fühlen. Sie mussten erleben, wie ihre Arbeit unsicherer wurde und vielfach nicht mehr vor Armut schützen konnte. Sie spüren selbst, dass soziale Herkunft immer noch über Lebenschancen entscheidet. Und sie registrieren, dass die Politik nicht in der Lage ist, die richtigen Antworten auf Überlebensfragen zu geben und sich auch nicht gegen Klientelinteressen durchsetzen kann oder will. So sind Parallelgesellschaften begünstigt worden. Es kann nicht verwundern, dass das Vertrauen in die Demokratie verloren gegangen und die Distanz zu den Politikern gewachsen ist (vgl. Embacher 2009). Immer häufiger entladen sich Enttäuschung und Perspektivlosigkeit in Gewalt und Feindseligkeit gegenüber Minderheiten und Institutionen der abgelehnten Gesellschaft. Damit sind viele der Probleme genannt, die den Horizont politischer Notwendigkeiten abstecken. Das verantwortungslose „Weiter so – aber

Hauptsache mit uns!“ hat den guten Leumund verloren, auch wenn es Guido Westerwelle mit seiner neuen Formel von der „geistig-politischen Wende“ überspielt.

### **Die Politik – ratlos, maßlos, einflusslos?**

Es ist Politikern manchmal etwas unangenehm, aber aus der Sicht der Bürgerinnen und Bürger wäre es ihre Aufgabe, gesellschaftliche Probleme zu lösen, dem Allgemeinwohl zu nützen und – im wahrsten Sinne des Wortes – bei Notlagen das Notwendige zu tun. Eingeschlossen darin ist die Erwartung, die Politik möge für soziale Gerechtigkeit sorgen und bei der Hilfe für die Schwächeren die Stärkeren entsprechend in die Pflicht nehmen. Hier hat die Politik der letzten Jahre massiv versagt. Serge Embacher resümiert seine repräsentative Untersuchung „Politikverdrossenheit und Demokratiedistanz als zentrale Herausforderung für politisches Handeln“ wie folgt: „Die Sozialstaatsreform der letzten Jahre wurde nicht aus der Perspektive von Betroffenen und Benachteiligten geplant und durchgeführt, sondern nach makroökonomischen Statistiken über Arbeitslosenzahlen, Lohnnebenkosten, Durchschnittslöhnen und demografischen Daten. Die Politik, die sich von diesen statistischen Parametern leiten lässt, büßt – unabhängig von ihren guten oder schlechten Absichten – notwendig den Kontakt zur Lebenswelt der Betroffenen ein. Deshalb ist es bis heute ein interessantes Phänomen, dass die meisten Akteurinnen und Akteure der Politik davon ausgehen, dass das schlechte Image, das die Reformen der letzten Jahre der Politik eingebracht

haben, lediglich eine Frage der Vermittlung sei.“ (Embacher 2009: 83f). Die Abkehr der Bürgerinnen und Bürger von der Politik, rückläufige Wahlbeteiligungen und die Verluste an Vertrauen in Gestaltungswillen und Gestaltungskraft von Politikern sind deshalb kaum verwunderlich. Überraschend ist eher, dass trotzdem Durchlavieren und Aussitzen bei Stimmungstests der noch Wahlwilligen nicht abgestraft, sondern honoriert werden, ausgedrückt in den Sympathiewerten für die Bundeskanzlerin oder ihren zeitweiligen Wirtschaftsminister und derzeitigen Verteidigungsminister Karl-Theodor zu Guttenberg. Dirk Kurbjuweit, ein politischer Journalist, der sich gründlich mit der Regierungskunst der Kanzlerin auseinandergesetzt hat (Kurbjuweit 2009), ortet im neuen schwarz-gelben Regierungshandeln ein dialektisches Wirken des populistischen „Dämons“ Guido Westerwelle und der beruhigenden Rolle der Kanzlerin „als weiße Ritterin gegen den Populismus“. „Sie tut das, was sie am besten kann: Deutschland beruhigen.“ (Kurbjuweit 2010: 27). Kurbjuweit verübelt es dem Objekt seiner Beobachtung, dass sie sich nicht mehr mit den neoliberalen Boxhandschuhen des Leipziger Parteitags der CDU von 2003 in die Schlachten von heute werfen mag. Warum sollte sie jedoch so töricht sein, wieder auf neoliberale Einflüsterer zu hören? Ohne sie gelingt es sogar noch besser, mit einer Mischung aus symbolischer Politik und Entscheidungen, die den Notwendigkeiten oft mehr schlecht als recht gehorchen, die Mehrheitsfähigkeit für sich und die Union zu behaupten (vgl. Schabedoth 2009). Dennoch beobachtet Kur-

bjuweit zutreffend: „Merkel hat den Mut zu einer Politik gegen die Stimmung im Land nie aufgebracht. Bei ihrem Projekt geht es genau um das Gegenteil, das Ineinswerden mit der Stimmung. Sie will dieses Land nicht führen, sondern verkörpern. Und wenn sie die Stimmung beeinflusst, dann nur beruhigend. Das verspricht häufige Wiederwahl. Deshalb gibt es im Moment zwei Gefahren für die deutsche Politik. Die eine ist Westerwelles Populismus, die andere ist ein Merkelsches Biedermeier, ein in der großen Heißmangel gedämpftes und geplättetes Land.“ (Kurbjuweit 2010: 29).

Wer sollte das ändern? CSU und FDP halten sich gegenseitig in Schach und erweisen sich für kluges Regieren weniger als Ansporn denn als Bleigewicht. Das ist die Stunde der Opposition, sollte man meinen. Es gibt jetzt eine ganz große und zwei kleinere Parteien auf den Oppositionsbänken, die seit Wochen gemeinsam in den demoskopischen Umfragen einen größeren Rückhalt finden als der Dreierbund an der Spitze. Parlamentarische Wirkungsmacht schafft das nicht, aber eben auch (noch) keine gesellschaftliche Gestaltungsmehrheit. Die größte Oppositionspartei SPD scheint voll mit dem Neuaufstellen und dem Selbstfinden ausgelastet. Die linke Konkurrenz hat ihr Führungspersonal verschlissen, sucht nach neuen Orientierungsgebern und nach einem einenden Band für ihren ideologisch äußerst heterogenen Gemischtwarenladen. Und bei den Grünen streitet man sich darüber, ob und welche zukünftige Koalitionsoptionen ausgeschlossen sein sollten. Folgt man den aktuellen Meinungsbefragungen, nützt ihnen das mehr als es schadet



### **Was können Gewerkschaften bewirken?**

Wenn die Parteien an der Regierung hinter ihren Möglichkeiten zurückbleiben (wollen) und die Oppositionsparteien (noch) nicht korrigieren/regieren können, ist das nicht eine klassische Situation, in der die zivilgesellschaftlichen Akteure im Wettbewerb um Problemdeutungen und Lösungsvorschläge den Stillstand aufbrechen könnten? Die Gewerkschaften, nach eigenem Selbstverständnis Teil einer gesamtgesellschaftlichen Reformbewegung (Schabedoth 2003), haben dabei eine erhebliche Bedeutung (Allespach, Demirowitsch, Wentzel 2010). Praktizieren konnten sie ihre Rolle als zivilgesellschaftlicher Akteur mit Verantwortung für die demokratische, ökologische und soziale Entwicklung des Landes mit nachweisbaren Erfolgen. Es waren und es sind die Reformanstöße aus der IG Metall, die erneut die Frage eines alternativen Entwicklungspfades in Wirtschaft und Gesellschaft und nach einer solidarischen und nachhaltigen Ökonomie aufgeworfen haben (Huber 2010a). Es geht auf Anstöße der IG Metall zurück, dass über eine verbesserte Kurzarbeiterregelung und durch Kaufkraftmobilisierung über eine Umweltprämie zum Automobilkauf eine beschäftigungspolitische Katastrophe verhindert und der Konjunkturerbruch begrenzt werden konnten. Nicht zuletzt haben die vielen Interventionen der Vereinigten Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di) den Boden für umfassende Konjunkturpakete zugunsten kommunaler Investitionen bereitet. Die Gewerkschaften haben mit Initiativen bei den politischen Entscheidungsträgern wieder offene Türen gefunden und genutzt. Das hat

sich für sie nicht nur mit einer relativen Stabilisierung der Mitgliederzahlen ausgezahlt, sondern auch Zugewinne im öffentlichen Ansehen gebracht. Die IG Metall und ver.di konnten in diesem Jahr in schwierigen Tarifverhandlungen die Voraussetzungen für die Stabilisierung der Beschäftigungslage in ihren Branchen verbessern. In der Metall- und Elektroindustrie ermöglicht der abgeschlossene Tarifvertrag eine Kombination aus erweiterter gesetzlicher Kurzarbeit und neuer tariflicher Kurzarbeit. Es ist auf diese Weise auch für einen längeren Zeitraum möglich, Beschäftigungsbrücken zu bauen und Zeit für notwendige Qualifizierungsprozesse und Umstrukturierungen unter Ausrichtung der Produktion auf nachhaltiges Wirtschaften zu gewinnen. IG Metall und Gesamtmetall sind für diesen Tarifvertrag gelobt worden, zumal er auch durch seine Einkommenskomponenten sicherstellt, dass es Anstöße für die Binnenkonjunktur geben kann. Doch hinter dem allgemeinen Lob meldeten sich auch Kommentatoren, die einerseits den Realitätssinn der Tarifvertragsparteien lobten, andererseits von „einem Vertrag zu Lasten Dritter“ sprachen. Bezugspunkt ist dabei der vereinbarte Teillohnausgleich. Denn Urlaubs- und Weihnachtsgeld können – wie nunmehr vereinbart – gezwölftelt und dem Monatslohn anteilig zugerechnet werden. Die Bundesagentur für Arbeit hätte dabei ein höheres Kurzarbeitergeld zu zahlen. Nur wer verschweigt, dass der befürchtete Verlust von 700 000 Arbeitsplätzen in der Metallwirtschaft bis 2011 den Steuer- und Beitragszahlern erheblich höhere Kosten aufbürdet, kann die Kosten für erweiterte Kurzar-

beiterregelungen und Teillohnausgleich zum schlechten Geschäft stempeln. Übersehen wird bei dieser Kritik nicht nur, dass die Bundesagentur durch den Tarifabschluss per Saldo Ausgabenlasten spart, die durch weitere Arbeitsplatzverluste entstünden. Es wird auch so getan, als seien die Tarifvertragsparteien nicht legitimiert, für die Sozialversicherungen kostenwirksame Entscheidungen zu treffen. Dabei wird ignoriert, dass Sozialbeiträge – wenn auch nicht mehr paritätisch – von Arbeitnehmern und Arbeitgebern aufgebracht werden. Da auch die Arbeitgeberbeiträge als sogenannter „vorenthaltener Lohn“ Teil der Wertschöpfung sind, die durch Einsatz des Faktors Arbeit zustande kommt, sehen sich die Gewerkschaften als Interessenvertretung der abhängig Beschäftigten sogar vorrangig legitimiert, bei der Verteilung der Wertschöpfung mitzubestimmen. Schon unter diesem Aspekt ist der Vorwurf, es sei ein Geschäft zu Lasten Dritter gemacht worden, nicht nur dumm, sondern auch unlogisch. Bei allem Streit im Detail, was Gewerkschaften in betriebs- und tarifpolitischer Verantwortung regeln könnten, um in der Krise Beschäftigung zu sichern: Sie tun es bereits und lassen sich bis an die Grenze ihrer Möglichkeiten auch weiterhin fordern.

### **Gewerkschaften als politisches Korrektiv?**

Die Gewerkschaften sind eigenständige politische Akteure, die sich als Anwalt für Arbeit und soziale Gerechtigkeit engagieren. Auf den Handlungsebenen von Betriebspolitik und Tarifpolitik ist das inzwischen anerkannter denn je. Liegt es da nicht nahe, ihnen auch ein gestei-

gertes Engagement für die gesellschafts-politische Interessenvertretung abzufordern? Die Rolle der Gewerkschafter und Gewerkschaften als Treiber für verantwortliche Regierungspolitik durchzieht die Geschichte der Bundesrepublik Deutschland. Als politische Akteure agieren die Gewerkschaften mit Zielsetzungen, die oft gegen Regierungs- und Oppositionsparteien behauptet werden müssen. Sie verstehen sich aber weder als eine Art Korrekturinstanz falscher Regierungspolitik noch als Korrektiv für unzulängliche Oppositionsarbeit. Da Gewerkschaften strikt parteipolitisch unabhängig sind, aber nicht politisch indifferent, können sie für alle Parteien Gesprächs- und Bündnispartner sein oder auch zum Widerpart werden.

Als sei es das dringendste Problem ihrer Arbeit, sehen sich die Gewerkschaften aktuell mit dem Vorschlag bzw. der Forderung konfrontiert, sich doch für das politische Streikrecht als legitime zusätzliche Kampfform zu engagieren. Exemplarisch für seine Partei „Die Linke“ sieht Oskar Lafontaine in politischen Streiks die Möglichkeit, politische Fehlentscheidungen zu korrigieren. In Deutschland hätte man beispielsweise gegen die Hartz-IV-Reform oder gegen die Rente mit 67 politische Streiks ausrufen können, befindet er. „Nach meinem Eindruck wäre auch die Bereitschaft der Mehrheit dagewesen, durch die Niederlegung der Arbeit diese Fehlentscheidungen der Mehrheit des Bundestages zu korrigieren“, so Lafontaine (dpa-Meldung vom 18.3.2010). Auch in gut begründeten abgelehnten Anträgen zum Bundeskongress des DGB im Mai fanden sich Forderungen nach dem

politischen Streikrecht. Vornehmlich in den Diskussionsstrukturen der Partei „Die Linke“ wird diese Forderung immer wieder artikuliert und häufig mit dem Gestus der Bewunderung für „italienische“ oder „französische“ Verhältnisse den Gewerkschaften angedient. Auf dem Gewerkschaftskongress der IG BAU 2009 gab es sogar eine Delegiertenmehrheit für eine vergleichbare Beschlussvorlage. Offenbar reicht es nicht aus, den gut meinenden Befürwortern des Rufes nach dem politischen Streik nur den Vorwurf der Naivität einer solchen Forderung einsichtig zu machen. Es scheint vielmehr angemessen, in diesem Zusammenhang auf ein paar Fakten zu verweisen, die wohl nicht mehr als selbstverständlich vorausgesetzt werden dürfen. Da ist zum einen das Missverständnis, politische Streiks könnten sich erst dann als sinnvolles gewerkschaftliches Kampfmittel erweisen, wenn es Gesetzgebung bzw. die Rechtsprechung ausdrücklich erlauben. Doch seit die Plebejer ihren ersten Aufstand probten, entzündeten sich die meisten politischen Streiks völlig unabhängig von der jeweiligen Rechtsordnung, meistens weil „die unten“ sich gegen „die von oben“ nicht anders zur Wehr setzen konnten. Solche Streikaktionen hat es gegeben, nicht weil es einer Handvoll aufgeklärter Funktionäre ins Kalkül passte, sondern weil es den „arbeitenden Massen“ alternativlos erschien, um das eigene Schicksal zu wenden. Es muss sehr bezweifelt werden, ob unter den Rahmenbedingungen der heutigen Gewerkschaftsarbeit in diesem Sinne „politische Streiks“ einen Auslöser fänden und zielführend sein könnten.

Was sind die aktuellen Begründungszusammenhänge für die Forderung nach dem politischen Streik? Oftmals liegt dieser Forderung eine Fehleinschätzung zur Funktion der Gewerkschaften in der parlamentarischen Demokratie zugrunde. Es ist nicht die Aufgabe von Gewerkschaften und dürfte sie auch erheblich überfordern, verpfuschte Regierungspolitik oder tölpelhafte Oppositionspolitik durch eigene Initiativen zu ersetzen. Die Gewerkschaften sind in der Rechtsordnung der Bundesrepublik Deutschland nicht so etwas wie eine letzte Korrekturinstanz für die Wahlergebnisse von Wählermehrheiten. Dieser Zusammenhang scheint vor allem in Arbeitszusammenhängen der Partei „Die Linke“ noch nicht hinreichend strategisch verarbeitet worden zu sein. Was schon deshalb überrascht, weil diese Partei ansonsten für sich damit wirbt, eine besondere Nähe zu den gewerkschaftlichen Anliegen zu verspüren. Zur Erinnerung: Mit Artikel 9 Abs. 3 des Grundgesetzes von 1949 ist das Streikrecht der Gewerkschaften verfassungsrechtlich garantiert. Unterschätzt wird ferner, dass Artikel 8 GG Versammlungs- und Demonstrationenfreiheit garantiert und bislang keine Gewerkschaft daran gehindert wird, ihre Zielsetzungen im Rahmen dieser Garantien zu verfolgen. Bislang gibt es keinen Beleg dafür, dass die Gewerkschaften erst eine formale Beschlusslage brauchen, um sich im Rahmen ihrer Freiheiten, die Artikel 8 und 9 GG gewähren, wirkungsvoll zu Wort melden zu können. Bei Bedrohung der demokratischen Grundordnung könnten die Gewerkschaften schon heute im Sinne des grundgesetzlich auferlegten Wider-

standsrechtes aktiv werden. In realistischen Vorausschauen ist kaum zu erwarten, dass die Gewerkschaften durch Streikaktionen einem Aushöhlen der Demokratie entgegentreten müssen. Zivilgesellschaftliche Akteure, parlamentarische Kontrollkräfte, die unabhängige Rechtsprechung und die Medien stehen bislang nicht unter dem Verdacht, ihre verfassungsgemäße Wächterfunktion zu verschlafen. Bleibt die Frage, ob es trotzdem nützen könnte, stünde tatsächlich auch *expressis verbis* im Grundgesetz, dass Gewerkschaften ein politisches Streikrecht hätten. Welchen Sinn könnte es haben, gegen verfassungsgemäße Vorhaben der Regierung zu streiken, falls sich dafür überhaupt qualifizierte Mehrheiten und Aktivisten und nicht nur Pseudo-Revolutionäre und Avantgardisten finden ließen? Nicht zu vergessen ist schließlich, dass schon heute Proteststreiks mit dem Ziel, auf Sozial- und Wirtschaftsbedingungen einzuwirken, nach Völkerrecht (IAO-Übereinkommen Nr. 87) zulässig sind. Sie wurden auch bereits praktiziert, nicht nur in den fünfziger Jahren, sondern z.B. 1983 zum Anlass „Fünf Mahn-Minuten für den Frieden“, 1986 in der Auseinandersetzung um den so genannten Streikparagraphen 116 AfG. Und es gab 1991 den Aufruf gegen den Golfkrieg. Regierungspläne zur Abschaffung des Schlechtwettergeldes und der Entgeltfortzahlung im Krankheitsfall wurden 1995 und 1996 mit massiven Protesten beantwortet. Es gab 2001 Aktionstage zur Novellierung des Betriebsverfassungsgesetzes. Und schließlich haben EGB und DGB zu Arbeitsniederlegungen anlässlich des Irakkriegs 2003 aufgerufen. Auch wäh-

rend der Arbeitszeit wurde mit zahlreichen Kundgebungen und Demonstrationen Betroffenheit über die Opfer des Terroranschlages vom 11. September 2001 dokumentiert. Insofern ist es wenig hilfreich, wenn die übereifrigen Befürworter politischer Streiks so tun, als seien alle diese Aktionen irgendwie illegal gewesen und bedürften einer gesonderten neuen Legitimation. Höchst problematisch bleibt schließlich immer noch, ob und inwieweit es den Gewerkschaften nützen würde, über politische Demonstrationstreiks auf Ziele außerhalb der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen Einfluss nehmen zu wollen. Selbstverständlich müssten auch hier alle Grenzziehungen beachtet werden, die das Strafrecht und Zivilrecht aus guten Gründen setzen. Bestenfalls kindisch argumentieren die übereifrigsten Befürworter politischer Streiks, wenn sie irgendwie so tun, als könnten rechtliche Grenzen und Opportunitätskalküle gleichsam beim nächsten politischen Streik nebenher mit beseitigt werden. Aus der praktischen Gewerkschaftsarbeit könnte man wissen, welche Mobilisierungsleistung erforderlich ist, um schon in „stink-normalen“ Arbeitskämpfen Streik- und Folgebereitschaft zu organisieren. Schon jede Pausenverlängerung, schon jede Besuchsaktion beim Betriebsrat in der bezahlten Arbeitszeit und schon das Realisieren zusätzlicher Betriebsversammlungen und leider auch allzu häufig die Inanspruchnahme des Rechtes auf vier Betriebsversammlungen pro Jahr oder gar die Wahl eines Betriebsrates verlangen mitunter nach einer Mobilisierungskraft, die an die Grenzen der eigenen Möglichkeiten

stößt. Deshalb ist es schon verwunderlich, mit welcher Leichtfertigkeit über politische Streiks schwadroniert wird. Leider vermittelt das oft den Eindruck, Blinde redeten über die Farbe. Ist nicht jeder Streik in gewerkschaftlichen Arbeitszusammenhängen, dem das Etikett „politisch“ vorenthalten wird, eigentlich trotzdem höchst politisch, weil er die Kräfteverhältnisse zwischen Kapital und Arbeit verschiebt? Und was die bewunderten italienischen oder französischen Verhältnisse angeht, sollte man lieber nicht mit den italienischen oder französischen Kolleginnen und Kollegen tauschen wollen. Ihnen fehlt leider die effiziente Palette betrieblicher und tariflicher Einflussnahme, über die deutsche Gewerkschaften immer noch verfügen. So ist es eher ein Zeichen von Hilflosigkeit, statt ein Signal für Kraftentfaltung, wenn in den nationalen Nachrichtenkanälen und auch in deutschen Fernsehstationen gemeldet wird, da oder dort hätten italienische oder französische Arbeiter den Verkehr lahmgelegt und es ihrer Regierung, die nicht selten sogar von einer fetten Mehrheit ihrer eigenen Landsleute gewählt worden ist, einmal so richtig gezeigt. Jedenfalls sollte man es nicht gering veranschlagen, dass deutsche Gewerkschaften nicht nur einmal irgendwie demonstrativ „auf die Sahne hauen“ können, sondern ihre Durchsetzungskraft auch gegenüber konservativen Regierungen zu behaupten wissen. Es mag eine unbequeme Wahrheit sein: Arbeitnehmerfeindliche Politik wie etwa die Rente mit 67 – lässt sich nicht wegstreiken, wohl aber abwählen. Völlig unterschätzt sind immer noch die Möglichkeiten der vielen Tausend Aktivbürgerinnen und Aktivbürger, durch ihr Engagement in den zivilgesellschaftlichen Strukturen und in den Parteien den Kurs von Regierungs- und Oppositionsarbeit im mehrheitlich gewünschten Sinne zu verändern.

### **Die Politik ist am Zug**

Die Party, auf der sich Neokonservative jeglicher Couleur an der Vorstellung berauschten, ihr Traumduo Merkel/Westerwelle könne in Deutschland das groß angelegte Gesellschaftsexperiment „Kapitalismus ohne Schranken“ starten, hat ein schnelles Ende gefunden. Die Nachwirkungen der Finanzmarktkrise dürften erheblich zur Ernüchterung beigetragen haben. Es hat sich jedenfalls nicht ausgezahlt, staatliche Verantwortung für das Gemeinwohl an den Wünschen der Wirtschaft auszurichten. Korrekturbedarf zeigt sich überall. Und selbst nach den vielen Umbrüchen in der gesellschaftlichen Arbeits- und Verantwortungsteilung unter den Akteuren der staatlichen Politik, der Wirtschaft und der Zivilgesellschaft steht fest, dass es keinen Ausfallbürgen für Politikversagen gibt. So sehr sich der zivilgesellschaftliche Akteur Gewerkschaften für seine Zuständigkeiten im Bereich der Betriebs- und Tarifpolitik in gesellschaftliche Verantwortung nehmen lässt, so begrenzt sind Aktivitäten der Gewerkschaften, wenn es um die überfälligen Rahmensetzungen für die Finanzmärkte geht. Die Nachbeben der Finanzmarktkrise haben längst die Staatshaushalte erreicht. Staatsbankrotte wie in Griechenland, aber auch die Explosion der Staatsschulden in den meisten Ländern der Europäischen Wäh-

rungsunion sind zwangsläufig, sollten der deutsche Nationalstaat und die anderen Länder der Europäischen Währungsunion ihre makroökonomische Verantwortung weiter so ignorieren wie in den Vorkrisenzeiten. Es überfordert die Gewerkschaften, für den Erhalt von Arbeitsplätzen und Krisenprävention alleine in der Pflicht zu stehen. Offen ist auch, inwieweit tarifliche Vereinbarungen für eine Beschäftigungsbrücke zwischen Älteren und Jüngeren mit finanzieller Förderung rechnen können und ob es trotz des Prüfvorbehaltes 2010 doch zur Einführung der Rente mit 67 kommen wird. Allein durch Betriebs- und Tarifpolitik lässt sich nicht verhindern, dass befristete Arbeitsverhältnisse, untermittarische Bezahlung und Lohndumping die Existenz von Menschen gefährden, Zukunftsplanungen zerstören und die Finanzierungsbasis des Sozialstaates aushöhlen. Politische Weichenstellungen sind gefordert, wenn die einseitige Orientierung auf den „Shareholder Value“ korrigiert werden soll. Testfall ist hier die Änderung des Aktienrechts, um zum Beispiel Vorstände auch auf das Wohl der Beschäftigten und der Allgemeinheit zu verpflichten. Wichtige Unternehmensentscheidungen wie Betriebsschließungen, Standortverlagerungen oder auch Massenentlassungen sollten zukünftig nicht allein durch die Entscheidungsmehrheit der Arbeitgeberseite verfügt werden dürfen. Damit marktgebundene Entscheidungssysteme mit der Vorliebe für rein betriebswirtschaftliche Erwägungen das Wirtschaftsgeschehen nicht zum Schaden sozialer Verpflichtungen dominieren, müsste das System von Gegenkraft bei

der unternehmerischen Entscheidungsfindung gestärkt werden. Dies verlangt mehr Mitbestimmungsrechte im Betrieb, ein Ausweiten von Mitbestimmung in Europa und das Sichern von Tarifautonomie.

Wenn es wirklich ernsthafte Sorge der amtierenden Regierung wäre, die mittelständische Industrie als Rückgrat der Ökonomie zu stabilisieren, ist die bislang gefundene Lösung, beim Bundeswirtschaftsminister einen hoch bezahlten Kreditmediator einzurichten, bestenfalls naiv. Im aktuellen Bankensystem jedenfalls zeigen sich große Lücken, wenn es um die Finanzierung von Zukunftsinvestitionen geht, die viele marktführende Mittelständler benötigen, um ihre Position als Beschäftigungsmagnet und Innovationstreiber zu erhalten. Herkömmliche Unterstützung über Bürgschaften und KfW-Kredite reichen ganz offensichtlich nicht aus, wenn es um das Stärken der Eigenkapitalbasis der Unternehmen geht. Die IG Metall hat dazu den Vorschlag in die Debatte gebracht, so genannte „Public-Equity-Fonds“ einzurichten. Sie hätten die Aufgabe, die Öffentliche Hand zeitlich befristet an Unternehmen zu beteiligen, wenn anders Insolvenz nicht verhindert werden kann. Es geht dabei nicht um neue Subventionen, sondern um das Absichern von zukunftsfesten Arbeitsplätzen (vgl. Huber 2010 b).

Im industriellen Strukturwandel stehen Unternehmen und Standorte vor dem Aus, wenn ihnen zusehends der Rückhalt durch qualifizierte Fachkräfte verloren geht. In allen Vergleichsuntersuchungen werden in dieser Beziehung

dem deutschen Schulsystem keine guten Noten ausgestellt. Jährlich verpassen rund 70 000 junge Menschen einen Schulabschluss. Es ist unschwer vorherzusehen, welche Konflikte sich dadurch für die Zukunft aufbauen. Selbst in Zeiten knapper öffentlicher Kassen ist die Investition in vorschulische Bildungseinrichtungen ein gutes Investment. Jetzt in Schulen und Ausbildung zu investieren, ist allemal vorteilhafter, als später in Arbeitslosigkeit, Sozialhilfe oder gar in den Justizvollzug. Die Politik ist am Zug. Damit die Ökonomie aus der Zwangsjacke einer beschränkten Effizienz- und Profitorientierung befreit werden kann und den Geboten sozialer Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit folgt, darf sich die Politik nicht als Magd der Ökonomie verstehen, sondern muss über staatliche Rahmenseetzungen die Zukunftsfähigkeit des Gemeinwesens sichern und soziale Gerechtigkeit aktiv fördern. Es lohnt sich, in den Parteien und in den Institutionen der Zivilgesellschaften dafür zu streiten, dass nicht falsch abgebogen wird, wo die Handlungsnotwendigkeiten für einen demokratischen, ökologischen und sozialen Entwicklungsweg so offenkundig sind. Engagement für eine solidarische Gesellschaft könnte sicherlich mit der Zustimmung breiter Bürgermehrheiten rechnen und die Politik entsprechend unter Handlungsdruck setzen.

### Literatur

- Allespach, Martin/Demirović, Alex/Wentzel, Lothar (2010): Demokratie wagen!  
Gewerkschaftliche Perspektiven in der Wirtschaftskrise, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 2, S. 95–105.
- Embacher, Serge (2009): Demokratie!  
Nein Danke? Demokratieverdross in Deutschland. Die neue Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn.
- Frankfurter Rundschau vom 17. März 2010.
- Huber, Berthold (2010a): Kurswechsel für Deutschland – Lehren aus der Krise, Frankfurt/New York.
- Huber, Berthold (2010b) Gegensteuern in der Krise, in: Neue Gesellschaft/ Frankfurter Hefte 4, S. 49–52.
- Kurbjuweit, Dirk (2009): Angela Merkel. Die Kanzlerin für alle? München.
- Kurbjuweit, Dirk (2010): Der Dämon und die Angstmauser, in: Der Spiegel 10/8.3.2010, S.27–29.
- Neubacher, Axel (2010): Herr der Schlaglöcher in: Der Spiegel 11/15.3.2010, S. 44–46.
- Schabedoth, Hans-Joachim (2003): Gewerkschaften – kein Lobbyverband wie jeder andere. In: Forschungsjournal / Neue Soziale Bewegungen Heft 3, S. 77–79.
- Schabedoth, Hans-Joachim (2009): Angela Merkel – Regieren mit SPD und Union. Eine Bilanz der großen Koalition, Marburg.

## Perspektiven für eine solidarische Gesellschaft

### Sozialphilosophie und politische Theorie nach Charles Taylor

Artikel 20 (1) GG bestimmt die Bundesrepublik Deutschland als demokratischen und sozialen Staat. Dieser grundlegenden Definition von Staatlichkeit trägt die BRD dadurch Rechnung, dass in periodischen Abständen Wahlen stattfinden, die gelegentlich auch zu Regierungswechseln führen. Darüber hinaus garantiert der Grundrechtskatalog des Grundgesetzes durch die Artikel 1 bis 19 jeder Bürgerin und jedem Bürger der Bundesrepublik eine Reihe von grundlegenden Rechten, die sich in erster Linie als Abwehrrechte gegen ungerechtfertigte staatliche Eingriffe in die Autonomie des Individuums verstehen lassen. Mit dem Hartz-IV-Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 9. Februar 2010 scheint zudem ein Grundrecht auf die Gewährleistung eines menschenwürdigen Existenzminimums geschaffen zu sein, das neben den negativen Freiheitsrechten auch die positiven Freiheitsrechte der Mitwirkung an der Einrichtung des Gemeinwesens sicherstellt.

Das formale Funktionieren der demokratischen Institutionen kann jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass sich politische Verfahren und die Strategien von Regierungen zunehmend in eine Richtung zurückentwickeln, die nicht einmal mit einem liberalen Residualverständnis von Demokratie etwas zu tun hat. Nicht die Mehrheit der Bürgerinnen

und Bürger bestimmt in der Bundesrepublik über die Einrichtung der Gesellschaft, die Gestaltung der Ökonomie und des Gesundheits- und Bildungswesens, sondern privilegierte Eliten im Verein mit bewußtlosen Regierungen, die schamlos die Interessen des Kapitals verfolgen. Colin Crouch hat für diese Entwicklung den Begriff der Postdemokratie<sup>1</sup> vorgeschlagen: Um ein postdemokratisches politisches System handelt es sich seinen Überlegungen nach dann, wenn mächtige Interessengruppen das dem eigenen Anspruch nach gemeinwohlorientierte politische System zur Verfolgung und rücksichtslosen Durchsetzung eigener partikularer Interessen mißbrauchen, während sich die Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger weit entfernt von aktiver Partizipation in schweigender und apathischer Resignation den raffinierten Täuschungsmanövern professioneller Polit-PR-Experten überläßt. Indikatoren für die Richtigkeit von Crouches These eines postdemokratischen politischen Systems finden sich zum Beispiel im Zusammenhang mit der überaus zweifelhaften Spendenpraxis an politische Parteien, die von Seiten der beteiligten Akteure ohne jedes Unrechtsbewusstsein für legitim gehalten

---

1 Colin Crouch: Postdemokratie. Frankfurt/Main 2008.



wird, so lange etwa das Gebot des Parteiengesetzes zur Offenlegung von Spenden beachtet wird. Dabei gerät leicht in Vergessenheit, dass Unternehmen im kapitalistischen Wirtschaftssystem nicht aus Sorge um den Fortbestand und die Aufrechterhaltung des Gemeinwesens, die politische Kultur oder aus sonstigen ehrenwerten Motiven spenden, sondern dabei ein einziges Ziel verfolgen, das in der Steigerung der eigenen Profitrate besteht. Durch die Spenden des Hauptaktionärs der Mövenpick-Hotel-Gruppe an die FDP bis zur Bundestagswahl 2009 in Höhe von 1,1 Mio € und der prompten Auftragsbefreiung in Form von mittlerweile im Parlament beschlossenen Steuererleichterungen für Hoteliers wird in besonders obszöner Weise deutlich, mit welcher Skrupellosigkeit sich die beteiligten Akteure Privilegien erkaufen bzw. bereit sind, das Gemeinwesen an den Meistbietenden zu verhökern.

An solchen Entwicklungen läßt sich exemplarisch ablesen, dass die neoliberale Strategie, die das Kapital, vor allem aber seine Handlanger in den Regierungen der letzten zwanzig Jahren verfolgt haben, auf ganzer Linie erfolgreich war. Das Wohlstandsgefälle zwischen Arm und Reich nimmt in exorbitanter Weise zu, Kinderarmut grassiert, Bildungschancen werden nach dem sozio-ökonomischen Hintergrund der Eltern verteilt, das Steuersystem ist nicht mehr länger auf Umverteilung ausgerichtet, das Modell des Nachwachstumsstaates bleibt aller gegenteiliger Beteuerungen von Regulierungsabsichten zum Trotz fest im Sattel, Politiker lassen sich mieten und kümmern sich dann pflichtschuldigst um die Belange einer exklusiven

Gruppe von Wirtschaftsführern. Gesellschaftliche Eliten, die das ökonomische und soziale Leben diktieren, müssen sich ihre Macht nicht mehr mit anderen Gruppen teilen, im Gegenteil scheinen egalitäre politische Projekte zur Umverteilung von Wohlstand und Eindämmung privater Macht gescheitert, das Ideal der politischen Gleichheit wenn nicht der Lächerlichkeit, dann dem Vergessen überantwortet. Nach einem Augenaufschlag der Demokratie im dritten Viertel des 20. Jahrhunderts besteht in der Bundesrepublik wieder ein signifikanter Zusammenhang zwischen ökonomischen Ressourcen und dem Zugang zu politischer und administrativer Macht. Mit anderen Worten: hinter den Verheißungen des Grundgesetzes von Demokratie, staatsbürgerlichen Teilhaberechten und einer halbwegs egalitären Gesellschaft verbirgt sich nichts anderes als die Fratze des kapitalistischen Klassenstaates, mögen Klassenprivilegien, soziale Hierarchien, vor allem aber die nicht vorhandene Mobilität zwischen den sozialen Schichten von interessierter Seite noch so hartnäckig gelegnet werden.

Gerade im eingangs erwähnten Hartz-IV-Urteil des Bundesverfassungsgerichts kommt die Arroganz der herrschenden Klasse in besonders sinnfälliger Weise zum Ausdruck. Dort hat das Bundesverfassungsgericht zwar nicht das für die Berechnung des Regelsatzes verwendete statistische Modell, die sogenannte Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS), die die Einkommenssituation der unteren 20 % der Haushalte ohne die Einkommen von Hartz-IV-Empfängern beschreibt,

verworfen, wohl aber die willkürliche Verwendung der EVS für die Festlegung des Hartz-IV-Regelsatzes. Der Gesetzgeber hat schon bei der Ermittlung des Regelsatzes für Erwachsene nicht nur komplette Abteilungen der EVS wie Bildung ohne jede sachliche Grundlage unberücksichtigt gelassen, ist also von „den Strukturprinzipien des Statistikmodells, das der Gesetzgeber selbst gewählt und zur Grundlage seiner Bemessung des notwendigen Existenzminimums gemacht hat, ohne sachliche Rechtfertigung abgewichen“<sup>2</sup>. Eine unüberbietbare Dreistigkeit aber hat sich der Gesetzgeber bei der pauschalen Regelsatzkürzung für Kinder geleistet, denn „sein vorgenommener Abschlag von 40 % gegenüber der Regelleistung für einen Alleinstehenden beruht auf einer freihändigen Setzung ohne irgendeine empirische und methodische Fundierung“<sup>3</sup>. Es bedarf schon der Intervention des Bundesverfassungsgerichts, um die Armen, Schwachen und Benachteiligten der Gesellschaft vor der Willkür und Ahnungslosigkeit bestens alimentierter ministerialbürokratischer und regierungsamtlicher Zumutungen in Schutz zu nehmen.

### **Aufgabe der Politikwissenschaft**

In einer solchen Situation kann die Politikwissenschaft nicht blindlings mit den Herrschenden kollaborieren, so verlockend die Aussichten auf Forschungsförderung, Drittmittel oder andere korrumpierende Versprechungen auch sein mögen. So lange die Welt noch nicht so

ist, wie sie sein könnte, steht kritische Politikwissenschaft in der unbedingten Verpflichtung, das falsche Bestehende an der Differenz zwischen Anspruch und Wirklichkeit zum Sprechen zu bringen. Die weitestgehende Verwechslung von Wissenschaft mit der Erfindung immer ausgefeilterer Herrschaftstechniken und Verschleierungserzählungen kann in einer beinahe vollständig auf das Marktprinzip umgestellten Gesellschaft zwar nicht überraschen, wird dadurch aber auch nicht richtiger. Wissenschaft kann sich deshalb nicht auf die bewusstlose und immer gleiche Nacherzählung des einfach Seienden zurückziehen, sondern muss in radikal kritischer Weise die Grundlagen der demokratischen Ordnung immer wieder neu in den Blick nehmen. Meine folgenden Überlegungen orientieren sich methodisch deshalb an einem Begriff der Kritik, der auf Karl Marx zurückgeht: „Die Theorie ist fähig, die Massen zu ergreifen, sobald sie ad hominem demonstriert, und sie demonstriert ad hominem, sobald sie radikal wird. Radikal sein ist die Sache an der Wurzel fassen. Die Wurzel für den Menschen ist aber der Mensch selbst.“<sup>4</sup> Mir geht es darum, in einer so gut wie vollkommen entsolidarisierten und karikaturistisch individualisierten Gesellschaft nach Perspektiven zu suchen, mit Hilfe derer sich ein Fundament für radikalisierte Kritik und damit Kriterien einer gerechten Gesellschaft ausweisen lassen. Dazu möchte ich zunächst Charles Taylors *Konzeption einer kommunitaristischen Sozialphilosophie*

2 BVerfG, 1 BvL 1/09 vom 09.02.2010, 173.

3 Ebd., 191.

4 Karl Marx: Zur Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie. MEW 1. Berlin 1970, S. 385.

anhand zentraler Motive wie der Bedeutung von *starken Wertungen* und *Hypergütern* bei der Ausbildung von Identität rekonstruieren, die im Kosmos moralischer Selbstbeschreibungen und Hintergrunderzählungen eine Antwort darauf sucht, was der Mensch sein könnte, der noch nicht von den Imperativen des Äquivalenzprinzips zugerichtet ist. Anschließend werde ich darlegen, warum ich mit Taylor den *methodologischen und ontologischen Individualismus* für gescheitert halte und auf die von Taylor erläuterten politischen Konsequenzen zu sprechen kommen, die aus der Komposition einer gelingenden personalen Identität zu ziehen wären. Abschließend werde ich auf die auch von Taylor aufgeworfene Frage nach der *Verinbarkeit von Kapitalismus und Demokratie* eingehen. Taylors Philosophie, so viel sei an dieser Stelle bereits vorweggenommen, wendet sich dezidiert gegen marktförmige Modelle sozialer Beziehungen, nach denen menschliche Subjekte jederzeit zur Durchsetzung ihrer Interessen oder zur Verwirklichung ausgesprochen partikularer Zwecke bestehende zwischenmenschliche Bindungen wie Hosen, Jacken oder wissenschaftliche Schwerpunktsetzungen wechseln. Damit erneuert Taylor die Einsicht, dass „der Mensch das höchste Wesen für den Menschen sei“, und dass es der Ziel- und Fluchtpunkt aller theoretischen Überlegungen sein muss, „alle Verhältnisse umzuwerfen, in denen der Mensch ein erniedrigtes, ein verlassenes, ein verächtliches Wesen ist.“<sup>5</sup>

5 Ebd.

### **Charles Taylors kommunitaristische Sozialphilosophie**

Kommunitaristische Positionen wie die Taylors stehen aufgrund ihrer im Vergleich zum atomistischen Liberalismus holistischen Tendenz häufig unter dem Verdacht, eine Rehabilitierung der Gemeinschaft auf Kosten des Individuums oder der individuellen Freiheit betreiben zu wollen. Natürlich läßt sich die hegelianische Provenienz insbesondere in den Arbeiten Taylors nicht leugnen, gleichwohl geht es Taylor um etwas anderes als die Unterwerfung der Rechte des Individuums unter die sittliche Wirklichkeit der Gemeinschaft. Während Hegel den Staat als „die Wirklichkeit des substantiellen Willens“ und das „an und für sich Vernünftige“ bestimmt, der das „höchste Recht gegen die Einzelnen hat“<sup>6</sup>, geht es Taylor um die Weiterentwicklung eines falsch verstandenen Liberalismus, der in seiner zeitgenössischen Form häufig nicht mehr darstellt als einen Aufruf zu hemmungsloser individueller Vorteilsnahme. Gegenstand seiner Untersuchungen sind deshalb die in moralischen Hintergrunderzählungen, Selbstbeschreibungen und Situationsdeutungen auftauchenden konstitutiven Komponenten neuzeitlicher Identität, also Fragen der Gerechtigkeit, der Achtung vor dem Leben, aber auch darüber, „wodurch unser Leben Sinn erhält oder Erfüllung findet.“<sup>7</sup> Methodisch stellt sich Taylor damit dezi-

6 Georg Wilhelm Friedrich Hegel: Grundlinien der Philosophie des Rechts. Frankfurt/Main 1970, S. 399.

7 Charles Taylor: Quellen des Selbst. Frankfurt/Main 1996, S. 16.

diert gegen die diversen Spielarten analytischer Philosophie, die sich in erster Linie die möglichst umfassende Deklination pflichtethischer Modelle vorgenommen haben. Taylor sucht demgegenüber nach einer Ausdrucksweise, die der Natur menschlichen Handelns und menschlicher Identität korrespondiert.

Die grundlegende methodologische These Taylors besteht folglich darin, dass Identitäten und Handlungsweisen von Menschen nur dann sinnvoll erklärt werden können, wenn solche Erklärungen die Selbstbeschreibungen und Situationsdeutungen der Menschen berücksichtigen: „Die Begriffe, die zu diesem letzteren Zweck unentbehrlich sind, sind ein Bestandteil der Darstellung, die uns für uns selbst am besten begrifflich macht, sofern und solange keine Ersatzbegriffe an ihre Stelle gesetzt werden, die mehr Hellsicht ermöglichen. Das Resultat dieser Suche nach Hellsicht liefert die beste Analyse, zu der wir jeweils im Stande sind, und keine allgemeineren erkenntnistheoretischen oder metaphysischen Gedanken über Wissenschaft oder Natur können es rechtfertigen, wenn dies nicht berücksichtigt wird. Die im oben ausgeführten Sinne beste Analyse ist Trumpf. Dies möchte ich das BA-Prinzip nennen.“<sup>8</sup> Auf der Grundlage dieser methodischen Vorgehensweise geht es Taylor in seinen Arbeiten um eine spezifische Explikation der Begriffe des Selbst, der Person und des Bewusstseins, also der Grundbausteine menschlicher Identität, die der Doppelnatur des Menschen als individuiertem Subjekt und sozialem Wesen gerecht werden sollen.

### Starke Wertungen

Taylors zentrale These in diesem Zusammenhang besteht darin, dass die sinn- und identitätsstiftenden Deutungssysteme, die die Gemeinschaft der Individuen zur Ausbildung von Identität bereitstellt, als Bedingungen der Möglichkeit von Identität bzw. Subjektivität überhaupt aufzufassen sind, gegenüber autonomer Subjektivität mithin ontologische Priorität genießen: „Unsere Identität ist das, wodurch wir zu bestimmen vermögen, was für uns wichtig ist und was nicht. Sie ist es, die diese Unterscheidungen ermöglicht, einschließlich derjenigen, die von starken Wertungen abhängen. Folglich kann sie nicht völlig ohne derartige Wertungen auskommen.“<sup>9</sup> Das bedeutet, dass nach Art einer anthropologischen Notwendigkeit menschliche Subjekte ihre Selbstbeschreibungen und Situationsdeutungen immer mit Hilfe vorgefundener starker Wertungen durchführen, die es ihnen gestatten, ihre eigenen Wünsche zu reflektieren und richtungweisende Entscheidungen über die eigene Lebensführung vorzubereiten.

Entscheidend ist dabei, dass die identitätsstiftenden starken Wertungen in einer Vielfalt verschiedener Deutungssysteme *vorgefunden* werden, menschliche Subjekte sich also immer schon in einem durch moralische Unterscheidungen strukturierten Raum bewegen, in dem sie sich, um eine konsistente Identität ausbilden zu *können*, orientieren *müssen*. Damit sich menschliche Subjekte im moralischen Raum überhaupt positionieren können, bedarf es substantieller moralischer Koordina-

---

8 Ebd., S. 115.

---

9 Ebd., S. 60.

tensysteme, die den sich orientierenden menschlichen Subjekten in Form starker Wertungen darüber Auskunft geben, was wichtig sein kann und was nicht. Taylor nennt diese Koordinatensysteme für die Ausbildung von Identität unverzichtbare Rahmen, außerhalb derer stabile Identitäten und planvolles menschliches Handeln nicht gedacht werden können. Ohne solche Orientierungsstiftenden Rahmen vermögen menschliche Subjekte gegen alle anderslautenden liberalistischen Suggestionen nicht zu existieren, denn „im Lichte unseres Identitätsverständnisses ist das Bild eines von allen Rahmenbedingungen freien Akteurs eher die Darstellung einer Person, die eine entsetzliche Identitätskrise durchmacht. Eine solche Person wüßte nicht, welche Stellung sie im Hinblick auf Fragen von grundlegender Wichtigkeit beziehen soll, könnte sich im Bereich dieser Fragen gar nicht orientieren und wäre außerstande, sich im eigenen Namen über sie zu äußern. Wollte man diesem Bild hinzufügen, der Betreffende erlebe dieses Nichtvorhandensein gar nicht als Mangel, befinde sich also, anders ausgedrückt, gar nicht in einer Krise, haben wir vielmehr ein Bild schrecklicher Dissoziation vor uns. In der Praxis würden wir eine solche Person wohl als jemanden ansehen, der zutiefst gestört ist.“<sup>10</sup>

Nach Taylor gewinnt ein Individuum also erst dadurch Identität, dass es sich in einer bzw. durch eine Gemeinschaft sozialisiert, in der Antwortoptionen in Form von rahmengebenden Unterscheidungen auf Fragen von grundlegender

Wichtigkeit bereitgehalten werden. Die Vorstellung eines vollkommen freien, desengagierten Subjekts, das etwa nach Kosten-Nutzen-Überlegungen die Vor- und Nachteile von Handlungsweisen abwägt, kann vor diesem Hintergrund nur als eine leere und im Kontext des Nachdenkens über Politik falsche Fiktion erscheinen.

### Hypergüter

Erst in der dialogischen und intersubjektiven Auseinandersetzung mit Deutungsangeboten in Form von starken Wertungen, die die Gemeinschaft bereithält, entwickeln sich die Konturen von Identität. Dabei spielen natürlich nicht sämtliche in einer Gemeinschaft vorfindlichen Deutungsangebote eine gleich starke Rolle, aber so gut wie jede Form menschlicher Identität ist gekennzeichnet durch eine Art moralisches Maximum, das daran orientierte qualitative Unterscheidungen zulässt: „Für diejenigen, die eine starke Bindung an ein solches Gut haben, bedeutet es, dass dieses Gut mehr als die übrigen die Orientierungspunkte liefert für die nach ihrem Urteil einzuschlagende Richtung des Lebenswegs.“<sup>11</sup> Taylor nennt solche Güter „Hypergüter“, die sich dadurch auszeichnen, dass sie „nicht nur unvergleichlich viel wichtiger sind als andere, sondern (...) auch den Standpunkt abgeben, von dem aus diese anderen abgewägt, begutachtet und beurteilt werden müssen.“<sup>12</sup> Das heißt nicht, dass Menschen, die solche qualitativen Gegenüberstellungen durchführen und für

10 Ebd., S. 62.

11 Ebd., S. 123.

12 Ebd., S. 124.

sich ein solches Hypergut als zentral für ihre eigene Lebensführung erachten, ihr Leben im Hinblick auf die besondere Bedeutung des Hyperguts dogmatisch engführen würden. Vielmehr erkennen sie auch Güter wie zum Beispiel die Pflichterfüllung, das Leben im Einklang mit bestimmten religiösen Geboten, das Familienleben oder die unbedingte Gelassenheit und Höflichkeit in allen Lebenslagen in ihrem Wert als sinn- und identitätsstiftende Orientierungsmöglichkeiten an, aber ein Gut, vielleicht die Gerechtigkeit, ist für sie von überragender Bedeutung. Es ficht sie dabei nicht an, dass andere Befürworter desselben Hyperguts dieses in wesentlich kompromissloserer Weise verfechten als sie selbst.

Bei ihren Überlegungen und Handlungsentscheidungen spielen auch andere Erwägungen, die über die Einsicht in die Grenzen der eigenen Kräfte und Fähigkeiten bis hin zur Anerkennung eines Werte- und damit Hypergüterpluralismus reichen, eine Rolle. Aber gleichwohl behält das eine Hypergut für ihr Leben seine unvergleichliche Bedeutung, denn es ermöglicht den Menschen am ehesten, ihre eigene Identität zu definieren. Womöglich spielt bei der Frage, wer ein Mensch ist, das Verhältnis zu einer Reihe weiterer Güter eine wichtige Rolle, aber maßgeblich für die Antwort auf die Frage nach der eigenen Identität ist das Verhältnis zu diesem einen Gut. Ähnlich wie die pathologische Vorstellung eines von allen gemeinschaftlichen Rahmenbedingungen und starken Wertungen freien Akteurs führt auch die Krise eines Hypergutes für die betroffenen Menschen in eine veritable Iden-

titätskrise, denn gerade weil die Orientierung an diesem einen Hypergut für die Identität des Menschen so bedeutend ist, ist die Einsicht, dass das eigene Leben die Postulate des Hypergutes verfehlt, kaum zu ertragen. Dabei geht es nicht einfach um Enttäuschung, weil ein bestimmtes Ziel nicht erreicht wurde, sondern in existentieller Hinsicht um Verzweiflung, weil die Wurzeln der eigenen Identität in Frage stehen.

### **Scheitern des methodologischen und ontologischen Individualismus**

Während der methodologische und ontologische Individualismus die Auffassung vertritt, dass alle sozialen Zusammenhänge auf Verhältnisse zwischen Individuen zurückgeführt werden können und sollen, zeigen Taylors Überlegungen zur Konstitution von Identität, dass die in sozialen Praktiken, gemeinschaftlichen Einrichtungen und Institutionen konkretisierten Begriffs- und Bedeutungsnetze ontologische Priorität vor den individuellen Handlungsentwürfen genießen müssen. Erst dadurch, dass ein Subjekt signifikante, anhand von starken Wertungen und Hypergütern in vorgängigen sittlichen Horizonten und Bindungen definierte Zwecke vorfindet, kann sich Subjektivität überhaupt konstituieren. Weil jenseits solcher sinn- und identitätsstiftender Horizonte eine Selbstdefinition von Subjektivität nicht möglich ist, ist das holistische Beziehungs- und Bedeutungsgeflecht, in dem Menschen die in einer Gemeinschaft vertretenen, in der Regel höchst unterschiedlichen qualitativen Unterscheidungen erfahren können, die Bedingung der Möglichkeit von Subjektivität.

Diese Einsicht bedeutet für die zentralen Kategorien der politischen Theorie, dass zum Beispiel Freiheit nicht in einem negativen Sinn schlichtweg mit der Abwesenheit äußeren Zwangs verwechselt werden kann und eine soziale Gemeinschaft nicht lediglich einen instrumentellen Zusammenschluß von Individuen darstellen kann, sondern als konstitutives Gut erscheinen muss. Taylor schlägt in diesem Zusammenhang ein Verwirklichungskonzept von Freiheit vor, das er von einem liberalen Möglichkeitskonzept unterscheidet: „Sobald wir uns eine Vorstellung von Selbstverwirklichung zu eigen machen oder den Begriff der Freiheit an eine positive Ausübung binden, dann kann die Fähigkeit, das zu tun, was immer wir gerade wollen, nicht länger als hinreichende Bedingung von Freiheit akzeptiert werden. Denn diese Auffassung erlegt unserer Motivation bestimmte Bedingungen auf. Wir sind nicht frei, wenn wir durch Furcht, durch zwanghaft verinnerlichte Normen oder falsches Bewusstsein motiviert werden, unsere Selbstverwirklichung zu vereiteln. Dies wird manchmal in der Weise ausgedrückt, dass ein Verständnis von Freiheit als Selbstverwirklichung voraussetzt, dass wir imstande sind, das zu tun, was wir wirklich wollen, unserem wirklichen Willen zu folgen oder die Bedürfnisse eines wahren Selbst zu erfüllen.“<sup>13</sup> Im Unterschied zur negativen Freiheit der Abwehrrechte und des Rechts, in Ruhe gelassen zu werden, besteht positive Freiheit nach

Taylor in der Verwirklichung der Zwecke, die ein Subjekt im Rahmen seiner Sozialisation bzw. der weiterführenden Auseinandersetzung mit konkurrierenden Deutungsangeboten als wertvoll erfahren hat.

### **Konsequenzen für die politische Theorie**

Für die politische Theorie bedeutet ein solches Verwirklichungskonzept von Freiheit, dass die politische Form einer Gesellschaft nicht wie in den verschiedenen Spielarten des politischen Liberalismus als ein scheinbar neutrales System der Garantie von individuellen Rechten aufgefasst werden kann, das die Mitglieder der Gesellschaft zur Verfolgung ihrer partikularen Zwecke in Anspruch nehmen. Stattdessen muss das Gemeinwesen als ein konstitutiver Bestandteil des guten Lebens angesehen werden, weil sich personale Identitäten durch die Erfahrung der Deutungsangebote und der mit ihnen verbundenen starken Wertungen des öffentlichen Raums überhaupt erst konstituieren. Folglich sind sämtliche Modelle der Demokratie, die in der Tradition eines ökonomischen Liberalismus argumentieren, defizitär: „Vor diesem Hintergrund weist das Bild der Demokratie, wie es die ökonomische Theorie zeichnet, wesentliche Lücken auf. Wenn die Menschen ihre Zielsetzungen wirklich als individuell, wenn sie ihr Gemeinwesen wirklich als Instrument ansähen, dann besäßen sie keinen Patriotismus, keine *virtu*, und die Gemeinschaft der Bürger wäre nicht imstande, sich äußeren Angriffen, inneren Umsturzversuchen oder einfach der Erosion der politischen Institutionen zu widersetzen. Das System zu betrügen,

13 Charles Taylor: Negative Freiheit? Zur Kritik des neuzeitlichen Individualismus. Frankfurt/Main 21995, S. 124 f.

würde allgemeiner Usus und es schließlich lahmlegen, so dass nur noch die Mittel der Despotie greifen.“<sup>14</sup> Der Betrug am System, der im politischen System der Bundesrepublik in Form von Steuerhinterziehung, „Bankenrettung“ und verschiedenen Vor- und Endstufen der Korruption bereits an der Tagesordnung zu sein scheint, weist unter Umständen auf eine Eigendynamik ökonomischer Rationalität folgender gesellschaftlicher Entwicklungstendenzen hin, die schließlich im Bankrott der politischen Institutionen enden wird. Schließlich wird nach wie vor jede Form echter demokratischer Kontrolle von Seiten der herrschenden Klasse als sozialistisch diffamiert, weil die Effizienz des gesellschaftlichen Produktionsprozesses beeinträchtigt werden könnte.

Aber auch eine andere Familie der Demokratietheorie, die eher in der Tradition Rousseaus steht, kann der von Taylor herausgearbeiteten konstitutiven Rolle des sozialen Rahmens für die Ausbildung personaler Identität nur bedingt gerecht werden. Zwar hat nach diesen Theorien die Demokratie einen authentischen allgemeinen Willen zur Voraussetzung, den alle Bürgerinnen und Bürger in der gemeinschaftlichen Behandlung gemeinschaftlich relevanter Sachverhalte hervorbringen, und zwar spätestens dann, wenn repressive Lebensformen verschwunden sind, die der Artikulation eines authentischen Gemeinwillens im Wege stehen. In dieser Hinsicht bilden solche Theo-

rien ein wichtiges Moment der Demokratieerfahrung ab, das zum Beispiel in den Phasen vor der Erreichung eines wichtigen gemeinsamen Ziels entsteht. Aber „die Momente, da eine ganze Gesellschaft die Euphorie eines gemeinsamen Willens teilt, sind selten, und oft genug sind es gerade die tragischen Augenblicke in ihrer Geschichte.“<sup>15</sup> Modelle in der Tradition Rousseaus übersehen nach Taylor die pluralistische Gesamtanlage der *conditio humana* und die daraus resultierende Situation der Unterschiedlichkeit und der Konkurrenz der Menschen untereinander. Versuche, solche Modelle politische Realität werden zu lassen, münden deshalb unweigerlich in die Despotie: „Als Leitfaden für eine demokratische Gesellschaft ist das von Rousseau inspirierte Modell verheerend. Es spricht Differenzen, Konkurrenz und Streit ihre Legitimität ab. Da diese aber nur durch Repression abgeschafft werden können, sind alle Modelle, die auf diesem Modell beruhen, Despotien.“<sup>16</sup>

### Ein drittes Modell der Demokratie

Angesichts der *Faiblesse* der liberal-ökonomisch bzw. rousseauistisch argumentierenden Theorien der Demokratie schlägt Taylor ein drittes Modell vor, das die erörterten Defizite der beiden klassischen Theoriefamilien kompensieren und seinem Modell der Konstitution personaler Identität gerecht werden soll. Dieses Modell der Demokratie räumt Konkurrenz und Verschiedenheit den nötigen Raum ein, geht aber gleichzeitig davon aus, dass es ein für die Mitglieder

---

14 Charles Taylor: *Wieviel Gemeinschaft braucht die Demokratie?* Frankfurt/Main 2002, S. 16. Herv. i. O.

15 Ebd., S. 19.

16 Ebd.



des Gemeinwesens integrierendes Kontinuum gibt, an dem sie partizipatorisch mitwirken können. Taylor folgt damit der Einsicht, dass die bloße Aufrechterhaltung eines Rechtssystems, das individuelle Freiheitsrechte garantieren soll, gerade nicht ausreicht, um die Möglichkeitsform abstrakter Freiheit in eine Wirklichkeitsform konkreter Freiheit zu überführen. Unhintergehbare Voraussetzung eines solchen Gemeinwesens, in dem sich Wirklichkeitsformen von Freiheit realisieren lassen, ist nach Taylor, dass sich die Bürgerinnen und Bürger bei aller Konkurrenz und widerstreitender Interessen dennoch als Gleiche wahrnehmen können, wenn sie den öffentlichen Raum der demokratischen Auseinandersetzung betreten. Grundlage aller Demokratie kann somit nur die totale Inklusion aller Bürger sein, denn „Demokratie hat alle einzuschließen, ohne Ausnahme. Folglich verträgt sich Demokratie nicht mit Verhältnissen, seien sie kulturell oder ökonomisch, die es den Menschen unmöglich machen, sich als Gleiche zu betrachten.“<sup>17</sup>

Eine weitere Bedingung, die Taylor *Einheit* nennt und die er für sein Modell der Demokratie reklamiert, hängt wesentlich mit seiner Theorie der Entstehung personaler Identität und der Bedeutung des dafür konstitutiven sozialen Kontinuums zusammen. Aufgrund der ontologischen Priorität der in der sozialen Praxis und der Sprache artikulierten sinn- und identitätsstiftenden Deutungsangebote benötigt die Demokratie ein Gefühl von Solidarität in dem Sinne, dass sich die Menschen dem Un-

ternehmen der Verteidigung ihrer Bürgerrechte gemeinschaftlich verpflichtet sehen. Die bloße instrumentalistische Inanspruchnahme des politischen Systems als eines Systems zur Aufrechterhaltung von Bürgerrechten reicht dazu gerade nicht aus.

Eine weitere entscheidende Bedingung der Demokratie besteht nach Taylor im Grad der *Partizipation*, die ein demokratisches politisches System zulässt. Fehlen solche partizipatorischen Möglichkeiten oder sind sie wie etwa in einem formal-demokratischen System wie der Bundesrepublik auf die Teilnahme an periodisch stattfindenden Wahlen reduziert, kann sich ein staatsbürgerliches Bewußtsein, an einem gemeinsam mit den anderen Bürgerinnen und Bürgern verantworteten Projekt der Selbstregierung beteiligt zu sein, nicht oder nur in unzureichendem Maße einstellen. Ohne solche Formen von Partizipation gäbe es keine für die Ausbildung eines demokratischen Bewusstseins unbedingt notwendigen gemeinschaftlichen demokratischen Erfahrungen ziviler Macht, die sich etwa Hannah Arendt zufolge nur im „Bezugsgewebe menschlicher Angelegenheiten“<sup>18</sup> in legitimer Weise realisieren kann.

Schließlich nennt Taylor noch eine letzte Bedingung eines legitimen demokratischen Gemeinwesens, die in gewisser Weise mit der Forderung nach Solidarität korrespondiert, darüber aber noch ein entscheidendes Stück hinausgeht. Diese Bedingung betrifft das Verhältnis der Bürgerinnen und Bürger

17 Ebd., S. 21.

18 Hannah Arendt: *Vita activa*. München 122001, S. 222 ff.

untereinander und heißt *gegenseitiger Respekt*, denn „wenn auch nur eine regional, ethnisch, sprachlich oder wie immer bestimmte Gruppe von Bürgern Anlaß zu der Annahme hat, dass ihre Interessen übergangen werden oder dass sie diskriminiert wird, ist die Demokratie in Frage gestellt.“<sup>19</sup> Darüber hinaus sind für die Entstehung, noch mehr aber für die Aufrechterhaltung solcher Strukturen gegenseitigen Respekts wohlfahrtsstaatliche Elemente unbedingt erforderlich, denn der Wohlfahrtsstaat hat „entscheidend dazu beigetragen, dass die Bürger sich gegenseitig eine gewisse Achtung bezeugen; zumindest hat er verhindert, dass diese Achtung irreparablen Schaden genommen hat.“<sup>20</sup>

Bekanntlich bewegt sich die aktuelle sozialpolitische Tendenz in der Bundesrepublik eher in Richtung einer Armenfürsorge als zum Ausbau wohlfahrtsstaatlicher Elemente, die den Bürgerinnen und Bürgern eine aktive Teilhabe am politischen Prozess auf der Grundlage gegenseitigen Respekts ermöglichen würden. In einem gesellschaftlichen Klima, das Hartz-IV-Empfänger in ebenso sachkundiger wie demütigender Weise als faul, arbeitscheu, alkohol- und nikotinsüchtig diffamiert, kann von gegenseitiger Achtung keine Rede mehr sein. Der Umstand, dass ausgerechnet die ranghöchsten Vertreter der formalen Demokratie im Auftrag der herrschenden Klasse auf die Parasiten-Karte setzen, spricht im Hinblick auf die Frage nach irreparablen

Schäden des demokratischen Gemeinwesens für sich.

### **Inklusion und Exklusion**

Eine Atmosphäre der Bürgerschaftlichkeit, die auf dem Prinzip der totalen Inklusion beruht und eine Zugehörigkeit zur politischen Gemeinschaft zum Ausdruck bringt, kann sich unter solchen Umständen nur schwer entwickeln. Gerade in einem demokratischen System, das auf dem Prinzip der Mehrheitsentscheidung beruht und damit aufgrund seiner internen Dynamik notwendigerweise Exklusionstendenzen hervorbringt, ist ein hohes Maß an sozialer Integration und gemeinsamer Identität aber unbedingt nötig. Gelingt es einem demokratischen Gemeinwesen nicht, eine in diesem Sinne starke kollektive Identität zu entwickeln, droht das Gemeinwesen an seinen immanenten Widersprüchen zu zerbrechen. Die affirmative politische Theorie verweist in diesem Zusammenhang gerne auf eine insbesondere in der Bundesrepublik differenziert entwickelte zivilgesellschaftliche Kultur in Form von NGOs und Bürgerinitiativen, die aufgrund der Bereitstellung einer Vielzahl von identitätsbildenden Partizipationsmöglichkeiten zu einer substantiell reicheren Form von Demokratie beitragen würden. Auf den ersten Blick scheint eine solche Argumentation einleuchtend zu sein, sie übersieht aber, dass mindestens zwei Arten von nicht-staatlichen Akteuren unterschieden werden müssen: zum einen solche Interessengruppen, die in Form von Lobbyarbeit direkten Einfluss auf die Entscheidungen des politischen Systems zu nehmen versuchen, zum an-

---

19 Taylor, *Gemeinschaft*, S. 26.

20 Ebd.

deren solche Akteure, die insbesondere im sozialen Bereich die Leerstellen zu füllen sich vornehmen, die der Abbau des Wohlfahrtsstaates hinterlassen hat.

Beide Akteursgruppen können zum Beleg für alles mögliche angeführt werden, sicherlich aber nicht als Indikatoren für eine starke, funktionierende Demokratie. Letztere Gruppierungen wenden sich häufig explizit von den politischen Institutionen ab und könnten als Einrichtungen der Armenfürsorge auch in undemokratischen Systemen bestens gedeihen, während Lobbygruppen zwar die Performanz einer differenziert entwickelten *liberalen* Gesellschaft bezeugen, mit Demokratie aber, die alle einschließen soll, gerade nichts zu tun haben<sup>21</sup>.

Bekanntlich beruht Demokratie auf totaler Inklusion und benötigt deshalb eine starke egalitäre Basis, die das Engagement und die Partizipation aller Bürger ermöglicht. Je mehr sich folglich der Staat aus der Förderung der kompletten Bürgerschaft zurückzieht und den demokratischen politischen Prozess mit dem ungehinderten Schlagabtausch von privaten Interessengruppen wechselt, desto leichter wird er zu einem Selbstbedienungsladen für das Kapital. Vielleicht liegt in der Unfähigkeit, diese legitimationsgefährdenden Entwicklungstendenzen zu erkennen und beim Namen zu nennen, die fundamentalste Arbeitsverweigerung der neoliberalen politischen Theorie.

### **Kapitalismus und Demokratie – ein Ausblick**

Ob Kapitalismus und Demokratie als gesellschaftliche Integrationsprinzipien überhaupt miteinander vereinbar seien, ist in der Geschichte der politischen Theorie mindestens umstritten. Noch im Jahr 1981 hat Jürgen Habermas immerhin ein „*unauflösliches* Spannungsverhältnis“<sup>22</sup> zwischen beiden diagnostiziert. Auch Charles Taylor hält den Kapitalismus für eine „handfeste Gefahr“ für die Demokratie: „Zum einen greift der Kapitalismus der – oft multinationalen – Großkonzerne in die Lebensbedingungen der Menschen ein und zieht Macht von den Institutionen der Partizipation ab, um sie auf bürokratische Organisationen zu übertragen, die sich dem Prinzip der Verantwortung entziehen. Zum anderen, und dies ist das Raffinierte, verleitet uns die Ideologie des Konsums dazu, in diesen Verzicht auf Verantwortung einzuwilligen im Tausch gegen das Versprechen auf weiter wachsenden Lebensstandard.“<sup>23</sup> Taylor benennt an dieser Stelle in unüberbietbarer Deutlichkeit den Preis, den eine kapitalistische Gesellschaft für eine vermeintlich effiziente Produktionsweise zu entrichten hat: den Verzicht auf demokratische Selbstbestimmung.

Aber auch der weiter wachsende Lebensstandard bleibt natürlich ein leeres Versprechen, denn der Kapitalismus bringt zwar für einige wenige immensen Wohlstand hervor, zwingt dafür aber

22 Jürgen Habermas: Theorie des kommunikativen Handelns. Frankfurt/Main 1981, Band 2, S. 507. Herv. i. O.

23 Taylor, Gemeinschaft, S. 27.

21 Crouch, Postdemokratie, S. 24 ff.

sehr viele andere in Unterdrückung, Abhängigkeit und Erniedrigung. Der Widerspruch zwischen dem Überfluss der Gesellschaften im Zentrum des kapitalistischen Weltsystems und dem Elend und der Pauperisierung in den Peripherien wiederholt sich nämlich innerhalb der betroffenen Gesellschaften mit barbarischer Dynamik. Aber auch hier ist die ökonomische Ausbeutung, der Ausschluss vom Ertrag gesellschaftlich erbrachter Arbeit und die damit verbundene Verweigerung von Lebenschancen für einen Großteil der Menschen das eine, die Elimination des Menschlichen aus den gesellschaftlichen Beziehungen unter dem Diktat kapitalistischer Rationalität das andere.

Die Totalität des Marktprinzips lässt für demokratische Lebensformen im Sinne Taylors keinen Raum mehr, diffamiert und belächelt sie im Gegenteil als gestrige Träumerei. Während die herrschende Ideologie in kaum zu überbietender Brutalität auch noch die entlegensten gesellschaftlichen Teilbereiche unter das Kommando der kapitalistischen Rationalität zu bringen versucht, verringert sich die Zahl der Antwortoptionen auf die grundlegenden Fragen menschlicher Identität in bestürzender Weise. Eine Gesellschaft, die als *starke*

*Wertungen* und *Hypergüter* nur noch Effizienz, Flexibilität, Profitmaximierung und Leistungsorientierung gelten lässt, übergibt ihr Schicksal den unkontrollierbaren Kräften der präaufklärerischen Finsternis.

Demgegenüber stellt Taylors Sozialphilosophie Perspektiven für eine solidarische und demokratische Gesellschaft bereit, die jedoch mit einer kapitalistischen Gesellschaft unvereinbar sind. Die politische Agenda wartet deshalb auf solche Akteure, die die vorherrschenden Macht- und Eigentumsverhältnisse nachhaltig zur Disposition stellen könnten. Dass die kapitalistische Wirtschaftsordnung mitsamt ihrer sozialen Form, der formalen Demokratie, eines Tages überwunden werden wird, ist klar. Die Frage ist nur, ob dies unter Verzicht auf menschliche Gestaltungskraft um den Preis der Auslöschung der Menschheit und des kompletten Planeten geschehen wird, oder aber angeleitet durch die emanzipatorischen Kräfte der Aufklärung. Einen anderen Namen als den des Sozialismus gibt es für ein solches Projekt bislang nicht. Dass die überwältigende Mehrheit der zeitgenössischen Publizisten dieses weder für möglich noch für wünschenswert hält, wird dann keine Rolle mehr spielen.

# Finanz- und Steuerpolitik nach der Krise – Sind die Weichen richtig gestellt?

## 1. Die Finanzkrise...

Nach mittlerweile drei Quartalen positiven Wachstums scheint die tiefste Depression in der Geschichte der Bundesrepublik überstanden zu sein<sup>1</sup>. Ob sich die konjunkturelle Stabilisierung allerdings zu einem tragfähigen, kräftigen Aufschwung entwickelt oder aber in eine Phase der wirtschaftlichen Stagnation übergeht, wie sie Japan über weite Teile der 1990er Jahre erlebte, wird wesentlich davon abhängen, ob einerseits noch weitere – zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht absehbare – Belastungen in den internationalen Finanzmärkten schlummern und andererseits wie die Geld- und die Steuer- und Finanzpolitik sich fortan entwickeln. In den folgenden Ausführungen soll es nur um letzteres – die Steuer- und Finanzpolitik der Bundesrepublik – gehen, zunächst aber muss ein Blick auf die zurückliegende Krise und ihre Auswirkungen geworfen werden.

Mehrere Jahre hinweg betrieben vor allem amerikanische Banken ein höchst gefährliches Spiel: Angetrieben durch enormen Gewinnerwartungsdruck und Managementvergütungssysteme,

1 Diese Einschätzung sollte nicht zu optimistisch klingen: Selbstverständlich gilt diese generelle Aussage keineswegs für alle Branchen. Und auch die über die letzten Quartale bereits wieder nachlassende Dynamik stimmt nicht allzu optimistisch.

die kurzfristige Geschäftsentwicklung, nicht aber langfristige Performanz belohnten, ließen sie jegliche Vorsicht bei der Finanzierung von Immobilienkäufen fahren und ermöglichten so genannte ‚Ponzi-Finanzierungen‘<sup>2</sup>, die irgendwann zusammenbrechen mussten: Sie finanzierten Kreditgeschäfte, die weder die substantielle Rückzahlung und noch nicht einmal die Zinszahlungen der Schuldner im so genannten Subprime-Segment in Aussicht stellten, sondern reinweg auf die Wertsteigerung des als Sicherung angebotenen Vermögensgegenstandes – die Immobilie – setzte. Eine solche Finanzierung geht gut, solange die Wertsteigerung anhält, und geht in die Hose, sobald die Immobilienpreise fallen – was ab 2007 massiv geschah.

Die Risiken, die in einer solchen Finanzierung steckten, konnten gar nicht richtig eingeschätzt werden<sup>3</sup>, dennoch

---

2 Der Begriff ‚Ponzi-Finanzierung‘ geht auf den Keynesianer Hyman P. Minsky (1986) zurück, der lange vor den Finanzkrisen der letzten beiden Jahrzehnte auf die immanente Instabilität des Kapitalismus verwiesen hatte.

3 Hiermit soll auf die Unmöglichkeit verwiesen werden, eine stochastische Risikoeinschätzung zu formulieren, wie es – bis zur Finanzmarktkrise weitgehend unhinterfragt – die Mainstream-Ökonomie mit ihrem Postulat der Volkswirtschaft als ‚geschlossenen Systems‘ nicht nur behauptete, sondern auch noch

wurde sie, indem die Kreditgeschäfte ‚verbrieft‘ und mit einem Gütesiegel von Rating-Agenturen als ‚unbedenklich‘ versehen waren, zu völlig unangemessener Risikoprämierung erfolgreich und profitabel weiterverkauft und über die internationalen Finanzmärkte global verteilt. Als sich mit dem Verfall der Immobilienpreise die Uneinbringlichkeit vieler dieser Forderungen und damit die Wertlosigkeit der Wertpapiere zeigte, war es auch schon zu spät. Zahlreiche Finanzintermediäre gerieten deshalb zunächst in Solvenzprobleme, etwas später – mit der Schwierigkeit der kurzfristigen Refinanzierung- in höchste und akute Liquiditätsprobleme<sup>4</sup>: Hätten nicht die Regierungen weltweit zunächst die Einlagen der Banken garantiert und dann auch noch in historisch nie dagewesener Weise über Bankenrettungsprogramme und direkte Bankenverstaatlichungen mutig und beherzt eingegriffen – sich mithin so ganz anders verhalten, als es die neoliberalen Staatskritiker immer verlangen –, dann wären die internationalen Finanzmärkte unweigerlich zusammengebrochen. Hieran – die Dimension des Geschehens in den Jahren 2008/2009 – soll an dieser Stelle ebenso erinnert wer-

den wie an die sich anschließenden realwirtschaftlichen Auswirkungen: Mit der massiven Einschränkung der Kreditvergabebereitschaft der Banken, dem Zusammenbruch des Geschäftsvertrauens und der sofortigen Erhöhung des Vorsorgesparens bzw. der direkten Reduktion des Konsums brach nun auch die Konjunktur weltweit zusammen.

### ... und die Krise der Finanzen

In Abb. 1 ist die konjunkturelle Entwicklungen in Deutschland im Vergleich zu den USA und Großbritannien dargestellt – Deutschland hatte gerade seine Schwächephase nach der weltweiten Rezession 2001/2002 überwunden und zu den Wachstumsraten der USA und Großbritannien aufgeschlossen, als die Finanzmarktkrise zuschlug: Mit einem Rückgang des BIP von 5,0% im Jahr 2009 ist die Depression zwar etwas weniger dramatisch ausgefallen als zwischenzeitlich befürchtet, aber natürlich historisch immer noch einmalig in der bundesdeutschen Wirtschaftsgeschichte und auch fast doppelt so hoch wie im ‚Mutterland‘ der Krise – den USA. Großbritannien, dass aufgrund der zentralen Stellung der ‚City of London‘ und der Größe des Finanzsektors des Landes überproportional von der Krise getroffen wurde, zeigt allerdings ein vergleichbares Konjunkturmuster.

Dieser konjunkturelle Einbruch kann natürlich nicht ohne Auswirkungen auf die öffentlichen Haushalte bleiben, schließlich sinken die Einnahmen und steigen die Ausgaben mit der konjunkturellen Entwicklung – es wirken also die so genannten ‚automatischen Stabilisatoren‘, ohne welche die kon-

---

auf Grundlage zweifelhafter Annahmen die Berechnungsmodelle (z.B. das Merton-Black-Scholes-Modell) lieferte; vgl. Heise (2009).

4 Solvenzprobleme verweisen auf die langfristigen Rentabilitätsprobleme eines Geschäftsmodells, Liquiditätsprobleme hingegen beschreiben die Schwierigkeit, kurzfristigen Zahlungsverpflichtungen mithilfe von liquiden Mitteln nachzukommen – unabhängig von der langfristigen Profitabilität eines Geschäftsmodells.

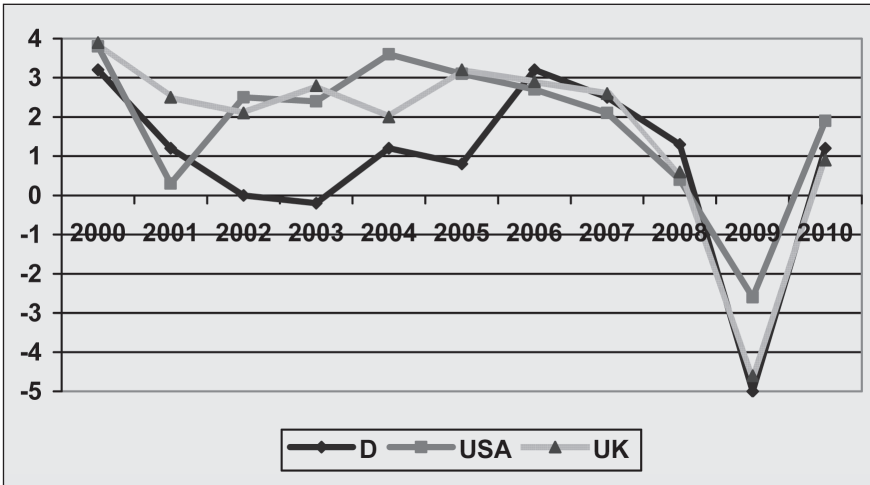


Abb. 1: Entwicklung des BIP in ausgewählten Ländern Quelle: Ameco Datenbank; 2009 + 2010 geschätzt

	2008	2009	2010
<b>Ausgaben</b>	282,3	303,2 (+ 20,9)	327,7 (+24,5)
<b>Einnahmen</b>	270,7	255,7 (- 15,0)	241,6 (- 14,1)
<b>Defizit</b>	11,5	47,5 (+ 35,9)	86,1 (+ 38,6)

Tab. 1: Mehrausgaben und Mindereinnahmen in Mrd. € (Veränderung gegenüber Vorjahr). Quelle: Bundeshaushalt 2010 ([www.bundesfinanzministerium.de/bundeshaushalt2009/pdf/vsp\\_2.pdf](http://www.bundesfinanzministerium.de/bundeshaushalt2009/pdf/vsp_2.pdf))

junkturrellen Ausschläge noch ausgeprägter ausfallen würden.

Tab. 1 macht das Ausmaß der Auswirkungen auf den Bundeshaushalt deutlich: die Einnahmen sanken 2009 um etwa 15 Mrd. € und werden nach Schätzungen in diesem Jahr noch einmal um 14,1 Mrd. € sinken, während gleichzeitig die Ausgaben 2009 um fast 21 Mrd. € und 2010 wahrscheinlich um etwa 24,5 Mrd. € steigen. Das – zugegebenermaßen sehr niedrige – Defizit von

2008 wird sich damit 2010 fast verdreifachen!

Neben den ‚automatischen Stabilisatoren‘ spielen aber auch diskretionäre, also bewusst als Reaktion auf die Krise ausgewählte Maßnahmen, eine Rolle: Inanspruchnahmen von Bankenrettungsprogramme etwa und Konjunkturprogramme, die weltweit aufgelegt wurden.

In Abb. 2 wird die deutsche Haushaltsentwicklung wieder im Vergleich zur Entwicklung in den USA und Groß-

britannien dargestellt. Wir sehen, dass Deutschland seinen restriktiven Kurs, den es ab 2005 eingeschlagen hatte, zumindest in Relation zu den USA und Großbritannien auch in der Krise keineswegs aufgegeben hat: Während dort die Nettoneuverschuldung auf zweistellige Größen ( 11 – 12% des BIP) steigt, verbleibt das Defizit auch in der größten Depression in der bundesdeutschen Geschichte bei 3 – 5%.

Wer glaubt, diese relative Zurückhaltung der öffentlichen Haushaltspolitik in Deutschland liege darin begründet, dass die Schuldenstände – also die Verschuldung der Vergangenheit – in den USA und Großbritannien eben niedriger lägen und deshalb dort mehr finanzielle Spielräume bestünden, die jetzt in der Krise genutzt werden könnten, sieht sich getäuscht: In Abb. 3 zeigt sich, dass zwar die Schuldenstandsquote in Großbritannien – nach über einer

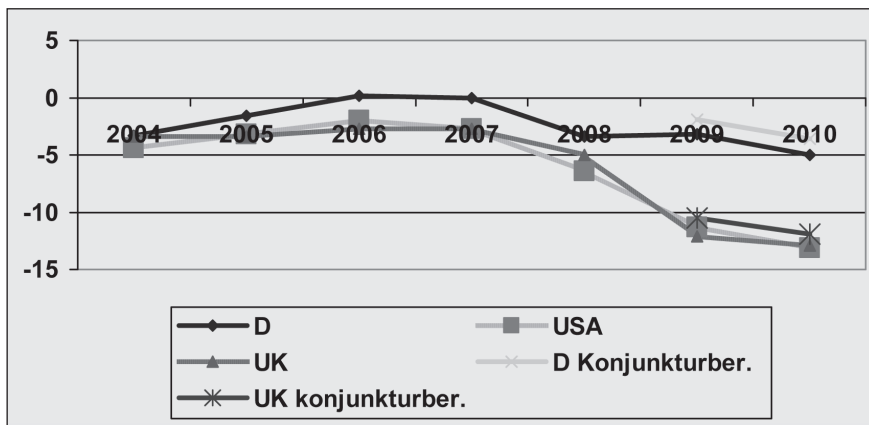


Abb. 2: Entwicklung des Haushaltsdefizits (Quelle: Ameco Datenbank)

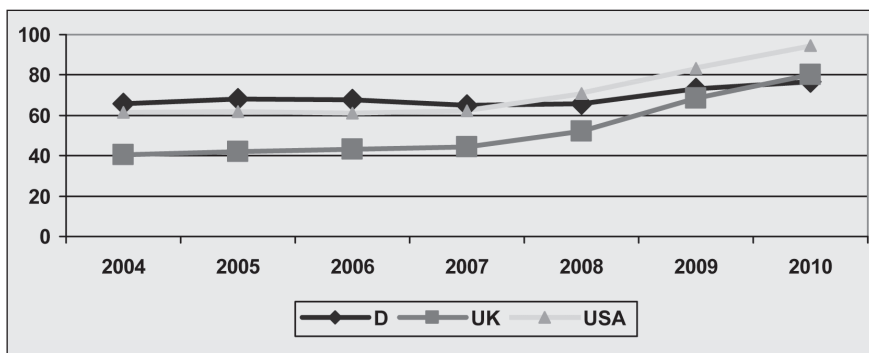


Abb. 3: Entwicklung der Schuldenstandsquote (Quelle: Ameco Datenbank)



Dekade überdurchschnittlicher Wachstumsperformanz – zu Beginn der Krise unter der deutschen Schuldenstandsquote lag, dies hat sich aber schon 2009 fast wieder ausgeglichen und ab 2010 dürfte die britische Schuldenstandsquote dann über der deutschen liegen. Und die Schuldenstandsquote der USA war bereits zu Beginn der Krise mit der deutschen vergleichbar und wird 2010 deutlich über der deutschen Schuldenstandsquote liegen.

### **Krisenreaktionen der alten Bundesregierung**

Abb. 2 zeigt auch, dass der Großteil der Neuverschuldung in Deutschland durch die ‚automatischen Stabilisatoren‘ bedingt ist. Das deutsche Konjunkturprogramm – bekannt als ‚Konjunkturpaket I und II‘ in Höhe von etwa 25 Mrd. € 2009 und 35 Mrd. € 2010 – macht nur etwa die Hälfte der Mehrausgaben und Mindereinnahmen aus. In Großbritannien (und den USA; hier nicht dargestellt mangels Daten) hingegen ist der Anteil und das absolute Ausmaß der diskretionären Maßnahmen deutlich höher.

Dies wird untermauert durch die Angaben in Tab. 2 und 3: Während die USA die Realwirtschaft („Schutzschirm für Arbeit“) mit Maßnahmen in Höhe von 5,5% des BIP unterstützte, fielen die Konjunkturprogramme in Deutschland und Großbritannien viel bescheidener aus.

Dafür ist der Bankenschutzschirm in Großbritannien extrem ausgeprägt – was einerseits mit der überproportionalen Bedeutung des Finanzsektors für die britische Ökonomie zu tun hat, andererseits aber auch nicht die tatsächli-

che Belastung der öffentlichen Haushalte widergibt, denn die Maßnahmen der Bankenrettungsprogramme sind – national in sehr unterschiedlichem Ausmaß – nur teilweise haushaltswirksam geworden.

Insgesamt kann man sagen, dass die USA mit ihrer Bereitschaft, der Realwirtschaft den größten Push zu geben, zumindest dazu beigetragen haben, dass die Depression im ‚Mutterland‘ der Krise deutlich milder ausfällt als in Deutschland und Großbritannien. Zwar führt dies zu einem hohen Anstieg der Verschuldung in den USA – ob dieser aber geringer gewesen wäre, wenn die Realwirtschaft ohne konjunkturelle Unterstützung deutlich stärker abgestürzt wäre, ist zumindest höchst fraglich.<sup>5</sup>

Großbritannien musste besondere Anstrengungen unternehmen, um den Finanzsektor zu stabilisieren und hat dabei ebenso wie die Bundesrepublik die Realwirtschaft relativ vernachlässigt – mit der Folge, dass die Depression ebenso tief war wie in der besonders außenwirtschaftsabhängigen Bundesrepublik. Deutschland schließlich hat grund-

---

5 Dies hängt natürlich von den Multiplikatoreffekten – also dem Einfluss der Konjunkturprogramme auf das Wirtschaftswachstum – ab. Je größer der investive Anteil der Maßnahmen eines Konjunkturpaketes, desto höher der Multiplikatoreffekt und desto größer die Wahrscheinlichkeit, dass die Schuldenstandsquote – gegenüber dem hypothetischen Referenzszenario ohne Konjunkturprogramme – nicht ansteigen wird. Nur wenn man die Multiplikatoreffekte bestreitet, was nur noch wirklich hart gesottene Mainstream-Vertreter wie Robert Barro (2010) tun, führen Konjunkturprogramme notwendigerweise zu einer Erhöhung der Schuldenstandsquote.

Land	Volumen in % des BIP (2008-2010)
USA	5,5
D	2,8
UK	1,3

Tab. 2: Internationale Konjunkturprogramme (Quelle: Khatiwada, 2009)

Land	Volumen in % des BIP
UK	54,0
D	28,1
USA	22,3

Tab. 3: Internationale Bankenrettungsprogramme (Quelle: Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ) in Pfeiffer, 2009)

sätzlich richtig, im Vergleich mit den USA aber wohl zu verhalten reagiert. Das Konjunkturprogramm (s. Tab. 4) hatte jene Größenordnung, die kritische Ökonomen unter weitgehend normalen Konjunkturbedingungen zur Stärkung der seit Jahrzehnten lahrenden Binnen-nachfrage ohnedies verlangten (vgl. z.B. Heise 1996, Heise 2004 und die jährlichen Memoranden der Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik), hätte aber zur Bekämpfung der Depression und zur schnellstmöglichen Rückführung auf einen adäquaten Wachstumspfad wesentlich beherzter, soll heißen: etwa doppelt so groß, ausfallen müssen.

Auch ist der investive Anteil – vor dem Hintergrund höherer Multiplikator- und Selbstfinanzierungseffekte gegenüber konsumtiven Ausgaben und dem Tiefstand von öffentlichen Investitionen in Deutschland im historischen und internationalen Vergleich – der Konjunkturprogramme viel zu gering. Hier stimmt immerhin die Richtung

mit einem Anstieg des investiven Anteils von 20 im Jahr 2009 auf 35% des Konjunkturprogramms in 2010. Die hohen Ausgaben für direkte Beschäftigungssicherungsmaßnahmen – Mehrkosten durch die Finanzierung von Kurzarbeit – hat zwar dazu beigetragen, dass die Arbeitslosigkeit in Deutschland bislang nur wenig angestiegen ist (vgl. Bach/Spitznagel 2009; Bogedan et al. 2009), wird aber nur gut angelegt gewesen sein, wenn die Konjunktur bald stark anzieht und damit die ‚Vorratshaltung‘ von Arbeitskräften belohnt – ansonsten droht die Entlassungswelle lediglich mit zeitlicher Verzögerung.

### Die Steuer- und Finanzpolitik der neuen Bundesregierung

Die große Koalition hat also im Grundsatz richtig gehandelt: Sie hat den Finanzsektor stabilisiert und die Realwirtschaft gestützt – da dies alles unter den Bedingungen der Unsicherheit über den tatsächlichen Verlauf der Krise ge-

## Finanz- und Steuerpolitik nach der Krise – Sind die Weichen richtig gestellt?

<b>Maßnahmen</b>	<b>2009</b>	<b>2010</b>
Investiv		
• Verkehrsinvestitionen	1,0	1,0
• Regionale Wirtschaftsförderung	0,2	0,1
• KfW-Programme	0,1	0,3
• Zukunftsinvestitionen öffentliche Hand	4,0	11,0
<b>Gesamt</b>	<b>5,3 (20%)</b>	<b>12,4 (35%)</b>
Konsumtiv		
• KfZ-Steuerbefreiung	0,4	1,0
• Steuerliche Förderungen von Handwerksleistungen	–	0,1
• Degressive AfA 25%	1,9	4,3
• Sonderabschreibungen KMU	0,2	0,4
• BfA	0,3	0,5
• Innovationsförderung	0,5	0,5
• Stärkung PKW-Nachfrage	0,5	–
• Neuregelung KfZ-Steuer	0,1	0,2
• Forschung ‚Mobilität‘	0,3	0,3
• Beschäftigungssicherung	3,0	4,0
• Senkung Einkommenssteuer	3,1	5,6
• Beiträge zur GKV	3,0	6,0
• Familienleistungen	2,0	0,3
<b>Gesamt</b>	<b>19,8 (80%)</b>	<b>23,2 (65%)</b>
<b>Gesamt</b>	<b>25,1</b>	<b>35,6</b>

Tab. 4: Das Konjunkturprogramm der Großen Koalition in Mrd. € (Anteil in %) (Quelle: Horn et al., 2010)

schehen musste, ist auch das zu geringe Ausmaß der Krisenmaßnahmen entschuldbar – allerdings müssen nun, nachdem wir mehr Informationen über

die Krisenentwicklung haben, adäquate Maßnahmen ergriffen werden: In einem europäisch abgestimmten Programm müssen die öffentlichen Inves-

Maßnahmen		in Mio € (% des BIP)
Ausgabenerhöhungen		
• Kindergeld	konsumtiv	4,3
Steuersenkungen		
• Korrektur Unternehmenssteuerreform	investiv	0,7
• Korrektur Erbschaftssteuerreform	investiv	0,3
• Umsatzsteuersenkung Hotelgewerbe	überwiegend konsumtiv	0,8
<b>Gesamt</b>		<b>6,1 (0,2)</b>

Tab. 5: Wachstumsbeschleunigungsgesetz (Quelle: Horn et al., 2010)

tionen noch einmal massiv und dauerhaft um mindestens 20–30 Mrd. € pro Jahr angehoben werden. Zusätzlich sind, weitere Ausführungen würde aber den Rahmen an dieser Stelle sprengen (vgl. dazu Heise 2001; Pusch 2009), institutionelle Vorkehrungen zu treffen, um die Finanz- mit der Geld- und der Lohnpolitik europaweit im Rahmen des Europäischen Makrodialogs (EMD) zu koordinieren und somit dazu beizutragen, einen Konflikt der makroökonomischen Akteure zu verhindern. Dies setzt gewiss Einsichtsfähigkeit, Handlungsbereitschaft und die visionäre Kraft aller Akteure voraus – aber der Abgrund des ‚Big Crash‘ sollte eigentlich nahe genug gewesen sein, um Handlungsänderungen ausgelöst zu haben. Außerdem sollte die Bereitschaft gestiegen sein, wissenschaftliche Studien zur Kenntnis zu nehmen, die den Erfolg (post-)keynesianischer Finanzpolitik nachweisen (vgl. Heise 2002; Heise 2008): Großbritannien hat sowohl in den 1980er als auch

den 1990er Jahren gezeigt, dass defizitfinanziertes Wachstum allein in der Lage zu sein scheint, nachhaltig die öffentlichen Haushalte zu konsolidieren – ein Heraussparen ist in ‚sozialen Demokratien‘ unmöglich.

Zwischenzeitlich haben die Bürger allerdings eine neue Bundesregierung gewählt und mitten in der Krise einer Partei die Regierungsgeschäfte (anteilig) übergeben, die für eine Rückführung staatlicher Eingriffe im Allgemeinen und Steuersenkungen im Besonderen steht und deshalb zumindest für die gegenwärtige Krisensituation gänzlich ungeeignet erscheint: die FDP. Das so genannte Wachstumsbeschleunigungsgesetz der neuen Bundesregierung (WBG) trägt dieser Skepsis leider vollkommen Rechnung: Es ist mit einer Größenordnung zwischen 6–8 Mrd. € pro Jahr völlig unterdimensioniert, fast ausschließlich konsumtiv ausgerichtet (vgl. Tab. 4) und trägt in vielen Punkten – bei der Korrektur der jüngsten

Erbschaftssteuerreform, der Unternehmenssteuerreform und der Senkung des Mehrwertsteuersatzes für das Hotelgewerbe – eindeutig Klientelpolitikcharakter.<sup>6</sup>

Bei einem Anteil von über 85% der konsumtiven Maßnahmen dürften die multiplikativen Wachstums- und Selbstfinanzierungseffekte des WBG äußerst gering sein<sup>7</sup> – was letztlich nicht nur bedeutet, dass hiervon keine weitere Belebung der Konjunktur zu erwarten ist, sondern auch, dass die Kosten des WBG zur weiteren Verschuldung der öffentlichen Haushalte beitragen werden – auf den Bundeshaushalt entfallen 40% der Kosten des WBG, auf die Länderhaushalte etwa 45% und 15% müssen die Gemeinden und Kommunen tragen, die im Entscheidungsprozess keine Stimme hatten. Aus dieser Perspektive erscheint die geringe Dimensionierung des WBG immerhin als Glück, das allerdings jenen Gebietskörperschaften wenig hilft, die bereits heute die auf sie zukommenden finanziellen Belastungen kaum noch tragen können: vor allem jene Bundesländer, die vor dem Bundesverfassungsgericht auf Anerkennung ihrer Haushaltsnotlage klagen, aber auch Gemeinden und Kommunen, die durch gesetzliche Bestimmungen (z.B. den Rechtsanspruch auf einen Kindertagesstättenplatz ab 2011) bereits absehbar weitere Belastungen erfahren werden,

---

6 Um diese zu konstatieren bedurfte es übrigens nicht des Hotel-Spendenskandals.

7 Nach Berechnungen des IMK, die durchaus realistisch erscheinen, liegt der Selbstfinanzierungseffekt allenfalls bei 20%; vgl. HBS (2009).

selbst aber keine Verschuldungsmöglichkeiten haben. Schließlich trifft eine Haushaltspolitik, die nicht das Wachstum, wohl aber die Schulden erhöht, alle Gebietskörperschaften, denn es erhöht den Druck zur Haushaltskonsolidierung durch die jüngst beschlossene ‚Schuldenbremse‘ des Grundgesetzes nur noch mehr.

Schauen wir exemplarisch die Freie und Hansestadt Hamburg an: Sie beispielsweise muss mit krisenbedingten Steuerausfällen von gut 2 Mrd. € im Jahr 2010 rechnen – da scheinen die 70 Mio €, die das WBG das Land Hamburg kostet, nicht allzu schwer ins Gewicht zu fallen. Allerdings entsprechen diese 70 Mio. € etwa 25% der auf Hamburg entfallenden Mittel der Konjunkturpakete I und II<sup>8</sup>, deren ansonsten positive Wirkungen entsprechend geschmälert werden (vgl. Prognos 2009). Oder die Mittel für Kinderbetreuung im Lande Hamburg könnten um fast 20% aufgestockt werden, würden diese 70 Mio. € nicht fehlen.

### **Sind die Weichen richtig gestellt – ein Fazit**

Ohne beherzte staatliche Rettungsprogramme – für das Finanzsystem ebenso wie für die Realwirtschaft – wären die Volkswirtschaften rund um den Globus 2009 gegen die Wand gefahren. Wenn gleich mancher Kapitalismuskritiker dies ohnehin als unausweichlich an-

---

8 Hiernach muss die (strukturelle, konjunkturereinigte) Netto-Neuverschuldung der Gebietskörperschaften auf 0,35% des BIP ab 2016 (Bund) bzw. 2020 (Länder) beschränkt werden.

sieht und folglich der verpassten Chance nachtrauern mag, erscheint mir der Ausweis staatlicher Handlungsmacht durchaus segensreich: die volkswirtschaftlichen und sozialen Kosten eines Crashes wären nach meiner Auffassung zu hoch gewesen – politische Veränderungen unseres Gemeinwesens sollten inkrementaler und planvoller verlaufen.

Die Weichenstellung der großen Koalition war also zunächst einmal richtig, aber ist jetzt auch dafür gesorgt, dass der Zug in die richtige Richtung fährt und nicht auf ein Abstellgleis rollt? Die Richtung des Zuges wird von den Fahrgästen gewählt, für die Geschwindigkeit aber ist der Lokführer zuständig. Die Wähler haben sich im Herbst 2009 für eine Richtung entschieden, die jedenfalls nicht als kapitalismuskritische ‚Systemalternativé‘ gedeutet werden kann. Andererseits haben die gewählten Lokführer versprochen, den Zug schnell wieder in Fahrt zu bringen (vgl. FDP 2009; CDU/CSU 2009). Letzteres kommt folgerichtig in der Bezeichnung ‚Wachstumsbeschleunigungsgesetz‘ zum Ausdruck. Die Analyse hat gezeigt, dass es sich hierbei um eine Vernebelung Orwell’schen Ausmaßes handelt. Es gibt wenig seriösen Zweifel daran, dass dieses Gesetz wirtschafts- und finanzpolitisch dysfunktional wirkt. Selten waren die Klientelinteressen hinter einer politischen Maßnahme so unverhohlen zu erkennen wie hinter dem WBG. Und der im Koalitionsvertrag kryptisch festgelegte Fahrplan zu weiteren massiven Steuerensenkungen lässt vermuten, dass das WBG erst der Anfang war. Das all dies in einer Situation passiert, in der die wirtschaftliche Entwicklung so fragil ist wie

nie zuvor in den letzten 80 Jahren, zeugt nicht nur von der Abgehobenheit der Politik, sondern wird den Glauben an die Funktionsfähigkeit des politischen Systems weiter untergraben.

#### Literatur

- Bach, H.-U., Spitznagel, E.; Kurzarbeit: Betriebe zahlen mit – und haben was davon; IAB Kurzbericht, Nr. 17, Nürnberg 2009
- Barro, R.; Politisch verantwortungslos – Gespräch mit Robert Barro; in: Wirtschaftswoche Nr. 3, 2010, S. 34–35
- Bodegan, C. et al.; Betriebliche Beschäftigungssicherung in der Krise; WSI-Aktuell Nr.1, Düsseldorf 2009
- CDU/CSU; Wir haben die Kraft. Gemeinsam für unser Land, Berlin 2009
- FDP; Die Mitte stärken. Deutschlandprogramm der Freien Demokratischen Partei, Berlin 2009
- Heise, A.; Arbeit für alle – Vision oder Illusion?, Marburg 1996
- Heise, A.; New Politics, Münster 2001
- Heise, A.; Optimal Public Debts, Sustainable Deficits, and Budgetary Consolidation; in: Empirica – Journal of Applied Economics and Economic Policy, Vol. 29, No.4, 2002, S. 319–337
- Heise, A.; Optimale Verschuldung, Konsolidierungstrajektorien und Makroeffekte; in: Hein, E., Heise, A., Truger, A. (Hrsg.); Finanzpolitik in der Kontroverse, Marburg 2004, S. 127–146
- Heise, A.; Economic Governance and Employment. Policy, Polity and Politics of Economic Rise and Decline, Münster 2008
- Heise, A.; Toxische Wissenschaft – Zur Verantwortung der Ökonomen für die gegenwärtige Krise; in: Wirtschaftsdienst –

Zeitschrift für Wirtschaftspolitik, Jg. 89, H. 12, 2009, S. 842–848

Horn, G.A. et al.; Herausforderungen für die Wirtschaftspolitik 2010; IMK Report Nr. 46, Düsseldorf 2010

Khatiwada, S.; Stimulus Packages to Counter Global Economic Crisis: A review, International Institute for Labour Studies Working Paper No. 196, Genf 2009

Minsky, H.P.; *Stabilizing an Unstable Economy*, New Haven 1986

Pfeiffer, H.; Der Staat in der Krise; in: *Z-Marxistische Erneuerung*, Nr. 80, 2009, S. 7–28

Prognos; *Ökonomische Wirkungseffekte der ‚Konjunkturoffensive Hamburg‘*; Hamburg/Bremen/Berlin 2009

**Walter Euchner**

## **Die unvermeidliche Sozialdemokratisierung der Unionsparteien unter Führung der Bundeskanzlerin Angela Merkel und ihre Konsequenz: Westerwelles Abstieg in die Bedeutungslosigkeit**

Helga Grebings Diktum, die SPD sei „im freien Fall“ und die Bundesrepublik sei ein knapp mehrheitlich konservatives Land<sup>1</sup>, scheint mir, betrachtet man den Kurs der Bundeskanzlerin, falsifizierbar zu sein. Es gibt genügend Gründe, daran zu zweifeln, ob Merkel wirklich konservativ ist. Und im freien Fall ist höchstens Guido Westerwelle, aber nicht die SPD.

Klaus Faber schreibt in seinem Artikel „Nach der Bundestagswahl: Instabiles Fünf-Parteien-System und linke Volkspartei SPD“: „Eine Analyse der *Ursachen für das schlechte Abschneiden der SPD* in der Bundestagswahl 2009 ist wichtig. Sie gibt unter Umständen wesentliche Hin-

weise für die Orientierung der SPD nach der Wahlniederlage. Dazu gehört insbesondere eine kritische Überprüfung, wie es geschehen konnte, dass die SPD Kompetenzpunkte in ihrem zentralen Profildbereich der sozialen Gerechtigkeit verliert. Man kann auch zu Fehlschlüssen kommen, wenn man die Ursachen für die politische Niederlage nur im eigenen Verantwortungsbereich sucht. (...) Bei der Ursachenforschung darf vor allem der *Faktor Merkel* nicht vergessen und unterschätzt werden. Die CDU/CSU-Bundeskanzlerin ist weit über die Anhängerschaft ihrer Parteiformation hinaus sehr beliebt. Dies gilt auch für Teile des SPD-Wählerpotentials.“<sup>2</sup>

---

1 Helga Grebing: Mehr als ein Debakel. Hat die SPD noch eine Zukunft? In: *Perspektiven ds*, 2/2009, S. 8–10.

---

2 Klaus Faber in *Perspektiven ds*, 2/2009, S. 19

Hier soll als erklärender Faktor eine Vermutung stark gemacht werden, dass die Beliebtheit der Bundeskanzlerin mit ihrer „Sozialdemokratisierung“ zusammenhängt. Zum Teil muss diese These interpretatorisch erschlossen werden, doch sie wird auch im Klartext geäußert. Zunächst ein Beispiel für die interpretatorische Erhärtung. Die Staats- und Regierungschefs der G 20, also der weltweit wichtigsten Industriestaaten, haben sich drei Wochen vor den Bundestagswahlen im September 2009 in Pittsburgh in den USA getroffen. Dort sollte beraten werden, wie dem Kapitalismus die „Blasen“ ausgetrieben werden könnten. Die Bundeskanzlerin habe dabei „zu den schärfsten Verfechtern strenger Regeln“ gezählt, und zwar Seit‘ an Seit‘ mit Peer Steinbrück, damals Finanzminister der Großen Koalition. Wirtschaftsregulierung, das ist doch ein zentraler Topos sozialdemokratischer Wirtschaftspolitik!<sup>3</sup>

Nunmehr zu den Äußerungen, die im Klartext von Merkels Sozialdemokratisierung sprechen. Dies geschieht in dem Artikel „Pokern um Arbeitslose“ von Stefan Dieterich. Es geht dabei um die umstrittene Frage, ob die Kommunen oder aber die Bundesagentur für Arbeit für die zusammengeführte Arbeitsvermittlung und Sozialhilfe zuständig sein sollten. Die damalige rot-grüne Bundesregierung machte sich für die Zuständigkeit der Bundesagentur für Arbeit stark, während die Bundespolitiker der Union, allen voran die Opposi-

tionsführerin Angela Merkel, sich vehement für die Kommunen einsetzten. Sie wollten verhindern, dass die Kommunen in der Arbeitsverwaltung „zum verlängerten Arm der Bundesagentur werden“. Den Versuchen, den Kommunen zu ermöglichen, Jobcenter einzurichten, die für Arbeitsvermittlung und die Grundsicherung für Arbeitssuchende zuständig sein sollten, schob das Bundesverfassungsgericht einen Riegel vor, weil dies auf eine verfassungswidrige Mischverwaltung hinausgelaufen wäre. Die Kanzlerin hat es offenbar nicht verstanden, ihre Arbeitsministerin an die Kandare zu nehmen, denn der Gesetzesentwurf der Arbeitsministerin von der Leyen hätte wiederum der Bundesagentur die dominierende und den Kommunen die dienende Rolle zugewiesen. Fazit des FAZ-Autors Stefan Dieterich, der, wenn er vermutet, die Bundesregierung näherte sich sozialdemokratischen Positionen, in einen Rotkoller verfällt: Der Niedergang der SPD habe „mit der Erosion ihrer kommunalpolitischen Basis begonnen. Bei der CDU schreitet auch auf diesem Gebiet die Sozialdemokratisierung voran.“<sup>4</sup>

---

3 Fischermann, Thomas und Mark Schieritz, Die Luft soll raus. Politiker wollen einen Kapitalismus ohne Spekulationsexzesse schaffen. Geht das?, in: DIE ZEIT vom 6.08. 2009. S. 17.

---

4 Stefan Dieterich: Pokern um Arbeitslose, in: FAZ vom 5.02.2010. S. 1. Inzwischen schlug das Pendel wieder in die entgegengesetzte Richtung aus. Die schwarz-gelbe Koalition einigte sich nämlich mit den Sozialdemokraten darauf, das Urteil des Verfassungsgerichts durch eine Verfassungsänderung zu unterlaufen. Offenbar hat man inzwischen die Nützlichkeit von Jobcentern eingesehen, in denen Kommunen und die Arbeitsagentur zusammenwirken können. (Vgl. die FAZ vom 01.04.2010: Verfassungsänderung für Jobcenter beschlossen)



Die ZEIT hat einen langen Artikel der hauptsächlich von Außenminister Guido Westerwelle verursachten Misere der schwarz-gelben Koalition gewidmet. „Die Kanzlerin“, so Matthias Geis und Bernd Ulrich, „hat das Regieren an der Seite der Sozialdemokraten gelernt (nämlich zur Zeit der Großen Koalition, W.E.), während die FDP elf Jahre in die Opposition verbannt war. Die Union hat sich in dieser Zeit pragmatisiert und sozialdemokratisiert, die Liberalen hingegen haben sich in der Opposition radikalisiert.“<sup>5</sup>

Nachdem ich dargelegt habe, warum mit einigem Recht von einer Sozialdemokratisierung von Teilen der CDU, vor allem aber der Bundeskanzlerin, gesprochen werden kann, möchte ich in diesem Artikel einen Perspektivenwechsel vollziehen. Es lohnt ja nicht, immer wieder den Schnee von gestern zu besichtigen. Es ist viel interessanter nachzuprüfen, ob das Leitthema von Heft 2/09, „SPD zwischen Desaster und Erneuerung“ nicht in der Richtung korrigiert werden sollte, dass der Nachdruck auf Erneuerung liegt und dass wir das Desaster allmählich vergessen sollten. Denn immer mehr greift die Auffassung um sich, dass Schwarz-Gelb einen kolossalen Fehlstart hingelegt hat. Der Bundeskanzlerin geht offenbar der Vizekanzler und Außenminister zunehmend auf die Nerven. Zwar unterläßt sie es, „den Vizekanzler, den Außenminister“ namentlich zu erwähnen. Denn „sie weiß, dass die

Leute wissen, wer gemeint ist. Sie lässt verlauten, ihr protokollarischer Stellvertreter (...) stelle Thesen auf, die fern der Wirklichkeit seien, treibe also Debatten voran, die bestenfalls überflüssig, in der politischen Realität für das Ansehen der Koalition aber schädlich sind. So z.B. in einem Gespräch mit der FAZ über Westerwelles Auffassung, es müsse endlich eine öffentliche Aussprache über die sozialpolitischen Wohltaten geführt werden, wobei der für die Kanzlerin offenbar als ärgerlich empfundene Eindruck erweckt wurde, sie habe eine solche Aussprache tabuisiert.“<sup>6</sup>

In der Tat mutet der Vizekanzler der Bundeskanzlerin allerhand zu. Der Höhepunkt war die Zusammensetzung seiner Reisebegleitung bei seiner Japan- und Chinareise. Sie hatte den Charakter eines Familientreffens. Mit von der Partie war der Unternehmer Ralph Marohn, an dessen Unternehmen ein Bruder Westerwelles beteiligt ist, sowie ein weiterer Unternehmer, der der FDP hatte Spenden zukommen lassen. Sie sind zugleich Geschäftspartner von Westerwelles Lebensgefährten Mronz, der als „Eventmanager“ für Sportveranstaltungen arbeitet. Die Bundeskanzlerin hat ihren Vizekanzler von einer Regierungssprecherin in Schutz nehmen lassen und ließ verlauten ließ, eine „Günstlings- und Vetternwirtschaft“ habe nicht vorgelegen.<sup>7</sup> Sehr überzeugend klang das

---

5 Geis, Matthias und Bernd Ulrich: Die Angst regiert mit. Streit ohne Pause: Schwarz-Gelb erweckt den Eindruck einer Übergangsregierung, in: DIE ZEIT vom 4. 02. 2010, S. 3.

---

6 Günter Bannas: Koalition der Kurzmitteilungen. Nie zuvor beharkten sich Kanzlerin und Vizekanzler derart, in: FAZ vom 2.03.2010, S. 3.

7 Vgl. ders.: Merkel lässt Westerwelle in Schutz nehmen. „Keine Günstlings- und Vetternwirtschaft“, in FAZ vom 13.03.2010.

nicht. Verwunderung erregt auch Westerwelles Rhetorik, z.B. sein Vergleich der aktuellen Arbeitsmarktpolitik mit der „spätromischen Dekadenz“, nicht bedenkend, dass diese Dekadenz eine der Oberschicht war.<sup>8</sup>

Inzwischen häufen sich Westerwelles Missgriffe auf allen Ebenen, durch sein Beharren auf einer Steuersenkung in einer Zeit größter Überlastung des Bundeshaushalts und seine fehlende Einsicht, dass er weder im Kabinett noch bei der CDU/CSU-Fraktion Bündnispartner finden kann. Vor allem der Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble, ein konservativer Knochen, aber in Haushaltsfragen von unbestechlicher Seriosität, zeigt Westerwelle in aller Klarheit, wo seine Grenzen liegen. Schäuble musste sich vom „Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung“ (den sog. Wirtschaftsweisen) ins Stammbuch schreiben lassen, dass das im Koalitionsvertrag vorgesehene Steuersenkungsversprechen „unseriös“ sei, weil „ohne solide Gegenfinanzierung“. Schäuble muss sich maßlos geärgert haben, denn im Grunde war das seine eigene Ansicht. Trotzig schloss er in einem Interview mit der „Rheinischen Post“ ein „grundlegend neues Steuersystem“ aus. Dafür fehle in den nächsten Jahren das Geld. Stattdessen kündigte er an, ab 2011 mit dem Schuldenabbau beginnen zu wollen

und stellte den Koalitionsvertrag in Frage. „Die FDP war empört.“<sup>9</sup> Marc Beise warnte in der Süddeutschen Zeitung vor einem Missverständnis. Die Wähler, die der FDP „eine lange Tradition der Kompetenz in Steuerfragen (...) zugeschrieben hätten, hätten durch den Umstand gewarnt werden können, dass der FDP-Chef Guido Westerwelle zwar viel über die Entlastung der Bürger schwadroniert, aber nie nennenswert als Steuer-Vordenker in Erscheinung getreten ist. (...). Man hätte auch durch die bisherige Klientelpolitik der FDP gewarnt sein müssen. (...) Die skandalösen Steuersenkungen für Hoteliers, die ausgerechnet die erste konkrete steuerpolitische Maßnahme der neuen Regierung wurden, lagen schon lange vor der Wahl in der Luft und dem Chef am Herzen“.<sup>10</sup>

Westerwelles FDP, die in der Wahl zum Deutschen Bundestag nicht schlecht abgeschnitten und bei CDU und FDP die Hoffnung erweckt hatte, eine schwarz-gelbe Koalition werde erfolgreich regieren können, enttäuschte ihre Anhänger jedoch. Vor allem Westerwelle selbst enthüllte sich, um auf ein Diktum von Kurt Schumacher zurückzugreifen, das dieser für Kraftprotze *in petto* hatte, als „Leichtmatrose auf dem Panzerkreuzer Impotent.“ Inzwischen kann man in den Zeitungen lesen: „Deutschlands Liberale werden handzahn. Die FDP rückt deutlich von ihrer

---

8 Vgl. Günter Bannas: Annäherung durch Wandel, in: FAZ vom 29.03.2010. Andere Bemerkungen von FDP-Seite lauteten, CDU und CSU seien eigentlich Sozialdemokraten. Womit wir wiederum bei unseren „Generalbass“ wären, nämlich der „Sozialdemokratisierung der CDU“.

---

9 Manfred Schäfers: Sachverständigenrat. Harte Einschnitte statt Träumereien, in: FAZ vom 13.11.2009.

10 Marc Beise: Steuern ohne Plan, in: Süddeutsche Zeitung vom 22.03.2010.

Position ab, auf Biegen und Brechen die Steuern im nächsten Jahr zu senken.“<sup>11</sup>

Schließlich sei noch auf das Verhalten der FDP in der Frage der Bankenabgabe verwiesen, d.h. des Beitrags, den die Banken für einen Krisenfonds zur Finanzierung künftiger Finanzkrisen leisten sollten. Hierbei ging es um die Frage, ob die Banken diesen Beitrag von der Steuer absetzen können sollten. Finanzminister Schäuble „wandte sich nachdrücklich gegen eine solche Linderung“. Es versteht sich, dass eine solche Regelung einem Liberalen wie Westerwelle *contre coeur* sein musste. Doch entgegen seiner sonstigen Gewohnheit ließ Westerwelle diese Regelung unkommentiert. Er wollte wohl keine weitere Niederlage riskieren. Stattdessen wandte er sich verstärkt der Außenpolitik zu, was in seiner Eigenschaft als Außenminister der Bundesrepublik in der Tat seines Amtes ist. Er verkündete zu Recht, dass die deutschen Soldaten dort optimal bewaffnet sein sollten. Vermutlich ist ihm klar geworden, dass er im Wahlkampf in Nordrhein-Westfalen, bei dem es um eine schwarz-gelbe Mehrheit geht, fehl am Platz wäre, wenn er weiterhin Steuerersenkungen propagierte. Daher die bei ihm ungewohnte Zurückhaltung.

Immer stärker drängt sich der Eindruck auf, dass sich die FDP wie auch die Unionsparteien getäuscht haben, als sie die Koalitionsbildung als Traumhochzeit erachteten. Denn die Unionsparteien schrieben Westerwelle, der in den Um-

frageergebnissen ganz gut abgeschnitten hat, eine politische Potenz zu, die er nicht besaß. Die eingefleischten konservativen und wirtschaftsliberalen CDU-Anhänger vermissten gleichzeitig bei Angela Merkel das Kämpferherz, das man von ihr erwartete. Die FAZ-Journalistin Heike Göbel konstatierte bereits im September 2009, dass die Kanzlerin, vermutlich auf Grund der positiven Erfahrung, die sie mit grundseriösen Politikern der SPD wie Per Steinbrück und Frank-Walter Steinmeier gemacht hatte, wenig Lust verspürte, eine polarisierende Politik zu betreiben. Sie kritisierte an der Bundeskanzlerin, „dass sie nichts tut, um die Strahlkraft eines schwarz-gelben Bündnisses zu vermitteln und damit eine Wechselstimmung in Anbetracht der bevorstehenden Bundestagswahl zu erzeugen.“<sup>12</sup>

Inzwischen hat Matthias Koch das politische Verhalten Angela Merkels in einem ungewöhnlich informativen Artikel analysiert. Er beginnt mit der provokativen Frage: „Was hat eigentlich Angela Merkel mit der CDU zu tun?“ Er erinnert zunächst an Merkels politischen Werdegang. Sie habe sich zunächst kleineren Gruppierungen wie dem „Demokratischen Aufbruch“, dem „Neuen Forum“ und „Demokratie jetzt“ angeschlossen, in denen es eher linke und grün-ökologische Tendenzen gegeben habe, bis sie als „Kohls Mädchen“ diesen schließlich beerbte. Eine gewisse „Rechts-Links-Unschärfe“ habe Merkel bis heute beibehalten. Sie sei der Typ geblieben, der gern nach allen Seiten Kontakte pflegt. Wenn die Kanzlerin den Plenarsaal be-

---

11 Stefan Koch: Deutschlands Liberale werden handzahn. FDP geht bei Steuerpolitik auf die Union zu, in: Göttinger Tageblatt vom 29.03.2010, S. 2.

---

12 Heike Göbel: Gelbe Sorgen, in: FAZ vom 1.09.2009, S. 13.

trete und ein paar Minuten Zeit habe für Plaudereien, so klopfte sie erst diesem, dann jenem auf die Schulter; man sehe sie im Vier-Augen-Gespräch mit Leuten, die gar nicht zur schwarz-gelben Koalition gehören, das könne z.B. Sigmar Gabriel oder auch Renate Künast sein. Als Jürgen Trittin einen Herzinfarkt erlitten habe, habe Merkel ihm aufmunternde Botschaften übersandt.

Merkel wolle keine Grabenkämpfe, schon gar nicht in so heiklen Fragen wie Afghanistan. Als die Verlängerung des Bundeswehrseinsatzes anstand, habe Merkel so lange mit den Sozialdemokraten verhandelt, bis nach diversen Änderungen und Modifizierungen auch die Zustimmung der Mehrheit der SPD-Fraktion feststand. In den Runden mit Parteichef Gabriel und Fraktionschef Frank-Walter Steinmeier soll es so aufgeräumt und kollegial zugegangen sein, wie zuvor in der Großen Koalition. Zudem habe sie den langjährigen SPD-Außenpolitiker Hans-Ulrich Klose zum Beauftragten der Bundesregierung für deutsch-amerikanische Beziehungen ernannt. In der CDU gebe es allerdings viele, die „CDU pur“ einforderten. Die Rückfrage laute: „CDU pur? Was soll das denn sein?“ In der CDU von heute liefen die Dinge sehr viel stärker auseinander als zu Zeiten des Patriarchen Kohl.<sup>13</sup> Die Quintessenz dieser Überlegungen ist: Angela Merkel ist keinesfalls eine konservative Dogmatikerin, sondern sie achtet die politische Qualität auch oppositioneller Politiker, die sie zumeist

als höher einschätzen muss als die des großmäuligen Guido Westerwelle.

Das größte Problem, das gegenwärtig die politischen Parteien umtreibt, sind die Wahlen in Nordrhein-Westfalen vom 9. Mai.<sup>14</sup> Der Ausgang der Wahlen wird entscheidend davon abhängen, wie die Wähler die Politik der schwarz-gelben Koalitionen im Bund und in Nordrhein-Westfalen einschätzen. Das Auftreten Westerwelles könnte geeignet sein, die weithin anerkannte Politik von CDU-Politikern zu beschädigen, und zwar an erster Stelle die Politik der Bundeskanzlerin, die großes internationales Ansehen genießt; sodann die des Finanzministers Wolfgang Schäuble, der sich auf Westerwelles Zinssenkungsphantasien nicht einließ; auch die Familienministerin Ursula von der Leyen verfügt über einiges Prestige. Auf der anderen Seite stehen die Finanz- und Steuerexperten, die Westerwelle in dieser Rolle abgelöst haben, d.h. der Vize-Parteichef Andreas Pinkwart sowie Hermann Otto Solms. Damit habe die FDP „nach langem Widerstand auf die miserable Haushaltsslage reagiert, aber unzureichend, wie die Frankfurter Oberbürgermeisterin und Präsidentin des Städtetages Petra Roth (CDU) empfindet. Sie lehnt den FDP-Vorschlag ab, die Gewerbesteuer abzuschaffen und diese durch einen höheren Anteil der Kommunen an der Mehrwertsteuer zu ersetzen. „Niemals“, so Frau Roth, „würden unsere Einnahmen durch das FDP-Modell stabiler, ganz im Gegenteil. Zudem bedeutete das Konzept, dass die Gemeindefinanzierung

---

13 Matthias Koch: Eine gewisse Unschärfe ist fast schon Programm. In: Göttinger Tageblatt vom 09.04.2010, S. 4

---

14 Dieser Artikel ist vor diesem Datum abgeschlossen worden (Die Red.).

statt den Firmen viel stärker den Bürgern aufgebürdet würde.“<sup>15</sup>

Darf man annehmen, dass das politische Personal der Opposition, Frank Walter Steinmeier, Peer Steinbrück, Sigmar Gabriel, Renate Künast, mehr Gewicht hat als der FDP-Flügel der Bundesregierung? Denn dieser ist es, der die Politik der Bundesregierung diskreditiert. Zunächst stehen aber die Wahlen in Nordrhein-Westfalen (=NRW), d.h. in dem bevölkerungsreichsten Bundesland, auf dem Programm. Sind sie gelaufen, so kann man die Chancen der SPD-Opposition besser einschätzen. Und es wird sich zeigen, ob die SPD im Desaster verharrt oder ob die Erneuerung eingesetzt hat.

Die Konstellation des Wahlkampfes hat diese Struktur: Jürgen Rüttgers legt sich gern das Profil eines Arbeiterführers zu. Trotzdem tut sich die CDU schwer damit, ihre Anhänger an Rhein und Ruhr zu mobilisieren, während die Spitzenkandidatin der SPD, Hannelore Kraft, wirksame Unterstützung prominenter Sozialdemokraten erhielt. Der Bremer Bürgermeister Jens Böhrnsen rief dazu auf, in NRW „ein klares Stoppsignal gegen die Chaos-Truppen in Berlin zu setzen“. Mit ihren „Steuer-spielereien“ und „Privilegien für Hoteliers und Lobbyisten“ betreibe die Bundesregierung eine „gemeingefährliche“ Politik zu Lasten der Kommunen.“<sup>16</sup> Rüttgers hat allerdings gleichfalls eini-

ge Trümpfe in der Hand. Er hat angekündigt, dass er im Falle eines Wahlsieges dem IG-Metall-Mitglied Laumann zum Arbeits- und Sozialminister machen wolle. Dem konnte aber Hannelore Kraft entgegenhalten, dass sie den nordrhein-westfälischen DGB-Landesvorsitzenden Guntram Schneider als Laumann-Herausforderer in ihrem Schattenkabinett präsentieren werde. „Die SPD, die wohl nirgends so sehr unter Schröders Agenda-Politik leidet wie in Nordrhein-Westfalen, hat mit Schneider wieder einen eigenen Arbeiterführer in der Spitzenmannschaft.“<sup>17</sup>

Nachdem eine ernsthafte Krise der schwarz-gelben Koalition womöglich auch im Bund am Horizont erscheint, wird die Frage aktuell: Und was dann? Die SPD wird mit Sicherheit nicht allein regieren können. Rot-Grün wird vermutlich auch keine Mehrheit haben. Eine Koalition mit der Linken ist auf absehbare Zeit nicht spruchreif. Also eine Neuaufgabe der großen Koalition? Das wäre nicht die schlechteste Lösung, und sie hat bereits gut funktioniert. Sigmar Gabriel hat in einem Interview mit der FAZ daran erinnert. Auf die Feststellung des Interviewers Majid Sattar: „In der Finanzkrise zur Zeit der Großen Koalition hat Angela Merkel mit der SPD gut kooperiert. Ist die Kanzlerin nun eine Getriebene der FDP?“ antwortet Gabriel: „Um es etwas humorvoll zu sagen: Frau Merkel hat so lange gut regiert, wie sie von der SPD bewacht wurde. Es

---

15 FDP plant Entlastungen für die Mittelschicht, in: Süddeutsche Zeitung vom 14.04.2010, S. 1.

16 Johannes Nietschmann: Rüttgers will Garant für soziale Union sein. Nordrhein-Westfalens Ministerpräsident versucht, seine Anhänger

---

fürs Landtagswahl am 9. Mai zu mobilisieren, in: Süddeutsche Zeitung vom 12.04.2010, S. 6.

17 Reiner Burger: Rüttgers Blaumann, in: FAZ vom 10.04.2010, S. 4

war unbestritten Peer Steinbrück, der Deutschland aus der Krise geholt hat. Aber statt seine Vorschläge umzusetzen, blockieren die Helfershelfer und Finanzmarktjongleure in CDU und CSU und FDP alles.“<sup>18</sup>

Vielleicht lässt sich die Situation der Bewachung der CDU durch die SPD wieder herstellen. Das Politbarometer des ZDF vom 13.03.2010 hat ergeben,

dass die schwarz-gelbe Koalition über keine Mehrheit mehr verfügt. Nur 27 Prozent der befragten Wahlberechtigten begrüßten eine Neuauflage nach den nächsten Bundestagswahlen. Und was die Koalitionsfrage betrifft: Den meisten Zuspruch erzielte eine große Koalition aus CDU/CSU und SPD. Nachtigall, ick hör dir trapsen!

**Hartmut Elsenhans**

## **Globalisierung und Sozialdemokratie**

### **1. Das Horrorszenario: die eingebildete Allmacht des Kapitals**

In der Alltagskultur des politischen Diskurses ist das Szenario der neoklassischen Ökonomie in Banken und Universitäten tief eingepägt: Weil es einen weltweiten Wettbewerb um Arbeitsplätze gäbe und Kapital weltweit mobil sei, also weltweit seine Arbeitskräfte aussuchen könne, sei es mit dem Sozialstaat im Westen vorbei. Zu diesem Szenario gehört ein Geschichtsbild: Der ungebändigte Kapitalismus der Frühindustrialisierung wurde in opferreichen Kämpfen von der Arbeiterbewegung gemäßig. Die Arbeiterbewegung hat mit politischem Druck gestützt auf parlamentarische Mehrheiten allmählich den

Sozialstaat erzwungen. Heute drängen weltweit zahllose Arbeitskräfte auf die Arbeitsmärkte des global gewordenen Kapitals. Dieses kann auf die nur lokal politisch starken Arbeitskräfte in den westlichen Industrieländern verzichten. Arbeitsplätze werden ausgelagert, wenn Arbeit nicht „bescheidener“ wird. Die politikökonomische Basis der westlichen Arbeiterbewegung bricht zusammen.

Dem liegt die bei Marx und den Neoklassikern gemeinsame vorkeynesianische Vorstellung zu Grunde, dass Kapital auch dann akkumulieren kann, wenn sich die Massenmärkte nicht erweitern. Steigende Reallöhne und der Wohlfahrtsstaat sind hier nicht Bedingung kapitalistischen Wachstums. Der Aufstieg der Arbeiterbewegung ist nicht politikökonomische Voraussetzung von Kapitalismus, sondern Nebenumstand und politologisch zu erklären und damit umkehrbar.

---

18 Im Gespräch: Sigmar Gabriel, Bundesvorsitzender der SPD, in: FAZ vom 3.04.2010, S. 4.

Durch Liberalisierung der Finanzmärkte (die Aufhebung der Kontrolle des grenzüberschreitenden Kapitalverkehrs), kann Kapital „abhauen“, wenn ihm die jeweiligen Reglementierungen seiner Tätigkeit nicht gefallen. Dann fehlt Kapital für Investitionen. Ohne Investitionen gibt es aber keine neuen Arbeitsplätze. Also muss das „leichtfüßige“ Kapital, das so scheu wie ein Reh ist, umworben werden.

Eigentlich müsste die Finanzkrise von 2008-2010 dieses Bild in der Öffentlichkeit zerstört haben: Das Kapital war weg, die Finanzmärkte drohten zusammenzubrechen, und der Staat war in der Lage, Geld zu schöpfen (Elsenhans 2010). Plötzlich wurde evident, dass im Kapitalismus Geld nicht der Quittungsschein für reale Werte wie Goldsacke in Banktresoren war, sondern einfach Schuldverhältnisse. Für das auf Finanzmärkten ausgewiesene Geld stehen nicht automatisch reale Werte. Deshalb konnten Finanzmarktprodukte zusammenbrechen. Anders als bei einem Schuldner, der mit Krediten eine Anlage gekauft hat (Fabriken, Häuser) ließ sich bei den Besitzern vieler Finanzmarkttitle gar nichts holen. Auf Finanzmärkten wird Geld geschöpft. Diese Geldschöpfung ist nicht grundsätzlich verschieden von der Geldschöpfung der Zentralbanken oder der Geldschöpfung durch staatliche Haushaltsdefizite (Drucken von Banknoten). Geldschöpfung in jeder Form, auch auf den Finanzmärkten, kann der Belebung der Nachfrage für die reale Wirtschaft dienen und dadurch in der realen Wirtschaft Wachstum erzeugen, so dass *nach* der Geldschöpfung die entsprechenden Werte real erzeugt

werden. Ob solches Real-Wachstum tatsächlich stattfindet, hängt aber von zusätzlichen Faktoren ab, letztlich vom Zuwachs der Nachfrage und damit der Massennachfrage.

Der Zusammenbruch der Finanzmärkte 2008/2009 hat gezeigt, dass die viel beschworene Macht der Finanzmärkte nur „abgeleitet“ war. Die Finanzmärkte expandierten als Blase, weil insbesondere die amerikanische Geldpolitik in der Expansion der Finanzmärkte ein politisch einfaches Instrument zur Belebung der Nachfrage und damit zur Erhaltung der Beschäftigung gesehen hatte. Dieses Ziel hätte schon vor der Krise durch Stärkung der Masseneinkommen direkter erreicht werden können. Erst nach Ausbruch der Krise wurden diese Möglichkeiten zur Stabilisierung der Finanzmärkte überhaupt gesehen und dann partiell verwirklicht: Abwrackprämie, Rettung von Unternehmen und Banken, Beschäftigungssicherung durch Ausweitung des Kurzarbeitergeldes. Die Politik bestätigte unter dem Beifall der Banken den vielgeschmähten Keynes, ohne allerdings die eigenen Theorien zu revidieren.

### **2. Massenkonsum für Kapitalismus**

Es ist deshalb sehr wahrscheinlich dass die Horrorszenarien der Entmachtung von Arbeit nicht naturwüchsige, unvermeidbare Folge von Globalisierung, sondern aus der besonderen Art von Globalisierung zu erklären sind. Globalisierung wurde von den Herrschenden so instrumentalisiert, dass mit ihrer Hilfe Arbeit entmachtet wurde.

Dazu wurde behauptet, dass es für viele Arbeitskräfte keine ihrer (niedri-

gen) Qualifikation entsprechenden Arbeitsplätze gäbe. Beschäftigt werden könnten (viele) dieser Arbeitskräfte nur, wenn ihre Löhne niedrig seien, selbst wenn sie davon nicht ohne staatliche Hilfe ihre Familien ernähren könnten. Dies ist eine sehr gewagte Interpretation des unbestreitbaren Zusammenhangs zwischen den Einkommen der Lohnabhängigen und ihrer Produktivität. Selbstverständlich kann man im Kapitalismus nicht mehr Konsumgüter verteilen als produziert werden. Aber das Einkommen eines einzelnen Arbeiters oder eine Gruppe von Arbeitern hängen nicht von deren individueller Produktivität sondern von ihrer Knappheit ab. Der alte Statistiker Engel (1895: 3), Direktor des sächsischen Statistischen Amtes, hat das schön am Beispiel der Lehrer beschrieben: das Gehalt des Lehrers bestimmt sich nicht nach dem Nutzen, den er seinen Schülern verschafft (nämlich deren späteren Einkommenschancen), sondern nach dem Gehalt, den sein Arbeitgeber am Markt anbieten muss, damit er Lehrer einstellen kann. Wir folgen diesem Prinzip in der Gesundheitspolitik: Ärzte dürfen von ihren Patienten nicht Honorare verlangen, die deren subjektiver Einschätzung des Nutzens der Behandlung entsprechen. Wir setzen die Einkünfte der Ärzte so fest, dass der Arztberuf noch attraktiv bleibt. *Wir rechtfertigen dies mit Marktversagen. Nur der Star, und bei den Ärzten auch nicht alle Stars, der eine anderen grundsätzlich nicht mögliche Leistung erbringt, kann eine in seinem spezifischen Nutzen entsprechende Bezahlung durchsetzen.*

Es gibt also keinen einer spezifischen Tätigkeit zuzuordnenden Wert auf Grund des Quantum von Nutzen einer Leistung. Wert setzt voraus, dass die Leistung zwar nützlich ist, aber die dazu notwendige Arbeit knapp ist und einen Preis hat. Das kann man gut am Haarschnitt verdeutlichen. In Deutschland kostet ein Haarschnitt ab 10 €, in Indien umgerechnet 0,50 €, ungefähr soviel wie 1950 in Deutschland. Der Friseur verdient heute zwanzigmal soviel wie 1950 und zwanzigmal so viel wie in Indien, obwohl seine Produktivität nicht gestiegen ist und auch nicht die des indischen Friseurs übersteigt. Der heutige deutsche Friseur erhält also nicht mehr Lohn, weil seine Produktivität höher ist, sondern weil er sich sonst nach einem anderen besser bezahlten Job umschauen würde. Dies ist möglich, weil in anderen Produktionszweigen die Produktivität gestiegen ist. Der hier angesprochene Mechanismus ist für den Kapitalismus grundlegend: die Produktivität steigt im physischen Einheiten gemessen verschieden nach Branchen und zu verschiedenen Zeiten. Wo sie überdurchschnittlich steigt, werden bei konstanten Preisen überdurchschnittliche Profitraten erzielt. Kapitalbesitzer wollen davon profitieren, investieren in dieser Branche, werben (mit vielleicht höheren Löhnen) zusätzliche Arbeitskräfte ein und erweitern die Produktion bis durch Steigerung des Angebots die Preise sinken und keine überdurchschnittlichen Profite mehr erzielt werden. Bei Vollbeschäftigung verlieren in der Produktivitätsentwicklung weniger dynamische Branchen Arbeitskräfte. Ihr Angebot geht zurück. Sie können ihre



Preise knappheitsbedingt erhöhen und dann auch selbst höhere Löhne bezahlen, um bei niedrigerem Angebot die verbleibenden Arbeitskräfte zu halten. Es gibt also keine tätigkeitspezifische Produktivität.

Die Gegenpositionen argumentiert, Arbeitslosigkeit sei durch zu hohe Löhne für zu gering qualifizierte Arbeitskräfte verursacht. Dann kann Vollbeschäftigung nicht durch höhere Löhne und damit steigende Massennachfrage erreicht werden. Dazu behauptet die Gegenposition, dass die gemessene durchschnittliche Produktivitätsentwicklung in der Wirtschaft nicht die „Entlassungsproduktivität“ berücksichtige, die man mit nahe Null ansetzt, weil die Arbeitslosen ja nichts Messbares produzieren. Würden denn bei höherer Nachfrage die Arbeitslosen produktiv sein? Wir können uns heute keinen Weltkrieg leisten, der diesen Nachweis wie in den USA 1940-1945 leistet: die historisch beispiellose Ausweitung der amerikanischen Industrieproduktion während des Zweiten Weltkriegs wurde mit zunächst völlig unqualifizierten Arbeitskräften erreicht, weil viele der qualifizierteren zum Militärdienst eingezogen wurden. Die Unmöglichkeit, die Produktivität der Arbeitslosen statistisch zu erfassen, wird selbst von dezidierten Anhängern der These der nicht berücksichtigten Entlassungsproduktivität eingeräumt (Sinn, 2004: 22). *Er leitet die niedrige Arbeitsproduktivität der Arbeitslosen aus ihren Beitrag zum Bruttosozialprodukt ab, rechtfertigt Löhne, die das Existenzminimum nicht sichern und fordert deshalb staatliche Aufstockung. Werden dann nicht zusätzliche Arbeitsplätze der pro-*

*duktiveren Arbeitskräfte, aus deren Arbeitsergebnis die Aufstockung zu finanzieren ist, unrentabel, so dass Arbeitslosigkeit steigt?* Warum gibt es für diese nützliche Arbeit nur bei (zu) niedrigen Löhnen kaufkräftige Nachfrage? Handelt es sich dann nur um ein Problem der Einkommensverteilung (zum Beispiel *niedrige Senioreneinkommen, denen vorgelesen wird, oder geringe Einkommen der Familien, deren Kinder von schlecht bezahlten Arbeitskräften betreut werden sollen*)? Wenn Zustelldienste im Fall des Mindestlohns am Markt bleiben, dann führt die Verbilligung der Zustelldienste durch Beseitigung des Mindestlohns offenbar nur zur Subventionierung der Kunden der Zustelldienste; die Möglichkeit bei Arbeitslosigkeit, Zustelldienste mit weniger hohen Löhnen zu erbringen, sagt aber nichts über den ökonomischen Wert der Zustelldienste im Fall von Verknappung von Arbeit aus.

Durchschnittseinkommen können sich über den Markt knappheitsbedingt nur unter zwei Voraussetzungen bilden: Hohe Beschäftigung mit tendenzieller Vollbeschäftigung und Zugang zu Qualifikationen. Entgegen der heutigen Mehrheitsmeinung ist Vollbeschäftigung dem Kapitalismus nicht fremd. Hohe Beschäftigung ist letztlich Voraussetzung der Beseitigung von Marktunvollkommenheiten zu Gunsten der Privilegierten, weil nur bei hoher Beschäftigung und expandierenden Massenmärkten die Investitionen in der realen Wirtschaft hoch liegen und dadurch die Profite auf der Grundlage von Nettoinvestitionsausgaben expandieren. Ist diese Bedingung nicht gegeben, werden die Unternehmer Marktunvollkommenheiten schaffen,

um gleichwohl Profite zu erzielen, die sie aber nicht in der Realwirtschaft anlegen können, so dass die Flucht in die Finanzmärkte zwangsläufig ist. Die *Dominanz der Finanzmärkte, heute mit dem Modewort „Finanziarisierung“ der Wirtschaft bezeichnet*, ist Folge von zu geringer Massennachfrage. Hohe Beschäftigung fördert auch Flexibilität von Arbeit. So war die Mobilität von Arbeit in der Bundesrepublik nie höher als Anfang der 1960er Jahre, als die Arbeitslosenquote unter einem Prozent lag. Bei hoher Beschäftigung fördern die Unternehmen selbst den Zugang zu Qualifikation mit verbesserten Ausbildungschancen.

Qualifizierte Arbeitskräfte können bei der Aushandlung ihrer Arbeitsverträge leichter behaupten, der Nutzen ihrer Arbeit hänge beim Fußballstar mit ihrer Person zusammen. Sie sind knapper als unqualifizierte Arbeiter, so dass im Einzelfall die Kosten weiterer Suche höher als die Kosten von Konzessionen sind. Diese Möglichkeit nimmt zu, wenn immer weitere Zusatzbedingungen für die Erbringung der Leistung als wichtig angesehen werden. Nicht jeder, der gut spekulieren kann, darf die Gelder von Banken anlegen. In der Bankenkrise wurde deutlich, dass auf die Straße gesetzte Spekulanten nicht einfach von anderen Banken eingestellt werden konnten. Sie waren also nicht an sich produktiv, sondern nur im Rahmen der Situation auf den Finanzmärkten und des Vertrauens, das ihre Bank in sie hatte. Finanzmarktgeschäfte hängen stark vom Zugang zu Kreditgeld und Spekulationsmöglichkeiten ab, letztlich also von staatlich geschaffenen Möglichkeiten. Warum sollten die Ergebnisse den ange-

stellten Spekulanten zugeordnet werden? Warum nicht die Zahl der Spekulanten erhöhen, bis der Erfolg der Spekulation so wie im Produktionssystem durch Mengenexpansion zurückgeht? Warum nicht diese Einkommen reglementieren, wenn es sich hier nicht um einen Markt handelt, bei dem die Ausweitung der Aktivität zum Rückgang der Erträge führt, wie dies für das gute Funktionieren von Kapitalismus konstitutiv ist?

Wir sehen hier, dass es zwischen der Sicht der Privilegierten und den Bedingungen von Kapitalismus ein Spannungsverhältnis gibt. Für die Privilegierten sind alle Verträge zwischen Privaten unabhängig von der Struktur der Märkte legitim, aber für Kapitalismus nur solche Transaktionen, die durch Wettbewerb auf Märkten kontrolliert werden. Die Privilegierten in jeder kapitalistischen Gesellschaft arbeiten deshalb unablässig am Aufbau von Marktunvollkommenheiten. Wenn Sozialisten ihren Anspruch ernst nehmen, Gleichheit durchzusetzen, müssten sie auf die Durchsetzung von Wettbewerb achten, und dadurch den Kapitalismus für sich nutzen, aber dann auch ideologisch annehmen. Klassenkampf muss häufig auch darum gehen, den kapitalistischen Wettbewerbsmechanismus erst einmal voll durchzusetzen, statt über die „Gier“ des Marktes zu lamentieren. Nutzung des Wettbewerbs – entsprechend der neoklassischen Thesen zur Mikroökonomie mit keynesianischer Makroökonomie – in der Perspektive, dass auch Arbeit Verhandlungsmacht erringt, könnte die Struktur der Märkte auf hohe Beschäftigungsniveaus bringen. Das könnte letztlich auch die Grundla-

ge für eine politische Allianz zwischen Arbeit und dem Wettbewerbssektor der Unternehmer darstellen.

### **3. Der weltweite Wettbewerb um Arbeitsplätze: Reallöhne oder Arbeitskosten**

Gerne wird behauptet, dass Vollbeschäftigung in den führenden Industrieländern heute nicht mehr möglich sei, weil die Konkurrenz billiger Arbeitskräfte aus der unterentwickelten Welt eine hohe Beschäftigung sichernde Ausweitung der Massennachfrage in den Industrieländern verhindere und zu teure Arbeitskräfte in den Industrieländern verdränge. Tatsächlich spricht dieser Zusammenhang für eine Ausweitung der Massennachfrage in den führenden Industrieländern.

Wettbewerbsfähig bei der exportorientierten Industrialisierung der unterentwickelten Welt in Asien und Lateinamerika sind nicht Länder mit den niedrigsten Reallöhnen, sondern Länder mit niedrigen Arbeitskosten. Tatsächlich können hohe Reallöhne mit niedrigen Preisen von Arbeit auf dem Weltmarkt einhergehen. Entscheidend ist der Wechselkurs (Busch, 1973). Dass nicht die Reallöhne, sondern der über den Wechselkurs nachhaltig beeinflusste internationale Preis von Arbeit für die „Lohnkostenkonkurrenz“ entscheidend ist, müsste jedem Einsichtigen sofort in die Augen springen. Mit 1/50 des hier bezahlten Lohns, das dort den Arbeitkräften, bezahlt wird, könnte hierzulande niemand leben. Die Arbeitskräfte in den exportorientiert sich industrialisierenden unterentwickelten Ländern überleben aber, und häufig nicht ein-

mal schlecht. Sie müssen also Zugang zu billigeren Produkten haben. Seitdem westliche Industrieländern nachhaltigen Druck auf China auch öffentlich ausüben, den Yuan aufzuwerten, lässt sich dieser Zusammenhang nicht mehr übersehen. Vor zwanzig Jahren konnte sich ein chinesischer Haushalt für sein Einkommen in Beijing zehnmal soviel kaufen, wie in Kanada nach Umwechslung seines Einkommens in kanadische Dollar (Chen, Gordon und Zhiming, 1994). Die Weltbank weist das Volkseinkommen aller Länder pro Kopf zum Wechselkurs und zur Kaufkraftparität aus. Zu Kaufkraftparität ist es für die meisten Entwicklungsländer Asiens und Lateinamerikas wenigstens viermal so hoch wie zum Wechselkurs. Unterbewertung der Währung bedeutet nichts anderes, als dass der Warenkorb, den man zuhause kaufen kann, größer ist, als der Warenkorb, den man für den Gegenwert der Einkommen zum Wechselkurs auf dem Weltmarkt kaufen und damit importieren kann.

Unterbewertung der Währung hat Voraussetzungen in der Realwirtschaft (Elsenhans, 2006a: 239-246). Für den Anteil der Arbeitereinkommen an den Exporterlösen kann man auf dem Weltmarkt weniger kaufen, als diese Arbeitskräfte im eigenen Land konsumieren. Irgendein lokaler Wirtschaftssektor muss dieses Mehr an Konsumgütern bereitstellen. Bei niedrigem Haushaltseinkommen ist der Anteil der Nahrungsmittel an den Ausgaben noch hoch (um 50 %). Die nichtlandwirtschaftlichen Güter, die die Haushalte konsumieren (Wohnung, Kleidung, einfache Haushaltsgeräte einschließlich Möbel und einige moder-

ne Produkte wie Kühlschrank, Fernseher, Motorroller und auch Kleinwagen), werden im Regelfall lokal produziert, also wiederum von Arbeitskräften, die zu 50% Nahrungsmittel kaufen. Voraussetzung einer unterbewerteten Währung ist eine leistungsfähige Landwirtschaft und ein dynamischer klein- und mittelbetrieblicher Sektor. Alle beim Industriewarenexport erfolgreichen Flächenstaaten des Südens hatten zumindest in der Anfangsphase leistungsfähige Landwirtschaften. Die Grüne Revolution hat durch Mehrfachernten (kürzere Reifungszeiten vor allem bei Reis) die pro Jahr nutzbare Fläche vergrößert. Agrarreformen erlaubten die Erhöhung des Arbeitseinsatzes pro Fläche (Südkorea, Taiwan, China, Vietnam). Eine steigende Agrarproduktion mit steigenden Bauerneinkommen war und ist heute und in der Geschichte wichtigste Stütze für das Wachstum der marktorientierten kleingewerblichen Produktion. Die Voraussetzungen für die exportorientierten Entwicklungsländer sind damit identisch mit den Voraussetzungen für die sogenannte autozentrierte Entwicklung, nämlich Wachstum der Agrarproduktion und Herausbildung einer kleingewerblichen Produktion auf der Grundlage expandierender Massenmärkte.

Je höher der Überschuss der Landwirtschaft, desto größer die Möglichkeiten, im Exportsektor Arbeiter zu beschäftigen, für deren Konsum auf dem Weltmarkt nicht der Gegenwert ihrer Einkommen gekauft werden kann, weil die Preise der eigenen Exportprodukte durch einen niedrigen Wechselkurs niedrig gehalten werden.

Wachstum durch Exportüberschüsse auf der Grundlage unterbewerteter Währungen stößt binnenwirtschaftlich auf zwei Grenzen, den Umfang des lokalen Überschusses an Massenkonsumgütern und den Umfang der Arbeitslosigkeit. Niemand kann von außen lokale Anstrengungen zur Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion behindern. Niemand darf das auch nur versuchen wollen, weil dann Hungersnöte drohen. Bleibt also nur die Steigerung der Beschäftigung, um das Ausmaß abwertungsgetriebenen Exportwachstum zu begrenzen. Wenn Arbeitslosigkeit beseitigt ist, führen weitere Anstrengungen für exportorientiertes Wachstum auf der Grundlage unterbewerteter Währungen zu Spannungen auf den Arbeitsmärkten und Inflation. Die Bundesrepublik hat diese Erfahrung Ende der 1950er Jahre gut vorexerziert, als Erhard nach Erreichung von Vollbeschäftigung zur Verteidigung der Preisstabilität die DM aufwertete. Das Beispiel belegt die zentrale keynesianische These: Volkswirtschaften verhalten sich nur dann entsprechend den neoklassischen Theorien, wenn sie hohe Beschäftigungsniveaus erreicht haben.

Gegen die Konkurrenz auf dem Weltmarkt von Standorten mit abwertungsbedingt niedrigen Arbeitskosten wirkt die Begrenzung der Lohnkosten in den Hochlohnländern nicht, weil die Länder mit niedrigem Arbeitskosten stets über die Abwertung wieder Wettbewerbsfähigkeit erreichen können und zwar so lange, bis sie hohe Beschäftigungsniveaus erreicht haben. Um Globalisierung sozial verträglich zu machen, muss die strukturelle Arbeitslosigkeit in

den unterentwickelten Ländern beseitigt werden, auch über wachsende Exporte in die Hochlohnländer. Lohnzurückhaltung dort behindert diesen Wandel.

#### 4. Die industriepolitische Illusion

Gegen die wachsende Wettbewerbsfähigkeit früher rückständiger Wirtschaften des Südens bei der Produktion verarbeiteter Güter wird von sozialdemokratischer Seite oft Lohnzurückhaltung mit dem Ziel der Spezialisierung auf hochtechnologische Produkte empfohlen. Die Arbeitnehmer sollen gegen vorübergehenden Lohnverzicht in der Zukunft sichere Arbeitsplätze in neuen Branchen erhalten. Diese Empfehlung beruht auf der Vermutung, eine führende Wirtschaft spezialisieren sich jeweils auf modernste Produkte, weil sie technisch führend sei. Spezialisierung erfolgt aber nicht nach diesem Muster, sondern entsprechend den komparativen Kostenvorteilen, also den relativen Produktivitätsunterschieden. Die Betonung liegt auf relativ. Allen neueren Wachstumstheorien lehnen die Auffassung ab, dass technischer Fortschritt immer mehr Kapital (immer teurere Maschinen) erfordere. Die größere Rolle spielen bessere Maschinen, die deshalb nicht teurer sein müssen, also letztlich Wissen und Lernen. Dieses Wissen wird zu einem erheblichen Teil durch *learning by doing* erworben.

Stellen wir zu Beweisführung zwei hochtechnologischen Branchen gegenüber: eine alte, auf die ein bisheriges führendes Land spezialisiert ist, und eine neue, die überall auf der Welt erst aufgebaut wird. Die führende Volkswirtschaft hat in der alten Hochtechnologien-

Branchen Wissen erworben. Dieses Wissen ermöglicht ihr auch in der neuen Branche hohe Produktivität. Unwahrscheinlich ist aber, dass ihr dieses Wissen in der neuen Branche genauso viel Produktivitätsvorsprung verschafft, wie sie in der alten Branche hat. Durch Abwertung erreicht die rückständige Wirtschaft zuerst Wettbewerbsfähigkeit in der völlig neuen hochtechnologischen Branche (neben Wettbewerbsfähigkeit in Branchen, in denen auch die führende Wirtschaft keinerlei Produktivitätsfortschritte machen konnte: Verlagerung der Textil- und Bekleidungsindustrie seit den 1960er Jahren). Das bisher führende Land wird auf die alte hochtechnologische Branche spezialisiert, weil ihm hier seine Erfahrungen die größten Produktivitätsvorsprünge verschaffen. Diese sind noch höher als Produktivitätsvorsprünge bei der ganz neuen Branche, in der die führende Wirtschaft durchaus führend sein kann. Ein gutes jüngeres Beispiel ist der Aufstieg der indischen Software-Produktion. Indien ist bei der Software-Produktion nicht produktiver als die USA, liegt aber hier relativ weniger zurück als in vielen anderen Industrien. Die Stabilität von Führungspositionen (zum Beispiel Produktzyklustheorie, Vernon, 1966) ist ein Sonderfall. Führende Wirtschaften wurden häufig von Aufholern überholt. Deutschland überholte England ab Ende des 19. Jahrhunderts in der Elektrotechnik und in der Chemie, obwohl die grundlegenden Erfindungen in beiden Ländern ungefähr gleichzeitig gemacht wurden. Deutschland war aber bei Textilexporten so schlecht, dass es anders als England hier nichts verdiente.

Staatliche Innovationsförderung ist kein Mittel gegen diese Gefahr, überholt zu werden. 50% aller Voraussagen der Zukunftsforscher der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts erwiesen sich als falsch. Dieses Ergebnis entspricht der Zufallsverteilung. Staat und Industrie wissen nicht, welches die Zukunftsindustrien sind. Rettung vor der Gefahr des Zurückfallens bringt also nicht die Industriepolitik, sondern die wirtschaftliche Angleichung. In dem Maße, wie die Partner an die Innovationsgrenze vorstoßen, hat ein Vorsprung, den sie bei einer Zukunftsbranche erreichen, zur Folge, dass sie die wirtschaftlichen Chancen der nächsten Zukunftsbranche zu spät wahrnehmen, so dass einmal zurückgefallene Wirtschaften dann dort wieder nach vorne kommen können. Das Szenario drohender Dekadenz ist umso unrealistischer, als die Partner aufholen können. Ein Aspekt solcher Konvergenz ist der wachsende intra-industrielle Handel zwischen der Gruppe der entwickelten Industrieländer.

Lohnpolitisch ließe sich das Handicap nur relativ geringer Vorsprünge in neuen Branchen nur dann kompensieren, wenn man in den neuen Branchen geringere Löhne zahlte, als in den alten hochtechnologischen Branchen die dortigen Lohnzuwächse dies erlaubten. Jeder weiß, dass dies den Strukturwandel behindern würde. Immerhin gibt es einen Hinweis in diese Richtung: wegen der Wettbewerbsfähigkeit der indischen Softwareindustrie sind die Einkommen in der amerikanischen Softwareindustrie in den letzten Jahren im Vergleich zu anderen hochtechnologischen amerikanischen Industrien eher gefallen.

## 5. Die Droge der Lohnzurückhaltung

Allgemeine Lohnzurückhaltung erhöht die Wettbewerbsfähigkeit nicht, behindert aber Strukturwandel und Wachstum. Die Globalisierungsbefürworter haben richtig aufgezeigt, dass die Verluste an Beschäftigung in den führenden Industrieländern nur zum geringsten Teil auf die Auslagerung von Arbeitsplätzen in die unterentwickelte Welt zurückzuführen sind. Die Masse der Verluste von industrieller Beschäftigung waren Folge der rasch steigenden Produktivität in den führenden Industrieländern: Produktivitätsanstieg war schneller als die Produktion. Im Vergleich zur Produktion sind höhere Produktivitätsfortschritte immer ein Beleg für unzureichende Nachfrage, weil alle anderen neoklassischen Erklärungsmuster (zu hohe Kosten) ausgeschlossen werden können. Lohnzurückhaltung erzeugt also eine unterkonsumtive Situation, die offensichtlich nicht durch Lenins beschleunigte Akkumulation kompensiert wird, *die in der Neoklassik heute als exhilaristische Situation angesprochen wird (Unternehmen akkumulieren unabhängig von der Ausweitung der Verbrauchsnachfrage)*. Produktivitätsfortschritt wird nicht so stark zur Produktionsausweitung genutzt, als dass die Produktion mit der Produktivität steigt. Hier können wiederum nicht das Ausland und die Lohnkosten verantwortlich gemacht werden.

Lohnzurückhaltung betrifft in Deutschland zudem weniger die Exportindustrien als die binnenmarktorientierten Aktivitäten ohne Importkonkurrenz: Dienstleistungen, Handwerk.

Die Wirkung ist politisch und makroökonomisch: sobald sich Arbeitslosigkeit verfestigt, glauben die Menschen, ihre Arbeitsplätze sichern zu können, wenn sie für weniger mehr arbeiten. Sie wirken damit am Entstehen einer unterkonsumtiven Situation selbst mit. Den Unternehmern kommt dies auf betrieblicher Ebene entgegen. Sie wollen möglichst billige und gut qualifizierte Arbeitskräfte. In der Arbeitslosigkeit landen dann die vorwiegend gering Qualifizierten, denen man politisch dann vorwerfen kann, sie seien unbrauchbar, ohne dass dies erwiesen wäre.

Wachstumsverluste in den führenden Industrieländern vermindern die Exportmöglichkeiten der aufholenden Wirtschaften. In diesen Wirtschaften können aber wegen struktureller Arbeitslosigkeit die Unterprivilegierten noch weniger Einkommenssteigerungen als in den führenden Industrieländern durchsetzen. Die als falsche Anpassung in den führenden Industrieländern verursachte unterkonsumtive Situation prägt dann die ganze Weltwirtschaft und führt zu einer Vielzahl von Versuchen, in den freien Welthandel einzugreifen. Die Weltwirtschaft wird dadurch politisiert.

### **6. Sind Alleingänge bei der Ausweitung der Massennachfrage noch möglich?**

Die Ausweitung der Binnennachfrage wird im Allgemeinen mit einem Abbau der Handelsbilanzüberschüsse oder gar Handelsbilanzdefiziten einhergehen, die zur Senkung des Außenwerts der Währung führen (können). Hier wird häufig das Mittelmeer-Experiment (1981-1983) angeführt. Frankreich brach eine expansive Wirtschaftsbelebungs-

ab, weil der französische Franc unter Druck kam. Aber Frankreichs Investitionsgüterindustrie war schwach, so dass Produktionserweiterungen Maschinenimporte (vor allem aus Deutschland) erforderten. Für eine Wirtschaft, die wie die deutsche einen hohen Anteil am Weltexport von Investitionsgütern hat, kann dieses Problem nicht auftreten.

Die wirtschaftlichen Folgen des Versuchs der Sicherung von Beschäftigung durch permanente Exportüberschüsse sind zu hinterfragen. Diese zerstören nämlich Wachstumsmöglichkeiten bei Partnern, die zwangsläufig Handelsbilanzdefizite aufweisen müssen. Die französische Finanzministerin hat mit ihrer Forderung nach Reduzierung der deutschen Exportüberschüsse durch Ausweitung der deutschen Binnennachfrage nur eine alte Forderung von Keynes aufgenommen. Dieser wollte Überschussländer verpflichten, ihre Überschüsse zu zinsvergünstigten Krediten an Defizitländer zu benutzen. Der Bundesrepublik wird hier von Frankreich nur vorgeworfen, was die meisten Länder (einschließlich Deutschland) heute der Volksrepublik China vorwerfen.

Im Fall Expansion des Binnenmarkts ist weiter damit zu rechnen, dass Finanzkapital flieht. Die Krise der letzten beiden Jahre hat gezeigt, dass dies nicht die Finanzierung von Investitionen behindern muss. Die derzeitige Kreditklemme – trotz guter Versorgung des Banksystems mit Geld – zeigt: der Staat kann für Liquidität des Banksystems sorgen. Die Kreditvergabe hängt davon ab, dass die Absatzmöglichkeiten erwarten lassen, dass die Unternehmen ausgereichte Kredite bedienen können. Andersherum

wird ein Schuh aus dem Zusammenhang zwischen Finanzmärkten und Realwirtschaft: wenn bei unvollkommenem Wettbewerb Unternehmen auf oligopolistischen Märkten Gewinne trotz geringer Investitionstätigkeit erzielen, können sie diese in wachsendem Maß nur noch an den Finanzmärkten anlegen. Anders als in der Realwirtschaft hängen hier die Gewinne nicht von den Nettoinvestitionsausgaben ab, sondern von den Erwartungen in Bezug auf die Zukunft. Bei guten Erwartungen steigen die Kurse und ziehen immer mehr Geld an.

Der Anstieg der „Profitrate“ auf den Finanzmärkten als Folge von Geldschöpfung durch das Banksystem, in der Folge der Dominanz der Finanzmärkte. *Die Dominanz der Finanzmärkte* hat über lange Zeit Investitionen in der Realwirtschaft entmutigt und den oligopolistischen Teil der Weltwirtschaft (also vor allem die Multis), der auf unvollständigen Märkten hohe Profitraten durchsetzen konnte, gegenüber den wettbewerbsorientierten Teilen begünstigt. Die Ausweitung der Nachfrage, also insbesondere der Masseneinkommen, ist das wichtigste Instrument zur Bändigung der Finanzmärkte, zur Bekämpfung von Wettbewerbsverzerrungen, zur Vergrößerung der Investitionsmöglichkeiten, und zur Förderung des Wettbewerbs.

Im Rahmen einer auf Stärkung der Massennachfrage in den führenden Industrieländern ausgerichteten weltwirtschaftlichen Strategie sind im Übrigen Abzüge von Kapital nicht nur nicht zu fürchten, sondern mögliche stützende Elemente. Die wachsende Nachfrage in den führenden Industrieländern schafft auch in den aufholenden Länder neue

Investitionsmöglichkeiten, die möglicherweise aus solchem Fluchtkapital finanziert werden können.

Dagegen stellt eine solche Kapitalflucht keinesfalls eine Sanktion für die Realwirtschaft der führenden Industrieländer dar, wie die SPD lange im Anschluss an Scharpf (1987: 307-331) glaubte. Die Kreditversorgung kann durch die Geldschöpfung des Banksystems jederzeit gesichert werden. Das Kreditvolumen hängt weniger von der Liquidität der Banken ab, die von der Zentralbank jederzeit verbessert werden kann, sondern von der Verschuldungsbereitschaft der Unternehmen. Kapitalabfluss führt zu einem sinkenden Außenwert der Währung und erhöht die Wettbewerbsfähigkeit des betroffenen Landes. Wechselkursveränderungen aufgrund von Kapitalbewegungen waren in den letzten zwanzig Jahren für die Entwicklung der Lohnstückkosten zwischen den führenden Industrieländern wichtiger als unterschiedliche Raten des Wachstums der Nominallöhne. Das amerikanische Bureau of Labor Statistics dokumentiert dies regelmäßig.

Nationale Alleingänge sind also möglich, auch wenn das Finanzkapital sie ablehnt. Sie sind aber nicht ausreichend, sondern nur Beiträge zu einer international konzertierten Expansion der Nachfrage. Das Argument, solche Alleingänge seien gefährlich, ist deshalb so fatal, weil ohne Initialzündung seitens führender Industrieländer eine solche Konzertierung nicht zu Stande kommen kann, weil die aufholenden neuen Industrieländer des Südens sehr viel größere Probleme bei der Expansion ihrer Binnennachfrage haben.



### 7. Können wir mit einem Beitrag der unterentwickelten Welt rechnen?

Die mit dem Instrument von Abwertung sich exportorientiert industrialisierten Länder tragen zur Ausweitung der Weltproduktionskapazitäten bei, aber nicht zur Ausweitung der Konsumtionskapazität auf der Ebene des Weltmarkts. Das gilt selbst für den Fall, dass sie ein Handelsbilanzdefizit ausweisen, weil diese Handelsbilanzdefizite Folge der niedrigen Preise ihrer Produkte sein können: Sie bieten auf dem Weltmarkt immer mehr Produkte billig an, die bislang mit hohem Einkommen in den führenden Industrieländern produziert worden waren, ohne dass sie dafür eine zusätzliche Nachfrage in vergleichbarem Umfang schufen. Dies vollzieht sich so lange, bis in diesen Ländern durch Erhöhung der Beschäftigung ein wesentlicher Mechanismus zur Herstellung von Verhandlungsmacht von Arbeit durch kollektive Organisation oder durch Knappheit auf dem Arbeitsmarkt entsteht. Es wird also eine Übergangsperiode geben müssen, während der die Erhöhung der Konsumtionskapazität der Weltwirtschaft vor allem von Arbeit in den führenden Industrieländern durchgesetzt werden muss.

Eine solche Langzeitstrategie ist schwierig durchzusetzen, wenn sie als nahezu unmöglich dargestellt wird. Dazu gehört die Behauptung, dass die Arbeitsplätze hierzulande erst sicher würden, wenn in den aufholenden Industrieländern ähnlich hohe Löhne und Arbeitsstandards wie im Westen durchgesetzt seien. Diese Bedingung ist unsinnig. Es reicht, dass durch hohe Beschäftigungsniveaus die Voraussetzungen

für das Funktionieren des in der Neoklassik beschriebenen Lohnbildungsmechanismus entstehen. Die Reallöhne werden in Ländern mit noch niedriger Produktivität noch lange niedriger sein. Werden Arbeitskräfte knapp, steigen die Löhne auf das Grenzprodukt von Arbeit. Die koreanische Wirtschaftswissenschaft spricht in diesem Zusammenhang von einem *turning point*: steigt das Beschäftigungsniveau, steigen die Reallohne nicht nur in den exportorientierten Branchen, sondern in der gesamten Wirtschaft (in Korea seit Ende der 1970er Jahre). Niemand spricht heute mehr von Lohndumping seitens Südkoreas, Taiwans, Singapurs oder Japans.

Die ostasiatische Erfahrung zeigt, dass ungefähr ein Jahrzehnt nach Überwindung struktureller Arbeitslosigkeit völlig unabhängig vom „kulturellen Erbe“ mächtige Arbeiterorganisationen entstehen, die die Entwicklung der Lohndrift ergänzen und absichern.

Es gibt einige zusätzliche Zeichen der Hoffnung: in der jetzigen Finanzkrise haben die Schwellenländer mit einigermaßen diversifizierten Produktionsapparaten den Ausfall der Weltnachfrage durch Maßnahmen zur Entwicklung der Binnennachfrage kompensiert, um politische Stabilität zu sichern. Von Chinas Konjunkturprogramm profitieren inzwischen auch die westlichen Industrieländer. Auch Brasilien und Mexiko haben solche Programme in Gang gesetzt, auch zur Bekämpfung der Armut (Edes, 2010).

Offensichtlich ist, dass unter den exportorientiert sich entwickelnden Wirtschaften diejenigen bei der Hebung der Beschäftigung erfolgreicher sind, de-

ren Haushaltseinkommen relativ egalitär verteilt sind. Nicht zufällig sind die Wachstumsraten nicht nur der Exporte, sondern auch der Produktion für den Binnenmarkt in den Wirtschaften besonders hoch, in denen durch Agrarreformen die ländlichen Masseneinkommen gestiegen sind. In China hat die wirtschaftliche Liberalisierung zwar zu verschärfter Einkommensungleichheit geführt, doch ist Armut in China immer noch ein geringeres Problem als in Süd-asien. Die weltweite Ungleichheit ging in den letzten Dekaden vor allem wegen der massiven Reduzierung von Armut in China zurück. Die Armen im Norden haben ein Interesse am Übergang des Südens zu funktionierenden Marktwirtschaften mit funktionierenden Arbeitsmärkten. Je egalitärer die Verteilung, desto größer die Multiplikatorwirkungen des Exportsektors auf den Rest der Wirtschaft und damit der Beschäftigungseffekt, so dass die Voraussetzung einer sozialverträglichen Globalisierung im Weltmaßstab verbessert werden.

Wo Regierungen im Süden die dazu notwendigen gesellschaftlichen Veränderungen blockieren, sind durchaus Möglichkeiten gegeben, den armen Bevölkerungsschichten Verhandlungsmacht zu verschaffen. Ich habe vorgeschlagen den Armen durch „künstliche“ Industrien Marktmacht zu verschaffen, wo dies sogenannte Eliten verhindern wollen (Elsenhans, 1991:281-283). Dazu habe ich das Denkmodell einer vom Ausland alimentierten Sammelwirtschaft vorgestellt. Helikopter würden in entlegenen Gebieten eindeutig gekennzeichnete Steine abgeworfen. Ausländische Geber sind bereit, für jeden abgelieferten auf-

gesammelten Stein zu bezahlen. Die Armen machen sich dann auf, diese Steine einzusammeln. Niemand könnte sie um ihren Arbeitslohn betrügen, da ihre Arbeit zum Einsammeln der Steine notwendig ist. Sie tauschen sie auf lokalen Märkten gegen Geld ein, das sie zum Kauf von Nahrungsmitteln und einfachen gewerblichen Produkten nutzen. Kleine und mittlere Bauern setzen alles daran, ihre Produktion für diesen Markt zu steigern. Sie kaufen Investitionsgüter, die ihre Produktion erhöhen, ohne ihre eigene Arbeit zu ersetzen. Der kleingewerbliche Sektor wächst so wie in der gesamten unterentwickelten Welt, wenn die Nachfrage nach seinen einfachen Produkten steigt. Das muss nicht der Königsweg sein. Die Armen können Sinnvolleres tun, als Steine aufzusammeln. Dieser Weg ist aber wenig korruptionsanfällig und sichert, dass die bereitgestellten Einnahmen tatsächlich bei den Armen ankommen. Der Eingriff von außen ist dabei viel weniger weitgehend, als die heutige Tätigkeit der Nichtregierungsorganisationen, die in vielen Ländern in der Gesellschaft Brückenköpfe bilden, um lokal Politik zu betreiben. Ich sehe kein noch so diktatorisches Regime in der unterentwickelten Welt, das sich einer solchen Verteilung von Hilfsgütern entgegensetzen könnte.

Bleibt das Problem der politischen Einbindung einer solchen weltweiten Strategie der Stärkung von Arbeit gegen Ausbeutung durch politisch Mächtige und Rentiers. Hier wird die westliche Sozialdemokratie zur Kenntnis nehmen müssen, dass sie in der unterentwickelten Welt weitgehend isoliert ist. Sie hat den Kampf der kolonial abhän-

gigen Länder trotz unbestreitbarer Verdienste (Labour Party im Verhältnis zu Indien) nur halbherzig unterstützt. Im Algerienkrieg haben französische Sozialdemokraten geglaubt, die nationale Befreiungsbewegung im Namen des Kampfs für westliche Freiheit und gegen altmodischen Nationalismus militärisch bekämpfen zu müssen, mit Argumenten übrigens, die heute im Deutschen Bundestag allenthalben auch noch von der SPD erzählt werden. Der Vietnamkrieg wurde von Kräften angefangen, die weltweit den sozialdemokratischen Idealen der gesellschaftlichen Reform zugerechnet werden. Die Konservativen (de Gaulle, Nixon, Kissinger) waren realistisch und haben mit den Befreiungsbewegungen letztlich Frieden geschlossen. Der hohe Wert nationaler Selbstbestimmung bei nahezu allen einflussreichen Kräften des Südens, zeigt sich heute in deren Ablehnung der Vorstellung einer supranationalen verrechtlichten Weltgesellschaft, wie sie Konstruktivisten und Institutionalistinnen in der westeuropäischen Diskussion über internationale Beziehungen verfolgen.

Wo die Sozialdemokratie enge Kontakte zu politischen Kräften des Südens hat knüpfen können, hat sie innerhalb der nationalen Befreiungsbewegungen die westlich orientierten säkularen Nationalisten als Gesprächspartner bevorzugt. Deren Projekt, gesellschaftlichen Wandel durch staatlich gelenkte importsubstituierende Industrialisierung zu fördern, hat sie aber nicht nachhaltig unterstützt. Ein solches Projekt war verbunden mit der nachhaltigen Verbesserung der Terms of Trade, insbesondere besserer Rohstoffprei-

se, wie sie im Rahmen der neuen Weltwirtschaftsordnung in den 1960er und 1970er Jahren des vergangenen Jahrhunderts verfolgt wurde. Vorreiter war hier die OPEC unter dem Einfluss säkularer nationalistischer Regime wie das von Algerien. Als die OPEC bei den Preissteigerungen Erfolg hatte, verweigerte die europäische Sozialdemokratie die angestrebte Kooperation zwischen Regierungen zur langfristigen Transformation der Renten in industrielle Diversifizierung (1975 Pariser Konferenz für Internationale Wirtschaftliche Zusammenarbeit). Inzwischen sind die säkularen Nationalisten in der weiten Zone diskreditiert, in der die importsubstituierende Industrialisierung nur begrenzte, gleichwohl aber durchaus beachtliche Erfolge aufweist (Im Unterschied zu den größeren Erfolgen der importsubstituierenden Industrialisierung in China, Taiwan oder Südkorea, mit einschneidenden gesellschaftlichen Reformen entweder unter kommunistischer Führung oder zur Abwehr kommunistischen Einflusses).

In Lateinamerika ist eine neue populistische Linke (Venezuela, Bolivien, Ecuador) entstanden. In Südasien und im islamischen Raum stellen neue kulturell-identitäre Bewegungen die Macht der alten säkularen Nationalisten infrage, die der Westen bei ihrem Kampf um die Verteidigung der eigenen Privilegien und Pfründen stützt.

Zu diesen neuen politischen Kräften, Populisten und neue kulturell-identitäre Bewegungen, haben die westlichen Sozialdemokratien keinen Kontakt. In den westlichen Industrieländern hat sich die Sozialdemokratie der liberalen bürgerlichen Mitte auf kulturellem und

gesellschaftlichem Gebiet noch mehr als bei der engeren Sozial- und Wirtschaftspolitik angenähert. In ihren Beziehungen zur unterentwickelten Welt schlägt sich dies in einer engen Partnerschaft mit den Nichtregierungsorganisationen nieder, mit denen sie dann auch die Bevorzugung der sich kosmopolitisch gebenden Teile der städtischen Mittelschichten teilt. Diese sind die politischen Rivalen der neuen populistischen und kulturell-identitären Bewegungen. Die Sozialdemokratie riskiert damit den Kontakt zu den Gruppen zu verlieren, die sich diesen neuen Bewegungen zuwenden, weil sie von den säkularen Nationalisten und ihrem „linken“ wirtschaftspolitischen Diskurs enttäuscht sind. Diese enttäuschten Gruppen wenden sich den Versprechungen der „moral economy“ zu und akzeptieren dabei derzeit die überwölbende kulturalistische Ideologie. Gleichwohl sind diese Bewegungen in ihrer pragmatischen Kombination von Markt und Plan mögliche Gesprächspartner der Sozialdemokratie (Elsenhans, 2006b: 58–70).

Die Konstellation ähnelt der europäischen Situation Ende des 19. Jahrhunderts. Damals hatte die Sozialdemokratie erhebliche Teile der Industriearbeiterschaft in den Industrieländern für sich gewinnen können, verlor aber ein breites Spektrum der ins Lohnarbeitsverhältnis weniger eingebundenen Unterschichten, wie Landarbeiter, kleine Warenproduzenten, an nationalistisch orientierte Organisationen, die zunächst die Basis des Faschismus bildeten, bis dessen Niederlage im Zweiten Weltkrieg den politischen Aufstieg der Christdemokraten erlaubte. Will die Sozialdemokratie

für ihr Projekt einer sozial eingebundenen Marktwirtschaft weltweite Unterstützung gewinnen, so wie es ihr in Teilen der westlichen Industrieländern durch die „Sozialdemokratisierung“ der Christdemokraten gelang, dann muss sie mit den neuen Kräften im Süden Kontakt suchen, auch wenn die Distanz in vielen Bereichen groß ist, ja oft sogar als unüberwindbar erscheint.

### Literatur

- Busch, K. 1973. „Ungleicher Tausch – Zur Diskussion über internationale Durchschnittsprofitrate, ungleichen Tausch und komparative Kostentheorie anhand der Thesen von Arghiri Emanuel“ in *Probleme des Klassenkampfes*, Vol.3, 8/9, 47–88.
- Chen, H.; Gordon, M.J.; Zhiming, Y. 1994. „The Real Income and Consumption of an Urban Chinese Family“ in *Journal of Development Studies*, Vol.31, 1, 201–213
- Edes, B. W. 2010. „Asia after the Crisis: Social protection and Inclusive Growth“ in *OECD Observer*, 276–277, 19–20.
- Elsenhans, H. 1991. „Problems Central to Economic Policy Deregulation in Bangladesh“ in *Internationales Asienforum*, Vol.22, 3/4, 259–286.
- Elsenhans, H. 2006b. „The WTO, Globalisation and New Political Movements of the South“ in Elsenhans, H.; Jain, R. K. (Hg.), 2006. *India, the European Union and the WTO*. New Delhi, 51–98.
- Elsenhans, H. 2006a. *Globalization between a Convoy Model and an Underconsumptionist Threat*. Münster.
- Elsenhans, H., 2010. „Finanzkrise als Chance? Die Entstehung fiktiven Reichtums“ in *WeltTrends*, Vol.18, 71, 92–101

Engel, Ernst, 1895. *Die Lebenskosten belgischer Arbeiter-Familien früher und jetzt*. Dresden-.

Scharpf, F. W., 1987. *Sozialdemokratische Krisenpolitik in Europa*. Frankfurt am Main.

Sinn, H.-W., 2004. „Basar-Ökonomie Deutschland. Exportweltmeister oder

Schlusslicht?“ in *IFO-Schnelldienst*, Vol.57, 6, 3–42.

Vernon, R., 1966: „International Investment and International Trade in the Product Cycle“ in *Quarterly Journal of Economics*, Vol.80, 2, 190–207.

**Andrea Wicklein**

## **Bildungsproteste in Deutschland – für mehr Chancengleichheit in Bildung und Wissenschaft**

### **Kooperationsverbot zwischen Bund und Ländern in der Bildungspolitik muss aufgehoben werden**

In den Herbsttagen des Jahres 2009 ereignete sich in vielen Hörsälen europäischer Hochschulen, insbesondere auch in den altherwürdigen Hallen der deutschen Universitäten, Außergewöhnliches. Studierende schliefen wochenlang nicht in ihren Betten, sondern in den Hörsälen. Sie lebten über mehrere Wochen Tag und Nacht zusammen als große Wohngemeinschaften, aßen vegan und diskutierten, bis ihnen die Augen zufielen. Manche Studierende blieben sogar über Weihnachten und feierten dieses Fest, wie an der Universität Potsdam, mit Foucault- und Sartre-Lesungen. An der Münchener Ludwigs-Maximilians-Universität spielten sich Szenen ab, die an Räuber- und Gendarm-Spiele erinnerten. Einige Tage nach den Weihnachtsfeiertagen wurden die Zugänge zur Universität von Hausmeistern verschlossen und die Versorgung des be-

setzten Hörsaals mit Lebensmitteln polizeilich unterbunden, nachdem die 22 ausharrenden Besetzerinnen und Besetzer zuvor noch von Sympathisanten über provisorische Flaschenzüge versorgt worden waren.

### **Was war passiert?**

Bereits Ende des Jahres 2008 war es vermehrt zu Protesten von Studenten und Schülern gekommen, die sich, so die häufig zu hörenden Erklärungen, vor allem gegen den „Leistungsdruck“ im Bildungswesen richteten. So fand am 12. November 2008 ein bundesweiter Schulstreik statt. Mehrere tausend Schülerinnen und Schüler demonstrierten auf den Strassen, Der Niedersächsische Landtag wurde blockiert und die Humboldt-Universität in Berlin gestürmt.<sup>1</sup>

---

1 Chaoten schreckten dabei nicht zurück, eine Ausstellung zu jüdischem Leben in Deutschland zu verwüsten. Der Studierendenrat der

An den deutschen Hochschulen wuchs über die Jahre die Unzufriedenheit über die mangelhafte Umsetzung der Bologna-Reform, die Einführung von Studiengebühren in zahlreichen Bundesländern<sup>2</sup> und die Unterfinanzierung der Hochschulen.<sup>3</sup> Die gewählten Studierendenvertretungen waren gegenüber diesen Entwicklungen offenbar machtlos. Auch in anderen Fragen – mit den Protesten gegen neue Hochschulgesetze und gegen die Einführung von Studiengebühren oder mit der Ablehnung von Studienordnungen – hatten sie häufig wenig Erfolg.

### Neue Studierendenproteste

Nach dem Schulstreik von 2008 fassten Studierendenvertreter den Plan, einen bundesweiten Bildungsstreik zu organisieren. Auf mehreren Treffen in Erfurt, Kassel, Heidelberg und Berlin wurde ein derartiger Protest für den Sommer 2009 vorbereitet. Daneben wurden auch regionale Studierendenproteste geplant.

---

HU distanzierte sich und half bei der Beseitigung der Schäden.

- 2 Alle Bundesländer mit SPD-Regierungsbezug bilden hierbei eine Ausnahme. In keinem dieser Länder wurden allgemeine Studiengebühren eingeführt. Zum Teil gibt es dort jedoch Langzeitstudiengebühren und Studienkreditmodelle.
- 3 In den siebziger und achtziger Jahren ging man von einem „Studentenberg“ auf Grund besonders geburtenstarker Jahrgänge aus, den Bund und Länder „untertunneln“ wollten. Heute wissen wir, dass die Untertunnelungsvorstellung problematisch war. Nach der Durchquerung des „Studentenbergs“ folgte nämlich keine Talfahrt, sondern ein Hochplateau.

Vom 15. bis zum 19. Juni 2009 fand dann der erste „Bundesweite Bildungsstreik 2009“ statt. Studierende, Schüler und zum Teil auch Auszubildende beteiligten sich an zahlreichen Aktionen und Demonstrationen für ein besseres Bildungswesen. Die Proteste kritisierten vor allem die Einführung von Studiengebühren, die Mängel bei der Umsetzung der Bologna-Reform sowie die, wie es formuliert wurde, „fortschreitende Ökonomisierung der Bildung“. Viele Protestteilnehmer forderten ein selbstbestimmteres Lernen, eine bessere Finanzierung der Hochschulen sowie mehr Mitbestimmung. Am bundesweiten Demonstrationstag gingen nach Angaben der Veranstalter ca. 300.000 junge Menschen auf die Straße. Ein großer Teil davon waren Schüler.

In Reaktion auf diese Proteste erklärte damals Bundesbildungsministerin Annette Schavan: „Studierende sollten selbst entscheiden können, ob sie einen Master machen wollen oder nicht“. Sie überraschte damit die Studierenden und die Hochschulleitungen, auch deshalb, weil sie damit, ebenso wie z. B. die Präsidentin der Hochschulrektorenkonferenz Prof. Margret Wintermantel, eine zentrale Forderung der Protestbewegung und anderer Vereinigungen mit ähnlichen Zielsetzungen wie der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) aufgriff. Die Kultusminister der Bundesländer lehnten allerdings mehrheitlich eine Überarbeitung der Bachelor- und Master-Strukturvorgaben der KMK ab; diese Vorgaben sahen besondere Zugangshürden beim Übergang vom Bachelor zum Master vor. Das niedersächsische Hochschulgesetz verlangt

zum Beispiel für den Masterübergang eine „besondere Eignung insbesondere auf der Grundlage der Bachelor-Prüfung“. Wer nicht mindestens die Note 2,5 vorweisen kann, hat nach dieser Regelung schlechte Karten beim Übergang zum Masterstudium.

Bereits kurz nach dem Ende der Bildungsstreikwoche im Juni wurde unter diesen Umständen auf einem Treffen in Bonn die Fortsetzung der Proteste im November 2009 beschlossen. Vorgesehen waren ein großer, dezentraler Demonstrationstag am 17. November und zentrale Aktivitäten zur Kultusministerkonferenz in Bonn und zur Hochschulrektorenkonferenz in Leipzig. Für die Wahl des 17. November 2009, an dem insgesamt mehr als 85.000 junge Menschen demonstrierten, sprach auch die internationale Protestaktion „Global Week of Action for Free Education“, die zur gleichen Zeit stattfand.

Noch vor diesem Demonstrationstag kam es an mehreren deutschen Hochschulen zu spontanen Hörsaalbesetzungen. Nach dem Vorbild der Studierendenproteste in Österreich wurden zeitweise in über 70 deutschen Städten Hörsäle besetzt. Durch die Besetzungen sollten, so die von den Besetzern verbreitete Erklärung, Freiräume geschaffen werden, um über Missstände im Bildungswesen diskutieren und auf diese aufmerksam machen zu können. In der Öffentlichkeit wurden in der Folge „Bildungsstreik“ und „Besetzungen“ zumeist als einheitliche Vorgänge gesehen, obwohl sich nicht alle Besetzer als Teil des Bildungsstreiks verstanden. Ende 2009 und im Januar 2010 wurden die letzten besetzten Hörsäle freiwillig

oder nach polizeilicher Intervention geräumt.

### **Auswirkungen der Proteste**

Der politische Handlungsdruck der zweiten Protestwelle vom Herbst 2009 führte am 10. Dezember 2009 zu der Zusage der Kultusministerkonferenz der Länder (KMK), die KMK-Strukturvorgaben zum Bachelor-Master-Studium zu überarbeiten, die Anfang Februar 2010 (zum Teil) auch eingelöst wurde. Ein wesentliches Ziel der Reform ist der Versuch, die Prüfungsbelastungen einzudämmen. Denn nicht nur Studierende, auch die Lehrkräfte, die Hochschulprofessoren, die wissenschaftlichen Mitarbeiter oder die Lehrbeauftragten, klagten darüber, dass die Prüfungsordnungen überfrachtet sind. Die Studierenden hetzen von einer Prüfung zur nächsten, Lehrende müssen Klausurarbeiten entwickeln, beaufsichtigen und bewerten. Zehn oder mehr Prüfungen pro Semester sind in den Bachelor-Studiengängen keine Seltenheit mehr.

Zum Kernproblem des Bachelor-Master-Übergangs hat die KMK – trotz der deutlichen Forderungen der Bundesbildungsministerin – bislang keine klare Entscheidung getroffen. Der Zugang zum Masterstudium kann (muss aber nicht!) auch nach der letzten KMK-Umformulierung immer noch durch Quoten-, Studiendauer- oder Mindestnotenregelungen beschränkt werden. Damit wird eine zentrale Forderung der Bildungsproteste bislang ignoriert. Die KMK hat erst Anfang März zu einem „Runden Tisch“ mit Studierenden, Lehrenden und gesellschaftlichen Gruppen

eingeladen, der in diesem Sektor noch zu keinem Ergebnis geführt hat.

Die Proteste z.B. erweckten aber immerhin ein großes Medieninteresse. Sie führten zu einem verstärkten politischen Diskurs über bildungs- und wissenschaftspolitische Fragen. An einigen Hochschulen, z. B. an der Universität Bamberg, wurden die Studiengebühren gesenkt. In Bayern wurde darüber hinaus eine Arbeitsgruppe aus Studenten-, Hochschul- und Ministeriumsvertretern gebildet, die über die Wiedereinführung der Verfassten Studierendenschaft im Freistaat beraten soll, über ein Thema also, das in Bayern bislang zum Bereich der hochschulpolitischen Tabuzonen gehörte.

In der Bilanz gibt es aber weiterhin eine Reihe von offenen Baustellen bei der Reform der Bologna-Reform. Dazu gehören

- die Beseitigung der Hürden zum Master,
- die Reduzierung zu hoher Arbeitsbelastung (Workload) und zu hoher Prüfungslast,
- die Sicherung internationaler und nationaler Mobilität im Studium,
- die Sicherung der Qualität des Studiums, insbesondere in der lange Zeit vernachlässigten Lehre,
- die Berücksichtigung der sozialen Dimension im Studium (im Sommersemester 2006 mussten nach der regelmäßig stattfindenden Sozialerhebung des Deutschen Studentenwerkes 63 Prozent der Studierenden neben dem Studium einer Erwerbsarbeit nachgehen) und
- der Möglichkeit, in Teilzeit zu studieren.

Darüber hinaus ist eine ausreichende Finanzausstattung der Hochschulen die Voraussetzung für nachhaltige Verbesserungen. In Deutschland muss erkannt werden, dass nicht zu viele, sondern zu wenige Menschen studieren und einen Hochschulabschluss machen. Diese Erkenntnis muss auch in der Hochschulausstattung und -finanzierung sichtbar werden.

### **Herausforderung an die Bundespolitik**

Leider sind die politischen Rahmenbedingungen auf der Bundesebene für Verbesserungen in der Bildung, Wissenschaft und Forschung nicht so, wie sie sein sollten:

- Die Steuerpolitik der schwarz-gelben Bundesregierung führt zu einer prekären Lage bei den Ländern und Kommunen. 1,6 Milliarden Euro Einnahmeverluste bringt allein das sogenannte „Wachstumsbeschleunigungsgesetz“, welches u.a. milliardenschwere Steuergeschenke für Hoteliers vorsieht.
- Die Staatsverschuldung erreicht neue Rekordwerte. Allein der Bund wird 2010 mehr als 80 Milliarden Euro an neuen Schulden aufnehmen müssen.
- Bei Bildung und Forschung wird dagegen gespart.

So hat die schwarz-gelbe Koalition im Bundeshaushalt 2010 bei Bildung und Forschung alle bedeutenden und neuen Vorhaben für die Folgejahre mit einer Sperre versehen. Für die dringend erforderliche Weiterentwicklung des Bologna-Prozesses an deutschen Hochschulen sind zwar im Haushalt 2010



33,5 Millionen Euro eingestellt worden. In den Folgejahren hat die schwarz-gelbe Koalition aber 144 Millionen Euro haushaltstechnisch gespart.

Gleiches gilt für den von der Bundesministerin Schavan bisher nur diffus umrissenen Qualitätspakt für bessere Lehre an Universitäten mit einem Baransatz von zwei Milliarden Euro. Leider sind auch hier ab 2011 760 Millionen Euro gespart.

Die Sperr- und Sparliste lässt sich fortführen. Dazu gehören etwa die Sperre von rund 1,6 Milliarden Euro für vor- und außerschulisches Lernen und für eine stärkere Sprachförderung oder die unverantwortliche Absenkung des Mittelansatzes für das BAföG. Diese Absenkung steht im Gegensatz zu der politischen Ankündigung während der Bildungsproteste im Herbst 2009, dass mehr Studierende gewollt sind und eine Erhöhung des BAföGs angestrebt werden soll.

### **BAföG-Erhöhung statt Stipendienprogramm!**

Statt das BAföG zu erhöhen oder das BAföG-Antragsverfahren zügig zu vereinfachen, werden jetzt dagegen die Zuschüsse an die Begabtenförderungswerke um weitere 72,5 Millionen Euro erhöht. Zudem wird ein nationales Stipendienprogramm propagiert, das strukturschwache Regionen, wie den Osten, benachteiligen würde. Die Hälfte des Programms soll nämlich von der Wirtschaft finanziert werden. Damit würden Bildungserfolge neuerdings sogar von der Wirtschaftskraft der jeweiligen Studienorte abhängig gemacht.

Besser wäre es, jetzt ein klares Signal für mehr Chancengleichheit in der Bildung zu setzen. Die SPD fordert deshalb, das BAföG und dessen Freibeträge sowie die Altersgrenzen erneut anzuhähen, um damit rund 100.000 zusätzliche BAföG-Empfänger zu erreichen, die zu meist aus finanziell schlechter gestellten Schichten stammen. Denn das BAföG ist und bleibt für die Verbesserung der Chancengleichheit in der Hochschul-ausbildung unverzichtbar.

### **Pakt für Studienqualität und gute Lehre notwendig**

Die Bundestagsfraktion der SPD hat nach den Studierendenprotesten einen „Pakt für Studienqualität und gute Lehre“ vorgeschlagen. Ohne Unterstützung des Bundes können in finanzschwachen Bundesländern, wie zum Beispiel in Brandenburg, keine vernünftigen Rahmenbedingungen geschaffen werden.

### **Schluss mit dem Kooperationsverbot zwischen Bund und Ländern!**

Zu diesem Zwecke muss auch das Kooperationsverbot zwischen Bund und Ländern für die Bildung und für den Hochschulbereich aufgehoben werden. Denn zur Sicherung der Leistungsfähigkeit und Offenheit der deutschen Hochschulen müssen Bund und Länder besser zusammenarbeiten. Weder der Bund, der mit seinen Rahmenrechtsnovellen den Bologna-Prozess begonnen hat, noch die Länder und die Hochschulen, die den Prozess seitdem maßgeblich gestalten, können und dürfen sich aus ihrer Verantwortung stehlen.

Es kann nicht sein, dass der Bund den Ländern bei Bildungsinvestitionen

nur noch in Katastrophenfällen helfen darf. Ich habe bei der Föderalismusreform 2006 immer davor gewarnt, die Kompetenzen des Bundes nicht leichtfertig aufzugeben. Denn die absehbare Folge war, eine weitere Zementierung der Zersplitterung der Bildungskompetenzen in 16 Regelungsinself. Notwendig sind dagegen länderübergreifende, bundesweit einheitliche Rahmenbedingungen und insbesondere eine ausreichende gesamtstaatliche Finanzierung für Bildung und Wissenschaft.

Bund und Länder tragen hier gemeinsam Verantwortung für die Zukunft unserer Hochschulen, für die Qualität in Lehre und Forschung sowie für gute Studienbedingungen. Daraus leiten sich Forderungen ab, für deren Umsetzung der politische Kampf geführt werden muss:

- Bund und Länder sollten für bessere Studienbedingungen und gute Lehre in einem ersten Schritt mindestens drei Milliarden Euro zusätzlich für drei Jahre zur Verfügung stellen, so wie es die Hochschulrektorenkonferenz und der Wissenschaftsrat mehrfach gefordert haben.
- Die Überarbeitung der Bachelor-/Master-Studienreform muss länderübergreifend vergleichbar und mit dem Ziel erfolgen, die Studierbarkeit zu verbessern, die Mobilität zu sichern und Berufsfähigkeit zu stärken. Dabei muss sichergestellt werden, dass jede und jeder mit einem Bachelor-Abschluss, die oder der ein Master-Studium anstrebt, auch einen Studienplatz erhält.
- Es muss eine Personaloffensive erfolgen, die zusätzliches Lehrpersonal

bei Professoren, Juniorprofessuren und vor allem im Mittelbau ermöglicht.

- Ein gemeinsamer Wettbewerb „Gute Lehre“ soll die vorbildhafte Verbindung von guten Ausbildungs- und Wissensvermittlungsleistungen mit dem gesellschaftlichen Bildungsauftrag an Hochschulen prämiieren.
- Studienberatung und -betreuung müssen deutlich ausgebaut und auf die Bedürfnisse der Studierenden ausgerichtet werden.
- Ein dialogorientiertes Zulassungsverfahren muss zügig umgesetzt werden: Dabei muss die Teilnahme aller Hochschulen mit allen Studiengängen sowie die Entlastung der Studierenden gesichert sein.

Mit dem Bund-Länder-Hochschulpakt ist in der Zeit der großen Koalition gezeigt worden, dass der Bund die Länder bei der Schaffung neuer Studienkapazitäten an den Universitäten und Fachhochschulen wirksam unterstützen kann. Ziel muss es weiterhin sein, die Studienanfängerquote auf mindestens 40 Prozent zu steigern und die Hochschulen für alle studierwilligen jungen Menschen offen zu halten. Eine Privatisierung von Bildung, einen ungerechten und sinnlosen Wettbewerbsföderalismus in Bildung und Wissenschaft sowie ein Auseinanderdriften der Bildungsstandards und der Bildungsfinanzierung dürfen wir nicht zulassen. Deutschland muss seine gesamtstaatlichen Bildungsinvestitionen dauerhaft um mindestens 20 Mrd. Euro pro Jahr anheben, um den OECD-Durchschnitt zu erreichen. Die Bildungsproteste von

Schülern, Auszubildenden und Studenten haben im Kern ganz ähnliche Zielsetzungen. Wir sollten sie als Chance verstehen, ein breites Bündnis für mehr

Chancengleichheit in Bildung und Wissenschaft und für den weiteren Ausbau unseres Bildungswesens und unseres Wissenschaftssystems zu bilden.

**Ulrich Büchler**

## **Die Kehren der Gerechtigkeit – Spuren einer haltlosen Tugend**

### **Ein Zwischenruf zur Sozialstaatsdebatte**

*„So ist denn das Gerechte die Mitte  
zwischen Gewinn und Verlust.“<sup>1</sup>*

#### **Spurensuche: das Wesen der Gerechtigkeit**

Die Gerechtigkeit ist niemals ein Zustand, sondern nichts als ein Ziel. Und wie es scheint: ein bewegliches, voller Dynamik. Sie ist bestenfalls für einen Moment zu erhalten. Aber schon im nächsten entweichen. Auf Dauer scheint sie nirgends zu weilen, nirgends zuhause. Sie erweist sich ohnehin als flüchtiger Gast. Kaum ist ihr Platz gemacht und sie eingezogen, da sucht sie das Weite. Dabei ist sie keineswegs leicht zu beeindrucken. Nicht ein einziges Wort vermag das zu erreichen. Es bedarf überhaupt keines, damit sie kommt oder geht, ein- oder auszieht. Davon hängt sie nicht ab. Ob gut oder böse, es spielt keine Rolle – gegen Worte ist sie immun. Das macht gerade ihr Wesen aus: darauf nichts zu

geben. Sondern nur auf die Tat zu bauen, in der sie gründet. Etwas anderes zählt für sie nicht. Sonst bleibt sie fern.

Die Gerechtigkeit ist niemals ein Sein, sondern nur ein Geschehen. Natürlich ist sie nirgends vorhanden. Es gibt sie nicht. Als Gegebenheit ist sie reine Utopie, eine wunschvolle Fiktion. Tatsächlich ist sie einzig in dem Akt beheimatet, durch den sie einkehrt: der ihr je und je den Boden bereitet, auf dem sie Einzug hält. Erst und einzig dieser Akt lässt sie wirklich sein. Davon ausgenommen, hinterlässt sie allenfalls Worte, die sie weder aufspüren noch jemals zu fassen bekommen. Dazu fehlt ihnen jegliche Kraft. Worte erschaffen, egal wie sie lauten, bloß eine Vorstellung: eine Einbildung von Gerechtigkeit. Aber niemals sie selbst. Weswegen ein Text wie dieser auch unmöglich ihr Wesen erschließt – er vermittelt allein das flüchtige Bild, das sein Verfasser von ihr gewinnt und entwirft. Etwas anderes ist auch nicht möglich. Und anderes zu behaupten, wäre unredlich. Um nicht zu sagen: nur selbstgerecht.

1 Aristoteles, Nikomachische Ethik Buch V, Kapitel 7, 1132 b.

### **Spurenvergleich: das Verhältnis von Gerechtigkeit und Freiheit**

Der Akt, der die Gerechtigkeit bewirkt, versteht sich stets als Tat der Freiheit. Ohne sie kann Gerechtigkeit nirgends entstehen. Allseits geht sie ihr voraus, um ihr den Weg zu ebnen und ihr die Tür zu öffnen. Aber nicht nur das. Sie ist überhaupt die einzige Gastgeberin, die ihr ein Zimmer bereitet. Sowie zugleich die Besitzerin eines Hauses samt Grund und Boden. Sie hat die Macht und das Recht zu entscheiden, ob sie einen Gast aufnimmt oder nicht. Das ist allein ihre Sache. Da sie niemand Rechenschaft schuldet, muss sie keinen Einspruch fürchten. Sie braucht nicht einmal Worte und Taten, um in Kraft zu treten. Sie ist dies schon immer, auch wenn sie nicht im Gleichmaß besteht. Doch das ist nachrangig. Als Eigentum eines Menschen bleibt sie stets vorhanden: er kann gar nichts anderes als frei sein. Gerecht hingegen muss er immer erst werden. Und das eben nur, sofern er es will.

Das Wesen der Freiheit erscheint ohnehin stabil. Im Verhältnis zur Gerechtigkeit eignet ihr eine mögliche Fülle, die der Gerechtigkeit fremd ist. Sie zeigt einzig Symptome des Mangels. Sonst nichts. Ein Zuviel an Gerechtigkeit ist undenkbar. Ein Zuviel an Freiheit nicht – es ist täglich erfahrbar! So gibt es von der einen niemals genug, von der anderen durchaus. Nämlich mindestens so viel, dass es ausreicht, gerecht oder ungerecht zu handeln. Diese Wahl, sich so oder so zu verhalten, gastlich oder un-gastlich, zeichnet die Freiheit aus: sie hat die Macht zum Nutzen und Schaden. Da kann die Gerechtigkeit sehen, wo sie bleibt. Soviel Nutzen sie auch mitführt

– es bringt nichts ein, wenn die Freiheit ihr keinen Raum gewährt. Im Verhältnis zu ihr hat sie nichts zu melden. Denn alle Kritik der Freiheit ist deren eigene Sache: sie kann sich nur selbst zurechtweisen. Das lässt sie sich nicht nehmen.

### **Großspurpolitik: die Phrasen der Gerechtigkeit**

Der Weg, den die Gerechtigkeit nimmt, verläuft geradewegs so, wie es die Freiheit beschließt. Einen anderen Weg zu erwarten, wäre genauso abwegig wie der Entschluss, der Gerechtigkeit eine feste Heimat zu geben. Das hieße nicht nur ihr Wesen zu verkennen, das im Tun statt im Sein zutage tritt. Es hieße auch, sie umzudeuten und sie von einer Tat in einen Zustand zu verkehren. Was faktisch zwar unmöglich ist, aber genau darum eine Versuchung darstellt, es rhetorisch für möglich zu erklären. Schließlich verspricht die Gerechtigkeit einen Nutzen, den es zu mehren gilt – und sei es für eigene Zwecke. Sie festhalten und festschreiben zu wollen, ist darum als Illusion nur verständlich. Diesen Wunsch wach zu halten, ist eine Aufgabe, die – zumal sie ewig andauert –, geradezu wie geschaffen ist für die Politik und ihr theatralisches Beiwerk. Das kommt ihr immer recht: das Unmögliche als möglich hinzustellen – das ist ihre Sache. Das lässt sie sich nicht nehmen. Sie ist so frei.

Die Illusion der Gerechtigkeit zu nähren, ist jedoch keine Lappalie. Sie birgt ein Risiko- und Schadenspotential, das nicht zu unterschätzen ist. Und zwar nicht nur, weil die Illusion allein von Phrasen lebt und strotzt. Nicht nur, weil es immer mehr und wuchti-

gere Phrasen braucht, um Gerechtigkeit zu inszenieren. Nicht nur, weil die Politik diese Phrasen funktionalisiert, sie zur Vortäuschung falscher Tatsachen benutzt, indem sie sich als Werk tätige der Gerechtigkeit aufspielt – obwohl sie bestenfalls wirksame Gesetze erlässt, die ein gerechtes Handeln fördern und fordern. Nein, der reale Gesamtschaden einer Phrasengerechtigkeit zeigt sich vielmehr als abgründige Schlucht zwischen Wort und Tat, wenn nach endlosen Verheißungen nur deren Dubletten folgen. Dann wächst mit dem Volumen der Illusion einzig das der Enttäuschung. Das muss man wissen und es schon um der Redlichkeit willen beachten, *bevor* man den Mund aufmacht. So frei sollte der Kopf schon sein.<sup>2</sup>

### **Bremsspurpolitik: die Realität des Sozialstaats**

Der Unterschied zwischen Wort und Tat ist damit negativ bewertet. Die zugegeben seltenere Variante eines positiven Unterschieds bestünde darin, dass die Politik der Ungerechtigkeit das Wort redet, ihre Taten aber das Gegenteil bewirken. Wobei diese Version nicht mal schädlich wäre – allenfalls ärgerlich. Im Falle ihres Bestandes wäre sie der anderen Version unbedingt vorzuziehen, zumal allein die Tat und nicht das Wort den Ausschlag gibt. Doch was sollen solche Denkspiele, wenn sie der Realität widersprechen? Die deutsche Gesellschaft, das heißt, ihre untere Schicht weiß das längst besser. Sie ist längst damit vertraut, dass nicht öffentliche Worte, son-

dern erst gesetzliche Taten, die ihnen sittsam folgen, ungleiche Lebensverhältnisse bekräftigen. Dieses eindringliche Wissen verdankt sie der Ober- und der Mittelschicht: einer Allianz aus Macht, Recht und biederer Pflicht, die in Wort und Tat hat eins werden lassen, was vormals nur lose, so fahrlässig verbunden war.

Die Einheit von Wort und Tat – erst sie hat die Realität verändert. Dass in der Regel das Wort der Tat vorausgeht, um sie vorzubereiten, ist indes weder zu bestreiten noch über zu bewerten. Denn faktisch sanktioniert erst die Tat das Wort: durch sie tritt es voll, weil *wirklich* in Kraft. Da bilden Gesetze keine Ausnahme – im Gegenteil. Selbst das Grundgesetz samt aller Rechte, die es umfasst, bleibt der Irrealität verhaftet, solange es nicht real zur Anwendung gelangt. Es ist – wie der Grundwert der Gerechtigkeit – regelrecht nicht vorhanden, wenn es nicht durch Taten in seinem Geist zum Leben erweckt wird. Sein Postulat eines Sozialstaats in Artikel 20 sagt darum nichts über dessen Realität aus. Es ist nur ein Wort, woraufhin der Sozialstaat als solcher weder entsteht noch sich als solcher erweist. Dass von ihm die Rede ist, oder dass er wie unlängst ins Gerede kommt: das heißt *noch* nichts – solange er nicht in Hände gerät, die das Grundgesetz lässig beiseitelegen. Um ein anderes Gesetz fahrlässig vorzuziehen.<sup>3</sup>

2 Vgl. Martin Mosebach in: DIE ZEIT vom 30.11.2009, S. 44

3 Vgl. zum Sozialstaatsprinzip Rudolf Weber-Fas, Grundrechte Lexikon, Tübingen 2001, S. 180 ff

### **Schmalspurpolitik: die Priorität der Kosten**

Das Sozialgesetzbuch II gibt sich als dieses andere Gesetz zu erkennen. Es prägt wesentlich bereits die soziale Realität in Deutschland; zumal es eben nicht nur als Wort besteht, sondern aus Wort und Tat als Einheit. So bedarf es keiner Auslegung wie das Grundgesetz: es legt sich durch die Tat aus, die auf das Wort folgt. Nur sie teilt mit, was die neuere Regierungspolitik unter „Sozialstaat“ versteht und wie sie diesen Staat von jenen verstanden wissen will, die auf ihn als Sozialstaat angewiesen sind – nämlich als ökonomische Instanz zur primär materiellen Existenzsicherung.<sup>4</sup> Daran lässt die Politik keinen Zweifel: sie sieht sich als Staatsanwältin und doch immer berufen, eine triviale Ökonomie zu vertreten. Wozu der Sozialstaat nutzt, was er für die Bürger aller Schichten ist und leistet, interessiert sie nicht mehr. Einzig, was er kostet, ist höchst relevant. Diese Kosten bilden das Motiv, um vom Wort zur Tat zu schreiten – um damit jene unter Druck zu setzen, die scheinbar allein einen Nutzen verbuchen.

Der Umfang der Kosten besagt jedoch nichts. Für sich genommen, taugt er unmöglich dazu, profunde Erkenntnisse zu gewinnen. Und erst recht keine, die so eindeutig sind, als dass sie sich in Gesetze umbilden ließen. Denn das erforderte eine kritische Gesamtschau, die keinem Einzelaspekt Priorität beimisst. Nein, die Kosten sind eben, weil sie erst einmal nur in Zahlen vorliegen, nicht

---

4 Vgl. zum Paradigmenwechsel der Sozialpolitik exemplarisch: [www.diakonie-bayern.de/armutswirkung-von-sozialpolitik.html](http://www.diakonie-bayern.de/armutswirkung-von-sozialpolitik.html)

anders zu bewerten als Worte: für beide Kategorien gilt, dass sie niemals die Realität spiegeln, sondern allein ihr selektiv codiertes Abbild. Wiederum für sich genommen, bekundet es als Zahlenwerk lediglich eine Teilwahrheit – es fixiert einzig die Sozialausgaben im Staatshaushalt. Genau diese Extradaten aber geraten dem Sozialstaat strikt zum Nachteil. Sein Vorteil erscheint, zumal er ökonomisch kaum zu vermessen ist, auch faktisch in Zweifel gestellt. Dabei ist er tagtäglich real zu erfahren: zuerst in Gestalt eines sozialen Friedens, der *noch* allen einen Nutzen gewährt. Wenn nur jeder einen gerechten Beitrag leistet.<sup>5</sup>

### **Brandspuren: die Annexion des Rechts**

Die Debatte, die seit einiger Zeit den Sozialstaat umkreist, hat sich ursächlich an der Frage der Kosten entzündet.<sup>6</sup> Was durchaus kein Erstaunen erzeugt – der starre Blick auf die Kosten trübt schlechthin alle Erkenntnis. Erstaunen lässt vielmehr die Tatsache, dass die Beiträge eingangs der Debatte nicht auf die Ausgaben des Staates, sondern des Einzelnen reflektierten. Es ging also zuvor-

---

5 Platon definiert die Gerechtigkeit als die Grundtugend, dass *jeder das Seinige tut und hat*; *Politeia* 433 e

6 Im Folgenden wird zunächst auf die Phase der Debatte Bezug genommen, die mit Peter Sloterdijks Artikel „Die Revolution der gebenden Hand“ in der FAZ vom 10.06.2009 (<http://www.faz.net/s/Rub9A19C8AB8EC84EE-F8640E9F05A69B915/Doc~E3E570BE344824089B6549A8283A0933B~ATpl~Ecommo n~Scontent.html>) einsetzt. Vgl. zum Verlauf der Debatte die Zitatesammlung in DIE ZEIT vom 29.10.2009, S. 45f; Richard David Precht in: DER SPIEGEL vom 02.11.2009, S. 150 ff

derst nicht um die Staatsausgaben zur Finanzierung des Sozialsystems, sondern um die eigene Steuerabgabe zur Finanzierung der Staatsausgaben. Kurzum: das sachliche Motiv zur Debatte war ein sehr persönliches. Damit fügt es sich einerseits einem Zeitgeist, das auch egomanischen Interessen erlaubt, im Gewand der Freiheit aufzutreten; andererseits bleibt es diesem Zeitgeist treu, obwohl sein pervertierter Freiheitsbegriff längst entlarvt, sein Gewand längst zerrissen ist. Das mutet dann schon grotesk an: dass angesichts einer desaströsen Krise weiter einer Freiheit das Wort geredet wird, die bereits zum Schaden aller gediehen ist.

Das Plädoyer für eine freiwillige Steuerzahlung diskreditiert sich selbst. Dennoch erzeugt es ein Unbehagen, indem es jenen Wertekonsens missachtet, wonach der Freiheit als Rechtsgut die Pflicht innewohnt, soziale Kompatibilität zu beweisen. Nach Abzug aller Ästhetik wirbt das Plädoyer indes offen dafür, diesen Konsens aufzukündigen. So erzielt es Streueffekte, die sekundär das Sozialsystem betreffen, primär aber das Steuer- und Rechtsmonopol des Staates: also das Fundament des Gemeinwesens. Eine autonome Steuerabgabe untergräbt darum nicht nur die Wirklichkeit des Sozialstaats; sie entkernt vielmehr überhaupt die *Möglichkeit* seiner Verwirklichung. Damit folgt sie nur peripher der Spur des Neoliberalismus. Tatsächlich betritt mit ihr die Willkür ökonomischer Macht den Untergrund des Rechts, um ihn geradewegs zu anektieren. Das heißt: um die persönliche Steuerpflicht in ein Privatrecht zu verkehren – und das Recht auf öffent-

liche Hilfe in einen privaten Gnadenakt zu wandeln.

### **Spurwechsel – erster Versuch: der Ausgleich der Lasten**

Die Fundamentalkritik am Steuer- und Rechtsmonopol des Staates zeugt wie der Totalblick auf die Kosten von einer Ignoranz, die schon kardinale Qualität aufweist. Denn ungeachtet der je eigenen Haltung zum Sozialstaat; ungeachtet des je eigenen Bedarfs an seinen Leistungen; ungeachtet der Erkenntnis, dass seine Ausgaben niemals nur Ausgaben sind, sondern immer auch Einnahmen bedingen; und schließlich ungeachtet der Erfahrung, dass der soziale Frieden als immense Einnahme allen Bürgern auch Individualrenditen in Gestalt von Sicherheit und Freiheit einträgt. Ungeachtet all dessen ist doch zumindest historisch zu konzederen, dass der Sozialstaat und seine Einzelsysteme kein Produkt des Zufalls sind; dass es im Gegenteil gute Gründe gab, ihn auf- und auszubauen. Ihn nun aus Kostengründen zu zerlegen, macht schon niemals einen Sinn, weil Einsparungen so wenig nur positiv zu Buche schlagen wie Ausgaben nur negativ. Ihre Kehrseiten zu verkennen, ist das Tagwerk schlichter Geister.

Der Auf- und Ausbau des Sozialstaats erfolgte stets in souveränem Staatsinteresse. Wobei der Grundimpuls darin bestand, durch die Systemleistungen und öffentlichen Zuwendungen einen sozialen Ausgleich zu erzielen. Diese Zielsetzung ist freilich nicht gegen andere auszuspielen: Gerechtigkeit ist nur herzustellen, wenn der Gedanke des Ausgleichs, der ihr innewohnt, auch um-

fänglich beachtet ist – also *alle* Bürger einschließt. Genau das jedoch ist nicht der Fall: der Sozialstaat wird wesentlich von der mittleren Schicht getragen, wohingegen die obere infolge proportional geringerer Steuerzahlungen überproportional von ihm profitiert. Da sie ihm allen Schutz- und Freiraum zur ökonomischen Entfaltung verdankt, wäre es nur gerecht, wenn sie sich am Ausgleich der Lasten stärker beteiligt. Und bitte: dieser Beitrag versteht sich genauso als Recht und nicht nur als Pflicht. Wer privilegiert ist, über hohe Einkommen und Vermögen zu verfügen, der kann sich freuen – er *darf* hohe Steuern zahlen.<sup>7</sup>

### Grabs Spuren: die Erosion des Staates

Die ewige Klage über Steuerbelastungen ist an sich schon ärgerlich und peinlich. Das blinde Lob der Entlastungen, das ihr zwanghaft folgt, rührt indes an die Grenze des Erträglichen. Es vergeht kein Tag, ohne dass irgendjemand sich vorzugsweise darin politisch elitär wähnt, dass er dieser absurden Heilsdialektik vom Wort zur Tat verhilft – damit auch das ganze Land nur gründlich von ihr profitiere. Als ob das Wohl der Bürger, wenn nicht allein, so doch vor allem von ihrer Steuerlast abhinge. Als ob *Steuersenkungen* eine *Leistungserhöhung* des Staates zur Folge hätten. Wer verkündet solche Logik? Und wer meint allen Ern-

tes, dass der Staat seinen Aufgaben *besser* nachkommt, wenn er *weniger* Steuern einnimmt? Das denkt doch nur, wer der Quadratur des Kreises anhängt, statt sich seines eigenen Verstandes zu bedienen. Aber so verhält es sich eben mit waschechten Ideologien: sie nehmen jeden Geist gefangen, der bereit ist, sich zu beugen und zu fügen. Da bildet der Neoliberalismus keine Ausnahme.

Das Senken von Steuern erfolgt aber nicht blindlings. Es in Worten zu versprechen und durch Taten umzusetzen, erscheint nur dann irrsinnig, wenn der Staat – trotz aller gebotenen Kritik – als eine Hoheitsinstanz anerkannt ist, weil ihm die Sicherung und Mehrung des Gemeinwohls obliegt. Wenn er stattdessen wesentlich als Erfüllungsgehilfe privatökonomischer Interessen betrachtet und missbraucht wird, dann macht das Senken von Steuern sogar einen exzellenten Sinn. Denn dann braucht es weder einen soliden Staatsetat noch überhaupt einen Sozialstaat. Eine Politik der *Steuersenkungen* nimmt somit eine Erosion des Staates bewusst in Kauf, um ihn sukzessive seiner wirtschaftlichen wie auch rechtlichen Fundamente zu entledigen. Nur so kann sie allein jenen nutzen, die sich einen schwachen Staat leisten können: einen Staat, der sich als Markt versteht und die Bürger als seine Kunden. Ob und inwiefern jemand an seinem Angebot teilhat, ist dann *einzig* eine Frage ökonomischer Potenz. Ohne Ausnahme.

### Spurwechsel – zweiter Versuch: der Ausgleich der Chancen

Die rigide Politik einer weiteren Erosion der Staatsfinanzen ist darum mit aller

---

7 Vgl. hierzu Paul Kirchof in der FAZ vom 07.11.2009 (<http://www.faz.net/s/RubCF3A-EB154CE64960822FA5429A182360/Doc~EC80A1D66914648E6AFF6710426DCFCF9~ATpl~Ecommon~Sspezial.html>), der die Steuer aber letztlich negativ als „Preis der Freiheit“ tituliert.



legalen Macht in die Schranken zu weisen. Je früher desto besser. Sollen Staat und Gesellschaft nicht Gefahr laufen, heute schon jegliche Entscheidungsgewalt über ihre Zukunft einzubüßen, so sind ihre Mehrheitsgruppen gefordert, für das Gemeinwohl Position zu beziehen. Dazu bedarf es nun aber endlich auch einer Reform des Sozialstaates, die hält, was sie namentlich verspricht: die seine finanziellen Ressourcen perspektivisch sichert – nicht obwohl, sondern gerade weil und indem sie die Spur nach einem Höchstmaß an Gerechtigkeit verfolgt. Das Sozialgesetzbuch II jedenfalls verläuft sich nur im Niemandsland. Es erfordert zumindest eine Grundrevision, weil es weitaus mehr schadet als es nutzt: mag es arbeitsmarktpolitisch bereits von zweifelhaftem Wert sein, mag es finanzpolitisch ungünstige und sozialpolitisch unwürdige Effekte zeitigen; familien- und bildungspolitisch erweist es sich vollends als Katastrophe.

Der Kardinalfehler dieses Gesetzes besteht eben darin, derart einseitig erwachsene Bürger mit gesetzlichem Hilfebedarf in Betracht zu nehmen, dass es deren Kinder mit ihrem gesonderten Bedarf achtlos übersieht. Diese Tatsache, die das Bundesverfassungsgericht massiv kritisiert hat, verstößt aber nicht nur gegen eine Grundnorm der Gerechtigkeit, wonach jedem das Seine zusteht;<sup>8</sup> sie verletzt überhaupt jeglichen politischen Pragmatismus. Denn schon aufgrund der Korrelation zwischen allen politischen Feldern müssen Staat und Gesellschaft immens daran interessiert

sein, dass insbesondere jene Kinder, deren Eltern der Unterschicht angehören, *alle* möglichen Entwicklungschancen erhalten, um sich durch Bildung von dieser Schicht zu lösen. Nur so sind jene Folgekosten, die das Sozialsystem heute belasten, potentiell zu vermindern. Einen Ausgleich der Chancen zu erwirken, ist insofern politisch in *jeder* Hinsicht geboten. Ihn durch unsoziale Steuersenkungen zu untergraben, verbietet sich rundweg von selbst.

### **Zielgerade: das Maß der Mitte**

Der Sozialstaat und seine konkrete politische Ausgestaltung offenbaren sich aber nicht bloß in Worten mit primär gesetzlichem Anspruch. Diese bilden nur die Oberflächendimension seiner Gegenwart: sie bringen zum Ausdruck, was das je und je aktuelle staatliche Handeln aufgrund von Parlamentsmehrheiten bestimmt. Seine Tiefendimension, die zwar damit in Kontakt steht, umfasst jedoch alle übrige sozialhistorische Realität in Gestalt jener Worte und Taten, die sie abbilden. Darin eingeschlossen ist somit auch die Gesamtheit öffentlicher und veröffentlichter Meinungsäußerungen, die heute bereits intentional nicht nur auf die Zukunft des Sozialstaates reflektieren, sondern sie bereits präjudizieren. Ob und inwieweit diese Meinungen in Gesetze einfließen, ist nicht vorherzusagen. Feststeht, dass sie – wenn sie produktiv sein sollen –, ihr Konfliktpotential offen legen *müssen*. Die Kernfrage ist nur, welcher Preis dafür zu zahlen ist: was *dürfen* Konflikte im Zeitalter medialer Massenkommunikation kosten?

---

8 Siehe Anm. Nr. 5

Der alltägliche Verlauf, den die Debatte um den Sozialstaat nimmt, erteilt darauf selbst schon eine Antwort. Offenbar meint das Gros der Politikelite, dass ihr jegliche Äußerung erlaubt ist, solange der Schaden, den sie damit verursacht, umgekehrt einen Nutzen für die *eigene* Sache und die *eigene* Wählerschaft einträgt. Das Kalkül, das dahinter steht, ist rein parteipolitischer Natur. Es erwirkt nicht bloß keinen Konsens über die Zukunft des Sozialstaats: es beschädigt sogar überhaupt die Kohäsion der

Gesellschaft, indem es ihre sozialen Bindekräfte zersetzt. Die Frage nach dem Preis für Kontroversen verlangt daher, das normative wie situative Maß gesellschaftlicher Solidarität fallweise zu justieren: welches Maß an Konsens ist nötig, damit trotz der Fliehkräfte, die durch Konflikte entstehen, ein Maximum an Ausgleich möglich wird oder bleibt? Dieses eine Maß der Mitte gilt es, stets aufs Neue zu suchen und zu finden. Es ist die Formel des Ausgleichs – der Schlüssel zur Gerechtigkeit.

Hagen Weiler

## Die Gerechtigkeit gleicher Rechte und Pflichten zum gemeinsamen Wohl aller Menschen nach dem Ende des globalen Finanzkapitalismus

Vor einem Jahr platzten Billionen fauler Wechsel; Banken „kreditierten sich nicht mehr; Regierungen sahen sich gezwungen, ihre Steuerzahler als Bürgen einzusetzen bis zum Doppelten ihrer bisherigen Schulden; Markt-Theologen probierten virtuelle Patienten-Verfügungen zum Exitus des globalen Finanzkapitalismus. Nun wendet sich dieses Blatt wieder: Die „global players“ und „Hütchenspieler“ verlagern ihre Derivate in „bad banks“, genehmigen sich neue „Boni“, weisen „marktfremde“ Regulierungen aus der Politik zurück. In der wissenschaftlichen Publizistik bleibt es bei Appellen – ohne *system*-adäquate Kriterien der Voraussetzungen, Bedin-

gungen und Mittel, erst recht ohne radikal-konsequente Modell-Alternative.

Dagegen richten sich die folgenden Thesen meiner Streitschrift: „Die Gerechtigkeit gleicher Rechte und Pflichten zum gemeinsamen Wohl aller Menschen“ (Berlin 2008)

### Disposition

In einer historisch-systematischen Skizze versuche ich eine Übersicht über sechs „Fort- und Rückschritte zur Freiheit und Gleichheit aller Menschen“ bzw. zum „gleichen Nutzen der Gerechtigkeit“.

Zuvor jedoch stelle ich meine „Maßstäbe verhältnismäßiger Gerechtigkeit“

vor – gegen „schlechte Utopien“ – ohne Raum und Zeit. Dagegen benenne ich die „Perspektiven, Institutionen und Verfahren“, nach denen der gleiche Nutzen der Gerechtigkeit er- und vermittelt werden soll.

- Den *ersten* Fortschritt zu Freiheit und Gleichheit (im Sinne der Gerechtigkeit) erkenne ich bei Aristoteles<sup>1</sup>, der das „gute Leben“ in der „gerechten Ordnung“ (der Stadt) sucht nach „dem Maß der Mitte“.
- Den *zweiten* Fortschritt zu Freiheit und Gleichheit (verbunden mit einem halben Rückschritt) diskutieren zwei Jahrtausende danach David Hume<sup>2</sup>, Jeremy Bentham<sup>3</sup> und John Stuart Mill<sup>4</sup>. Ihr so genannter „Utilitarismus“ orientiert die „Gerechtigkeit“ nach dem „größten Glück“ (= Nutzen) „der größten Zahl“.
- Den *dritten* Fortschritt (leider nur zum Ideal) der Freiheit und Gleichheit postuliert Immanuel Kant<sup>5</sup> in zwei „kategorischen Imperativen des Sittengesetzes“, „*die Menschheit wie*

*jeden Einzelnen zugleich als Zweck, niemals bloß als Mittel (zu) brauchen!*“

- Den *vierten* (nur halben) Fortschritt kritisiere ich in John Rawls „Theorie der Gerechtigkeit“<sup>6</sup>. Zwar erkennt Rawls in seinem „*ersten Gerechtigkeitsgrundsatz*“ „*die Gleichheit aller gesetzlichen und politischen Grundfreiheiten*“ an. In seinem „*zweiten Gerechtigkeitsgrundsatz*“ jedoch rechtfertigt er „soziale und ökonomische Ungleichheiten, wenn sie dem am wenigsten begünstigten am meisten Vorteile bringen“. Über deren historische, politisch-ökonomische Bedingungen legt er seinen „Schleier des Nichtwissens“.
- Den *fünften* (wiederum nur halben) Fortschritt eröffnen Habermas’ „Wahrheits-Theorien“<sup>7</sup> bzw. „Diskurs-Ethik“<sup>8</sup>. Beide begründen und rechtfertigen zumindest eine kommunikative Gerechtigkeits-Theorie. Dieser fehlt jedoch die politisch-ökonomische Basis einer „demokratisch-sozialistischen“ „Wirtschafts-Demokratie“.
- Den *sechsten* (wiederum nur halben) Fortschritt vermitteln drei Schüler von Rawls bzw. Habermas: Wilfried

---

1 Aristoteles: Die Nikomachische Ethik (übersetzt und herausgegeben von Olaf Gigon), München 1972

2 Hume, David: Eine Untersuchung über die Prinzipien der Moral (übersetzt und herausgegeben von Gerhard Streminger, Stuttgart 1984

3 Bentham, Jeremy: in: Höffe, Otfried: Einführung in die utilitaristische Ethik. München 1975, 1992, (2003)

4 Mill, John Stuart: Der Utilitarismus (Hrsg. Dieter Birnbacher), Stuttgart 1985

5 Kant, Immanuel: Grundlegung zur Metaphysik der Sitten (Hrsg. Karl Vorländer), Hamburg 1965

---

6 Rawls, John: Eine Theorie der Gerechtigkeit, Frankfurt 1975

7 Habermas, Jürgen: Wahrheitstheorien, in: Helmut Fahrenbach (Hrsg.): Wirklichkeit und Reflexion, Pfullingen 1973.

8 Habermas, Jürgen: Moralbewusstsein und kommunikatives Handeln, Frankfurt 1983, 2001; ders: Erläuterungen zur Diskursethik, Frankfurt 1991

Hinsch<sup>9</sup> analysiert den Anachronismus der sogenannten „Leistungs“-Gerechtigkeit, wenn auch nicht ohne einen sog. prudentiellen Vorbehalt. Stefan Gosepath<sup>10</sup> analysiert den Anachronismus der sog. „Verdienst“-Gerechtigkeit. Rainer Forst<sup>11</sup> stellt zwar „die erste Frage der Gerechtigkeit“: nach der Herrschaft über die Produktionsmittel, ohne diese jedoch mit der gerechtigkeits-systematischen Alternativen-Diskussion zu beantworten.

Zum Schluss komme ich zurück auf meine einleitenden „Aufgaben und Maßstäbe verhältnismäßiger Gerechtigkeit“. Nachdem zumindest – programmatisch – die Freiheiten und Gleichheiten aller Staatsbürger vor den allgemeinen Gesetzen, bei politischen Wahlen und Abstimmungen, beim Zugang zu öffentlichen Ämtern gelten, gilt dieses Gerechtigkeitsprinzip gleicher Rechte und Pflichten in der Wirtschaft noch lange nicht.

Unter dieser Perspektive stehen zwei Modelle zur Diskussion: „Soziale Marktwirtschaft“ oder „Demokratischer Sozialismus“.

## **I. Aufgaben und Maßstäbe verhältnismäßiger Gerechtigkeit**

Gerechtigkeit lässt sich nur vereinbaren. Dazu bedarf es – einverständlicher – Kategorien und Kriterien, Prinzipien und Regeln. Diese sind nicht zu erkennen ohne ihre Voraussetzungen und Bedingungen. Die Zwecke der Gerechtigkeit lassen sich weder der Natur entnehmen noch vom Himmel herunterholen. Die Natur spricht nicht und die „Offenbarungen“ des Himmels können selbst für die, welche daran glauben (wollen) auch nur ihre eigenen Projektionen widerspiegeln.

Gerechtigkeit kann nicht „utopisch“, d.h. jenseits von Raum und Zeit herbeispekuliert werden. Ihren Rahmen bilden die Verhältnisse, zu denen sich Menschen verhalten. Diese Verhältnismäßigkeiten sind nicht zu „transzendieren“. Ihre Entwicklung hängt zu meist ab von dem jeweiligen Stand der Produktionsmittel sowie ihrer Produktions- und Distributions-Verhältnisse. Geraten diese zueinander in Widersprüche, konfliktieren auch deren rechtliche, politische, ökonomische und kulturelle Ordnungen und Legitimationsmuster zur Gerechtigkeit. Aus diesen Widersprüchen folgen Krisen. Diese eröffnen neue Möglichkeiten und Notwendigkeiten, Ordnungen zu reformieren oder zu revolutionieren. Bei all diesen Reformen und Revolutionen bleibt diese durchgehende Aufgabe der Gerechtigkeit, die (sozialen) Verhaltensweisen so zu regeln, dass möglichst viele Menschen verhältnismäßig lange und gut (über) leben können. Ohne diesen Anspruch hätten Gerechtigkeits-Pflichten keine Legitimation, wenn nicht (Verteilungs-)

---

9 Hinsch, Wilfried: Gerechtfertigte Ungleichheiten, Grundsätze sozialer Gerechtigkeit, Berlin 2002

10 Gosepath, Stefan: Gleiche Gerechtigkeit. Grundlagen eines liberalen Egalitarismus, Frankfurt 2004

11 Forst, Rainer: Die erste Frage der Gerechtigkeit, in ApuZ 2005, H. 7

Konflikte so miteinander auszutragen wären, dass deren „Lösungen“ mehr Vorteile als Nachteile erbringen sollen.

Gerechtigkeit ist also kein Selbstzweck sondern das (Verfahrens-)Mittel zur Verteilung von Rechten und Pflichten. Die Funktion der Gerechtigkeit soll die gesellschaftliche Arbeitsteilung so organisieren, dass deren Erträge möglichst vielen Menschen zu Gute kommen. *Somit dient die Gerechtigkeit dem Gemeinwohl.* Dessen Güte lässt sich messen an der (konsensfähigen) Verteilung ihrer Mittel und Ressourcen.

Der angebliche Vorrang der „deontologischen“ Gerechtigkeit vor ihrem Nutzen verfehlt deren Komplexität. Erst der *widerspruchsfrei allgemeine Nutzen für alle Menschen macht die Qualität der Gerechtigkeit aus.* Gerechtigkeit und Gemeinwohl entsprechen den beiden Seiten derselben Medaille. So hatte bereits die große „Französische Revolution“ von 1789 die drei Schlüsselbegriffe der Gerechtigkeit verbunden: „Freiheit – Gleichheit– Brüderlichkeit“.

Gerechtigkeit hat sich historisch entwickelt aus den Erfahrungen mit der so genannten „goldenen Regel der Gegenseitigkeit“, d. h. aus dem (äquivalenten) Austausch von Gabe und Gegen-Gabe, von Leistung und Gegen-Leistung, von Schaden und Entschädigung, aber auch von Vergeltung.

Diese Gegenseitigkeit korrespondierte mit der Widerspruchsfreiheit in Rede und Gegen-Rede. Nicht nur Priester und Schriftgelehrte erkannten, dass man umso zuverlässiger auf Erklärungen und Versprechen bauen konnte, je mehr diese – regelhaft – getragen wurden „von dem wechselseitigen, aufge-

*klärten und eingehaltenen guten Willen“*, nicht in Widerspruch zu geraten zu seinen eigenen Worten und Taten.

Hier liegt die erste Stufe der Gerechtigkeit in noch überschaubaren Gruppen, d. h. die Vorteilhaftigkeit jeder so genannten Binnen-Moral. Diese finden wir nicht nur in der gattungsgeschichtlichen Kulturentwicklung, sondern auch in der individualgeschichtlichen Evolution.

Die zweite Stufe der Gerechtigkeit bildet sich in dem Maße heraus, in dem Vereinbarungen die Reich- und Tragweite (allein) zweiseitiger Verträge – zugunsten unbekannter Dritter – überschreiten. Jenseits rein fallbezogener (Einzelfall-)Entscheidungen werden Satzungen und Gesetze notwendig. Deren Konsequenzen und Adressaten sind nur noch abstrakt zu bestimmen. In ihrer Allgemeinheit überwinden sie in der Neuzeit anachronistische Privilegien und Vor-Rechte aus den Sklaven- und mittelalterlichen Feudal-Gesellschaften.

Die rechtliche Gleichheit vor den allgemeinen Gesetzen sowie bei politischen Wahlen und Abstimmungen der Bürger schlossen (noch) Bauern und Arbeiter aus. Ungleich blieben erst recht die Pflichten derer, welche die Lebensmittel (praktisch) erarbeiteten, gegenüber den Rechten derer, die über deren Produktion und (erst recht) über die Distribution entschieden. Gegen diese Ungleichbehandlung richtet sich meine Gerechtigkeits-Theorie gleicher Rechte und Pflichten. Warum sollten die historischen Fortschritte zu moralisch und wissenschaftlich, gesetzlich und politisch gleicher Rechte und Pflichten vor den Toren und Türen der Wirtschaft halt machen?

## II. Perspektiven, Institutionen und Verfahren zum gleichen Nutzen der Gerechtigkeit

Die Schlüsselbegriffe und Maßstäbe der *Gerechtigkeit* entsprechen denen ihres allgemeinen und gleichen *Nutzens*. Eingelöst werden sie in den Institutionen und Verfahren argumentativer, rechtlicher, politischer und vor allem ökonomischer Gleichbehandlung durch gleiche *Rechte* bzw. gleiche *Pflichten* bei der Produktion und Distribution der allgemeinen (= durchschnittlich notwendig bzw. wissenschaftlich-technisch möglich) Lebensmittel und sozialen Dienstleistungen.

Für den Aufwand und Ertrag haften alle (arbeitsfähigen) Menschen in gleicher Weise (zunächst durch gleiche Entlohnung).

Die Entlohnung hängt ab von der Quantität und Qualität der Güter und sozialen Dienste. Darüber entscheiden parlamentarisch verantwortliche Gesetzgeber, Regierungen und Verwaltungen sowie im Streitfall die angerufenen, gesetzlichen Richter. Alle öffentlichen Ämter werden in gesetzlichen Abständen nach allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlen besetzt. Sie werden nur für eine Periode vergeben. Die Amtsinhaber bleiben jedoch für eine weitere Amtszeit als Berater für ihre Nachfolger. So sollen ihre Erfahrungen weiter genutzt werden. Mit ihrer Rückkehr in ihre früheren Berufe verstärken sie die fachlichen Qualifizierungen der Wähler. Jeder Amtsinhaber darf nur ein Amt ausüben. Kein Amtsinhaber darf Nebeneinnahmen oder andere geldwerte Zuwendungen für sich oder seine Angehörigen und Freunde entge-

nehmen. Ihr Einkommen darf die allgemeinen Entlohnungen nur in der Höhe ihrer Aufwandsentschädigungen übertreffen. So kann niemand aus einem öffentlichen Amt ein persönliches (Vorteils-)Geschäft machen.

Diese Gewalten- und Arbeitsteilung sowie die Bezahlung gelten in gleicher Weise für alle kulturellen und ökonomischen Leitungsfunktionen. Die Leiter werden die Konsequenzen ihrer Entscheidungen schon dadurch mittragen, dass sie nach zwei Wahlperioden in ihre vorherigen Berufe zurückkehren. Sie werden sich von vornherein ideell und materiell dafür engagieren, die allgemeine Quantität und Qualität der Leistungen zu verbessern. Dabei können sie – anders als gegenwärtig – auf die Solidarität und Kooperation ihrer Mitarbeiter und Nachfolger bauen. Zu Gute kommt ihnen die frei gewordene Zeit und Energie, die zuvor verbraucht wurde in Konkurrenzkämpfen um Auf- und Abstiege.

## III. Historische Fortschritte zu Freiheit und Gleichheit

### 1. Aristoteles: „Jedem das Seine“

Am Anfang war Aristoteles. Er suchte nach allgemeinen einsichtigen und zustimmungsfähigen Prinzipien des guten Lebens in der gerechten Ordnung zum Wohl der polis. Diesem Wohl dienen die Tugenden (= Pflichten) der erwachsenen, männlichen, freien Bürger Athens. Die erste, „bürgerliche“ Emanzipation von den traditionellen Privilegien der alten Aristokratie wurde verknüpft mit der Verteidigung der ökonomischen Ungleichheit zugunsten der nunmehr auch

privilegierten Bürger gegen die Bauern, Handwerker (= „Banausen“) und Händler. Die Besitzverhältnisse sollten gleich bleiben nach dem Verhältnis ihres Verdienstes für das Gemeinwohl.

Nach meiner Kritik lässt sich die Aktualität von Aristoteles' Gerechtigkeit an ihrem doppelten, interdependenten Widerspruch messen:

- a) Einerseits hat sie den „klassischen“ Vorzug, das „gute Leben“ mit dem „gerechten Staat“ zu verbinden. Andererseits hat sie den (bis heute anhaltenden) Nachteil, diese Verbindung nicht für alle Menschen in gleicher Weise zu verallgemeinern.
- b) Einerseits hat sie den „klassischen“ Vorzug des rechten „Maßes der Mitte“ (= „zwischen Mangel und Überfluss“). Andererseits hat sie den (bis heute anhaltenden) Nachteil, dieses „Maß der Mitte“ im Ergebnis verkürzen zu lassen auf die „Mittelmäßigkeit des Mittelstandes“.

Der Mittelstand wusste sich damit zufrieden zu geben, seine Privilegien festschreiben zu lassen unter den beiden bis heute wirksamen Grundsätzen: „Jedem das Seine“ und „Gleiches soll gleich behandelt werden, Ungleiches soll ungleich behandelt werden“. Derartige Formeln beanspruchen zwar einen gewissen Aufwand an Begründungen, um die Abweichungen von der Gleichheit zu rechtfertigen. Solange jedoch die Privilegien selbst über ihre Kriterien (= von „Verdienst“ und „Verantwortung“) entscheiden, bleibt deren – zu rechtfertigende – Verallgemeinerung borniert. (Diese Borniertheit der Eigentümer-Privilegien ha-

ben auch die späteren Theorien des „Utilitarismus“ nicht zu öffnen verstanden.)

## 2. Hume, Bentham, Mill: „Das größte Glück der großen Zahl“

In dieser Formel fasst Jeremy Bentham (1789) den „Nutzen der Gerechtigkeit“ zusammen. Er diskutiert vor allem eine Frage: Wie lässt sich diese „größte Glück“ (d. h. der Nutzen) quantifizieren bzw. qualifizieren?

Im Vergleich dazu bleiben kritische Kontroll-Fragen im Wesentlichen ohne Antworten:

- a) Erschöpft sich dieser „Nutzen der Gerechtigkeit“ in der Kalkulation ihrer Konsequenzen für die Vorteile der meisten gegenüber den Nachteilen für die wenigsten?
- b) Welche Grenzen gibt es für den Schutz der Minderheiten?
- c) In welchem Verhältnis stehen die Vorteile der meisten zum allgemeinen Wohl?
- d) Wäre eine Gleichverteilung aller Mittel zum größten Nutzen aller Menschen nicht zugleich die höchste Gerechtigkeit?

Die Antworten auf die erste Frage gibt Bentham in vielfach differenzierteren Kategorien und Kriterien, als die seit langem gewohnte oberflächliche Abqualifizierung des „klassischen Utilitarismus“ wahrhaben will. Methodisch richtig daran ist jedoch die Kritik, dass unterschiedliche Menschen nur unterschiedlich ihr Wohl bestimmen können. Falsch dagegen wäre die Behauptung, sie brauchten dazu keine vergleichbaren Bedingungen und Mittel, um die Nach-

teile abzuwehren, die sie nicht wollen, um die Vorteile zu ermöglichen, die sie wollen.

Im Vergleich zu Bentham begründet David Hume den *allgemeinen Nutzen der Gerechtigkeit* erheblich systematischer. Insbesondere gelingt ihm der Umkehrschluss von der „Schlechtigkeit der Verhältnisse“ auf ihre „Ungerechtigkeit“. Leider argumentiert Hume nur auf einer logisch-empirischen Ebene, die ihre eigene zeitfixierte (Vorurteils-)Borniertheit nicht historisch-analytisch bzw. ideologie-kritisch zu durchschauen weiß: „Gerechtigkeit, Mühe und Fleiß“ ordnet er als Tugenden zu allgemein vorteilhafter Gerechtigkeit *nicht* egalitären „Eigentumsideen“ zu: „Die Ideen von einer *vollkommenen* Gleichheit“ sind für ihn „tatsächlich undurchführbar und selbst, wenn sie es nicht wären, doch äußerst schädlich für die menschliche Gemeinschaft“. Damit erschöpft sich der „Nutzen der Gerechtigkeit“ zugunsten fairer Privilegien ungleicher Verteilung von Hand- und Hauseigentum. (In diesem *praktischen Resultat* kommt Hume genauso wenig über Aristoteles hinaus wie nach ihm Kant und später noch Rawls.)

Ein Jahrhundert nach Hume erscheint John Stuart Mills „Utilitarismus“ (1871) philosophisch gehaltvoller. Er arbeitet das „Prinzip der Nützlichkeit“ *qualitativ* heraus im Hinblick auf deren Kriterien sowie ihrer sozialen Voraussetzungen, Umstände und Mittel. Damit vertieft er die Einsichten in den allgemeinen Nutzen der Gerechtigkeit. Vor allem im ausdrücklichen Anschluss an Kant postuliert er eine gesetzmäßige Verallgemeinerung der Gerechtig-

keit. Leider scheut Mill dennoch zurück vor einer radikal-konsequenten Analyse und Kritik ungleicher Eigentums-„Gerechtigkeit“. Er kann (und will?) sich nicht entscheiden zwischen den herrschenden Glaubenssätzen seiner Zeit:

„Wer glaubt, dass die Nützlichkeit Rangunterschiede erfordert, hält es nicht für ungerecht, dass Besitz und Vorrechte ungleich verteilt sind, während derjenige, der glaubt, dass diese Ungleichheiten der Nützlichkeit widersprechen, sie auch für ungerecht hält. Manche Kommunisten halten es für ungerecht, den Arbeitsertrag der Gemeinschaft nach einem anderen Prinzip als dem der völligen Gleichheit zu verteilen. Andere finden es gerecht, dass die das meiste bekommen, ... die mehr produzieren oder deren Leistungen für die Gemeinschaft wertvoller sind, bei der Aufteilung des Ertrages mit Recht einen größeren Anteil beanspruchen dürfen. (...) Allein die soziale Nützlichkeit kann hier eine Entscheidung treffen.“

Dieser letzte Satz trifft die Kern-Frage der ökonomischen Verteilungs-Gerechtigkeit. Sie kann logisch-empirisch nicht anders beantwortet werden als durch – hinreichende – Modell-Vergleiche ihrer (alternativen) Praktiken. Wer diesen Versuch gar nicht erst riskieren will, muss sich nach seinen Gründen fragen lassen: Welche Privilegien will er nicht zur Distribution stellen?

### 3. Kant: „Kategorische Imperative des Sittengesetzes“

Die große Gegentheorie zum englischen Utilitarismus postuliert Immanuel Kants: „Grundlegung zur Metaphysik der Sitten“ (1785), nachdem „die Erin-



nerung des David Hume ... seinen dogmatischen Schlummer unterbrach“ und seinen „Untersuchungen im Felde der spekulativen Philosophie eine ganz andere Richtung gab“. Diese „Richtung“ führt zu seinen beiden „Kategorischen Imperativen“:

- „Handle nur nach derjenigen Maxime, durch die du zugleich wollen kannst, dass sie ein allgemeines Gesetz werde!“
- „Handle so, dass du die Menschheit, sowohl in deiner Person als in der Person eines jeden anderen jederzeit zugleich als Zweck, niemals bloß als Mittel brauchst.“

Nach diesen beiden Imperativen richtet sich auch meine Theorie der Gerechtigkeit gleicher Rechte und Pflichten. Diese rechtfertige ich allerdings nicht metaphysisch sondern logisch-empirisch: Aus historisch vergleichenden Analysen der allgemeinen und gleichen Interessen der Menschen, ihre Lebensmittel und sozialen Dienste so herzustellen und zu verteilen, dass möglichst alle möglichst gut (über)leben können, folgen ihre adäquat gleichen Rechte und Pflichten zur Teilung ihrer Arbeit und deren Erträge.

Danach brauchen wir (auch auf dem Niveau evolutionärer Erkenntnistheorien) Kants verabsolutierte a-priorische „Kopfgeburten“ nicht (mehr) sondern gegenseitige Empathie und Fürsorge, allgemeine Solidarität und Kooperation – von gleich zu gleich. Danach können wir unser eigenes Wohl (bzw. dessen Bedingungen und Mittel) widerspruchsfrei verallgemeinerungsfähig nur so verfolgen wie mit ihnen das gleiche Wohl aller anderen Menschen. Dieses Wohl

verfehlen wir solange, wie wir mehr beanspruchen als alle anderen.

Insoweit bleiben alle Rechtfertigungsversuche ungleicher (Haus-) Eigentümer-Privilegien von Kant bis Rawls hinter ihren eigenen Gerechtigkeits-, Verallgemeinerungen“ zurück.

#### 4. Rawls: „Eine Theorie der Gerechtigkeit“ – „Unter dem Schleier des Nichtwissens“

Diese „Gerechtigkeitstheorie“ ist nach meiner Kritik die zugleich einflussreichste (und deswegen philosophisch am meisten überschätzte) Konzeption im letzten Viertel des 20. Jahrhunderts. Rawls ist es – gegen seine Absicht – weder gelungen,

- „Kants Theorie des Gesellschaftsvertrages zu verallgemeinern“, noch
- „die utilitaristische Tradition auf eine höhere Abstraktionsstufe zu heben“.
- Statt beide Traditionen zu übertreffen, laviert er zwischen beiden herum, fällt zwischen beiden durch:
- Hätte er die utilitaristische Tradition auf eine höhere Ebene gehoben, hätte er in der Kritik von Mills „Nutzen der Gerechtigkeit“ deren gemeinsame und gleiche Verfahrens-Rationalität erkennen sollen. Genau über dieser Perspektive jedoch verhängte Rawls seinen „Schleier des Nichtwissens“ im so genannten „Original-Zustand“. (Diesen hatte er fingiert, um aus ihm die vereinbarungsfähigen Grundsätze herauszuholen, die er brauchte, um seinen erweiterten Gerechtigkeitsgrundsatz zu legitimieren):
- „... soziale und wirtschaftliche Ungleichheiten sind so zu gestalten, dass sie ... den am wenigsten Be-

günstigten ... der Gesellschaft den größten Vorteil bringen (Differentialprinzip)“.

Dieses so genannte „Differenzprinzip“ ist der einzige originelle „Gerechtigkeitsgrundsatz“. (Der andere, „erste Gerechtigkeitsgrundsatz gleicher Grundfreiheiten“ ist in allen modernen rechtsstaatlichen Demokratien ein selbstverständlicher Programm-Satz; wäre Rawls noch dahinter zurückgefallen, hätte er an dieser Diskussion nicht mehr teilgenommen.)

Ich halte Rawls' „Differenzprinzip“ für eine raffinierte Variante der traditionellen Legende, die er selbst in seinem ursprünglich zweiten Gerechtigkeitsgrundsatz vertreten hatte:

„Soziale und wirtschaftliche Ungleichheiten sind so zu gestalten, dass ... sie zu jedermanns Vorteil dienen.“

Diese Legende ist von Aristoteles bis zu den Utilitaristen erzählt worden. Sie gilt weiter seit der (Glaubens-)Lehre des schottischen Ökonomen Adam Smith (1776) bis zu dem Parteiprogramm der CDU/CSU im Sinne der so genannten „Sozialen Marktwirtschaft“ (1948–2007).

Rawls war geschickt genug, über diese (nur behauptete) Erfolgsgeschichte seinen „*Schleier des Nichtwissens*“ zu verhängen. Damit konnte er zugleich auch die Entscheidung (pseudo-)offen halten zwischen „*Demokratie mit Eigentumsbesitz*“ und „*liberalem Sozialismus*“. (Tatsächlich ist Rawls' Sympathie für die liberal-demokratischen Rechtsstaaten mit Privateigentum an Produktionsmitteln nicht zu verkennen. So ist auch seine erklärte Sympathie für das Godes-

berger Programm der SPD von 1959 zu erklären, weil darin die Abschaffung des Privateigentums an Produktionsmitteln nicht mehr zu den Kernforderungen eines demokratischen Sozialismus gehörte.)

Tatsächlich hat Rawls gleichfalls seinen „*Schleier des Nichtwissens*“ verhängt über die System-Vergleichsfrage: Warum sollen in der „*Demokratie mit Eigentumsbesitz*“ (nicht zuletzt auch an den eigenen Häusern für Philosophen) „*den am wenigsten Begünstigten ...*“ die sozialen und ökonomischen Ungleichheiten die größten Vorteile bringen, während es in einer genossenschaftlich-egalitären Wirtschafts-Demokratie (ohne Privateigentum an Produktionsmitteln) diese am meisten Benachteiligten gar nicht zu geben brauchte?

##### **5. Habermas' „Wahrheits-Theorie“ und „Diskurs-Ethik“**

Im Gegensatz zu Rawls' („lockeren“ bzw. „freihändigen“) liberal-gutwilligen „Common-Sense“-Assoziationen hat Habermas eine gleichermaßen erkenntnistheoretisch und sprachlogisch fundierte „Wahrheits-Theorie“ bzw. „Diskurs-Ethik“ vorgelegt. Zugleich hat er sich historisch-kritisch mit Karl Marx' „politischer Ökonomie“ auseinandergesetzt. Dementsprechend hat er – wiederum im Gegensatz zu Rawls – keinen „*Schleier des Nichtwissens*“ über die Strukturen und Trends des Kapitalismus gelegt. Nicht zuletzt hat Habermas – anders als Rawls – sogar eine eigene „Diskursethik des Rechts und des demokratischen Rechtsstaates“ (1992) vorgelegt. (Nach meiner Kritik – als Jurist und Politologe – ist ihm diese we-

niger gelungen. Hier schöpft Habermas überwiegend nur aus zweiter Hand, nämlich aus den Dissertationen seiner Schüler, die zugleich Soziologen und Juristen waren.

Nicht zuletzt belegt seine überwiegend ungerechtfertigte Kritik an dem „Gesetzes-Positivismus“ seines „Habilitation-Vaters“ Wolfgang Abendroth<sup>12</sup>, dass er dessen verfassungssystematische Rechtfertigung eines „demokratisch-sozialistischen Rechts- und Sozialstaates“ verkennt hat.)

Vermutlich leitete Habermas' Erkenntnis-Interesse eine zweifache Neigung:

- Zum einen wollte er anscheinend nie den Rahmen (links)-liberaler Reformen überschreiten. Zwar hat er wohl hin und wieder sogar mit Modellen eines „Dritten Weges“ zwischen „Staats“- und „Privat-Kapitalismus“ sympathisiert.
- Zum anderen jedoch favorisiert er offen an Stelle staatsorganisatorischer Reformen „von oben“ demokratische Selbstorganisation „von unten“, vor allem in so genannten Bürgerinitiativen. Dabei übersieht er jedoch den „kurzen Atem“ dieser Bürgerinitiativen, sobald ihre „liberalen Sponsoren“ ihre eigenen Zwecke (- und nicht die der lohnabhängigen Arbeiter und nicht-leitenden Angestellten) erreicht haben. Weiter berücksichtigt Habermas nicht (hin-

reichend), dass nur ein von deutlichen Wähler-Mehrheiten getragener parlamentarischer Rechtsstaat die Institutionen, Mittel und Verfahren administrativ effizient organisieren kann, um die Kapital-Verwertungsinteressen (noch) zu kontrollieren.

Insbesondere entwickelt Habermas kein systematisches Erkenntnisinteresse gegenüber dem Widerspruch zwischen der wachsenden Ungleichbehandlung im Kapitalismus und dem prinzipiellen Egalitäts-Prinzip (selbst in den „liberalen“) Gerechtigkeits-Theorien nach ihm.

Diese Lücke oder („Offenheit“) ist umso erstaunlicher, als Habermas' seine „Wahrheits-Theorie“ bzw. „Diskurs-Ethik“ gar nicht anders angelegt hat als nach den Prinzipien gleicher Rechte und Pflichten aller Kommunikations-Partner: Wie könnten wissenschaftliche Kontroversen zur Ethik zwischen

- sachlich informierten,
- kompetent schlussfolgernden,
- „gutwilligen“ (d.h. ergebnis-offenen, selbst-kritischen) Partnern ... mit Aussichten“ auf:
- wechselseitige Korrekturen und Ergänzungen und
- allgemeine Verständigungen und Vereinbarungen anders erwartet werden, als dass diese Partner sich
- nach ihren „besten Kräften“ ohne Vorbehalt bemühen um
- intersubjektive Verständlichkeit,
- sachliche Richtigkeit,
- quellen- und methodisch-kritische Begründbarkeit,
- logische Widerspruchsfreiheit und Verallgemeinerbarkeit un

---

12 Abendroth, Wolfgang: Zum Begriff des demokratischen Rechtsstaates im Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland (1954), in: Forsthoft, Ernst (Hrsg.): Rechtsstaatlichkeit und Sozialstaatlichkeit, Darmstadt 1968

- persönliche Wahrhaftigkeit aller ihrer Aussagen?

Doch welchen „Wert“, welche politisch-ökonomischen Konsequenzen sollten diese Diskussionen zu ethischen Kontroversen eröffnen (können), wenn diese nicht beschränkt bleiben sollten auf den Rahmen philosophischer Ober-Seminare?

#### **6. Hinsch, Gosepath, Forst:**

##### **„(Noch) gerechtfertigte Ungleichheiten“**

Wilfried Hinschs „Gerechtfertigte Ungleichheiten“ und Stefan Gosepaths „Gleiche Gerechtigkeit“ stehen „noch mit einem Bein“ im Schatten von Rawls’ „*Liberalem Egalitarismus*“ und seinem „*Differenz-Prinzip*“. Anders als Rawls erkennt Hinsch zwar das Ende der so genannten „Verdienst“-Gerechtigkeit. In der modernen (Massen)-Industriegesellschaft lässt sich keine (Einzel)-Leistung mehr valide, gar reliabel isoliert feststellen, geschweige denn in ihrem individuellen Beitrag zum Allgemeinwohl ungleich bewerten. Dennoch hält Hinsch an seinem prudentiellen Vorbehalt fest.

Auch Gosepath überwindet anachronistische Rechtfertigungen ungleicher „Leistungs“-Gerechtigkeit. Dennoch hält er fest an seiner Rationalisierung (ungleicher) „Verantwortungs“-Gerechtigkeit, ohne den (Selbst)-Widerspruch zu erkennen, dass diese „Verantwortung“ genauso wenig ungleich eingelöst werden kann, wie die (ihr zugrunde liegende) „Leistung“.

Im Unterschied zu Hinsch und Gosepath stellt Rainer Forst zu Recht „die erste Frage der Gerechtigkeit“ nach der politischen Konzeption dieser Markt-

wirtschaft, d. h. nach den Machtverhältnissen und Entscheidungsbefugnissen über die Produktionsmittel sowie nach den Kapitalverwertungsinteressen von Groß-Aktionären, ihren Managern und Börsenspekulanten. Die alternative Antwort auf diese Frage jedoch gibt er nicht: Wie könnte man gerechtigkeits-systematisch eine „Ethik“ des Marktes rechtfertigen, der a-moralisch bzw. gerechtigkeits-indifferent allein nach den (blinden) Mechanismen von Angebot und Nachfrage, Kosten und Gewinnen funktioniert? Hatte nicht bereits eineinhalb Jahrhunderte zuvor ein gewisser K. H. M. in Brüssel die „Verantwortung“ der Kapitalisten-Klasse für die Zukunft ihrer Kinder und Enkel in der „klassischen“ Formel auf den einen Nenner gebracht: „Après nous le déluge!“?

#### **IV „Soziale Marktwirtschaft“ oder „Demokratischer Sozialismus“?**

Am Ende kehre ich zum Anfang meiner Thesen zurück:

1. Gerechtigkeit meint die Gleich-Verteilung von Rechten und Pflichten aller (arbeitsfähigen) Menschen.
2. In den modernen westlichen demokratischen und sozialen Rechtsstaaten werden (zumindest programmatisch) die Regeln gleicher Rechte und Pflichten vor den allgemeinen Gesetzen, bei Wahlen und Abstimmungen, beim Zugang zu allen öffentlichen Ämtern ebenso wenig in Frage gestellt wie die allgemeinen und gleichen Grund- und Menschenrechte.
3. Jeder Mensch hat einen Rechtsanspruch auf die staatliche Sicherung seines so genannten Existenz-Mi-

nimums. Dieses Minimum umfasst nicht nur die (überlebens-)notwendigen Mittel zur Ernährung, Wohnung, Kleidung, Hygiene, medizinische Versorgung und Bildung sondern auch die sonst notwendigen Mittel, um seine Grundrechte ausüben zu können.

4. Soziale und ökonomische Ungleichheiten könnten nur noch legitimiert werden, wenn ihre Leistungen, Verdienste und Verantwortungen mehr zum Gesamtwohl beitragen als ohne sie.
5. Nachdem in industriellen und wissenschaftlichen Produktionsprozessen individuelle „Leistungen“ nicht mehr evaluiert werden können bzw. Erben großer Vermögen, Aktionäre, Manager und Spekulanten „Verdienste und Verantwortungen“ ohne Gemeinwohl-Verpflichtungen in Anspruch nehmen, sind ökonomische Privilegien nicht mehr zu rechtfertigen.

Beiden konkurrierenden Konzeptionen „Soziale Marktwirtschaft“ und „Demokratischer Sozialismus“ liegen Prinzipien und Regeln gleicher staatsbürgerlicher Rechte und Pflichten zu Grunde. Sie unterscheiden sich allerdings in ihren Konzeptionen zur Wirtschafts- und Sozialordnung.

Die „Soziale Marktwirtschaft“ beansprucht die CDU/CSU seit 1948/49 als ihre Alternative zum „Demokratischen Sozialismus“ der (damaligen) SPD. Die (damalige?) CDU/CSU legitimiert ihr Modell des „Sozialstaates“ im Sinne eines „sozialen Kapitalismus“. Dessen (ökonomische) „Freiheiten“ sollte der

so genannte „Leistungswettbewerb“ gewährleisten. Dafür sollte der Staat den gesetzlichen Rahmen einer „funktionierenden Wettbewerbsordnung“ schaffen und erhalten. Eine staatliche Kartellbehörde sollte seit 1957 missbräuchliche, marktbeherrschende Preisabsprachen, Kartelle, Oligopole und Monopole verhindern. Weitere staatliche Festlegungen waren nicht vorgesehen. Die Lenkung der wirtschaftlichen Prozesse sollte durch *marktgerechte Preise* erfolgen. Staatliche Investitionslenkungen waren nicht vorgesehen. Für Löhne und Arbeitsbedingungen sollten nur die Tarifvertragsparteien zuständig sein. Die staatlichen Sozialleistungen standen unter dem Vorrang der Subsidiarität.

Dagegen postulierte die SPD (bis zu ihrem Godesberger Programm von 1959) ihr Modell des „Sozialstaates“ im Sinne einer genossenschaftlichen „Wirtschafts-Demokratie“. Diese sollte nach fünf Prinzipien aufgebaut werden:

1. Die so genannte „Gemeinwohl-Verpflichtung“ des Eigentums (i. S. des Art. 14, II GG) sollte gesetzlich eingelöst werden.
2. „Grund und Boden, Naturschätze und Produktionsmittel sollten in Gemeineigentum oder in andere Formen der Gemeinwirtschaft“ (i. S. des Art. 15 GG) „durch Gesetze überführt werden“.
3. Durch Gesetze sollte die paritätische Mitbestimmung der Arbeiter in ihren Betrieben eingeführt werden.
4. Der Primat der Politik sollte durch staatliche Investitionslenkungen erfüllt werden.
5. Wirtschafts- und Sozialpolitik sollten gleichrangig werden.

Nach den ersten Bundestagswahlen (1949) hat sich die „Soziale Marktwirtschaft“ durchgesetzt. Sie zeigte sich auch relativ erfolgreich in der ersten Hälfte der „Bonner Republik“: Durchgehende Wachstumsraten erlaubte die so genannte *Sozialpartnerschaft* zwischen Arbeitgeber und Gewerkschaften.

Diese Entwicklung verlangsamte sich erheblich in der zweiten Hälfte der „Bonner Republik“. Der „sozialliberalen“ Regierung (von 1969–1982) gelang es nicht mehr, die steigenden Arbeitslosenzahlen und die eskalierenden Schulden zu stoppen. Daran änderte sich nichts unter der Kanzlerschaft Kohls (CDU) von 1982–1998. In dieser Periode beginnt die Umverteilung von den Löhnen der Arbeiter und nicht-leitenden Angestellten zu den so genannten „Selbständigen“ bzw. den Kapitalvermögen. Diese Entwicklung beschleunigte sich weiter unter der Kanzlerschaft Schröders (SPD) von 1998–2005. Daran hat sich mit der „Großen Koalition“ bis heute nichts geändert.

Den Hintergrund bildet seit 1989/90 – nach der Implosion des (parteibürokratischen) „Staats-Kapitalismus“ – die „Globalisierung“. Mit der Öffnung fast aller nationalen Märkte – zum freien Verkehr von Kapital, Waren, Dienstleistungen und Arbeitskräften – verloren die nationalen Parlamente und Regierungen viele ihrer früheren Kontroll- und Eingriffsrechte, vor allem aber wesentliche (Steuer-)Mittel, nicht zuletzt durch die Privatisierungen von Post und Verkehr sowie anderen öffentlichen Eigentums. Die Nationalstaaten zogen sich aus ihren traditionellen sozial- und kulturstaatlichen (Pflicht-)Aufgaben zu-

rück. Das Ende der „Sozialen Marktwirtschaft“ wird absehbar – und damit der Anfang des „Demokratischen Sozialismus“?

Die „Soziale Marktwirtschaft“ hat ihre Versprechen im Sinne eines „sozialen Kapitalismus“ nicht verwirklichen können. Der vorgesehene „Wohlstand für alle“ wurde im Ergebnis „von unten nach oben“ noch mehr umverteilt als in der Vergangenheit. Selbst die bisherigen Fortschritte zu gleichen Grundfreiheiten in Politik und Recht drohen nicht nur gegenüber dem sog. Terrorismus wieder zu regredieren. An die Stelle des Primats politischer Verantwortung für Abrüstung, Umweltschutz und staatlichen Entschuldungen treten die „Wertschöpfungen“ des unkontrollierten globalen „Finanzkapitalismus“.

Wie lässt sich dieser „Kapitalismus“ noch vor sich selbst retten? Wie könnte der Staat noch als „Reparatur“-Agentur fungieren gegenüber einer Marktwirtschaft, die ihre eigenen Regeln „fairer Konkurrenz“ selbst genauso wenig einhält wie den notwendigen Schutz ihrer ökologischen und kulturellen Bedingungen? Meine Generation hinterlässt ihren Kindern und Enkeln eine Welt voller Waffen und Schulden, Giften und Drogen.

Wann wird es zu einem militärischen, fiskalischen, ökologischen Kollaps kommen?

Oder ist noch Zeit zur Bewährung für einen radikal-konsequenten „Demokratischen Sozialismus“, in dem alle Menschen die gemeinsamen Erträge ihrer produktiven Arbeiten gerecht miteinander teilen – d. h. nach gleichen Rechten und Pflichten?

# Beiträge und Diskussionen

---

Horst Heimann

## Wo bleibt der demokratische Sozialismus? – Bei den Jusos!?

### **Demokratischer Sozialismus? – Fehlanzeige in den 6 Büchern von SPD-Politikern**

Mein Beitrag „Die SPD denkt, also ist sie (noch)!?“ in Nr. 2/2009 der *perspektiven* ds endete mit der Frage: „Wo bleibt der Demokratische Sozialismus?“ Denn in den zur Diskussion gestellten 6 Büchern (Franz Müntefering, Kurt Beck, Frank-Walter Steinmeier, Sigmar Gabriel, Erhard Eppler, Ottmar Schreiner) erfährt der Leser mehr oder weniger darüber, was diese Autoren über die politischen Probleme unserer Zeit denken, aber so gut wie nichts darüber, was sie über die gegenwärtige und künftige Bedeutung des traditionellen Leitbegriffs sozialdemokratischer Theorie und Programmatik denken. Nur beiläufig verwenden einige Autoren die Wörter „Sozialismus“ oder „Sozialist“, in Verbindung mit Eigenschaftswörtern wie „demokratisch“, „freiheitlich“, „dogmatisch“. Dennoch sind diese spärlichen Bemerkungen auch aufschlussreich.

**Franz Müntefering** („Macht Politik!“) verwendet das Wort Sozialist einmal in der Zusammensetzung „Sozialis-

tengesetz“ (S. 173) oder „Sozialisten in Spanien“ (S. 185). Auf Tissy Bruns Hinweis auf die „Vorstellung einer sozialistischen Gesellschaft“ antwortet er in gewohnter Kürze: „Die Idee war da.“ (S. 174) Das Wort „demokratischer Sozialismus“ verwendet er einmal als Grundlage für eine Koalition mit der FDP: „Der demokratische Sozialismus knüpft ja an Traditionen von Freiheit und Liberalität an.“ (S. 193) Bei der Aufzählung von Ideen, die aus dem „Gebot der Nächstenliebe“ hervorgegangen seien, erwähnt er neben Humanismus, Aufklärung und Liberalismus auch den „demokratischen Sozialismus“. (S. 207)

**Sigmar Gabriel** („Links neu denken“) stimmt dem Urteil Peter Sloterdijks zu, dass nach dem Ende des Sowjetkommunismus „bis auf Weiteres die sozialistische Idee hinreichend diskreditiert“ sei (S.13) und „dass dem Kapitalismus seine Alternative abhanden gekommen ist“. (S.39) Doch das ist nach Meinung Gabriels wegen der Katastrophen, „die der Staatssozialismus zu verantworten hatte – auch wirklich gut so“. (S. 39) Er geht nicht auf die Frage ein, ob

von der Diskreditierung der „sozialistischen Idee“ auch die Theorie der SPD betroffen ist und ob es zum „Staatssozialismus“ – wenigstens als Idee – auch einmal eine akzeptable „sozialistische“ Alternative gegeben habe. Offensichtlich sieht Gabriel zwar keine Alternative zum Kapitalismus, aber als Alternative zum amerikanischen Kapitalismus bevorzugt er den europäischen Kapitalismus. (S. 39)

Positiv verwendet Gabriel die Bezeichnung „Sozialist“ in seinem Hinweis auf den „heute zu Unrecht fast vergessenen religiösen Sozialisten und Wirtschaftsexperten Eduard Heimann“. (S. 127) „Das Versprechen des freiheitlichen Sozialismus“ ordnet er parteipolitisch nur „mehreren politischen Programmen der CDU“ in den Nachkriegsjahren zu. Diese Programme der CDU „beschworen die großen Menschheitsideen von Freiheit und Gleichheit“ und zogen aus den jüngsten Erfahrungen den Schluss, „dass allein noch ein `freiheitlicher Sozialismus` ihnen wirkliche und sichere Geltung verschaffen könne“. (S. 148f.) Ob auch SPD-Programme einmal ähnliche Schlüsse zogen, erwähnt Gabriel nicht.

**Frank-Walter Steinmeier** („**Mein Deutschland**“) nennt Willy Brandt, den er bewundert, zwar einen „leidenschaftlichen Sozialisten“. Aber ob er in dieser Qualität „Sozialist“ nicht eher einen Makel sieht, wird in folgendem Gedankengang angedeutet: „Er selbst (Brandt) hatte eine stürmische politische Jugend, die ihn als leidenschaftlichen Sozialisten auch einmal in Gegensatz zum Establishment der SPD gebracht hatte, *bevor*

(!) er sich mit aller Kraft gegen kommunistischen Gesinnungsterror wandte und vor den Stalinisten warnte.“ (S. 31) Sprachlogisch bedeutet dieser Satz: Brandt konnte erst vor den Stalinisten warnen, *nachdem* (!) er nicht mehr „leidenschaftlicher Sozialist“ war.

Eher positiv bewertet Steinmeier die Bezeichnung „demokratischer Sozialist“, wenn er „die demokratischen Sozialisten um Alexander Dubcek“ erwähnt. Eindeutig falsch ist aber seine Feststellung: „Die Suche nach dem dritten Weg zwischen Kapitalismus und Sozialismus war damals allerorten im Gange.“ (S. 42) Denn „allerorten im Gange“ war damals die Suche nach einem Dritten Weg zwischen Kapitalismus und diktatorischem Sowjetkommunismus. Und dieser „Dritte Weg“ – anders als im „Schröder-Blair-Papier“ – war damals der „Demokratische Sozialismus“.

Irreführend und historisch eindeutig falsch ist auch Steinmeiers Deutung der innerparteilichen Konflikte in der SPD, die an die Parole „Freiheit oder Sozialismus“ erinnert: „Die Spaltung von SPD und dogmatischen Sozialisten jedenfalls hat nicht nur einen langen Vorlauf, sie ereignet sich an der Sollbruchstelle der Freiheit immer wieder neu.“ (S. 49) Eindeutig falsch ist diese für die SPD nicht schmeichelhafte Deutung deshalb, weil es in den leidenschaftlichen innerparteilichen Debatten von der Revisionismusdebatte um 1900 bis zum Godesberger Programm 1959 nie um einen Gegensatz zwischen Anhängern und Gegnern von Freiheit und Demokratie ging. Die Minderheit von Revisionisten um Bernstein und die Mehrheit von „dogmatischen Sozialisten“ um Kautsky stritten



zwar heftig über den Weg zu einer sozialistischen Gesellschaft. Aber alle Beteiligten waren „leidenschaftliche Sozialisten“, und gerade deshalb engagierte Anhänger von Freiheit und Demokratie.

### **Demokratischer Sozialismus – bei den Jusos gut aufgehoben ! ??**

*Franziska Drohsel, Was ist heute links? – Thesen für eine Politik der Zukunft, Frankfurt/New York 2009.*

In dem von der Juso-Vorsitzenden Franziska Drohsel herausgegebenem Sammelband bemühen sich zahlreiche linke AutorInnen um Antworten auf die heute wieder aktuelle Frage: „Was ist heute links?“ Grundsätzliche theoretisch-politische Bedeutung erhält der Band auch deshalb, weil er ein Thesenpapier „Für eine Linke der Zukunft – Thesen zur jungsozialistischen Politik“ dokumentiert, das der Juso-Bundeskongress im Oktober 2008 beschlossen hat. In diesen 63 Thesen kommt das Wort „demokratischer Sozialismus“ fast auf jeder Seite öfter vor als in allen 6 anderen Büchern insgesamt.

In ihrem Vorwort stellt Drohsel fest, dass in der Krise des Neoliberalismus „linke Politik eine Renaissance erfahren“ könne. In den 63 Thesen haben die Jusos festgehalten, „was für uns elementare Annahmen linker Politik sind“. (S.8) Dazu gehöre für die Jusos als „sozialistischer Richtungsverband in der SPD“ die „Kritik am Kapitalismus“ und die Überzeugung, „dass der `demokratische Sozialismus` des SPD-Grundsatzprogramms nur durch eine Überwin-

dung des Kapitalismus Realität werden kann“. (S.11)

Deutlicher als im Hamburger Programm und in allen anderen Verlautbarungen von SPD-Gremien und Politikern im neuen Jahrtausend ist in den Juso-Thesen die Überzeugung formuliert: Das Bekenntnis zum Demokratischen Sozialismus impliziert im Sinne des Godesberger Programms (1959), des Berliner Programms (1989) und der Juso-Beschlüsse über „systemverändernde Reformen“ Ende der 60er und Anfang der 70er Jahre eine systemverändernde gesellschaftspolitische Zielsetzung, die sich zwingend aus der Kapitalismuskritik ergibt: „In der vom Gewinn- und Machtstreben bestimmten Wirtschaft und Gesellschaft sind Demokratie, soziale Sicherheit und freie Persönlichkeit gefährdet. Der demokratische Sozialismus erstrebt darum eine neue Wirtschafts- und Sozialordnung.“ (Godesberger Programm) Und: „Es ist eine historische Erfahrung, dass Reparaturen am Kapitalismus nicht genügen. Eine neue Ordnung von Wirtschaft und Gesellschaft ist nötig.“ (Berliner Programm)

Im Sinne dieser systemverändernden Zielsetzung wird in These 2 das Bekenntnis betont, „dass der Kapitalismus überwunden werden muss“ und „unser Ziel der demokratische Sozialismus (bleibt)“. (S. 20) Im Gegensatz zu einer in der Tat überholten und gescheiterten dogmatischen Konzeption des Sozialismus (Sozialisierung plus Planwirtschaft, verwirklicht durch den „Hammerschlag der Revolution“) formulieren die Jusos Grundsätze und Prinzipien, die in der Tradition des revisionistisch-reformis-

tischen Sozialismus stehen. (Allerdings ohne Hinweis auf diese Tradition, von der in der „Wissengesellschaft“ kaum noch jemand etwas weiß!): „Den demokratischen Sozialismus zu erreichen ist eine dauernde Aufgabe. Ihn exakt zu definieren ist unmöglich. Es ist eine unmögliche Aufgabe und nicht wünschenswert, eine Vision bis ins kleinste Detail aus den heutigen Verhältnissen heraus zu beschreiben.“ (S. 20)

Im Sinne der undogmatischen Marxisten Karl Marx und Eduard Bernstein möchten die Jusos aus der „Kritik am bestehenden System“ die Ziele für eine bessere Gesellschaft entwickeln. Keine „linke Elite“ oder „Avantgarde“ dürfe der „Gesellschaft ein Modell aufzwingen“. „Ziel ist eine demokratische Verständigung über die Frage, wie eine andere Gesellschaft aussehen und organisiert werden kann. ... Sozialismus ist also ein Ergebnis offener demokratischer Prozesse, die sich an unserem Bild vom Menschen und an unseren Grundwerten orientieren.“ (S. 21)

Aus dem grundsätzlichen Bekenntnis zur Überwindung des Kapitalismus durch den Demokratischen Sozialismus folgt für die Jusos eine kritisch-solidarische Haltung gegenüber der SPD. Obwohl sich die SPD im „Hamburger Programm zum demokratischen Sozialismus bekannt“ habe, stellen die Jusos realistisch fest: „Die SPD ist derzeit keine sozialistische Partei.“ (S.36) In der Regierungsverantwortung sei sie sogar „dem neoliberalen Mainstream gefolgt“. (S. 37) Daraus ziehen sie aber nicht die Schlussfolgerung, dass Sozialisten nur außerhalb der SPD für sozialistische Ziele kämpfen könnten. Im Gegenteil

bekennen sie: „Ohne die SPD wird es jedoch keine progressive Politik in diesem Land geben.“ Deshalb kämpfen sie „in der und um die SPD. Das heißt auch, für progressive Mehrheiten innerhalb der SPD zu werben.“ Und „viele andere linke Kräfte von der Notwendigkeit eines sozialistischen Engagements in der SPD zu überzeugen“. (S. 36) Auch zu diesem Zweck kritisieren sie schonungslos die Ergebnisse der Agendapolitik: „Zunahme sozialer Spaltung“, „unwürdige Behandlung für jene, die in eine soziale Notlage gerutscht sind“, „schlechte Wahlergebnisse“, „massiver Rückgang der Mitgliederzahl“ etc. (S. 37f.) Daraus ziehen sie auch eine wichtige Schlussfolgerung für die Bedeutung linker Theorie: „Das Scheitern von Rot-Grün ist damit auch das Scheitern derjenigen, die linke Theorie- und Strategiebildung bloß als unnützen Ballast herabgewürdigt haben und sich stattdessen in postmoderner Beliebigkeit ergingen.“ (S. 38)

### **Gegen TINA: „Nichts ist naturgegeben, alles ist veränderbar“**

Wenn sich die Jusos emphatisch dazu bekennen, an den gesellschaftsverändernden Zielen des Demokratischen Sozialismus festzuhalten, so ist das ziemlich leicht durch Handaufheben der Delegierten zu erreichen, also noch keine große Leistung. Aber damit die Vision einer besseren Gesellschaft nicht nur persönliches Wunschdenken bleibt oder nur der religiösen Hoffnung auf ein besseres Jenseits entspricht, sondern zum Ziel politischen Handelns werden kann, haben sie auch eine dafür unabdingbare logische Prämisse erkannt und genannt, nämlich die Überzeugung: In der gesell-

schaftlichen Wirklichkeit gibt es immer Alternativen für politisches Handeln, also Handlungsspielräume, um die Entwicklung bewusst zu beeinflussen.

Schon in ihrem Vorwort hatte Franziska Droschel die Prämisse genannt, dass „linke Politik zu machen ... zeigt, dass nichts naturgegeben ist, sondern alles verändert werden kann“. (S. 12) In „These 1 – Voraussetzungen linker Politik heute“ wird daher „die Behauptung des „There is no alternative-Prinzips“(TINA) grundsätzlich als unzutreffend abgelehnt. (S. 19) Gegen das neoliberale Dogma von der Alternativlosigkeit und den Sachzwängen argumentiert überzeugend „These 25 – Vorhandene Spielräume nutzen“. (S. 51) Gegen die neoliberale Ideologie, dass es wegen der Globalisierung keine „Gestaltbarkeit im nationalstaatlichen Rahmen“ mehr gäbe, fordern die Jusos ausdrücklich: „Nationalstaatliche Spielräume müssen weiterhin genutzt werden.“ Gegen den Trend zur Deregulierung seien „neue Regulierungsschritte auf nationaler, europäischer und internationaler Ebene“ notwendig (S.51) und müsse der Staat „zum gestaltenden Akteur der Ökonomie“ werden. (S. 52)

Obwohl letztere Aussagen inzwischen weitgehend konsensfähig geworden sind, behalten die Thesen der Jusos über zu nutzende Handlungsspielräume ihre besondere Bedeutung. Denn der inzwischen vollzogene Meinungswandel ist nicht überzeugenden Argumenten zu verdanken, sondern den verheerenden Tatsachen der Krise. Daher bleibt die Feststellung in These 1 zutreffend, dass das neoliberale Dogma von der Alternativlosigkeit „von den linken Kräften des

Parlamentarismus übernommen worden war. (S. 19) Das wichtigste „Argument“ für die „Reformpolitik“ der rot-grünen Koalition war es ja, dass es zu dieser Politik, die sich zwingend aus der Wirklichkeit ergäbe, keine Alternative gäbe. Und das werde nur von weltfremden Illusionisten und Sozialromantikern nicht eingesehen, die noch nicht in der neuen globalisierten Wirklichkeit angekommen seien. Hinzuzufügen wäre noch, dass das neoliberale Dogma, man könne wegen des Sachzwanges nichts gegen die weitere soziale Spaltung der Gesellschaft tun, nicht nur „von den linken Kräften des Parlamentarismus übernommen“ worden war, sondern auch von zahlreichen intellektuellen und politischen Gegnern der neoliberalen Politik. Und diese machten sich damit selbst ohnmächtig.

### **„Zeitgemäße Analyse der kapitalistischen Gesellschaft“ und „politische Strategie“**

Neben jenen logischen Prämissen nennen die Jusos noch eine weitere Voraussetzung für eine gesellschaftsverändernde Politik, die noch große intellektuelle Anstrengungen notwendig machen wird, nämlich: „Die tatsächliche Veränderung der bestehenden Verhältnisse erfordert also stets aufs Neue eine zeitgemäße Analyse der kapitalistischen Gesellschaft und die Entwicklung einer diese Gesellschaft überwindenden politischen Strategie.“ (S. 28)

Wenn die Jusos auch in These 2 bereits realistisch festgestellt haben, dass es nicht möglich und sogar nicht wünschenswert ist, die Vision einer besseren Gesellschaft inhaltlich detailliert zu be-

schreiben, so ist es doch notwendig, einige Kernelemente einer künftigen sozialistischen Gesellschaft zu benennen. In „These 28 – Sozialistische Wirtschaftspolitik“ bemühen sie sich, nicht nur über eine sozialistische Alternative zur neoliberalen Wirtschaftspolitik zu reflektieren, sondern auch über eine alternative sozialistische Wirtschaftsordnung. Kern einer „sozialistischen Wirtschaftspolitik“ ist für sie, „die Verelendung der Gesellschaft im jetzigen System zu verhindern und zeitgleich die kapitalistische Marktwirtschaft zu überwinden“. (S. 55) Sie befürworten zwar eine „linkskeynesianische Politik, die aber „systemstabilisierenden Charakter“ habe und daher ergänzt werden müsse. Gut nachvollziehbar und bis in die politische Mitte hinein konsensfähig sind die Argumente gegen die neoliberale Wirtschaftspolitik.

Andeutungen über eine neue Wirtschaftsordnung dagegen verlangen nach weiteren Diskussionen, Vertiefungen, Präzisierungen: „Der Staat sollte zwar kurzfristig sich in die Besitzverhältnisse der Produktionsmittel einmischen und durch eine Verstaatlichung der Schlüsselindustrien die Macht des Marktes brechen, um Verelendung zu verhindern. Grundsätzlich ist jedoch eine radikale Demokratisierung der Wirtschaft unser Ansatz, um die kapitalistische Marktwirtschaft zu überwinden. Die Grundidee der Genossenschaften, der Besitz der Produktionsmittel durch die Gemeinschaft der ArbeitnehmerInnen, ist das Ziel, welches wir auch auf die restlichen Betriebe übertragen wollen.“ (S. 57) Ähnlich wie 1863 bei Lassalle heißt es abschließend in These 28: „Der Staat soll diesen Aufbau von Konsumge-

nossenschaften finanziell unterstützen.“ (S. 57)

Statt alle 63 Thesen hier zu referieren, zu kommentieren oder gar zu kritisieren, sollen nur einige Schlussfolgerungen und Anregungen für eine weiterführende Diskussion formuliert werden: Neben wertvollen und konsensfähigen Einsichten, Anregungen und politischen Forderungen enthalten die Thesen auch zahlreiche Lücken, Unklarheiten, Fehleinschätzungen und Widersprüche. Auch die meisten Jusos, die die Thesen kennen, dürften die selbstkritische Einschätzung teilen: So wichtig und wertvoll sie auch sind, sie sind noch nicht der große theoretisch-programmatische Wurf, um bald eine gesellschaftsverändernde Reformpolitik auf den Weg zu bringen, die den Kapitalismus überwindet und schrittweise, aber zügig, die neue und bessere Ordnung des Demokratischen Sozialismus verwirklicht. Selbst wenn bei einer vorgezogenen Bundestagswahl die SPD eine zweidrittel Mehrheit gewönne und Franziska Droschel Angela Merkel als Bundeskanzlerin ablöste, könnte sie allein mit den 63 Thesen noch nicht den Kapitalismus überwinden, „um ein freies und gleiches Leben für alle zu verwirklichen“. (These 2, S. 20)

### **Historische Bedeutung der Juso-Thesen?**

Nicht wegen des unübertrefflichen Inhalts könnten die Juso-Thesen zu einem bedeutenden historischen Dokument des Demokratischen Sozialismus werden, sondern aus einem formalen Grund: Die Thesen wurden von einem demokratisch legitimierten Gremium

der SPD beschlossen, das den gesamten Nachwuchs der SPD repräsentiert. Sie sind also nicht nur die persönliche Meinungsäußerung eines unverbesserlichen und einflusslosen Sozialisten.

Wenn der demokratische Sozialismus, den ja viele gern endgültig aus dem Gedächtnis der SPD zu tilgen wünsch-ten, doch noch überraschend in das Hamburger Programm hineingerutscht war, dann war das vor allem einem Zugeständnis der „Modernisierer“ an die Nostalgie Älterer zu verdanken. Doch bei den Jusos kann kaum nostalgischer Rückblick auf eine stolze Vergangenheit, sondern nur besorgter Blick in die Zukunft das Motiv für ein Bekenntnis zum Demokratischen Sozialismus sein. Daher könnte den Juso-Thesen von 2008 – einmal aus der Zukunft zurückblickend – folgende historische Bedeutung bescheinigt werden: *Die Juso-Thesen von 2008 waren das erste programmatische Dokument, das nach Jahren des Niedergangs eine Renaissance der Ideen des Demokratischen Sozialismus auslöste und diese wieder zu einem Machtfaktor im Wettkampf politischer Ideen machte und die verheerende Hegemonie des Neoliberalismus eindämmte und zurückdrängte.*

Zu diesem historisch bedeutenden Dokument könnten diese Thesen aber nur werden, wenn die Jusos den gegenwärtig desolaten Zustand der versiegenden sozialistischen Ideen zur Kenntnis nehmen und die Gefahr erkennen: *Die Juso-Thesen von 2008 könnten einmal im historischen Rückblick bewertet werden als ein letztes Aufbäumen, als das letzte Dokument vor dem endgültigen Verschwinden des Demokratischen Sozialismus aus dem Wettstreit politischer Ideen.*

### **Demokratischer Sozialismus, SPD und linke Ideen**

Die Möglichkeit, dass der Demokratische Sozialismus endgültig aus dem Wettkampf zwischen politischen Ideen verschwindet, bedeutet nicht, dass auch die SPD aus dem Wettkampf um politische Macht auf dem Wählermarkt verschwindet und dass es keine Unterschiede mehr zwischen links und rechts gibt. Denn der Begriff Demokratischer Sozialismus ist umfassender und „radikaler“ als linkes Denken und SPD als Partei. Daher kann es auch ohne Demokratischen Sozialismus weiterhin linkes Denken und die SPD geben. Aber ohne die SPD werden linke und sozialistische Ideen nie mehr vorherrschend werden.

In These 8 stellen die Jusos zutreffend fest: „Linke Ideen waren in den letzten Jahrzehnten in der Defensive.“ Und damit „hatte auch der Juso-Verband zu kämpfen. Umso bemerkenswerter ist es, dass trotz all dieser Schwierigkeiten die Jusos mehrheitlich links geblieben sind.“ (S. 27) Nach dem Wahlergebnis vom 27.9.2009 haben linke Tendenzen sogar in der SPD insgesamt wieder größere Chancen. Das ist allerdings kaum der überzeugenden Argumentation des linken Flügels zu verdanken, auch nur geringfügig der Finanz- und Wirtschaftskrise, sondern vor allem der Überzeugungskraft der 23 Prozent am 27.9.2009. Dennoch könnten die Jusos mit Argumenten aus ihren Thesen die linken Tendenzen in der SPD und die programmatische Erneuerung wirksam unterstützen, auch wenn der Demokratische Sozialismus noch nicht im alten Glanz erstrahlt. Andererseits würde jede Stärkung linker Positionen in der SPD

auch die Chancen für eine Renaissance des Demokratischen Sozialismus verbessern.

Diese Renaissance wird erschwert, oder sogar unmöglich gemacht, sowohl durch gesamtpolitische als auch durch Juso-interne Faktoren. In These 63 benennen die Jusos eine gesamtpolitische Schwierigkeit: „SozialistIn zu sein heißt heute, in der Gesellschaft eine AußenseiterInnenrolle einzunehmen.“ (S. 90) Zu ergänzen ist nur: Nicht nur „in der Gesellschaft“, auch in der SPD, auch in allen Flügeln und Netzwerken der SPD, in allen linken intellektuellen Gruppen, spielen Sozialisten nur eine Außenseiterrolle. Neben dem Juso-Verband (und der Partei Die LINKE) gibt es so gut wie nirgendwo (Utopie) ein ernsthaftes und systematisches Interesse an einer Renaissance des Demokratischen Sozialismus. (ausführlicher: H. Heimann, Demokratischer Sozialismus – nach einer großen Vergangenheit noch eine Zukunft? In: perspektiven ds, 1/08, S. 99 ff.) In unserer „Wissensgesellschaft“ ist sogar das Wissen um die Geschichte dieser einst mächtigen geistig-politischen Strömung weitgehend verdrängt worden.

Wenn Franziska Drohsel in ihrem Vorwort feststellt, „Liberale wie Konservative nahmen die Veränderungen 1989/90 zum Anlass, das Ende der politischen Linken auszurufen“ (S. 7), so ist das zwar einerseits zutreffend. Aber es war keineswegs die Ursache für „das Ende der politischen Linken“. Ursache dafür war es vielmehr, dass sich damals die Mehrheit der linken und sozialistischen Intellektuellen diesem rechten Urteil angeschlossen hatte und selbst lautstark das Ende der „Gesäßgeografie

des 19. Jahrhunderts“, des Unterschieds zwischen links und rechts, verkündete.

### **Juso-interne Faktoren gegen eine Renaissance des Demokratischen Sozialismus**

Die bisher dargestellten Thesen enthalten notwendige Voraussetzungen für die Entwicklung einer realistischen Strategie zur Überwindung des Kapitalismus durch Demokratischen Sozialismus, nämlich die gesellschaftstheoretische Prämisse: Auch im Kapitalismus gibt es Handlungsspielräume für alternative linke Politik und sogar für gesellschaftsverändernde Reformpolitik. Die Jusos könnten einen Beitrag für die Entwicklung dieser Strategie leisten, wenn sie in ihren 63 Thesen nicht den Abschluss, sondern einen Beginn für diese Strategiedebatte sehen, und wenn sie bereit sind, Widersprüche und Fehleinschätzungen in einigen Thesen zu korrigieren.

Vor allem die Thesen 9 bis 12 widersprechen der genannten Prämisse für Handlungsspielräume und behaupten genau das Gegenteil: Der „Kapitalismus als Totalität“ enthält wegen seiner Sachzwänge und inneren Gesetzmäßigkeiten keine Handlungsspielräume für alternatives politisches Handeln: „Kapitalismus ist das dominante Strukturprinzip der Gesellschaft. Die ihm innewohnende Logik und Dynamik der Verwertung durchzieht alle Lebensbereiche und sozialen Beziehungen der Menschen untereinander. Diese Totalität des Kapitalismus determiniert auch seine Gegnerschaft.“ (S. 28) Die „Totalität des Kapitalismus“ wird als objektives Naturphänomen dargestellt, das lückenlos

durch objektive Gesetzmäßigkeiten determiniert wird und keinen Spielraum für Alternativen und für subjektive Faktoren enthält. Also als Umkehr eines Satzes von Franziska Droschel die Aussage: Alles ist naturgegeben, nichts ist veränderbar.

Auch die Rolle des Staates ist durch die „Totalität des Kapitalismus“ determiniert: „Im Kapitalismus sind dem Staat bestimmte Aufgaben zugewiesen. ... Der Staat erfüllt die ihm zugedachte Funktion als Dienstleister des Kapitals. Er kann auch gar nicht anders.“ (S. 33) Kein Politiker ist also verantwortlich für das, was der Staat tut. These 30 nennt als Ursache für soziale Ungleichheit: „Der Kapitalismus produziert dabei die Ungleichheit nicht mangels besserer Organisation, sondern als Folge seiner ihm innewohnenden Gesetzmäßigkeit.“ (S. 58) Politische Bemühungen von Menschen bleiben wegen dieser dem Kapitalismus „innewohnenden Gesetzmäßigkeit“ rein vergebliche Werke: „So sehr wir uns in Verband, Partei und Gesellschaft auch anstrengen werden: Soziale Gleichheit werden wir im Bestehenden nie erreichen.“ (S. 58) Diese Einsicht soll uns „auch nicht entmutigen, sondern soll uns nur zeigen, dass wirkliche Solidarität, Gleichheit und Freiheit nur jenseits des Kapitalismus Realität werden können.“ (S. 59) Fragen, wie wir in dieses bessere Jenseits kommen könnten, werden nicht einmal gestellt, geschweige denn beantwortet.

### Ein „linkes „TINA“-Prinzip?

Über den nicht zu erwartenden Inhalt jener Thesen mag vielleicht der eilige Leser hinweglesen, aber der aufmerk-

same Leser dürfte sich irritiert die Frage stellen: Wie kommen die Jusos nur plötzlich darauf, dass die „Totalität des Kapitalismus“ keine Handlungsspielräume enthalte, obwohl sie doch die inhaltlich gleiche neoliberale TINA-These von der „There is no alternative“, überzeugend abgelehnt haben?

Natürlich haben sich die Autoren jener Thesen nicht von der noch allgegenwärtigen und vorherrschenden neoliberalen Ideologie inspirieren lassen. Sie sind aber auch nicht von selbst darauf gekommen, sondern haben eine heute nur noch wenigen bekannte, aber einst mächtige linke Theorietradition reanimiert. Auf wenigen Seiten haben sie hier die Quintessenz jener neolinken Theorieüberproduktion zusammengefasst, die in den siebziger Jahren des 20. Jahrhunderts hunderttausende Seiten – nicht übertrieben! – in Büchern, Zeitschriften, Flugblättern, Seminararbeiten und Thesenpapieren füllte, und auch Juso-Theorie-Papiere, vor allem der Antirevisionisten, aufblähte. Diese damals hegemoniale neolinke Theorietradition hat entscheidend zur intellektuellen Entmachtung der akademischen Linken beigetragen, die dann der neoliberalen Offensive kaum erfolgreich entgegenzutreten konnte. Die gleiche Denkstruktur erleichterte es auch vielen „besiegten“ Neolinken, als siegreiche Neoliberale wiedergeboren zu werden.

Vor allem als Bestandteil der „Beschlusslage“ der Jusos wirken die hier kritisierten Thesen über die „Totalität des Kapitalismus“ kontraproduktiv. Dagegen könnten sie zu einer produktiven Diskussion anregen, wenn sie als Minderheitenvotum neben den Thesen mit

den gegenteiligen Aussagen abgedruckt worden wären. Paradoxerweise folgen die „TINA“-Thesen direkt im Anschluss an die realistische Einsicht und Forderung: „Die tatsächliche Veränderung der bestehenden Verhältnisse erfordert also stets aufs Neue eine zeitgemäße Analyse der kapitalistischen Gesellschaft und die Entwicklung einer diese Gesellschaft überwindenden Strategie.“ (S. 28)

Das genaue Gegenteil einer „zeitgemäßen Analyse“ aber ist die Interpretation des „Kapitalismus als Totalität“. Denn dabei handelt es sich um eine „zeitlose“ Aussage über den Kapitalismus, die immer und überall gültig ist. Der „Kapitalismus als Totalität“ ist immer derselbe, ob im 18. oder im 21. Jahrhundert, ob in Schweden oder in Haiti, in den USA oder in Norwegen, und zwar vom Anfang bis zu seinem Ende. Diese einst mächtige linke Theorietradition leugnet oder ignoriert völlig jegliche Unterschiede und Alternativen, vor allem alle „subjektiven“ Faktoren als Träger alternativen politischen Handelns, auf die andere Juso-Thesen immer wieder hinweisen, z. B. These 25: „Gesellschaftliche Kräfte müssen mobilisiert werden, um Spielräume ... zu erkämpfen“. (S. 51f.) Aber diese Möglichkeit verwirft die These 9 schon mit dem Motto: „Don't fight the player, fight the game.“ (S. 28)

Die meisten Juso-Thesen fordern, die gegnerischen „Spieler“ der Rechten mit mobilisierten linken „Spielern“ zu bekämpfen. Denn sie wissen offensichtlich: Eine Fußballmannschaft, die nicht gegen die Spieler der anderen Mannschaft kämpft, sondern nur gegen das Spiel, wird das Spiel sicher verlieren.

Wenn tatsächlich der „Kapitalismus als Totalität“ immer und überall alles determinierte, dann wäre das Motto der These 14 eine Illusion: „Es hat keinen Sinn, zu warten, bis es besser ist.“ Dann wäre es auch unmöglich, „im Hier und Jetzt für Gestaltungsperspektiven, Reformen und soziale Standards (zu) kämpfen“. (S. 35) Denn logisch müsste das Dogma von der alles determinierenden „Totalität des Kapitalismus“ bei allen seinen Gegnern zum Verzicht auf politisches Handeln führen. (Aber könnte nicht folgende historische Erfahrung das Dogma rehabilitieren?!: Bei den Jusos in den siebziger Jahren hatten vor allem die „Antirevisionisten“ das linke „TINA-Prinzip“ am vehementesten vertreten. Dennoch hat deren aktivster Protagonist nicht – wie logisch zu erwarten – gewartet, sondern es „schon im Hier und Jetzt“ bis zum Bundeskanzler gebracht, und dann sogar noch weiter.)

### **Totalität des Kapitalismus – Individualität der politischen Akteure**

Das alles und nichts sagende Dogma von der alles determinierenden „Totalität des Kapitalismus“ ignoriert und leugnet alle subjektiven Faktoren, die politischen Akteure, also auch jene „gesellschaftlichen Kräfte“, die die Jusos zur Verwirklichung ihrer Ziele „mobilisieren“ wollen. Aber gerade jene gesellschaftlichen Kräfte und politischen Akteure müssen in eine kritische Analyse einbezogen zu werden, um Ursachen für ihre Erfolge (der rechten Akteure!) und für ihre Schwächen und Niederlagen (der linken Akteure) zu erkennen und daraus Schlussfolgerungen zu ziehen.



Wenn der Kapitalismus auch negative Anlagen der Menschen fördert, ist er doch nicht die einzige Ursache für ihr Denken und Verhalten. Die Menschen bleiben dennoch für ihr Denken und Handeln persönlich verantwortlich. Wenn z. B. vier „anständige“ SPD-Abgeordnete dafür sorgen, dass Roland Koch Ministerpräsident von Hessen bleiben kann, dann ist nicht die ewige „Totalität des Kapitalismus“ die Ursache dafür, sondern der individuelle persönliche Charakter der „Phantastischen Vier“, die Koch – zwar nicht intellektuell, aber moralisch-politisch – näher stehen als der hessischen SPD. Auch für das „gezielte friendly fire“ auf Kurt Beck waren „Sozialdemokraten als Individualität“ verantwortlich, nicht der „Kapitalismus als Totalität“.

Wenn die Linke insgesamt noch kein überzeugendes und mehrheitsfähiges Konzept gegen die Finanz- und Wirtschaftskrise vorgelegt hat, wenn auch linke Politik Schwächen, Unzulänglichkeiten und Widersprüche aufweist, dann ist nicht allein der Kapitalismus schuld daran. Dann spielen dabei auch Unzulänglichkeiten, Vorurteile, geistige Bequemlichkeit und Trägheit, mangelnde Diskussions- und Lernfähigkeit eine Rolle. Das Dogma von der alles determinierenden „Totalität des Kapitalismus“ ignoriert diese subjektiven linken Schwächen und „schützt“ die linken Akteure vor schonungsloser Selbstkritik, die aber notwendig ist, wenn linke Kapitalismuskritik politisch wirksam werden soll. Für kontraproduktive linke Denkmuster ist nicht der Kapitalismus verantwortlich. Aber Linke sind für die Korrektur solcher Denkmuster verant-

wortlich, wie z. B. das Dogma von der alles determinierenden Totalität des Kapitalismus.

Daher ist es erfreulich, dass im Sammelband der SPD-Linke Uwe Kremer in seinem Beitrag jenes Dogma überzeugend kritisiert als „eine sehr schematische, politisch wenig orientierende Sichtweise der Dinge. Ich bin auch nicht der Meinung, dass der Sozialismus jenseits irgendeines Zaunes beziehungsweise im Jenseits auf uns wartet“. (S. 152) Ausdrücklich verteidigt er daher auch den Sozialstaat des 20. Jahrhunderts, der „riesige Anteile des gesellschaftlichen Reichtums der kapitalistischen Verwertungslogik entzog“ und „eine andere, nämlich gemeinschaftliche Vergesellschaftungslogik“ entwickelte. (S. 153) Diese Verteidigung des Sozialstaats gegen seine neoliberalen Verächter ist um so wichtiger, als im Sammelband auch eine Sozialstaatskritik in der Tradition ihrer neolinken Verächter abgedruckt ist.

### **„Linke“ Sozialstaatskritik als Vorläufer und Helfer des neoliberalen Sozialabbaus**

Jennifer Stange, Der organisierte Aufschub – Über den Konservatismus der institutionalisierten Linken, S. 173 – 180. Dieser kurze und kurzweilige Beitrag ist besonders zu empfehlen, weil er noch einmal auf wenigen Seiten die Quintessenz der Sozialstaatskritik großer Teile der Neuen Linken in den siebenziger Jahren des 20. Jahrhunderts zusammenfasst. (Manche Leser könnten mit der Sprache einige Schwierigkeiten haben, wenn sie diese „linke“ Denkweise noch nicht auf ein paar tausend Sei-

ten aus den siebziger Jahren zu genießen gelernt haben.) Dennoch verdeutlichen die wenigen Seiten die enge Verwandtschaft mit der hegemonialen neoliberalen Ideologie.

Während Stange SPD und Jusos kaum für würdig hält, von ihrer revolutionären linken Position aus kritisiert zu werden, konzentriert sie ihre Kritik auf die links von jenen entstandene Linke, „die gemeinsame Nachfolgepartei von WASG und PDS, die gegenwärtig erfolgreich die Agenda der Linken auf parteipolitischer und parlamentarischer Ebene bestimmt“. (S. 177) Mit ihrer Kritik am Sozial- und Wohlfahrtsstaat will sie beweisen, dass auch die neue Partei DIE LINKE nicht wirklich links ist. Denn „die Agenda der Linken“, wie z. B. „ihre Forderungen nach einem Mindestlohn, nach Korrekturen an Hartz IV, nach sichere Renten ... stützen sich ... auf die Vorstellung vom Staat als Schutz- und Sicherungsinstanz. Die Linke als ‚Sorger‘ und ‚Kümmerer‘ möchte die Institutionen nicht zerschlagen, die Vergangenheit nicht überwinden, sondern die Wohlfahrtsstaatlichkeit retten und konservieren.“ (S. 177) Wie für die Neoliberalen gehört für Stange der Wohlfahrtsstaat zur „Vergangenheit“, die überwunden werden muss.

Wie bei den Neoliberalen spürt man auch bei Stange die arrogante Verachtung für den „kleinen Mann“, für alle Menschen, die auf den Wohlfahrtsstaat angewiesen sind. Der Partei DIE LINKE wirft sie vor, „sich beinahe ausschließlich mit Fragen der sozialen Ordnung“ zu befassen und die „Wertschätzung der ehrlichen Arbeit des ‚kleinen Mannes‘“ zu betonen. (S. 177) Kritikwürdig findet

sie es auch, dass „traditionsverwurzelte Schichten Deutschlands ...die mittlerweile konservative Liebe zur paternalistischen Wohlfahrtsstaatlichkeit“ teilen. (S. 178) Nach Meinung Stanges ist die Partei Die LINKE deshalb nicht links, weil sie „als Partei dezidierter Wohlfahrtsstaatlichkeit mehr und mehr zu einem Synonym eines alten Wertesystems und damit zum deutschen Normalfall“ wird. (S. 178) Und sie trete auf „unter der unausgesprochenen Losung ‚Kümmern statt kämpfen‘“, die Sozialkritik erschöpft sich weitestgehend in dem Ruf nach dem starken Staat und entspricht damit wahrscheinlich vorherrschenden Bedürfnissen sozial benachteiligter und mittelständischer Bevölkerungsgruppen..“ (S. 179) Nicht links ist also jeder, der sich um „sozial benachteiligte Bevölkerungsgruppen kümmert“, statt mit ihnen zu „kämpfen“ für das einzige linke Ziel, um das es der Linkspartei nicht gehe, nämlich „die Aufhebung jener Zustände, in denen die Möglichkeit der Befriedigung menschlicher Bedürfnisse von den sozialen Verhältnissen verhindert wird“. (S. 179)

Diese radikale Sozialstaatskritik ist in den Thesen der Jusos nicht enthalten, aber im Sammelband, der die Frage zu beantworten sucht: „Was ist heute links?“ Angesichts der schwachen Linken sollte man heute die Frage nicht ausgrenzend beantworten, wie in den Sektenkämpfen der zerfallenden Akademischen Linken in den siebziger Jahren. Aber die skurrile Denkweise von Stange sollte auch eine tolerante Linke nicht als links anerkennen. Denn eine Linke, die sich solche Freunde wünscht, braucht keine rechten Gegner mehr.

### **Ende oder Renaissance des Demokratischen Sozialismus ? !**

Das eindeutige Bekenntnis der Jusos zum Demokratischen Sozialismus, durch das Hamburger Programm der SPD sogar legitimiert, ist zwar ein Indiz dafür, dass eine Renaissance dieser traditionellen sozialdemokratischen Leitidee noch möglich ist. Doch viel mehr und stärkere Indizien sprechen für das endgültige Aus dieser einst geschichtsmächtigen Idee.

Doch auch wenn diese Frage noch offen bleibt, so können die Jusos auf der Grundlage ihrer Thesen und auch von Einzelbeiträgen des Sammelbandes kurz- und mittelfristig die aktuell notwendige Erneuerung der SPD effizient unterstützen, um „die Sozialdemokratie wieder zu einer pointiert linken Reformpartei zu machen“. (Johano Strasser, Für eine moderne Linke, S. 130) Zahlreiche, von den undankbaren Wählern enttäuschte Sozialdemokraten verstehen z. Zt. noch nicht, dass von der Krise ausgeht die neoliberale Rechte profitierte, vor allem die von 1998 bis 2009 oppositionelle FDP, deren Ideologie ja die Krise herbeigeführt habe. Sie haben dabei nicht erkannt, dass viele undankbare Wähler die Regierungspartei SPD immer noch nicht als linke Alternative zur marktradikalen Rechten erkannt haben und in ihr noch nicht die „pointiert linke Reformpartei“ sehen.

Wenn die Jusos effizient an der Erfüllung der kurz- und mittelfristigen Aufgabe mitwirkten, die SPD wieder als „dezidiert linke Reformpartei“ erkennbar und wählbar zu machen, dann wäre das zugleich ein Beitrag zur Annäherung an das langfristige Ziel einer

Renaissance des Demokratischen Sozialismus. Sowohl Fortschritte bei der Erfüllung der kurz- und mittelfristigen als auch der langfristigen Aufgabe erfordern einen lebendigen und kontroversen Diskussionsprozess, nicht nur die Verabschiedung und Endlagerung von Papieren. Denn für eine geistig-politische Erneuerung und damit Stärkung der schwachen Linken ist nicht entscheidend, was auf Papier festgehalten wird, sondern was in vielen Köpfen, und auch Herzen, in Bewegung gesetzt wird. Im Interesse dieses Zieles ist eine neue Diskussionskultur notwendig, in der Kritik an anderen Meinungen nicht mehr als persönlicher Angriff auf andere Personen verstanden wird, in der kontroverse inhaltliche Diskussionsprozesse nicht mehr durch persönliche Konkurrenzkämpfe um Machtpositionen überlagert und erstickt werden.

Ernsthafte inhaltliche Kontroversen, die wieder Alternativen aufzeigen, könnten dazu beitragen, die wachsende Politikverdrossenheit, die passiv macht, wieder in mobilisierendes kritisches Bewusstsein zu verwandeln. Während im persönlichen Konkurrenzkampf um Machtpositionen – in Wirtschaft und Politik – offensichtlich, wie in These 30 (S. 59) formuliert, „wirkliche Solidarität ... nur jenseits des Kapitalismus Realität werden“ kann, könnten dagegen im inhaltlichen Meinungsstreit die Beteiligten schon „im Hier und Jetzt“ dem Grundwert der Solidarität eher näherkommen. In inhaltlichen Kontroversen könnte auch wieder deutlicher werden, dass die Ideen des Demokratischen Sozialismus auch gemeinwohl-orientierte Alternativen zu den heute wieder – und

noch – vorherrschenden egoistisch-materiellen Werten (Geld und Macht) enthalten, auch Maßstäbe für persönlich solidarisches Verhalten in einer unsolidarischen Gesellschaft.

Wenn die Linke stärker werden will, muss sie auch zur Kenntnis nehmen, dass die neoliberale Hegemonie nicht nur zur schweren ökonomischen Krise geführt hat, sondern vorher auch zu einem allgemeinen intellektuell-moralischen Niedergang, von dem auch das linke Spektrum betroffen ist. Und das hat der politischen Rechten genutzt, der Linken aber geschadet. Denn eine Politik für mehr Gerechtigkeit und Solidarität erfordert mehr Intelligenz, Vernunft und Moral als der neoliberale Kampf für mehr Ungleichheit. Die schwere Krise des Kapitalismus ruft zwar „objektiv“ nach linken und demokratisch-sozialistischen Antworten, würde sie sogar begünstigen. Doch die „subjektiven Faktoren“ des linken Spektrums, das Denken und Verhalten, die Organisationsformen, das Problembewusstsein und die daraus folgenden Lösungskonzepte, sind noch nicht auf der Höhe der objektiven Herausforderungen und Chancen. Die Linke muss ihre Lösungsvorschläge nicht nur besser kommunizieren, sondern auch verbessern. Sie muss nicht nur mehr in die Vermarktung und das Design ihre Produkte investieren, sondern auch in die Verbesserung ihrer Produkte.

Zur „intellektuellen Austrocknung der SPD“ und zur Durchsetzung eines „neuen Funktionärstyps“ (Die ZEIT, 1. 10. 2009) kam es, weil persönliche Auseinandersetzungen und Intrigen um Machtpositionen einen inhaltlichen produktiven Meinungsstreit kaum noch

erkennen ließen. Nicht nur der „Kapitalismus als Totalität“, auch die „SPD als Totalität“, wirkte als negativer Sozialisationsfaktor. Um dieses Problem geht es, wenn Björn Engholm über seine Motivation für das Engagement in der SPD in den sechziger Jahren sagt: „Wir wollten die Welt verändern. ... 80% unserer Zeit haben wir damals darin investiert, dass diese Welt anders wird. Und 20% war: Wer kommt wohin? ... Das Verhältnis darf sich nicht umkehren in der SPD, nach dem Motto: 80% für die Karriere, 20% für die Welt.“ (Zitiert in: S. Heimann, Was macht ein linkes Leben aus? In: Berliner Stimme, 21. 11. 2009) Im Gegensatz zu Engholms Optimismus dürfte heute mancher nach einer langwierigen Sitzung nostalgisch seufzen: Wenn doch wenigstens noch „20% für die Welt“ dabei gewesen wären, als „Kollateralnutzen“!

### Zwei Tatsachen

Wer sowohl kurzfristig an der Stärkung der Linken als auch langfristig an der Renaissance des Demokratischen Sozialismus mitwirken möchte, darf zwei Tatsachen nicht übersehen, die auch viele der wenigen Linken ignorieren:

1. Die Linke insgesamt ist in den Macht- und Einflusseliten schwach. Aber Ursache dafür ist nicht die von vielen Linken geteilte Auffassung Strassers: „Die Konservativen erklärten sich zum Sieger der Geschichte“. ( S. 134) Die Konservativen, besser die Neoliberalen, wurden nach dem Ende des Sowjetkommunismus zum Sieger, weil sich die damals fast noch hegemoniale Linke zum Verlierer erklärt hat.

2. Die Linke darf sich nicht mit partieller Kritik an der neoliberalen Ideologie begnügen, sie muss ihr eine umfassende linke Alternative entgegenstellen, die es heute „als geschichtsmächtige Großtheorie“ in der Tat nicht gibt. Aber allein um sich um eine solche umfassende linke Alternative zu bemühen, muss die Linke die von vielen Linken geteilte Auffassung Strassers, „dass es eine solche geschichtsmächtige Großtheorie nicht gibt“ (S. 130) relativieren. Denn eine solche „Großtheorie“ gibt es nur im linken Spektrum nicht. Dagegen hat im rechten Spektrum die „geschichtsmächtige (neoliberale) Großtheorie“ seit rund 3 Jahrzehnten die Welt nicht nur neu interpretiert, sondern auch erfolgreich verändert. Die Linke und die aufgeklärte Mitte dagegen bleiben „viel-

mehr darauf angewiesen, ... von Fall zu Fall nach probaten Lösungen für die Probleme zu suchen“. (Strasser, S. 130)

Obwohl diese Aussage Strassers realistisch ist, muss die Linke, wenn sie intellektuell wieder konkurrenzfähig werden will, mittel- und langfristig eine fundierte Gesamialternative zur immer noch hegemonialen neoliberalen Großideologie erarbeiten. Ein erster organisierter Schritt in diese Richtung könnte das Anfang Februar 2010 gegründete „Institut für Solidarische Moderne“ werden. Wenn sich auch nicht alle Beteiligten als „demokratische Sozialisten“ verstehen, könnte es doch die Chancen für eine Renaissance des Demokratischen Sozialismus verbessern. DIE LINKE wird diese Chance bestimmt nutzen! Aber die SPD?!

Franziska Drohsel

## Zum demokratischen Sozialismus bei den Jusos

### Eine kurze Replik auf Horst Heimann

Im November 2008 haben die Jusos auf ihrem Bundeskongress in Weimar die „63 Thesen – Für eine Linke der Zukunft“ beschlossen. Linke Politik hat das Ziel, dass alle Menschen frei, gleich und solidarisch miteinander leben. Sämtliche Strukturen, die das verhindern, sind nicht nur im Gegenstand unserer Kritik, sondern werden von uns bekämpft. Dabei gehört nicht nur der Kapitalismus in den Blick, sondern ebenso das Patriarchat, Rassismus, Antisemitismus und Nationalismus.

Ein Ziel dieser Diskussion war es, auch in der SPD eine Diskussion über das Selbstverständnis und die grundsätzliche Orientierung der Sozialdemokratie anzustoßen. Deshalb freuen wir uns über den Beitrag von Horst Heimann und die Debatte, die die *perspektiven* ds ermöglicht.

In diesem Beitrag möchte ich auf einige Kritikpunkte, die an dem Thesenpapier geäußert wurden, eingehen.

#### **Tradition der Jusos**

Entgegen der Einschätzung von Horst Heimann haben sich die Jusos in ihrem Thesenpapier nicht zur Traditionslinie des revisionistisch-reformistischen Flügels bekannt. Ganz im Gegenteil wurde in dem Thesenpapier mehrmals betont, dass der Kampf um eine grundsätzliche Gesellschaftsveränderung nicht aufge-

geben werden darf. So heißt es in These 14: „Nur wer versteht, nach welchen Gesetzen der Kapitalismus funktioniert, kann im Hier und Jetzt für Gestaltungsperspektiven, Reformen und soziale Standards kämpfen.“

Gleichzeitig wissen wir, dass dieses System von Menschen gemacht und somit auch von Menschen wieder überwunden werden kann. Der Behauptung der Alternativlosigkeit dieser Gesellschaftsordnung werden wir deshalb auf jeder Ebene entgegenreten.“

Darüber hinaus wurde festgehalten, dass gesellschaftliche Veränderung nicht nur über Reformen und dem parlamentarischen Wege erstritten werden kann, sondern auch die Bewegung auf der Straße nicht vernachlässigt werden darf. So wird in These 19 formuliert: „Die Doppelstrategie bleibt zentraler Bestandteil unseres Selbstverständnisses. Das bedeutet für uns, dass wir uns neben der Parteilarbeit auch in sozialen Bewegungen verankern wollen. Wir wollen beides miteinander verbinden und zu einem Politikansatz emanzipatorischer Gesellschaftsveränderung zusammenfügen.“

#### **Die Totalität des Kapitalismus**

In den Thesen wurde herausgearbeitet, dass der Kapitalismus ein System ist, das sämtliche gesellschaftliche Bereiche

durchzieht. In These 14 heißt es dazu: „Die Analyse der gesellschaftlichen und ökonomischen Verfasstheit muss schonungslos sein. Niemandem ist geholfen, wenn unter falschen oder verkürzten Grundannahmen Hoffnungen auf grundsätzliche Überwindung des Bestehenden geweckt werden. Im selben Rhythmus mit den zyklischen Krisen des Kapitalismus wird gerade aus Teilen der Sozialdemokratie regelmäßig entweder der Moral der Unternehmer, vergangener Prosperitätskonstellationen oder der Gestaltungskompetenz der Politik gedacht. Wenn dahinter mehr steckt als ein taktisches Argument im aktuellen Diskurs, bricht sich das Ur-Dilemma der Sozialdemokratie Bahn: Das Denken und Handeln in der oben beschriebenen Totalität, verbunden mit der Sehnsucht nach Vernunft und Gerechtigkeit.“

So lange wir im Kapitalismus leben, wird es Krisen und soziale Ungleichheit geben. Deshalb ist Kritik am Kapitalismus zentral. Der Kapitalismus durchzieht als strukturierendes Prinzip alle Lebensbereiche und sozialen Beziehungen. Als System, das auf dem Marktprinzip und einer privaten Eigentumsordnung basiert, wird er immer Gewinner und Verlierer und damit soziale Ungleichheit ebenso wie Krisen produzieren. Deshalb darf die Perspektive auf ein System jenseits des Kapitalismus, die Vision des demokratischen Sozialismus, nicht aufgegeben werden.

Das heißt nicht, dass der gegenwärtige Zustand des Kapitalismus alternativlos ist. Es lohnt um eine soziale Ausgestaltung des Kapitalismus zu kämpfen, aber man darf sich nicht darüber täu-

schen, dass es im Kapitalismus ein freies, gleiches und solidarisches Leben für alle nicht geben wird. Dies bedeutet nicht, wie von Horst Heimann vorgeworfen wird, dass der These der Alternativlosigkeit zugestimmt wird. Ganz im Gegenteil. Es wird die Alternative zum Kapitalismus als notwendig erachtet und darüber hinaus ausgeführt, dass es auch im Hier und Jetzt verschiedenen Möglichkeiten gibt, zu denen sich die einzelnen politischen Akteure verhalten müssen. Selbstverständlich lohnt es, gegen Studiengebühren zu kämpfen und gleichzeitig weiß man, dass man auch mit Abschaffung der Studiengebühren noch immer in einer kapitalistischen, ungleichen Gesellschaft lebt. Der Kampf um das konkret Einzelne ist notwendig, aber er entbindet unserer Auffassung nach nicht von Aufgabe, das große Ganze im Blick zu belassen.

### **Bedeutung der Thesen**

Wenn man die Thesen an dem Anspruch misst, ein linkeres Regierungsprogramm für eine linkere Sozialdemokratie darzustellen, wurde der Sinn und Zweck verkannt. Die Thesen stellen das Dokument dar, in dem die Jusos ihr politisches Selbstverständnis diskutieren und festgehalten haben. Dabei ist herauszuheben, dass die Jusos sich zum einen als reformistische Jugendorganisation in der SPD sehen mit dem Anspruch, sich in die Programmatik und die Politik der SPD einzubringen. Zum anderen stellen die Jusos einen sozialistischen Jugendverband dar, den die Vision der Überwindung der gegenwärtigen Gesellschaftsordnung und die Erreichung des demokratischen Sozialismus

eint. Dies sind zwei Ansprüche an die eigene Organisation, die sich im Spannungsverhältnis zueinander bewegen, aber an dieser Herausforderung halten wir als Jusos fest.

Kapitalismuskritische Positionen sind derzeit marginalisiert, aber noch immer vorhanden. Sie sind jedoch nur noch selten im Zusammenhang mit der Sozialdemokratie zu finden. Stattdessen gibt es zahlreiche linke Gruppen und Wissenschaftler, die insbesondere im außerparlamentarischen Bereich grundsätzliche Kritik am Kapitalismus üben und eine Strategie zur Überwindung diskutieren. Ob es gelingen wird, derartige Ideen in die SPD zu tragen und dort stärker zu verankern, ist offen, aber der Kampf ist notwendig.

### **Eine alternative Gesellschaftsidee**

Es ist richtig und notwendig, dass sich die Sozialdemokratie selber und im Austausch mit anderen Linken darüber austauscht, was die andere Gesellschaft ist, für die sie streitet. Zu einer progressiven Diskussion gehört auch, selbstkritisch zu sein und sich mit divergierenden Positionen auseinanderzusetzen. Man muss zum Beispiel nicht jede Position von Jennifer Stange teilen, aber die Auseinandersetzung mit ihrer Sozialstaatskritik ist fruchtbar. Der Kampf für eine alternative Gesellschaftsidee

muss geführt werden. Als Jusos haben wir einen Beitrag dazu geleistet.

Wir sind davon überzeugt, dass die Vision des demokratischen Sozialismus für die SPD eine entscheidende ist. Sie macht deutlich, dass es ein Abfinden mit den bestehenden gesellschaftlichen Verhältnissen, dem Kapitalismus, nicht geben darf. Sie macht weiter deutlich, dass eine andere Gesellschaft denkbar und damit möglich ist. Und die Vision des demokratischen Sozialismus sagt etwas über das Gesellschaftsverständnis der Sozialdemokratie aus. Gesellschaftliche Verhältnisse sind nicht Ausdruck von Zufälligkeiten sondern von gesellschaftlichen Interessenkonflikten und Kräfteverhältnissen und Interessenskonflikten.

Ob es gelingen wird, grundsätzliche Gesellschaftskritik zu verankern, ob es gelingen wird, soziale Regeln zu erkämpfen, ist offen. Es hängt davon ab, ob es Menschen gibt, die bereit sind, sich um die Zukunft dieser Gesellschaftsordnung in die Auseinandersetzung einzubringen. Eine linke politische Praxis muss die außerparlamentarische und parlamentarische Ebene mitdenken – ganz im Sinne der Doppelstrategie.

Das große Ganze im Blick zu behalten und in der SPD um Realpolitik zu ringen, ist für linke Politik in der Sozialdemokratie die Herausforderung.



Jirí Kosta

## Die ökonomischen Reformideen des Prager Frühlings von 1968 im Rückblick

### I. Die Entwicklung der Reformkonzeption

Im ersten Teil meines Beitrags beschreibe ich die Vorgeschichte sowie die Entwicklung des Reformkonzeptes, das von tschechischen Ökonomen unter der Leitung von Ota Sik um die Mitte der 1960er Jahren entworfen wurde und im August 1968 durch den Einmarsch der Warschauer-Pak- Truppen in die ČSSR und die daraus resultierenden innenpolitischen Folgen ein jähes Ende erfuhr<sup>1</sup>. Die neuen Machthaber stellten unter dem Schlagwort der „Normalisierung“ die alten Verhältnisse in Politik und Wirtschaft wieder her. Zur Zeit der Invasion waren noch nicht alle zuvor beschlossenen Reformschritte realisiert worden, zudem war klar, dass das bisher entwickelte Konzept weitere ergänzende Elemente enthalten müsste. Der zweite Teil beinhaltet im Rückblick von vier Jahrzehnten einige kritische Überlegungen zu den damaligen Reformideen, die sich auf mittlerweile gewonnene Erfahrungen und geführte Diskussio-

nen unter Fachkollegen stützt. In diesem Kontext versuche ich abschließend der gegenwärtig immer noch umstrittenen Frage nachzugehen, ob die damalige Konzeption, deren Fortentwicklung auf der Tagesordnung stand, die Chance geboten hätte, ein funktionstüchtiges, lebensfähiges Wirtschaftssystem zu etablieren, wenn die tschechoslowakische Reformbewegung im August 1968 nicht niedergewalzt worden wäre.

### Die Abkehr vom zentralistischen Planungssystem sowjetischen Typs

In der Tschechoslowakei – insbesondere in seinem westlichen Teil (Böhmen-Mähren) – bestanden nach dem Zweiten Weltkrieg im Unterschied zu den übrigen osteuropäischen Gesellschaften besonders günstige Bedingungen für eine sozialistische Entwicklung, wie sie von den Theoretikern der Arbeiterbewegung prognostiziert worden war: ein hoher industrieller Reifegrad und das Vorhandensein bürgerlicher Verkehrsformen, folglich auch die Existenz jener sozialen Kraft, die Träger der Systemveränderung werden sollte, nämlich einer zahlenmäßig starken, politisch bewussten und gut organisierten Arbeiterschaft. Hinzu kamen die folgenden spezifischen historischen Bedingungen, die eine sozialistische Perspektive in Anlehnung an die Sowjetunion begünstigten:

1 Teil I ist eine gekürzte Fassung des Aufsatzes „Das Reformkonzept des Prager Frühling von 1948“. In: Jirí Kosta, Die tschechisch/tschechoslowakische Wirtschaft im mehrfachen Wandel, LIT-Verlag, Münster 2005, S. 93-124; Gekürzt habe ich vor allem fachspezifische Passagen, die den Leser dieses Sammelbandes kaum von Belang sind

So fand die von der kommunistischen Partei (KPČ) eingeleitete Transformationsstrategie anfangs die Unterstützung weiter Bevölkerungskreise: neben den Fabrikarbeitern waren es Landarbeiter und Kleinbauern, denen einmal in den Sudeten das von Vertriebenen zurückgelassene Hab und Gut zufiel, zum anderen im Inland Großgrundbesitzern konfiszierter Grund und Boden zugeteilt wurde. Zudem unterstützten namhafte Intellektuelle sowie die akademische Jugend den Kurs der Partei. Diese positive Haltung eines Großteils der Bevölkerung gegenüber der KPČ war auf die historischen Erinnerungen der Tschechen zurückzuführen: auf die Weltwirtschaftskrise, die als Folge der kapitalistischen Marktwirtschaft gedeutet wurde, auf den Verrat der Westmächte, die mit dem Münchner Abkommen von 1938 das Schicksal der ersten Republik besiegelten, auf die aktive Rolle der KPČ im Widerstandskampf gegen Hitler. All diese Reminiszenzen begünstigten die Gesinnung der Tschechen, die den alternativen Weg einer neuen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung unterstützten.

Die Kommunisten nutzten den so entstandenen Vertrauensvorschuss, der durch die Verheißungen eines eigenständigen Weges zum Sozialismus („ohne Diktatur des Proletariats“, „ohne Kolchose“) in der Periode von 1945 bis Anfang 1948 bestärkt wurde. Dieser autonome, den spezifischen tschechoslowakischen Bedingungen entsprechende Kurs wurde jedoch schon drei Jahre nach Beendigung des Zweiten Weltkrieges von der nunmehr allein bestimmenden KPČ aufgegeben. Dies bedeutete im ökonomischen Bereich, dass mit dem

ersten Fünfjahresplan (1949 bis 1953) sowohl die auf den Ausbau der Schwerindustrie orientierte, auf übermäßigen Einsatz von Material und Arbeit setzende extensive Industrialisierungsstrategie als auch das dieses Ziel begünstigende zentral gelenkte Planungssystem sowjetischen Typs lückenlos von der politischen Führung der ČSSR auf Geheiß Moskaus übernommen wurde. Nun hieß es in erster Linie,

- die Schwerindustrie als Kern eines forcierten Wachstums der tschechoslowakischen Volkswirtschaft und als industrielle Basis der übrigen Ostblockländer voranzupeitschen;
- alle privaten Produktions- und Dienstleistungsbetriebe bis zum letzten Friseurladen zu enteignen und sie in staatseigene Konzerne einzuverleiben, zudem – vor allem in der Landwirtschaft – in so genannte Einheitsgenossenschaften zu integrieren<sup>2</sup>
- vertikal-hierarchischer Entscheidungsinstanzen zu etablieren, die auf das Prinzip der autoritären Einzeileitung gestützt sind,
- zentralistisch-befehlsartiger Lenkungsformen zu etablieren, die primär an naturalwirtschaftlichen Mengenkennziffern (Stückzahl, Kilogramm) orientiert sind und monetäre Rechengrößen (Preise, Löhne, Kosten) lediglich ergänzend anwandten.

---

2 Wir können nahezu alle Unternehmensformen, ob als „Nationalunternehmen“, „Kommunalbetriebe“ oder „Genossenschaften“ benannt, als *verstaatlich* betrachten, da die Eigentumsrechte der Staats- resp. Parteibürokratie obliegen.

Das Aufpflöhen dieses Planwirtschaftsmodells auf die sozialökonomischen Strukturen der ČSSR erwies sich nach einiger Zeit als fatal. Zwar konnten in den fünfziger Jahren hohe Wachstumsraten verbucht werden. Dies war auf die Nutzung extensiver Ressourcen sowie überschüssiger Arbeitskräfte und nicht erschlossener Rohstoffe zurückzuführen (wenngleich auch hier die Reserven weit geringer waren als in den meisten osteuropäischen Ländern). Den anfänglichen Aufschwung begünstigten weitere Faktoren der Nachkriegsperiode, wie der allgemeine Nachholbedarf, ein besonderes Engagement vieler Bürger in Erwartung der Aufbauperspektiven und nicht zuletzt die Nutzung von konfisziertem Vermögen. Die der zentral gelenkten Planwirtschaft eigene Verschwendung der Inputs (Material, Arbeit) ist missachtet worden, solange ein hohes Wachstumstempo präsentiert werden konnte. Nach Ausschöpfung der noch vorhandenen Ressourcen verschlechterten sich jedoch die Voraussetzungen eines nachhaltigen Wachstums. Die zunehmende Knappheit der Arbeitskräfte sowie der Rohstoffe und Halbfabrikate sowie weitere ungünstige Faktoren (überzogene Planungsziele, die einseitige Ost-Orientierung der Außenwirtschaft) führten in den frühen sechziger Jahren zu einer krisenhaften Wirtschaftsentwicklung, die sich insbesondere in einem sinkenden Lebensstandard der Bevölkerung niederschlug.

Angesichts der sich rapide verschlechterten Lage der tschechoslowakischen Volkswirtschaft und der kaum zu unterdrückenden Unzufriedenheit der Bevölkerung wandte sich die politi-

sche Führung des Landes an die Stimmen von Wirtschaftswissenschaftlern, die bereits zum Ende der fünfziger Jahre das zentralistische Planungssystem scharf kritisiert hatten. Von ihnen erwarteten sie die Rezepte, die der Krise Einhalt gebieten sollten. Nur so hofften die Machthaber, dass sie ihre Positionen beibehalten können. Die kritischen Ökonomen widersprachen allerdings der orthodoxen Parteispitze und deren Beratern, die für eine halbherzige Reform der Planungstechniken – der so genannten Kennziffern – eintraten, ohne das Prinzip des zentral gelenkten Wirtschaft in Frage zu stellen. Die Argumentation der Reformökonomien um Ota Šik – ging von einer theoretischen Analyse der Wirkungsweise des „direktiven“, d.h. befehlsartigen Planungssystems aus. Der hohe Zentralisierungsgrad der wirtschaftlichen Entscheidungen ist – so die Reformer – zum einen im Hinblick auf die Komplexität der Informationen nicht zu bewältigen. Mit wachsender Zahl und Variabilität der ökonomischen Prozesse steigt die Anzahl sowie die Veränderungsrate der Informationsströme zwangsläufig an. Die Bewältigung der Informationsprobleme erfordert mithin dezentrale Entscheidungsformen.

Zum anderen – so die Kritiker der zentralen Kommandowirtschaft – führt die Logik der verbindlichen Planungsaufgaben, die der Betrieb von den übergeordneten Planungsinstanzen erhält, bei gegebener Ressourcen- und Güterknappheit zu wachsenden Interessendivergenzen zwischen den zentralen Planorganen und den Produktionseinheiten: die Unternehmensleitung ist an einem möglichst niedrigen Produktionsoll

und an möglichst hohen Zuteilungen von Arbeitskräften, Material und Investitionsmitteln interessiert, mit anderen Worten: an „weichen Plänen“. Da nun die übergeordneten Planungsinstanzen auf die Informationen der Betriebe angewiesen sind und deren Realitätsgehalt im Detail nicht überprüfen können, müssen sie eventuelle Fehlinformationen in Kauf nehmen. Die Betriebe können auf diese Weise niedrigere Produktionsauflagen und höhere Arbeits- bzw. Kapitalzuteilungen erreichen, wodurch Effizienzverluste im System eingebaut sind. Ist etwa ein Zulieferbetrieb von Stahl an niedrigen Outputauflagen und hohen Inputzuweisungen interessiert, dann befindet er sich im Widerspruch zu dem Stahl beziehenden Abnehmerbetrieb, der den Stahleinsatz maximieren und den Ausstoß von Fertigprodukten, zum Beispiel von Maschinen, im Plan möglichst niedrig vorgegeben haben möchte. Allgemeiner gesagt: Zwischen den Lieferanten als Anbietern und den Abnehmern als Nachfragern besteht ein Interessengegensatz.

Um Missverständnissen vorzubeugen: eine derartige argumentative Kritik des Planzentrismus sowjetischen Typs gilt freilich nicht nur für die extensive Phase der wirtschaftlichen Entwicklung, die eher für industriell minder entwickelte Länder typisch ist. Bereits unter extensiven Bedingungen war die Planwirtschaft sowjetischen Typs ineffizient, dies galt auch für tschechoslowakische Wirtschaft in den ersten Nachkriegsjahren. Die Verschwendung von Produktionsmitteln und Arbeitskräften war unvermeidlich. Dennoch blieb das überkommene System unter dem poli-

tischen Diktat so lange bestehen, bis die Wirtschaftskrise der frühen 1960er Jahre das Machtgefüge des Landes ins Wanken versetzte. Ota Šik wurde von den Machthabern allein deswegen berufen, weil man von ihm erwartete, dass er mit der Reform ihren eigenen Machterhalt ermöglichen würde. Dass Šik und sein Team schließlich einen Weg einschlug, der das politische Machtmonopol ohnehin in Frage stellte, steht auf einem andern Blatt.

### **Die Entwicklung des Reformkonzeptes im Überblick (1965–1968)**

Sowohl das Problem der Informationsbewältigung als auch das der Austragung von Interessenwidersprüchen sei, so die Argumente der Reformler, viel eher durch regulierte Marktbeziehungen zu lösen als durch die bisher praktizierte zentral-administrative Planung. Die gravierende Zuspitzung der wirtschaftlichen Schwierigkeiten, die nach einer um 1960 angeordneten Rückkehr zu zentralistischen Lenkungsformen zutage trat, gab den Kritikern Recht. Die Parteiführung suchte notgedrungen nach neuen Lösungen. Angesichts der um sich greifenden Wirtschaftskrise entschied sie sich schließlich, die Gruppe der kritischen Ökonomen unter der Leitung von Ota Šik mit der Erarbeitung eines Reformkonzeptes des Planungssystems zu betrauen. So entstand – freilich nicht ohne interne Diskussionen und oft in schwierigen Auseinandersetzungen mit der politischen Führung – allmählich der Entwurf des „Neuen Systems der planmäßigen Lenkung“, das im Januar 1965 vom ZK der KPČ gebilligt wurde und ab 1966 Schritt für Schritt einge-

führt werden sollte. Die Zielsetzungen des 1965 konzipierten Reformmodells, die zum Teil erst nach und nach realisiert werden sollten, können stichwortartig wie folgt umrissen werden:

- Anstelle der *Eigentumsrechte*, die im Planungssystem sowjetischen Typs der zentralen Planungsbürokratie vorbehalten waren (Staatseigentum), werden die Eigentumsrechte auf die Unternehmensebene übertragen (Unternehmenseigentum); Entscheidungsträger sind Direktoren, die von der Planungsbürokratie nunmehr stärker als bisher unter fachspezifischen Kriterien berufen werden: die Sachkompetenz gewinnt gegenüber der früher politisch bedingten Kaderauswahl an Gewicht.
- Anstelle des *Planes*, der den Betrieben vollzugsverbindlich in Form von Kennziffern vorgegeben worden ist, wird nunmehr ein zentraler Rahmenplan aufgestellt, der indikativen, orientierenden Charakter hat. An vollzugsverbindlichen Planziele wird allerdings in „Schlüsselbereichen“ weiterhin festgehalten (Rüstung, Außenwirtschaft, Investitionen größeren Ausmaßes etc.). Andererseits sollen nun verbrauchsnahe Bereiche (Produktion von Konsumgütern, Infrastruktur) besonderes Augenmerk geschenkt werden, wobei die Schwerindustrie an Bedeutung verliert.
- Zentral festgelegt werden „*Regulatoren*“, d.h. es werden wirtschaftspolitische Instrumente und Regeln vorgegeben (Preis-, Investitions-, Einkommens-, Steuer-, Kredit- und Devisenpolitik etc.). Die ökonomi-

schen Regulatoren bilden ein Bindeglied zwischen den zentralen Rahmenplänen und den dezentral wirkenden Marktbeziehungen.

- Die Unternehmensentscheidungen basieren in der Regel auf *Marktmechanismen*: es entstehen Direktkontakte zwischen Zuliefer- und Abnehmerbetrieben, in Teilbereichen wird die Preisbildung freigegeben, die Lohn- und Einkommensmotivation basiert auf Erwerbsanreizen, das Unternehmensziel ist die Rentabilität, es sind Wettbewerbsverhältnisse herzustellen

Die sukzessive Einführung dieser Reformelemente in den Jahren 1966 und 1967 stieß zunehmend auf Barrieren politisch-institutioneller Art, so etwa in Gestalt von Eingriffen des Parteiapparates in das Wirtschaftsgeschehen, auf dem Gebiet der Kaderauswahl in den Betrieben, im Bereich der Mitbestimmungsrechte, die von den Betriebsangehörigen als unzureichend empfunden wurden. Der allgemeine Demokratisierungsprozess in der tschechoslowakischen Gesellschaft, der im Prager Frühling von 1968 seinen Höhepunkt erreichte, schuf die notwendigen Voraussetzungen für die Überwindung der politischen Schranken, die eine konsequente Durchsetzung der Wirtschaftsreform und damit auch eine Verstetigung des in Gang gekommenen wirtschaftlichen Genesungsprozesses behinderten. Das markanteste zur Zeit des Prager Frühlings von 1968 implementierte Reformelement bestand in der Teilhabe der Beschäftigten an den Unternehmensentscheidungen, eine Fortentwicklung des dezentralen Plan-

Markt-Modells in ein „dezentral-partizipatorisches“ Konzept. Die bis dahin auf die Unternehmensleitung beschränkten Eigentumsrechte wurden nunmehr auf „Werktätigenräte“ („rady pracujících“) übertragen, wie im weiteren erläutert wird. Der in der Reformperiode einsetzende Aufschwung (dazu vgl. die Tabelle in Teil II dieses Beitrags) deutet darauf hin, dass der eingeschlagene Reformweg erfolgreich angetreten war. Die Bemühungen um eine Weiterführung der Reform fanden mit dem Einmarsch der Warschauer-Pakt-Truppen vom August 1968 und den politischen Folgeereignissen in der ČSSR ihr gewaltsames Ende.

### **Wirtschaftsreform und Teilhabe an Entscheidungen: der Prager Frühling von 1968**

Ehe auf das partizipatorische Konzept der Teilhabe an Entscheidungen der Unternehmenskollektive, also auf eine Art Arbeiterselbstverwaltung, näher eingegangen wird, sind einige ergänzende Anmerkungen zu der Charakteristik des Reformentwurfs von 1965 (siehe oben) vermerkt: der Wirkungsbereich der verbindlichen Planaufgaben wurde im Verlauf der Jahre 1966/1967 reduziert, eine den Knappheitsverhältnissen stärker Rechnung tragende Preisreform der Großhandelspreise ist 1967 vorgenommen worden, eine freie, marktmäßige Preisbildung wurde allerdings immer noch lediglich als langfristiges Ziel erwogen. Anfang 1967 sind einheitliche Steuersätze eingeführt worden. Andere Postulate, die von den Reformern angemahnt wurden, wie etwa eine Entflechtung der immer noch vorherrschenden Branchenmonopole, eine weitergehende

Privatisierung, die Schaffung von Kapitalmärkten etc. blieben in der gegebenen Zeit zunächst nur internen Diskussionen vorbehalten.

Unter dem Einfluss des radikalen Reformflügels innerhalb der Partei und der intellektuellen Beratergremien wurde Anfang 1968 die Forderung nach einer institutionellen Absicherung der Beteiligung von Betriebskollektiven an den Unternehmensentscheidungen gerufen. Im Aktionsprogramm der KPČ vom April 1968 wurde auf diese Forderung eingegangen: postuliert wurde die Errichtung von „demokratischen Organen“ in den Unternehmungen. Bereits einige Wochen später – im Mai und Juni – wurden die entsprechenden Dokumente der Regierung und der Gewerkschaften veröffentlicht, in denen Richtlinien und Empfehlungen zum Aufbau von so genannten „Werktätigenräten“ formuliert wurden. Die Arbeiter, anfangs den Reformen gegenüber eher misstrauisch, begrüßten dieses neue Projekt; sie wurden schließlich zur bedeutsamsten Stütze der Reformbewegung. In den Fabrikorganisationen der Partei und der Gewerkschaften war ein deutlicher Wandel erkennbar geworden. Die alten Funktionäre wurden abgewählt und überall neue, reformorientierte Mitglieder in die Ämter eingesetzt. Nach längeren Diskussionen ist eine Abgrenzung von Kompetenzen der Entscheidungsgremien im Unternehmen – der Werkstättenräte, der Direktoren (des Managements), der Gewerkschaften sowie auch im Hinblick auf frühere Traditionen der Parteiorganisationen) vorgenommen worden, die kurz beschrieben werden soll.

Der Alleinentscheidung des Werktagenrates sollten über drei Grundsatzfragen bestimmen: über die Ernennung und Abberufung des Direktors bzw. seiner Stellvertreter, über deren Gehalts- und Prämienbezüge, sowie über die Schicksalsfragen des Fortbestehens bzw. Zusammenschlusses und der Teilung des Unternehmens. Ein Mitbestimmungsrecht der Werktagenräte war bei den folgenden Problemen vorgesehen: bei der Entwicklungskonzeption und der entsprechenden Investitionsplanung, ferner bei den Grundsätzen der Verteilung des Unternehmenseinkommens (Gewinns), die in Kollektivverträgen zwischen Gewerkschaftsorganisationen und Direktion zu konkretisieren waren, ferner bei Organisations- und Statutfragen des Betriebs und schließlich bei der Jahresbilanz der Firma: hier sollte jedoch in letzter Instanz der Direktor entscheiden.

Auch sonst war dem Direktor ein relativ großer Entscheidungsspielraum zuerkannt, so etwa auf dem Gebiet der Entwicklungs- und Absatzpolitik, der Vorbereitung und Durchführung des Produktionsprozesses, der laufenden technischen, kaufmännischen, finanziellen sowie betrieblich-personellen Fragen. Die Personal- und Sozialpolitik war andererseits von den Gewerkschaften mit zu tragen, jedweder Eingriff der Partei in das Betriebsgeschehen gehörte der Vergangenheit an..

Obwohl die demokratischen Institutionen im Prager Frühling erst in ihren Kinderschuhen steckten, bewirkte die freiheitliche Atmosphäre des Prager Frühlings an sich bereits spontane Ansätze zu einer vielfältigen Partizipa-

tion der arbeitenden Menschen in den Betrieben und der Bevölkerung in den Wohnorten, ein Umstand, der sich auch positiv in den Leistungsmotivationen der Erwerbstätigen in der Volkswirtschaft niederschlug.

## **II. Die Reformkonzeption von 1968 – ein kritischer Rückblick**

### **Die wirtschaftliche Lage um 1968**

Ein erstes, zugegebenermaßen unzureichendes Indiz der Funktionstüchtigkeit des teilreformierten Wirtschaftssystems nach 1965 zeigen die in der folgenden Tabelle aufgeführten Vergleichsdaten von zwei Perioden: dem Zeitabschnitt vor der Reform (1961-1965) und der eigentlichen Reformperiode (1966-1968). Das durchschnittliche jährliche Wachstum war nach Einführung der ersten Reformschritte deutlich höher als in den fünf Jahren davor. Nun ist sicherlich das hier statistisch erfasste positive Resultat nicht allein auf die eingeschlagene Reformstrategie zurückzuführen. Hier mögen auch andere Faktoren wie die außenwirtschaftlichen Entwicklungen, die Berufung kompetenter Fachkräfte in das Management, eine Verbesserung der Ausbildung etc. eine positive Rolle gespielt haben. Eine Bewertung der wirtschaftlichen Entwicklungsergebnisse müsste auch davon ausgehen, dass jeweils ein time-lag zwischen den getroffenen Maßnahmen und dem dadurch erzielten Ergebnis vorhanden ist. Ungeachtet dieser Einschränkungen steht jedoch für den Zeitzeugen der damaligen Ereignisse allemal fest: die eingeleitete Reformpolitik hat eine Atmosphäre der Hoffnung, der Zuversicht, des Op-

<p style="text-align: center;"><b>Wachstum der tschechoslowakischen Volkswirtschaft in der Vorreform- und der Reformperiode</b> <i>Jahresdurchschnittliches Wachstum in %</i></p>		
Indikator	1961–1965 (1960 = 100)	1966–1968 (1965 = 100)
Produziertes Nationaleinkommen	2,0	7,2
Industrielle Bruttoproduktion	5,2	6,5
Landwirtschaftliche Bruttoproduktion	1,2	5,0
Individueller Konsum	3,0	6,5
Gesellschaftlicher Konsum	5,1	6,5
Bruttoinvestition	2,0	6,8
Außenhandelsumsatz	7,9	4,9

Quellen: Jiří Kosta, Sozialistische Planwirtschaft, Opladen 1974, S. 134, 138; Statistická ročenka (Statistisches Jahrbuch) ČSSR 1971, S. 4

timismus geschaffen, die auch auf den Arbeitsplätzen in der Wirtschaft einen Motivationsschub hervorgerufen hat. Unbestritten ist schließlich, dass demnach die Ausgangssituation für eine Fortführung der Reform nach 1968 äußerst günstig war.

Aufschlussreich ist auch die folgende Tabelle (S. 138), in der das Wachstum der volkswirtschaftlichen „Leistungen“ (Produktion plus Dienstleistungen) im Jahre 1968 vor der Invasion (Januar bis Juli) und im gleichen Jahr danach (August bis Dezember) gegenüber den gleichen Perioden im Jahre 1967 verglichen wird: die Wachstumsrate war in den ersten sieben Monaten von 1968 gegenüber der gleichen Periode des Vorjahrs doppelt so hoch wie die entsprechende Wachstumsraten des vorausgehenden Jahres. Dennoch war das Wachstumstempo von August bis Dezember

mit 4,5 Prozent gegenüber dem Vorjahr immer noch ansehnlich. Man bedenke: etliche Erwerbstätige protestierten Ende August 1968 in den Straßen der großen Industriezentren gegen die Invasion, sie diskutierten und verabschiedeten immer wieder Resolutionen gegen Okkupanten, tagelang standen die Räder in den Fabriken still, der Elan des Frühlings war dahin. Trotzdem arbeitete man auch nach dem großen Frust weiter, das Wachstum ging etwas langsamer, jedoch immer noch voran. Die wirtschaftliche Lage zum Ende des Jahres 1968 war günstig. Es kann kein Zweifel darüber bestehen, dass dies die für eine Weiterführung der Reform von Vorteil gewesen wäre.



<i>Wachstum der volkswirtschaftlichen Leistungen in zwei Perioden des Jahres 1968 gegenüber der gleichen Periode des Vorjahres (in %)</i>		
	Januar – Juli	August – Dezember
Leistungen (Produktion und Dienstleistungen)	8,7	4,5

Quelle: J. Kosta/J. Sláma: Die tschechoslowakische Wirtschaft in den sechziger Jahren. Das Schicksal einer Wirtschaftsreform. In: Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik, Band 185, Heft 6/1971, S.495

### **Plus- und Minuspunkte der bisherigen Reformkonzeption**

Um eine verlässlichere Antwort auf die Frage nach der Funktionstüchtigkeit der angestrebten Reform zu beantworten, sind außer dem vorangehenden Wachstumsverlauf weitere Aspekte des Reformkonzeptes in Betracht zu ziehen – einmal diejenigen Entwürfe, die sich nach meinem Dafürhalten langfristig als Erfolg versprechend hätten erweisen können, zum anderen weitere Elemente, die mir unvollkommen oder auf Dauer nicht lebensfähig erscheinen. Ich kann mich dabei auf die praktischen Erfahrungen sowie die theoretischen Auseinandersetzungen stützen, deren Zeugen wir vier Jahrzehnte lang nach 1968 gewesen waren, und zwar sowohl in den westlichen Industrieländern als auch in den ehemaligen Ostblockländern, in denen das Kommandosystem erst zwei Jahrzehnte nach dem Prager Frühling mit der Wende von 1989 in eine Marktwirtschaft transformiert worden ist.

Nach meiner Überzeugung gab es zwei Eckpfeiler der Reformideen von 1968, die eine unabdingbare Voraussetzung der Lebensfähigkeit des Systems darstellen. Der eine Grundstein bestand in der *wechselseitigen Bedingtheit des öko-*

*nomischen und des politischen Systems.* Die Abschaffung der Kommandowirtschaft kann nicht ohne ein freiheitlich-demokratisches Gesellschaftssystem erfolgreich zu Ende geführt werden. In der Reformkonzeption bedeutete dies, dass die wirtschaftliche Lenkung, die sich in wesentlichen Bereichen auf Marktmechanismen stützen sollte, einzig und allein in einer freiheitlichen Gesellschaft realisiert werden kann – das haben die Erfahrungen der eingeschlagenen Reformschritte in den Jahren 1966 und 1977 erwiesen. Die zweite Säule, deren Fortbestehen eine *conditio sine qua non* der Funktionstüchtigkeit des reformierten System darstellt, lag in der These, dass die *Marktwirtschaft nicht überall ungezügelt wirken darf, sie ist unter bestimmten Bedingungen zu regulieren, eventuell zu korrigieren, oder sie sogar außer Kraft zu setzen*, letzteres allerdings jeweils mittels demokratisch legitimierter Weisungsverfahren. Alle diese Eingriffe in den Marktmechanismus beziehen sich auf verschiedene Aspekte, sie betreffen beispielsweise soziale Belange, ökologische Aspekte, ethische Werte. Ein besonders krasses Beispiel bilden die Finanzmärkte, deren ungezügelte extreme Schwankungen unschwer in eine Fi-

nanzkrise einmünden können, wie wir dies seit dem Herbst 2008 erleben.

Es gibt meines Erachtens zweierlei Minuspunkte: zum einen gibt es etliche Bereiche, in den die marktwirtschaftliche Lenkung bislang nicht oder nur unzureichend implementiert ist. Sicherlich ist dies teilweise nicht den Reformern zuzuschreiben, die mittel- bzw. längerfristig die notwendigen Schritte und Maßnahmen zur Ausweitung der marktwirtschaftlich gelenkten Sektoren ins Auge gefasst hatten, dies jedoch in der kurzen Zeit vor der gewaltsam unterbrochenen Reformbewegung weder in Gang setzen noch weiter erwägen konnten. Als Beispiele seien genannt: eine Ausweitung der freien Preisbildung, die Verlagerung von Investitionsentscheidungen auf die Ebene der Unternehmen, der Einbezug der monetären Ströme in das Marktgeschehen, eine Lockerung des immer noch straff reglementierten Außenhandels im Bereich des Ostblocks und last but not least die Zerschlagung der Branchen- und Regionalmonopole als Voraussetzung eines funktionierenden Wettbewerbs. Über einige dieser Intentionen gab es sogar noch 1969 teils publizierte, teils interne Absichtserklärungen. Die entsprechenden künftigen Schritte und Maßnahmen wären meines Erachtens unschwer realisierbar gewesen, immer unter der Voraussetzung, es wäre kein Eingriff von außen erfolgt.

Der zweite Minuspunkt betraf vor allem die im Frühjahr 1968 meines Erachtens fehlerhaft konzipierte Eigentumsordnung, die dem beschriebenen Projekt der Arbeiterselbstverwaltung zu Grunde lag. In Form der Werktätigen als

Träger der Eigentumsrechte in Großbetrieben. Ich gebe zu, im Jahre 1968 in Prag und anfangs auch in der Emigration ein passionierter Verfechter dieser Form der Teilhabe von Arbeitern und Angestellten an der Leitung „ihres“ Unternehmens gewesen zu sein. Wir haben damals insbesondere in diesem mit diesem Reformschritt einen dritten Weg zwischen dem auf Privateigentum basierendem Kapitalismus und dem auf Staatseigentum gestützten real existierendem Sozialismus gesehen. Ich möchte zwei Argumente gegen dieses Konzept der Werktagenräte anführen. Zunächst ist es die Frage der *fachlichen Kompetenz auf ökonomischen sowie technologischen Gebiet*, die nicht nur das vom Werktagenrat ernannte Management, sondern auch die Mitglieder des Rates selbst einbringen müssten. Schließlich entscheiden sie über die Bilanz der vergangene sowie über die künftige Entwicklung von modernen, komplexen Produktions- bzw. Dienstleistungsunternehmen, Ich bezweifle, dass die in den Rat gewählten Mitglieder durchwegs diesen Ansprüchen genügen können. Dabei gilt der Grundsatz, dass die gestellten Qualifikationsansprüche um 0 höher sind, je entfernter das Entscheidungsgremium vom Arbeitsplatz des Entscheidungsbeauftragten ist. Dem einfachen Mitglied wird folglich das zur Entscheidung vorgelegte, den gesamten Betrieb betreffende Problem besonders schwer fallen. Deswegen ist eine gestaffelte Konstruktion von Betriebsräten auf den unteren Ebenen zweckmäßiger als die Installierung der Werktagenräte als Organ des gesamten Unternehmens. Schließlich entspricht es auch dem Interesse des ein-

zelen Beschäftigten, vor allem dort ein Mitspracherecht geltend zu machen, wo er seine Betroffenheit bei den einzelnen Entscheidungen am ehesten wahrnehmen kann: bei Arbeitern in der Werksabteilung, bei Angestellten im Büro, Ein zweites Problem der Teilhabe von einfachen Arbeitern und Angestellten an den Entscheidungen auf der höchsten Unternehmensebene besteht nach meiner Meinung in der *Frage der Risikobereitschaft*, die bei den einfachen Mitarbeitern in der Regel eher gering sein dürfte. Es ist daher angebracht, dass die Eigentümer des Anlagenkapitals bzw. der von ihnen bestimmten Aufsichtsratsmitglieder und nicht die jeweiligen Arbeiter und Angestellten das Risiko tragen.

Aus diesen Gründen plädiere ich für die bewährte Konstruktion von paritätisch besetzten Aufsichtsräten, in denen die Hälfte der Mitglieder von allen Mitarbeitern des Unternehmens vertreten sind und insofern an Entscheidungen partizipieren. Die andere Hälfte der Mitglieder sind fachkundige und risikobereite Vertreter der Eigentümer, die die langfristigen Belange eines effizienten Betriebs im Auge behalten. Interesse in den westlichen Industrieländern, die mit erfahrenen und kompetenten, moralisch integren Mitgliedern besetzt werden soll. Der Aufsichtsrat beruft schließlich das fachlich ausgewiesene Management („Vorstand“), dem die alltägliche operative Leitung obliegt.

Ein weiterer Minuspunkt der Eigentumsproblematik betrifft die im Prager Frühling kaum diskutierte *Privatisierung von kleingewerblichen und mittelständischen Unternehmen sowie die Öffnung des Unternehmensbereichs*

*für diverse Formen von Genossenschaften*, bilden doch die gerade kleinere und mittlere Betriebe einen Eckpfeiler moderner Volkswirtschaften.

### Fazit

Doch zurück zu der eingangs gestellten Gretchenfrage nach der *Lebensfähigkeit des Reformkonzeptes* unter der Bedingung seiner Fortentwicklung im Inland, ohne dass von außen, im Klartext von Moskau, eingegriffen worden wäre. Wie bereits erwähnt, stand eine Reihe von Maßnahmen bevor – sei es bereits in Form von Beschlüssen oder noch in der Gestalt von intern erwoگenen Intentionen. Sicher wäre es möglich gewesen, ohne den Gegendruck von außen die noch fehlenden marktwirtschaftlichen Instrumente den Absichten der Reformier entsprechend in das System einzubauen. Zudem wären sicherlich Auseinandersetzungen und Kontroversen entstanden, so etwa hinsichtlich der von mir diskutierten Frage der Eigentumsordnung sowie in anderen Bereichen. Man stelle sich jedoch ungeachtet anstehender Schwierigkeiten vor: die im Frühling 1968 errungene Freiheit der Menschen vor, der Wegfall jeglicher Zensur, das Ende der Angst vor dem Spionieren – all das, was die freiheitliche politische Atmosphäre dieser kurzen Zeitspanne ausgemacht hat, man stelle sich vor, dass all das weiter Bestand gehabt hätte. War das allein nicht schon die sichere Voraussetzung dafür gewesen, dass auch im ökonomischen Bereich die Reformier von 1968, gefolgt von weiteren sich ihnen anschließenden mit diskutierenden Kollegen, Wege gefunden hätten, die eine Transforma-

tion des bisherigen sowie des zunächst nur halb reformierten Systems vorangebracht hätte? Es hätte durchaus ein lebensfähiges Reformkonzept entstehen können, das in der Praxis sicherlich die Probe aufs Exempel bestanden hätte. Dies wäre zwei Jahrzehnte früher gewesen, als es dann doch gelang.

# Berichte und Rezensionen

---

Nils Diederich

„Ich hab's gewagt“<sup>1</sup>

**Hans Matthöfer – Demokratischer Sozialist, Mann der Tat (1925–2009)**

1. Im Rückblick scheint es so, als habe die SPD eine Zeit der „Großen Persönlichkeiten“ hinter sich gelassen. Mag sein, dass die Nostalgie den Blick verzerrt. Für mich war Hans Matthöfer eine der großen Persönlichkeiten, an denen man sich orientieren konnte. Das erste Mal kam mir der Name unter, als ich als frisch immatrikulierter Student – rer. pol. – mich dem Sozialistischen Deutschen Studentenbund (SDS) an der Freien Universität Berlin anschloß, damals für aktive Sozialdemokraten an der Uni eigentlich eine Selbstverständlichkeit, zumal Gruppen der Parteien oder ihrer Jugendabteilungen damals an den Universitäten nicht zugelassen waren (jedenfalls war das so in Berlin). Das „offizielle“ Organ des SDS war „Der Standpunkt“, damals von meinem Freund Gerhard Schoenberner, von Erik Nohara und Michael Mauke produziert. Aber da entdeckte ich alsbald die in Frankfurt erscheinende Zeitschrift „links“, die von Hans Matthöfer mitgegründet und eine Zeit lang her-

ausgegeben worden war. Später fühlte ich mich mit jenem noch relativ jungen Bundestagsabgeordneten Hans Matthöfer solidarisch verbunden, der wider den Stachel löckte und gegen die Notstandsgesetze focht, die damals allen, die sich links fühlten, als Gefahr für die Demokratie erschienen. Später erweckte er (auch aus ganz persönlichen Gründen) meine Sympathie, als er den jungen spanischen Sozialisten um Felipe Gonzales nicht nur ideale, sondern auch massiv materielle Hilfe bei ihrem Kampf um die Überwindung des franco-faschistischen Regimes leistete. Er war Vorbild für uns, die glaubten in der SPD ideologisch links zu stehen, da er nicht als theoretischer Besserwisser mit der Kenntnis der „heiligen“ Schriften auftrat, sondern aktiv handelte. Noch als Bundestagsabgeordneter lag er im Konflikt mit Zuchtmeister Herbert Wehner, der dabei war, den SDS von der SPD abzutrennen. Matthöfer wurde als linker Politiker wahr genommen, der es wagte, den Allmächtigen zu widersprechen. Auch in Berlin wurde ja der SDS verfolgt, und SDS-Mitglieder systematisch aufgespürt und aus der Partei gedrängt. Es war die Partei, die diese Organisation bedenkenlos den Radikalen auslieferte, von denen sie schließlich ruiniert wurde.

Als ich 1976 in den Bundestag einzog, da begegnete ich allerdings einem Matthöfer, der zur Garde von Helmut

---

1 Anfang eines bekannten Gedichts von Ulrich von Hutten (1488 – 1523), das Hans Matthöfer in seiner Abschiedsrede als Postminister vor seiner Belegschaft im Oktober 1982 zitierte.

Schmidt gehörte. Ich wurde von meiner Landesgruppe in den Finanzausschuß delegiert (hauptsächlich, weil er federführend war für das Berlinförderungsgesetz, das häufig geändert werden musste, um die Schlupflöcher zu stopfen, die sich Steuerjuristen ersannen, um Subventionen abzuschöpfen). Dort lernte ich einen Matthöfer als Minister kennen, der nicht links auftrat, sondern überzeugend und sachgerecht argumentierte und der sich nahtlos in die Mannschaft des Kanzlers einfügte. Dennoch blieb die einmal gewachsene Zuneigung. Was mich beeindruckte, war seine bedächtige, doch stets sehr geradlinige und selbstbewusste Art wie er sich in der Fraktion mit Argumenten Anderer auseinandersetzte und seine Positionen vortrug und sie – manchmal mit Sturheit – verteidigte.

Als seine Lebensgefährtin und Ehefrau Traute, mit der er fast 60 Jahre liiert war und die ihn stets, vor allem im Wahlkreis nachhaltig unterstützt hat, starb, entschloß er sich zum Umzug nach Berlin. Dort allerdings konnte er von seinen Plänen nichts mehr verwirklichen, weil er sehr bald erkrankte und am 14. November 2009 starb.

Offenbar hat es ihm, den man selten als eitlen Menschen erlebt hat, wohl getan, dass die von Werner Abelshausen verfasste Biographie, die sehr stark auf den in der Friedrich-Ebert-Stiftung deponierten Akten Matthöfers aufbauen, noch in seinem Beisein in der FES vorgestellt wurde.<sup>2</sup>

---

2 Werner Abelshausen Nach dem Wirtschaftswunder. Der Gewerkschafter, Politiker und Unternehmer Hans Matthöfer J.H.W.Dietz Nachf. Bonn 2009

Diese Biographie hat insoweit einen besonderen Charakter, als der Wirtschaftshistoriker Abelshausen es unternimmt, das Handeln Matthöfers, weit über eine biografische Lebensbeschreibung hinausgehend, jeweils in einen Sinnzusammenhang mit den gesellschaftlichen, ökonomischen und institutionellen Verhältnissen zu stellen. Der Versuch ist interessant und trägt an vielen Stellen dazu bei, das Handeln des Hauptakteurs aus der jeweiligen Situation zu verstehen und den Beitrag zum Fortgang der Geschichte zu bewerten.

Hinter dem biografischen Ansatz von Abelshausen, den er ausführlich in der Einleitung darstellt und begründet, lauern allerdings Gefahren. Manchmal verschwindet die Person Matthöfer für viele Seiten aus dem Blickfeld und rückt hinter die Verflechtungen und Aktionen anderer. Beispiel: In der Flickaffäre spielte Matthöfer nur eine punktuelle Rolle, Anlaß genug für „Spiegel“ und andere Presseerzeugnisse, die Hinweise kräftig aufzublasen. Ballons, die schnell platzten. Jahre später wurden die konstruierten Verdächtigungen auch von den untersuchenden Staatsanwaltschaften als unbegründet klassifiziert. Abelshausen vollzieht nun überflüssigerweise dieses Aufblasen bereits geplatzter Ballons nach und wälzt den Flick-Fall aus, weil es die publizistische Quellenlage hergibt. Matthöfer kommt da kaum mehr als als Marginalie vor.

Abgesehen von derartigen Exkursionen, die auch die Lektüre manchmal anstrengend machen, ist die Biografie eine wertvolle, manchmal lebhaftes Exkursion in Aspekte der deutschen Gewerkschafts-, Wirtschafts-, Forschungs- und

Sozialpolitik der Jahre zwischen 1945 und 1996, soweit Matthöfer damit befasst war.

Abelshauer gliedert das politisch aktive Leben Matthöfers in drei Perioden, in drei große Berufskarrieren: er war Gewerkschaftsangestellter, sozialdemokratischer Politiker und Unternehmer. Sein Leben verlief allerdings nicht unbedingt gradlinig. Der aus einem Arbeiterhaushalt stammende Volksschüler, war zwar, ähnlich wie Helmut Schmidt, Kriegsteilnehmer, dann nach dem Kriege erfolgreicher Schwarzhändler, Dolmetscher, Sprachlehrer und als Student (ohne Abitur an der Frankfurter Universität zugelassen, was damals in Hessen ging) schließlich umtriebiger und schon unternehmerischer SDS-Aktivist.

2. Abelshauer ordnet Matthöfer, Schelskys Begriffsbildung folgend, der „skeptischen Generation“ zu, die nach Kriegserfahrung, Niederlage und Zusammenbruch misstrauisch war gegen Ideologien, und nach realistischen Ansätzen für den Neuaufbau suchte. Sie wusste, dass sie ihr Leben selbst gestalten musste. Abelshauer meint, das charakterliche Profil Hans Matthöfers und seine Eigenarten seien in Kindheit und Jugend gelegt worden. Der kritische Leser fragt sich natürlich, inwieweit da nicht objektive Befunde behauptet werden, die hauptsächlich das von Matthöfer im Laufe der Jahre produzierte Selbstbild spiegeln. Wie auch immer: das Verhalten in Kindheit und Jugend, in der Zeit des Krieges und in der unmittelbaren Nachkriegszeit deuten bereits auf seine später so vorzüglich entwickelten Eigenschaften des zupackenden, hand-

lungsorientierten, initiativenreichen „unternehmerischen“ Menschen hin, der getrieben von Wissbegier und Lernbereitschaft und ausgestattet mit einem moralischen Kompass für das politische Handeln seinen Weg sucht.

3. Matthöfer definiert sich lebenslang als demokratischen Sozialisten. Dabei beruft er sich beispielsweise auf Paul Serings [Richard „Rix“ Löwenthal] „Jenseits des Kapitalismus“, oder auf Sebastian Francks [Henry Jacoby] „Zur Kritik der politischen Moral“. Aber er stützt sich auch auf Karl Marx. Dennoch war ihm Theorie nicht Selbstzweck oder Ziel der Erkenntnis. Als demokratischer Sozialist galt für ihn mehr das Streben nach Umsetzung. Zweifellos hat sein Studienjahr in den USA und der Kontakt zur dortigen Linken und den Gewerkschaftern (übrigens immer wieder auch in Aktionen) nachhaltig gewirkt. Gemäß den Grundströmungen der fünfziger Jahre orientierte er sich am Keynesianischen Modell, obwohl dieses ja von einem „bürgerlichen“ Ökonomen für die Rettung der Marktwirtschaft und letztlich des Kapitalismus erdacht worden war. Interventionismus, Marktlenkung und Planelemente waren Methoden, die Matthöfer durchaus in Betracht zog. Sowohl sein in der Amtszeit als Forschungsminister vertretenes Konzept der Humanisierung der Arbeitswelt als auch das Konzept einer Energiesteuer („Ölpapier“), mit dem er 1981/82 letztlich gegen eine Wand der Ablehnung lief, passen in diese Generalrichtung.

In allen seinen Lebensphasen erwies er sich als Organisationstalent: als Gewerkschaftssekretär, als Berufspolitiker

und als Unternehmer. Abelshäuser umschreibt dies als theoriegeleitete Strategie und Taktik.

4. Scheinbar im Kontrast dazu weist Abelshäuser immer wieder darauf hin, dass Matthöfer zum Träumen tendiere: in der Tätigkeit bei den Gewerkschaften, im Bundestag, in der Entwicklungspolitik. Aber offenkundig lag hier eine Quelle seiner geistigen Stärke. An alle Aufgaben ging Matthöfer mit theoretisch und praktisch durchdachten handlungsorientierten Konzepten heran. Er hatte Widerspruchsgeist und konnte Ziele konsequent bis zur Sturheit verfolgen. Er war nicht korrumpierbar und neigte nicht zu faulen Kompromissen. Und offenkundig hat er seine Konzepte niemals unter dem Aspekt der Beförderung der eigenen Karriere entwickelt, sondern stets an der Sache orientiert

So konnte es nicht ausbleiben, dass der energisch handelnde und konsequent kämpfende Organisator in der Praxis auch immer wieder am Ende auf Sandbänke auflief, so bei der Frage der Mitbestimmung, beim Bildungsurlaub, beim Humanisierungsprojekt und schließlich mit seinem „Ölpapier“, das ein deutlicher Vorläufer heutiger Öko-steuerkonzepte war und dessen Ablehnung ein Anlaß zum Ausscheiden aus dem Amt als Finanzminister war. Seine politischen Freunde folgten ihm ab einem gestimmten Punkt nicht mehr, vielleicht weil sie für sich die politischen Konsequenzen fürchteten?

5. Mit Bewunderung behaupte ich: Matthöfer war ein „erfolgreich Gescheiterter“, nicht zuletzt deshalb, weil er nicht

bereit und in der Lage war, sich opportunistisch anzupassen. Die IG-Metall hat ihn nach vielen erfolgreichen Dienstjahren erst kalt gestellt, dann aus dem Amt gedrängt. Im Bundestag erwarb er sich Schritt für Schritt den Ruf, der „beste Finanzminister, den wir je hatten“, zu sein und schließlich wurde 1981 gemunkelt, er gehöre zu den „Kronprinzen“. Doch diese Zuschreibungen hielten nicht. Letztlich scheiterte er mit einem weit vorausschauenden Projekt einer Steuer auf importierte Energie.

6. Ein Intermezzo als Schatzmeister der SPD trug auch den Keim des Scheiterns in sich. Nachdem Wischniewski das Amt im Streit um die Reform des Finanzen vernichtenden und an Leserschumpfung leidenden Vorwärts hingeworfen hatte, sollte Matthöfer helfen. Aber auch er scheiterte mit seinen ehrgeizigen Reformplänen, die das Blatt zu einem politischen Magazin im linken Spektrum machen sollten, am Widerstand der Vorwärtsleute und der Feigheit des Parteipräsidiums. (Wenige Jahre später liquidierte Matthöfers Nachfolger Hans-Ulrich Klose den Vorwärts sang- und klanglos).

7. Schließlich folgte die Rolle als Vorstand der BGAG, die Abelshäuser als die des erfolgreichen Unternehmers darstellt. Matthöfer sollte die Scherben der an Ignoranz der Gewerkschaften und der Hybris der Unternehmensleitungen im Neue Heimat-Skandal gescheiterten gewerkschaftlichen Gemeinwirtschaft aufsammeln. Er war also mehr Liquidator und Sanierer, d.h. Insolvenzverwalter, denn Unternehmer. Sein Ver-



dienst ist, dass er die Konsequenzen und Kosten des materiellen Scheiterns einer großen Idee für die Gewerkschaften erträglich gehalten hat. Dieses galt insbesondere für den Moloch Neue Heimat. Er hat die BGAG auf gesunde Beine gestellt. Doch die Gewerkschaften wollten auch von einem sanierten Unternehmen nichts mehr wissen, sie hatten sich von ihrem Projekt verabschiedet. Daher schied Matthöfer 1996 aus dem Dienst der BGAG: er war wieder erfolgreich gescheitert.

8. Der Lebenslauf dieses faszinierenden Menschen war durchzogen von einem roten Faden: dem Traum von einem demokratischen Sozialismus, den er umsetzen wollte. Er war „links“ in der Sache. Darüber reflektierte er: Notstandsdebatte, Mitbestimmung, Humanisierung der Arbeitswelt, Entwicklungspolitik, Bekämpfung faschistischer Tendenzen – das Franco-Regime in Spanien, die Pinochet-Diktatur in Chile –, zuletzt die Energiesteuer. Dennoch, nach der Versöhnung mit Schmidt und nach Verabschiedung der Notstandsgesetze verband ihn lebenslange Loyalität und Freundschaft mit Helmut Schmidt, dem linke Tendenzen nicht nachgesagt werden. Was beide verbunden hat, war analytisches und streng auf die Lösung der Sachprobleme gerichtetes Denken. Daher verwundert nicht, dass der als „links“ geltende sehr offenkundig ein besseres Verhältnis zu Helmut Schmidt als zu Willy Brandt hatte.

9. Er blieb seinem Traum als demokratischer Sozialist treu.<sup>3</sup> Matthöfers früherer Mitarbeiter Michael Schumann berichtet in der Gedenkfeier der Friedrich-Ebert-Stiftung in Berlin für Hans Matthöfer, dieser habe sich gelegentlich auf Schillers Don Carlos berufen, wo es heißt: „Sag ihm ... er soll den Träumen seiner Jugend Rechnung tragen, wenn er ein Mann sein wird.“<sup>4</sup> Und Sigmar Gabriel sagte, Solidarität, das sei Verantwortungsbewusstsein für sich und sein Leben und das Leben der Anderen.<sup>5</sup> Nach diesem Leitsatz hat Matthöfer gelebt.

Klaus Faber

### **Nazipropaganda in der arabischen Welt**

Rezension zu :

Jeffrey Herf zur deutschen Mitverantwortung für die Antisemitismusverbreitung in der Islamwelt

In seinem neuen Buch „Nazi Propaganda for the Arab World“ (erschienen bei Yale University Press, New Haven & London, 2009, 335 S.) nimmt der amerikanische Historiker Jeffrey Herf ein Thema auf, das in der deutschen politischen Debatte bislang keine große Bedeutung hat, wenn man einmal von den Auseinan-

---

3 So darf man wohl getrost vermuten, dass er aus diesem Grunde der HDS bis zu seinem Tode als Mitglied treu geblieben ist.

4 Zitiert nach den protokollarischen Aufzeichnungen der Erinnerungsveranstaltung der Friedrich-Ebert-Stiftung, Wirtschaftspolitik in Krisenzeiten. In Memoriam Hans Matthöfer 1925–2009 am 9.12.2009 in Berlin

5 ebda.

dersetzungen über das 2006 erschienene Buch „Halbmond und Hakenkreuz“ von Klaus-Michael Mallmann und Martin Cüppers oder über andere vergleichbare Publikationen (siehe dazu unter anderem „Neu-alter Judenhass“, herausgegeben von Klaus Faber, Julius H. Schoeps, Sacha Stawski, 1. Aufl. 2006) absieht. Man streitet hierzulande zurzeit öffentlich, engagiert und manchmal unfair über die Vergleichbarkeit von Antisemitismus und „Islamophobie“ oder über einen „Aufklärungsfundamentalismus“, den manche in den islamkritischen Positionen von Henryk Broder, Necla Kelek oder Seyran Ates erkennen wollen. Dabei besteht seit langem Anlass für eine umfassende politische Auseinandersetzung mit der Rolle Hitlerdeutschlands vor und während des Holocausts bei der Verbreitung antisemitischer Positionen im europäischen Ausland und vor allem in der arabischen und islamischen Welt und damit auch mit der deutschen Mitverantwortung für die aktuellen Antisemitismusströmungen. Einige Diskussionsaspekte in den jüngsten Debatten über „den“ Islam, die „Islamkritik“, die Integration von Muslimen in Deutschland, den Antisemitismus unter Muslimen und in islamischen Gesellschaften oder den „neuen“ antiisraelischen Antisemitismus können kaum sinnvoll erörtert werden, wenn man die Wirkungen der an die Islamwelt gerichteten antisemitischen Propaganda des NS-Staates ausblendet.

Jeffrey Herfs Buch korrigiert die auch in Deutschland immer wieder zu hörende Auffassung, die Propaganda Hitlerdeutschlands habe sich im Rahmen einer spezifisch nazistischen „antiim-

perialistischen“, gegen die Westmächte gerichteten Agitationsvariante an Muslime, insbesondere Araber, und muslimische Nationen mit dem Ziel gewandt, Bündnispartner im Krieg gegen Engländer und Amerikaner zu gewinnen, dabei aber antisemitischen Aspekten eher eine untergeordnete Rolle zugewiesen. Nach dieser – falschen – Interpretation der Abläufe wird auch heute noch häufig mit „postkolonialer“ Sympathie und entsprechendem Verständnis der Haltung arabischer und muslimischer NS-Kollaborateure begegnet. Meines Feindes Feind ist mein potentieller Verbündeter – nach dieser Maxime im Zweiten Weltkrieg zu handeln und danach in antikolonialer Frontstellung mit Hitlerdeutschland zu sympathisieren, sei im Rückblick, so diese Position, wenn überhaupt, politisch nur in begrenztem Umfang zu kritisieren und insbesondere kein Beleg für die Zustimmung zu antisemitischen NS-Grundauffassungen.

Ein Blick auf die NS-Kriegspropaganda vor allem in Radiosendungen in arabischer und persischer Sprache oder in Sprachen anderer muslimischer Völker ergibt, wie Jeffrey Herf zeigt, ein völlig anderes Bild. In Hitlerdeutschlands Agitation gegenüber der islamischen Welt hatte die antisemitische Hetze einen zentralen, entscheidenden Stellenwert. Die Zielgruppen und Zuhörer hatten diesen Punkt im Sinne der deutschen Akteure auch durchaus richtig verstanden, wie Zeitzeugen, etwa Nasser, Khomeini oder Sadat, belegt haben. Wer damals als Muslim mit Hitlerdeutschland politisch sympathisierte oder kollaborierte, wusste, bezogen auf die deutschen antisemitischen Positionen, mit wem er

es zu tun hatte. Die antisemitische Ausrichtung Deutschlands war für die muslimischen NS-Parteigänger in aller Regel kein negativer Aspekt, sondern ein Pluspunkt für die Sympathie mit dem Dritten Reich. Umgekehrt wussten die deutschen Propagandaplaner, dass es so war.

Jeffrey Herf gibt mit vielen neuen Quellenbezügen, darunter Übersetzungen der arabischsprachigen Sendungen der Achsenmächte („Axis Broadcasts in Arabic“) oder Archivmaterial des Auswärtigen Amtes, auch einen Einblick in interne Überlegungen der NS-Propagandaakteure. Während des Zweiten Weltkrieges führte Deutschland (bis heute nicht ohne nachwirkende Erfolge) eine umfassende Propagandakampagne in Nordafrika, im Nahen und im Mittleren Osten. Ihr Ziel war es, dort die NS-Ideologie, vor allem ihre antisemitische, in der Tonlage nicht selten als Mordhetze auftretende Grundposition, zu verbreiten und zu implementieren. Bereits vor dem Zweiten Weltkrieg war NS-Deutschland dabei mit der Frage konfrontiert worden, wie nach der deutschen Rassegesetzgebung und der NS-Rassenideologie Menschen türkischer, arabischer und iranischer Abstammung oder, weitergehend, aus anderen islamischen Völkern „rassisch“ zu beurteilen seien. Im Jahre 1936 wurde u.a. im Zusammenhang mit den Olympischen Spielen in Berlin, zwischen verschiedenen staatlichen und Parteiinstanzen des Dritten Reiches in der Tendenz eine Position abgestimmt, die auch für die an die Islamwelt gerichtete NS-Propaganda im Zweiten Weltkrieg Orientierung gab. Die deutsche Rassegesetzgebung war, so die auch mit dem Auswärtigen Amt

vereinbarte Interpretationslinie, ohne Rücksicht auf die Staatsangehörigkeit vor allem gegen die Heirat von Juden und Nicht-Juden gerichtet. Türken wurden in dieser Hinsicht wie Angehörige anderer europäischer Völker behandelt. Deutsche nicht-jüdische Staatsbürger konnten ebenso z. B. ägyptische oder irakische nicht-jüdische Staatsbürgerinnen heiraten. Das gleiche Prinzip galt auch für den Iran, dessen weitergehende Forderung als vollkommen „arische“ Nation, ja als „arische“ Ursprungsnation anerkannt zu werden, allerdings nicht akzeptiert wurde.

Auf einer vergleichbaren Linie bewegte sich die Positionsbestimmung Hitlerdeutschlands gegenüber den jüdischen Staatsgründungsbestrebungen im britischen Mandatsgebiet von Palästina. In den ersten Jahren der NS-Herrschaft förderte der Auswanderungsdruck auf die Juden Deutschlands die jüdische Einwanderung nach Palästina. Berichte und Vorschläge deutscher Diplomaten an den damaligen Staatssekretär im Auswärtigen Amt Ernst von Weizsäcker, die auf die Vorteile einer deutschen Unterstützung der antijüdischen arabischnationalistischen Bewegung in Palästina unter Führung des Jerusalemer Muftis Amin al-Husseini hinwiesen, führten zusammen mit anderen Initiativen zu einer eindeutig antizionistischen und antisemitischen Position Hitlerdeutschlands. In der NS-Kriegspropaganda für Nordafrika, den Nahen und Mittleren Osten wurde, um Missverständnisse gegenüber den „semitischen“ Arabern auszuschließen, zunehmend auf den Antisemitismusbegriff verzichtet. Das Gemeine konnte dort besser mit ande-

ren Begriffen ausgedrückt werden. Die Feindschaft gegenüber allem Jüdischen war das geeignete Leitbild. „Der Jude“ stand hinter dem britischen und dem US-Imperialismus sowie hinter den „Bolschewisten“. Selbstverständlich war auch der Zionismus ein Teilelement im Plan einer „jüdischen Weltherrschaft“.

Jeffrey Herf weist zu Recht darauf hin, dass die NS-Propaganda dabei an judenfeindliche Elemente in der islamischen Überlieferung, auch im Koran, anknüpfen konnte, die in ihrer ältesten Schicht auf die Kämpfe Mohammeds mit jüdischen Stämmen auf der arabischen Halbinsel zurückzuführen sind. Die arabische judenfeindliche Agitation, der die Deutschen mit ihren arabischen Radiosendungen eine zusätzliche Plattform gaben, übernahm ihrerseits von ihren NS-Mentoren das im Islam ursprünglich nicht vorhandene Bild des mächtigen, die Weltherrschaft anstrebenden bösen Juden. Beide Seiten – auf der arabisch-islamischen Seite an prominenter Stelle der palästinensische Kollaborateur al-Husseini – vertraten am Ende gut abgestimmt die Konzeption einer Wesensverwandtschaft zwischen Islam und Nationalsozialismus, die in den drei gemeinsamen Feinden – dem westlichen Imperialismus, der Sowjetunion und dem Judentum – ihren prägnanten Ausdruck fand.

Die militärische Niederlage von Rommels Afrika-Korps und schließlich der Untergang Hitlerdeutschlands hat auch die Legitimation der Verbindung arabisch-nationalistischer und radikal-islamischer Positionen mit dem Antisemitismus erschüttert. Anders als in Europa gab es in der arabischen und isla-

mischen Welt, wie Herf zeigt, aber keine umfassende Diskreditierung des NS-Verhältnisses. Der „neue“ antiisraelische Antisemitismus unserer Zeit enthält in seinen verschwörungstheoretischen Ansätzen viele Elemente, die bereits in der judenfeindlichen Propaganda von Hitlerdeutschland und seiner damaligen arabischen und sonstigen muslimischen Parteigänger angelegt sind. Er ist ein Hindernis für jeden dauerhaften Frieden zwischen Israel und der Islamwelt. Er hat ebenso negative Auswirkungen auf die Integrationsprozesse in Europa.

Wir sollten uns daran erinnern, dass der negative Beitrag Hitlerdeutschlands zur globalen Politik, auch im Verhältnis zum Judentum und zur Entwicklung im Nahen und Mittleren Osten, nicht erst mit dem Holocaust begonnen hat und nicht mit ihm beendet wurde. Die ideologischen Fernwirkungen der antisemitischen NS-Propaganda sind noch heute zu beobachten, in den islamischen Gesellschaften und Minderheiten und auch im europäischen Mainstream. Jeffrey Herfs Buch gibt eine Grundlage für eine politische Debatte, die in Deutschland erst noch geführt werden muss.

**Hans-Joachim Schabedoth**  
**Zum Gedenken an Prof. Dr. Michael Strübel (1955–2009)**

In der Ausgabe 2/09 der *perspektiven* ds war wieder einmal ein Michael Strübel-Aufsatz zu lesen. „Eine grenzenlose Welt. Der Staat zwischen Transnationalisierung und Re-Nationalisierung“, so sein Thema. Wieder einmal machte Michael Strübel aufmerksam auf Prob-

lemlagen, Entwicklungslinien und Perspektiven internationaler Politik. Wer Michael Strübel aus seiner langjährigen Forschungsarbeit und aus den Arbeitszusammenhängen der HDS kennt, konnte auch diesmal sicher sein: die Lektüre wird ein erkenntnismehrender Lesegenuss. So etwas hebt man sich auf für die ruhigen Tage zwischen Weihnachten und dem Jahresende. Nur ganz wenige wussten schon, dies würde der letzte Beitrag Michael Strübels zur Debatte um globale Gerechtigkeit bleiben. Michael Strübel starb im Alter von erst 55 Jahren am 14. Dezember 2009 nach kurzer Erkrankungszeit an dem heimtückischen Bauchspeicheldrüsenkrebs. Er hinterlässt Ehefrau und eine Tochter. Er hinterlässt aber auch eine Weltpolitik, die durch das Fehlen von globaler Gerechtigkeit tödlicher erkrankt ist, als es die meisten Entscheidungsträger in Politik und Wirtschaft wahrhaben wollen. Michael Strübel, seit 1994 Universitätsprofessor des Landes Thüringen für das Fach Politikwissenschaft mit dem Schwerpunkt „Internationale Politik“ an der Pädagogischen Hochschule Erfurt, ab 2001 der Universität Erfurt, hat zeit lebens aufmerksam gemacht auf die Bedrohung von Freiheit und Gerechtigkeit durch Rüstungswahn und den sorglosen Umgang mit den Naturressourcen. Er hat sich nie in die Reihe der Apokalyptiker eingeordnet, sondern erst analysiert, wo andere schon verurteilen wollten. Eindringlich hat er auf die Notwendigkeiten hingewiesen, durch internationale Regime die sozialen Ungleichheiten in der Weltpolitik, Umwelt- und Energieprobleme anzugehen. Es wird Michael Strübel oft enttäuscht, aber nie ent-

mutigt haben, dass regulierende Politik seinem und dem allgemeinen Erkenntnisstand oft so jämmerlich hinterher hinkte. Michael Strübel hat trotzdem nie die Zuversicht verloren, dass sich dies doch noch ändern könnte. In diesem Sinne hat er geforscht und gelehrt, hat er viele Studentenjahrgänge ermuntert, gegen die scheinbaren Zwangsläufigkeiten anzugehen. Alle, die mit Michael Strübel in seiner langen Hochschullehrerlaufbahn ins Gespräch und in Kooperation treten konnten, schätzen seine ruhige, unaufgeregte und einführende Art. Seine Studenten und Studentinnen, seine Kollegen und Kolleginnen und die vielen, die seine Arbeit in und für die HDS kennen, erlebten ihn als gutmütigen, offenen, hilfsbereiten und verständnisvollen Menschen.

Michael Strübel hat sich von Anfang an für die Anliegen der HDS aktiv engagiert. Er hat sich an Dutzenden von Podiumsdiskussionen beteiligt, er hat bis zu seinem Lebensende immer wieder auch im Arbeitszusammenhang der HDS publiziert. Das begann 1979 mit seinen Arbeiten zum Eurosozialismus und Eurokommunismus sowie zur europäischen Friedenspolitik und endete jetzt mit dem Ausloten der Handlungschancen einer sich internationalisierenden Zivilgesellschaft. Seine akademische Laufbahn führte ihn von der Deutschen Gesellschaft für Friedens- und Konfliktforschung am Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik der Universität Hamburg zur wissenschaftlichen Mitarbeit am Institut für Politikwissenschaft der Universität Gießen. Er lehrte an der Universität Heidelberg, war Jean-Monnet-Fellow am Europäi-

schen Hochschulinstitut Florenz, übernahm eine Lehrstuhlvertretung an der Universität Stuttgart, war Gastprofessor für Internationale Politik am Fachbereich für Sozialwissenschaften der Humboldt-Universität zu Berlin, Gastprofessor des Deutschen Akademischen Austauschdienstes an der Washington University in St. Louis, bevor er dann in Erfurt wirken konnte.

Michael Strübels politisches Engagement galt der Sozialdemokratie. Auf seinen Themengebieten war er ein bundesweit geschätzter Referent, Berater und Inputgeber der sozialdemokratischen Programmarbeit.

Ich selbst konnte Michael Strübel besser kennenlernen in den vielen Jahren gemeinsamer Vorstandsarbeit für die HDS. Wir hatten in den 80er Jahren gemeinsame Arbeitszeiten in Stuttgart. Er war mir dabei ein würdiger Zuhörer und Ratgeber beim Sortieren von Irrungen und Wirrungen des gewerkschaftlichen und sozialdemokratischen Alltags. Wir beide wurden fast zeitgleich zu „späten Vätern“ und hatten damit ein weiteres Daueranliegen gemeinsam. Ich konnte von seiner Begeisterung für das Kino und für die Filme, die er später auch zum Gegenstand wissenschaftlicher Beschäftigung machte, erheblich profitieren. Sein stets waches Interesse für Musik und Kunst und sein subtiler Humor wird allen fehlen, die ihn dafür besonders wertgeschätzt oder einfach nur gemocht haben. Der plötzliche Tod Michael Strübels schmerzt. Wir HDSler können stolz sein, dass er einer von uns war, „ein Aushängeschild“ der HDS-Arbeit seit den Gründungstagen bis heute.

Roland Popp

### **Aspekte der Netzwerkökonomie**

#### **Rezension zu:**

Gabriele Wagner/Philipp Hessinger (Hrsg.): *Ein neuer Geist des Kapitalismus? Paradoxien und Ambivalenzen der Netzwerkökonomie*. Wiesbaden 2008, 342 S., € 39,95

Der Kapitalismus als System ist nicht nur ein „starkes“ System, das Klassen-einteilungen und Klassenfügungen immer wieder herstellt und damit Lebensungerechtigkeiten und Lebens-(Un)-möglichkeiten aufrechterhält und zementiert. Der Kapitalismus ist auch ein immens flexibles System, das viele Traditionen, Behäbigkeiten, Schranken oder „feste“ Sozialkreise niederreißt. Der „flexible Kapitalismus“ modernisiert sich zusehends, um sich am Leben zu erhalten. Von daher hat der Kapitalismus immer neue Charakterisierungen verliehen bekommen. Vom Manchester-Kapitalismus bis zur Sozialen Marktwirtschaft, vom Casino-Kapitalismus bis zum wohlfahrtsstaatlichen Daseinsvorsorgestaat wurden die Beschreibungen gezogen – immer auch im Hinblick auf ein dominantes Handlungs- und Bewegungsmuster, in dem sich das System „Kapitalismus“ bewegt.

Ein neuer Begriff hat nun in den letzten Jahren zunehmend die sozialwissenschaftlichen Debatten ergriffen: der Begriff der Netzwerkökonomie hält Einzug. Gemeint ist damit ein neues flächendeckendes Muster, das in allen gesellschaftlichen Bereichen die gängigen Frontstellungen zwischen Kapital und Arbeit ablöst. Mit dem Begriff der Netz-

werkökonomie soll ein theoretisches Tableau entworfen werden, das die Wirklichkeit besser abbildet, beschreiben und erklären kann, als es die klassenkämpferischen Parolen der alten Pro-oder-Contra-Kapitalismusdebatten vermochten.

Die Debatte um die Netzwerkökonomie ist durch die breit angelegte Studie von Luc Boltanski und Eve Chiapello „Der neue Geist des Kapitalismus“ (in Frankreich 1999 erschienen, in deutscher Übersetzung erstmalig 2003) ins Rollen gebracht worden. Der von Gabriele Wagner und Philipp Hessinger herausgegebene Sammelband bündelt hierzu elf Beiträge, versehen mit einer Einleitung. In dieser Einleitung rekapitulieren die Herausgeber die Entwicklungsstufen der verschiedenen „Geistformen“ der kapitalistischen Entwicklung nach Boltanski/Chiapello. Der erste „Geist“ des Kapitalismus zeigt sich in kleinen Familienbetrieben und dem Erstarren des bürgerlichen Unternehmens am Ende des 19. Jahrhunderts. Der zweite „Geist“, so die Datierung, erfolgt von 1940 (Warum? – fragt sich der Rezensent) bis 1970 mit den großen managergeführten Industrieunternehmen. Der dritte „Geist“ erhält seine Prägung durch Vernetzung der Unternehmen, Internet und Biotechnologien, Finanzglobalisierung und variable Produktionsverfahren.

Sicherlich bieten solche Zeitschemata erste Orientierungen auf Analyseweisen. Dennoch bleibt es rätselhaft, warum ganze 10 Jahre im Zeitschema fehlen (nämlich 1970 bis 1980) und ebenso rätselhaft bleibt es, warum plötzlich Biotechnologien für den neuen Geist angeführt werden. Waren es nicht gerade

auch die Technologien in der Maschinenbauproduktion wie auch in der Chemieproduktion die – ebenso „biotechnologisch“ – immensen Einfluß auf die Ökonomie des 19. Jahrhunderts hatten?

In ihrer zugespitzten Einleitung legen Hessinger und Wagner aufschlußreich die Kernelemente der Boltanski/Chiapello-Kritik dar. Zurecht verweisen sie auf die Wahlverwandtschaft mit Max Webers Analysen vom „Gehäuse der Hörigkeit“, betonen aber zugleich, daß ein solches System aus sich heraus nicht lebensfähig wäre. Und man kann hinzufügen: es wäre nicht überlebensfähig im Sinne eines permanenten Dynamisierungs- und Anpassungsprozesses, das sich auf neue Technologien und damit auch auf neue Marktanforderungen einzustellen weiß. Hessinger/Wagner führen dazu aus: „Es bedarf des ‚Imports‘ von Ideen und Rechtfertigungen. Dieser Import ermöglicht einen Prozeß der Rationalisierung auf der Ebene kommunikativen Handelns. Gerade weil der Kapitalismus historisch gesehen immer wieder zum Objekt der Kritik wurde, war er gezwungen auf Rechtfertigungen zurückzugreifen, die seine institutionelle Struktur veränderten. Man kann also sagen, daß der ‚Anti-Kapitalismus‘ im Laufe der Geschichte des Kapitalismus einen kontinuiertsstiftenden Effekt hatte“ (21f.).

Worin besteht dieser nicht-intendierte Konstitutionseffekt für das kapitalistische Gesellschaftssystem? Die Antwort, die in nahezu allen Beiträgen als theoretisches Grundrauschen zu vernehmen ist, lautet: In der Umstellung vom klassischen Wirtschaftsfordismus auf die Mechanismen der Netzwerköko-

nomie. Der Fordismus war – idealtypisch betrachtet – durch die „Trennung von Person und Arbeitskraft, von Arbeits- und Wohnort sowie Arbeits- und Freizeit“ gekennzeichnet (62f.). Hinzu kommen standardisierte Produktionsformen, die eine auf Dauer angelegte Beschäftigung ermöglichen. Lange Betriebszugehörigkeiten werden honoriert und die innerbetrieblichen Beziehungen beruhen zentral auf Reziprozität: das heißt, gewerkschaftliche ausgehandelte Sicherheits- und Anerkennungsrechte stehen dem Direktionsrecht des Arbeitsgebers gegenüber.

Die Netzwerkökonomie verändert nun das fordistische Produktions- und Konsumtionssystem. Diese Veränderungen drücken sich aus als Vermarktlichung, Flexibilisierung, prekäre Subjektivierung und Netzwerkmatrix.

Mit Vermarktlichung und Subjektivierung ist gemeint, daß Unternehmen innerhalb kurzer Zeit Produktionshöhen und –ausrichtungen schnell verändern können (sowohl hinsichtlich ihrer Produktpaletten als auch hinsichtlich ihrer Orientierung auf globale Märkte). Gleichermassen wirkt sich dies auf die Beschäftigten aus, die der *Möglichkeit* und dem *Zwang* beständiger Weiterbildung ausgesetzt sind; sie müssen neue Arrangements treffen, um Arbeit und Familie zu vereinbaren und sie müssen intensive Mobilitätsorientierungen entwickeln.

In ihrer Subjektivierung müssen die Beschäftigten (vor allem in den Zukunftsbranchen) ihre Kreativität, Andersartigkeit, ja sogar ihre „Verrücktheiten“ mit einbringen. Selbstverwirklichung in der Arbeit ist in gewissem Maße Voraussetzung für effizientes und ergebnisfrucht-

bares Arbeiten. In Anlehnung an den bekannten Fußballtrainer Otto Rehha- gel, der seinen Mannschaften die „kontrollierte Offensive“ als Taktik mit auf den Fußballplatz gegeben hat, führt hier der Rezensent den Begriff der „kontrollierten Selbstverwirklichung“ für die Netzwerkökonomie ein. Damit ist ein Zusammenspiel der nachfolgenden (und unvollständigen) Attribute gemeint: Bereitschaft zum offen und offensiv sein, vorwärtsdrängend mit Energie, abschweifend und neugierig sein auf der einen Seite und auf der anderen Seite organisiert, diszipliniert und leistungsorientiert sein.

Das neue Netzwerk ist eine neue Kooperations- und Koordinationsform, die Bindungskraft bei weitgehend „lockeren“ formalen Regeln aufweist. Zugehörigkeiten zu einem Netzwerk sind auf Zeit angelegt. Die Lebenslage der Beschäftigten wird dann aber sofort prekär, wenn nach einem Netzwerk-Projekt nicht das nächste in Aussicht steht. Der soziale „Künstlerhabitus“, der diese Unbeständigkeit schon immer gewohnt war, erweitert sich auf immer mehr Beschäftigtengruppen.

Die Anforderungen werden lebenslang neu gestellt: Die Menschen in den Netzwerkökonomien müssen immer wieder neue Kompetenzen entwickeln, ohne dabei abschätzen zu können, ob sich diese Investitionen auszahlen und wie lange sie sich auszahlen. Netzwerkökonomien sind ein Fundament für aufregendes und befriedigendes Arbeiten, sie sind aber auch anstrengend und ungewiß.

Es ist der Verdienst dieses Sammelbandes die unterschiedlichen Aspekte



in der Netzwerkökonomie zu thematisieren und einzuordnen. Nach der Lektüre ist der Leser doch sehr viel weiter in seinen Bewertungsmaßstäben über die Netzwerkökonomie. Dabei geht es in diesem Sammelband nicht nur um Netzwerkökonomien der Gegenwart, überaus fruchtbar sind auch die Beiträge über die Behandlung des „kapitalistischen Geistes“ in der Soziologie (natürlich mit breitem Bezug auf Max Weber und auf Boltanski/Chiapello). Es geht um „Zeitsouveränität“ und um das „Verstummen der Sozialkritik“. Und nicht zuletzt geht es darum, warum und wie der Kapitalismus ein dynamisches Wirtschaftssystem ist, das sich sozusagen die heftigste Kapitalismuskritik immer wieder selbst aneignet, sodann transformiert und so sein wirtschaftsdynamisches Überleben sichert. Diese kapitalistische Dynamik bietet viele Lebensperspektiven – und zerstört viele Lebensperspektiven!

Die neue Netzwerkökonomie hat natürlich auch zum Resultat, daß die „Sozialkritik“ der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften immer schwieriger oder auch gar nicht an die „künst-

lerhabituellen Sozialmilieus“ in den neuen Netzwerkökonomien anzudocken vermag. Heißen die nun die Neuen Kreativen, Neue Urbanisten, Media Avantgardisten oder wie auch immer. Die Paradoxien und Ambivalenzen der Neuen Netzwerkökonomie zeigen sich dann als neue Möglichkeiten und Offenheiten für gesellschaftliche und persönliche qualitative Sprünge. Ob aber eine so anstrengende Netzwerkökonomie, die durchaus ihre Faszination ausstrahlt und Motivationen hervorbringt, ein Leben lang auszuhalten ist, ist doch zu bezweifeln. Irgendwann will der Mensch ein bißchen Beständigkeit und Überschaubarkeit und nicht permanente Veränderungen ausgesetzt sein. Und irgendwann fällt es wohl auch jedem Menschen schwerer, beständig den geistigen, körperlichen und geographischen Mobilitätswängen nachkommen zu müssen. Die Netzwerkökonomie benötigt beständig „frische Körper und unverbrauchten Geist“ – und sortiert, was nicht diesen Kriterien standhalten kann sehr schnell aus. Netzwerkökonomie – ein wirklich paradoxes und ambivalentes „System“.

## Autorinnen und Autoren

**Jens Böhrnsen**, geb. 1949, ist seit November 2005 Bürgermeister und Präsident des Senats der Freien Hansestadt Bremen. Er ist außerdem Senator für Kultur und Senator für kirchliche Angelegenheiten sowie für Ortsämter und Beiräte in der Stadt Bremen zuständig. Bis Oktober 2010 ist er turnusgemäß Präsident des Bundesrates.

**Ulrich Büchler**, geb. 1966, Evangelischer Theologe und Sozialmanager, Leitungstätigkeit in sozial- und berufsintegrativen Projekten für abstinent lebende Suchtmittelabhängige. Pressesprecher und Vorstandsmitglied im SPD-UB Limburg-Weilburg; Stellv. Ortsvereinsvorsitzender in Selters/Taunus.

**Nils Diederich**, geb. 1934, Dr.rer.pol. (Soziologie), Diplom-Volkswirt, Univ.-Prof. a.D. (Politische Soziologie, insbesondere Parteien, Wahlen, Verbände, und Innenpolitik), MdB 1976–1994 (SPD), Finanzausschuss, Haushaltsausschuss (1983–1994), bis 2005 zahlreiche Funktionen in der Berliner SPD, 2003 - 2010 Geschäftsführer der Vereinigung ehemaliger MdB u. MdEP.

**Franziska Drohsel**, geb. 1980, Dr. jur., von 2007 bis 2010 Bundesvorsitzende der Jusos, Gründungsmitglied des Instituts „Solidarische Moderne“. Veröffentlichungen u.a.: *Was ist heute links? Thesen für eine Politik der Zukunft*, Frankfurt/Main 2009 (als Hrsg.).

**Hartmut Elsenhans**, geb. 1941, Dr., Prof. em. für internationale Beziehungen an der Universität Leipzig, Veröffentlichungen u.a.: *Finanzkrise als Chance? Die Entstehung fiktiven Reichtums*, in: *WeltTrends*, Vol. 18 (2010), S. 92–101; *Geschichte und Ökonomie der europäischen Welteroberung. Vom Zeitalter der Entdeckungen bis zum Ersten Weltkrieg*, Leipzig 2007.

**Klaus Faber**, Staatssekretär a.D., ist Rechtsanwalt und Publizist in Potsdam sowie Geschäftsführender Vorsitzender des Wissenschaftsforums der Sozialdemokratie in Berlin, Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern e.V. und Vorstandsmitglied im Koordinierungsrat deutscher Nicht-Regierungsorganisationen gegen Antisemitismus e.V. Er ist Verfasser zahlreicher Beiträge u.a. zu bildungs- und wissenschaftspolitischen Fragen, zur Föderalismus- und Verfassungspolitik, zu Nahost-, Menschenrechts- und Antisemitismusthematen; Publikation u.a. (als Herausgeber mit Julius H. Schoeps und Sacha Stawski) des Sammelbandes „Neu-alter Judenthass“ (Verlag Berlin-Brandenburg, 2. Aufl., 2007).

**Arne Heise**, geb. 1960, Dr., Professor für Finanzwissenschaft und Public Governance an der Universität Hamburg. Arbeitsschwerpunkte u.a. Makroökonomie und Europäische Integration. Veröffentlichungen u.a.: *Economic Governance and employment*, Münster 2008; *Einführung in die Wirtschaftspoli-*

tik, Paderborn 2005; *Dreiste Elite*, Hamburg 2003 sowie zahlreiche Zeitschriftenartikel.

**Walter Euchner**, geb. 1933, Dr., Prof. em. für Politikwissenschaft an der Universität Göttingen. Zahlreiche ideengeschichtliche Untersuchungen über John Locke und Karl Marx. Veröffentlichungen: *Geschichte der sozialen Ideen in Deutschland*, Wiesbaden 2005 (zus. mit Helga Grebing); *John Locke zur Einführung*, Hamburg 2004; *Karl Marx*, München 2000.

**Helga Grebing**, geb. 1930, Dr., Prof. em., Geschichte an den Universitäten Göttingen und Bochum, leitete bis 1995 das Institut zur Erforschung der europäischen Arbeiterbewegung der Ruhr-Universität Bochum, Mitglied der Historischen Kommission beim Parteivorstand der SPD. Vorstandsmitglied der HDS. Mitherausgeberin der Berliner Ausgabe von Willy Brandt. Veröffentlichungen u.a.: *Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Von der Revolution 1848 bis ins 21. Jahrhundert*, Berlin 2007; *Willy Brandt. Der andere Deutsche*, München 2008; *Die deutsche Revolution 1918/19*, Berlin 2008.

**Horst Heimann**, geb. 1933, Dr.rer.pol., bis 1998 stellvertr. Leiter der Gustav-Heinemann-Akademie in Freudenberg, Vorstandsmitglied der HDS. Zahlreiche Veröffentlichungen zur Geschichte der Sozialdemokratie und zur Theorie des Demokratischen Sozialismus. Veröffentlichung u.a.: *Die Voraussetzungen des Demokratischen Sozialismus und die Aufgaben der Sozialdemokratie*, Bonn 1991.

**Jirí Kosta**, geb. 1921, Csc (Prag), Dr.rer.pol (Bremen, 1973), Professor für Volkswirtschaftslehre an der J.W. Goethe-Universität in Frankfurt a.M (Ende 1970–1987), Sachbearbeiter im Außenhandelsministerium in Prag (1948–1959), Zwangseinsatz als Arbeiter und Angestellter (Letnany, 1951–1956), Lehrer an Fachoberschulen (Prag, 1956–1962), Ökonomisches Institut der Cs. Akademie der Wissenschaften (Prag, 1962–1968), Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung (Wien, Ende 1968–1969), Institut für Sozialforschung, München (1970), Teilnahme an der Erarbeitung der Reformkonzeptionen des „Prager Frühlings“.

**Roland Popp**, geb. 1955, Dipl.-Soziologe, Publizist und Lektor am „Institut für kulturwissenschaftliche Deutschlandstudien“ an der Universität Bremen. Lt. Redakteur der *perspektiven* ds. Arbeitsschwerpunkte sind Politische Theorie, Arbeitsmarkt- und Bildungspolitik. In den *perspektiven* ds erschienen zuletzt *Achterbahn und Eiskanal* (Heft 02/2008) und *Hartz IV als (Nicht)-Wahlgrund für die SPD* (Heft 02/2009).

**Hans-Joachim Schabedoth**, geb. 1952, Dr. phil., langjähriger Leiter der Abteilung Gesellschaftspolitik/Grundsatzfragen beim Vorstand des DGB, seit 2010 Mitarbeiter des FB Gesellschaftspolitik/Grundsatzfragen/Strategische Planung beim Vorstand der IG Metall in Frankfurt/Main. Letzte Veröffentlichung u.a.: *Angela Merkel – Regieren mit SPD und Union. Eine Bilanz der großen Koalition*, Marburg 2009.

**Klaus-Jürgen Scherer**, geb. 1956, Dr. phil., Geschäftsführer des Kulturforums der Sozialdemokratie; Redakteur der Zeitschrift „Neue Gesellschaft/ Frankfurter Hefte“. Vorstandsmitglied der HDS. Veröffentlichungen u.a.: *Weiterdenken. Begegnungen mit Wolfgang Thierse*, Berlin 2008 (Mitherausgeber). Nachwort in: Reinhardt Barth: *Jugend in Bewegung. Die Revolte von Jung gegen Alt in Deutschland im 20. Jahrhundert*, Berlin 2006. Redaktion des Sammelbandes von Kurt Beck (Hg.): „*Schlagt der Äbtissin ein Schnippchen, wählt SPD!*“ *Günter Grass und die Sozialdemokratie*, Berlin 2007.

**Karsten D. Voigt**, geb. 1941, Studium der Geschichte, Germanistik, Skandinavistik. Von 1969 bis 1973 Vorsitzender der Jungsozialisten. Mitglied des SPD-Bundesvorstandes von 1984 bis 1995, Vorstandsmitglied der Sozialdemokratischen Partei Europas von 1985 bis 1994. Zwischen 1976 und 1998 Mitglied des Deutschen Bundestags und von 1977 bis 1998 Mitglied der Parlamentarischen Versammlung der NATO, deren Präsident er von 1994 -1996 war. Von 1983 bis 1998 außenpolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion. Von Januar 1999 bis November 2009 über-

nahm er das Amt des Koordinators für die deutsch-amerikanische Zusammenarbeit.

**Hagen Weiler**, Dr. iur., Dr. rer. Pol., von 1973 bis 2005 am Pädagogischen Seminar der Universität Göttingen. Letzte Veröffentlichung: *Die Gerechtigkeit gleicher Rechte und Pflichten*, Münster 2008.

**Andrea Wicklein**, für die SPD Mitglied des Bundestages seit 2002; direkt gewählt im Wahlkreis Potsdam und Umgebung. Mitglied im BT-Ausschuss für Wirtschaft und Technologie. Stellvertretendes Mitglied im BT-Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung.

**Christian Zimmermann**, geb. 1974, Dr. phil., M.A., Politikwissenschaftler, 2002–2008 Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Politikwissenschaft und Sozialforschung der Universität Würzburg; Veröffentlichungen zur politischen Theorie und Philosophie, u.a.: *Kulturphilosophie und Öffentlichkeit*. Würzburg 2004; zur Zeit Lehrkraft für Sozialkunde, Ethik und Deutsch an der Beruflichen Oberschule Markttheidenfeld (Bayern).